

priv-aktuell

F. Deppe
D. Hensche
W. Roßmann
M. Jansen

Strauß und die
Gewerkschaften

Texte
Materialien
Dokumente



Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein



*Frank Deppe
Detlef Hensche
Mechtild Jansen
Witich Rossmann*

Strauß und die Gewerkschaften

Texte, Materialien, Dokumente

Pahl-Rugenstein

© 1980 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Gitta Büsch
Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen
Druck: WSOY, Juva, Finnland

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Strauß und die Gewerkschaften: Texte, Materialien, Dokumente.
Frank Deppe . . . - Köln: Pahl-Rugenstein, 1980.
(Kleine Bibliothek; 189: prv-aktuell)
ISBN 3-7609-0514-5
NE: Deppe, Frank ·Mitarb.°

Inhalt

<i>Detlef Hensche</i> Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften	7
--	---

<i>Frank Deppe/Witich Roßmann</i> »Gewerkschaftspluralismus« und »repressive Integration«. Die antigewerkschaftliche Strategie des F. J. Strauß und ihre aktuellen, historischen und ideologischen Hintergründe	32
--	----

Dokumentation

zusammengestellt und kommentiert von
Mechtild Jansen

I. Grundsätzliche Aussagen zu den Gewerkschaften	87
II. Die politische Zielsetzung von F. J. Strauß im Blick auf zentrale gewerkschaftliche Handlungsfelder	125
III. Aktuelle Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU	189
IV. Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzler- kandidatur von F. J. Strauß	204



Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften

*„Die objektiven Verhältnisse haben sich so weit verändert, daß der Kapitalismus neue politische Lösungsmöglichkeiten ins Auge faßt.“
Willi Bleicher, November 1979*

I. Strauß als Kanzlerkandidat

Wie ist es möglich, daß CDU und CSU im Sommer 1979 einen Politiker wie F. J. Strauß, einen Repräsentanten des äußersten rechten Flügels der Union, zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten wählten? Noch Anfang der 70er Jahre hätte kaum jemand eine Kandidatur von Strauß für möglich gehalten. Selbst im bürgerlichen Lager war er zu umstritten, galt als skandalträchtig, schien politisch nicht tragbar. Heute regt sich kaum noch Widerstand, nicht einmal mehr im Kreise der CDU-Sozialausschüsse. Die Delegierten der christdemokratischen Betriebsräte- und Personalrätekonferenz z. B. bereiteten Strauß im Januar 1980 einen überaus freundlichen Empfang und spendeten ihrem Kanzlerkandidaten demonstrativ Beifall.

Außerhalb der CDU/CSU werden zwar Widerspruch und Kritik laut. Stoibersche Geschichtsfälschungen etwa provozierten eine Kontroverse mit DGB und SPD. Dasselbe wiederholte sich in der Gesamtschul-Debatte. Einige Unterschriftenaktionen wurden gestartet. Doch daß etwa auf breiter Front eine Protestbewegung anläuft, läßt sich jedenfalls bis zur Stunde nicht feststellen. Zieht man Stellungnahmen führender Sozialdemokraten heran, so überwiegen bisher Warnungen vor dem „unberechenbaren“, „zügellosten“ und unseriösen Charakter dieses im

übrigen „sehr befähigten“ Politikers. Was ein Wahlsieg der CDU/CSU unter F. J. Strauß dagegen politisch bedeuten würde – nämlich gemessen an den Aufbruchzielen der sozial-liberalen Koalition eine Kehrtwendung um 180 Grad – diese politische Gefahr wird nur spärlich ausgeleuchtet.

Was hat eine solche Entwicklung möglich gemacht? Sollte F. J. Strauß politisch hoffähig geworden sein? Hat er sich selbst gewandelt? Verkörpert er inzwischen eine politische Alternative, die man als denkbare parlamentarische Wachablösung einkalkulieren und auf die man sich einzurichten hat?

Nicht Franz Josef Strauß hat sich gewandelt. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse haben sich geändert. F. J. Strauß verkörpert einen politischen Kurs, der nach dem Mehrheitswillen der Unionsparteien und ihrer politischen Freunde im Unternehmerlager eine in ihrem Interesse erfolgreichere Krisenbewältigung verspricht als das gegenwärtige Krisenmanagement der sozial-liberalen Koalition. Es ist ein Kurs der sozialen Demontage, der offenen Disziplinierung, ja Spaltung der Gewerkschaften, der verschärften Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten, des Stopps, ja der partiellen Beseitigung sozialer Reformen.

II. Voraussetzungen der Straußschen Kandidatur

Damit ist eine Politik hoffähig geworden, die sich in den sozialen Auseinandersetzungen schon lange abzeichnet. Um dazu nur einige Stichworte zu nennen:

Seit der ersten Hälfte der 70er Jahre zeigt der Kapitalismus auch in der BRD sein wahres Gesicht. Die außergewöhnlichen Umstände der Nachkriegsära – Wiederaufbau, neue Märkte im Innern wie im Ausland, neue Wirtschaftszweige – haben ihre Wirksamkeit verloren; und zwar unwiederbringlich. Damit ist zugleich die Erhardsche Illusion von einer im wesentlichen störungsfreien, stets wachsende Gewinne sichernden und dabei noch „sozialen“ Marktwirtschaft zerstört. Die Möglichkeiten, privates Kapital gewinnträchtig anzulegen, sind eingeschränkt. Die Wachstumsraten sinken. Es herrscht Arbeitslosigkeit, selbst im Konjunkturaufschwung und bei steigenden Gewinnen. Umgekehrt schlagen konjunkturelle Einbrüche oder außenwirtschaftliche Störungen, wie etwa die Energie-

verteuerung, unmittelbar durch und verschärfen die Arbeitslosigkeit.

Wie zu früheren Zeiten auch nutzen die Unternehmer und ihre Verbände die Gunst der Stunde, um die Krisenfolgen abzuwälzen. In den Betrieben werden die Belegschaften ausgekämmt. Kernmannschaften, bestehend aus hochleistungsfähigen Arbeitern und Angestellten, fahren die Normal-Produktion; bei Auftragssteigerung wird Mehrarbeit verlangt oder die Unternehmen stellen Leih- oder Zeitarbeiter ein. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien, insbesondere unter Nutzung elektronischer Datenverarbeitung, lösen eine Rationalisierungswelle aus, die millionenfach Arbeitsplätze, Berufe und erworbene Qualifikationen infrage stellt und noch infrage stellen wird. Die fortschreitende Unternehmenskonzentration bringt zusätzliche Arbeitsplätze in Gefahr.

Dies alles wird begleitet von dem Versuch, in den Betrieben aktive Gewerkschafter und Betriebsräte einzuschüchtern. In der Tarifpolitik stehen die Gewerkschaften seit Jahren unter unvermindertem Druck, die Gewinne durch Lohnverzicht zu subventionieren; und zwar selbst in Zeiten extremer Gewinnsteigerung. Erinnerung sei an die regierungsamtliche Ideologie von den Gewinnen, den Investitionen und den Arbeitsplätzen oder an die Zumutung unserer Tage: die von außen kommende Inflation dürfe bei den Tarifforderungen nicht berücksichtigt werden. Die Verteidigung des sozialen Besitzstandes, etwa durch Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Rationalisierung, begegnet scharfem Widerstand.

Zugleich ist die politische Zentralisierung auf Unternehmerseite fortgeschritten, sichtbar in Gestalt des „Tabukatalogs“. Seine eigentliche Schärfe erhält dieser Katalog durch den Einsatz der Aussperrung und durch deren Androhung für künftige Fälle.

Die Aussperrungen des Jahres 1978 richteten sich im Grunde gegen gewerkschaftliche Forderungen, die sich darauf beschränkten, den sozialen Besitzstand zu verteidigen. Tarifvertragliche Besetzungsregeln in der Druckindustrie sollten Arbeitsplätze und berufliche Qualifikationen auch bei Einführung neuer Techniken der Satzherstellung erhalten; tariflicher Abgruppierungsschutz in der Metallindustrie Baden-Württembergs sollte die Arbeiter vor Einkommensverlust bei Rationalisierung schützen; der Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie sollte die Arbeitsplätze bei fortschreitender Ra-

tionalisierung sicherer machen. Doch schon diese gewerkschaftlichen Verteidigungspositionen stießen sich am unternehmerischen Tabukatalog und wurden mit Hilfe der Aussperrung bekämpft.

Damit zeigt sich eine Parallelität zur Entwicklung auf politischem Feld. Konzentrierten sich die Unternehmerverbände und ihre politischen Freunde am Anfang der 70er Jahre darauf, Reformvorhaben zu verhindern, so werden seit einiger Zeit Rezepte gehandelt, die darauf hinauslaufen, den einmal erreichten sozialen Besitzstand und demokratische Rechte wieder abzubauen.

Blicken wir zurück, so markiert bereits der Kanzlerwechsel Brandt-Schmidt einen ersten Wandel. Im Zeichen der Wirtschaftskrise wurden Reformen gestoppt, oder wie es zunächst hieß: zurückgestellt. Bereits verabschiedete Gesetze wurden nicht vollzogen, wie etwa das Schicksal der Berufsbildungsabgabe zeigt. Der Stopp erfaßte nicht nur ausgabewirksame, sondern auch andere gesellschaftspolitische Reformen. Neben der üblichen Diffamierung sozialer Reformen (z. B. „Marsch in den Gewerkschaftsstaat“) setzten die Unternehmer vor allem verfassungsjuristische Strategien zur Zementierung des Status quo ein; herausragendes Beispiel war die Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz.

Gleichzeitig waren Mechanismen am Werk, die dafür sorgen sollten, das soziale Konfliktpotential unter Kontrolle zu halten. So wurde jahrelang die Hoffnung genährt, nach Überwindung der Krise werde sich Vollbeschäftigung gleichsam von selbst wieder herstellen. An die Adresse der Gewerkschaften richtete sich die Parole, Lohnverzicht schaffe neue Arbeitsplätze. Oder: die bestehende Arbeitslosigkeit wird als Sonderfall einiger „Problemgruppen“ verharmlost. Die sich seit längerem abzeichnende Rationalisierungswelle fand jahrelang ihre öffentliche Rechtfertigung im unkritisch verbreiteten Axiom von der „Modernisierung der Wirtschaft“ – derweil gewerkschaftliche Ziele, die Rationalisierungsfolgen aufzufangen, etwa durch Abgruppierungsschutz oder durch die 35-Stunden-Woche, ins Abseits des tarifpolitischen Abenteuers gedrängt wurden. Ideologien und Verzichtsparolen dieser Art fanden auch in der sozialliberalen Koalition ihre Anhänger. Mit der Folge, daß der Entfaltung gewerkschaftlichen Widerstands auch ohne konzertierte Aktion vielfältige Gewichte angehängt wurden.

Dennoch – der politische und moralische Druck auf die Gewerkschaften vermochte Streiks, Warnstreiks und andere Protestaktionen nicht zu verhindern. Umgekehrt stehen die Gewerkschaften in zunehmendem Maße vor der Notwendigkeit, ihre ganze Kraft einzusetzen, um im Kampf um sichere Arbeitsplätze, sichere Einkommen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen Erfolge zu erzielen. Das Jahr 1978 mit insgesamt fünf Arbeitskämpfen ist nicht nur das Ergebnis des unternehmerischen Konfrontationskurses, sondern signalisiert zugleich den wachsenden Widerstandswillen innerhalb der Gewerkschaften. Ja, Warnstreiks im Einzelhandel, bei Banken und Versicherungen deuten an, daß die Auflehnungsbereitschaft selbst in solchen Bereichen zunimmt, in denen die Arbeiter und Angestellten nicht über traditionelle Kampferfahrung verfügen. Schließlich: der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Aussperrung wird stärker.

Die Vermutung ist angebracht, daß die bisherige Politik den Interessen der Unternehmer auf mittlere Sicht nicht gerecht wird. Immerhin zeigt sich auch eine Regierung Schmidt trotz Reformverzichts nicht als Vollstreckerin unternehmerischer Renditeinteressen. Sollen sich die Gewinnaussichten für privatwirtschaftliches Kapital erhalten bzw. verbessern, so erscheint es notwendig, gesellschaftliche Reformen rückgängig zu machen.

Zugleich stehen die Unternehmer vor Rationalisierungen beachtlichen Ausmaßes. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, von der Steuerung der Produktion bis hin zur Substituierung einzelner Entscheidungsabläufe im Büro- und Dienstleistungssektor, steht unmittelbar bevor. Unruhe in den Betrieben, verschärfte Tarifauseinandersetzungen, selbstbewußteres Auftreten von Belegschaften – dies alles würde die Rationalisierungsstrategien der Unternehmer wenn nicht durchkreuzen, so doch empfindlich stören. Umgekehrt muß es den Unternehmern darum gehen, daß Ruhe im Lande herrscht.

Für beides, Abbau von Reformen und unverhohlene Disziplinierung der Gewerkschaften, bieten sich F. J. Strauß und der von ihm repräsentierte Flügel der CDU/CSU an. Damit soll keineswegs unterstellt werden, wir hätten es mit einem geschlossenen Block von Unternehmern, Verbandsfunktionären und Repräsentanten des rechten CDU-Flügels zu tun. Selbstverständlich verlaufen derartige Entwicklungen und „Tendenzwenden“ nicht widerspruchsfrei. So ist bekannt, daß namhafte Unter-

nehmer mit einer Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß durchaus nicht einverstanden waren; der Vorstandssprecher von Bosch, Hans Merkle, beispielsweise ist nach der Nominierung von F. J. Strauß aus der CDU ausgetreten. Natürlich gibt es auch heute noch maßgebende Sprecher der Unternehmerverbände und großer Unternehmen, die eine weitere Polarisierung zu vermeiden trachten und eher auf den integrativen Weg partnerschaftlicher Einbindung der Gewerkschaften setzen. Nur – die Tendenzen zu einem verschärften Konfrontationskurs sind unübersehbar.

Schauen wir uns daher einige wesentliche Aussagen und Programmpunkte des Kanzlerkandidaten und seiner Partei an. Wir konzentrieren uns dabei auf solche Themen, die für die gewerkschaftliche Arbeit im Vordergrund stehen.

Als Quellen sind vornehmlich zugrunde gelegt: das Grundsatzzprogramm der Christlich-Sozialen Union von 1976, die Schlußansprache von F. J. Strauß auf dem Zukunftskongreß der CSU am 16./17. November 1979 sowie die Rede von Franz Josef Strauß während der zurückliegenden Haushaltsdebatte am 13. Dezember 1979.

III. Strauß und die Interessen der Arbeitnehmer

1. *Strauß weiß, was Arbeitnehmer wünschen.* Mit diesem Anspruch tritt er jedenfalls auf, vor allem in letzter Zeit. In einer Selbstdarstellung seiner Person und seines Werdegangs rühmt er seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen. „*Ich weiß noch, wie es unten aussieht. Ob ich mit Dienstwagen fahre oder nicht, das ändert nichts an meinem Verhältnis zur Bevölkerung, gerade zu den ärmeren Schichten der Bevölkerung*“, erklärte er vor dem Deutschen Bundestag (Haushaltsdebatte). An anderer Stelle fügte er hinzu: „*Wenn man in diesem Haus die Frage stellt, Freund oder Feind der Arbeitnehmer?*“, so halte ich das für eine törichte Kampfsparole der psychologischen Kriegsführung, für Agitation und Aufhetzung. Denn in wesentlichen Fragen, die die Lebensgrundlagen, die persönliche Freiheit, die Verfügungsgewalt über das erworbene Arbeitseinkommen, die Sicherung des Arbeitsplatzes . . . betreffen, haben die CDU und CSU – ich darf das für mich auch und sehr wohl nicht an letzter Stelle in Anspruch nehmen – eine Politik betrieben, die im Interesse der Arbeitnehmer, kurz-, mittel- und langfristig gesehen, jedenfalls

besser fundiert war als die hektische, krampfartige und kurzatmige Politik, die die Regierungsparteien und die Bundesregierungen in dieser Zeit betrieben haben.“ Und über die Erfolge der bisherigen Politik der CDU/CSU hören wir: „Die Wirklichkeit der sozialen Sicherheit ist durch die von Ihnen bekämpfte Soziale Marktwirtschaft begründet worden. Da sind die Grundlagen gelegt worden, auf denen aus einem Proleten der moderne Arbeiter geworden ist.“ . . . Es ist „unsere Politik gewesen, aus dem Arbeiter, aus dem Proleten des 19. Jahrhunderts durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft den Bürger zu machen, der Partner in der Wirtschaft ist, volle Gleichberechtigung im Staat und seinen Anteil am Sozialprodukt hat“ (Haushaltsdebatte).

Bei alledem darf natürlich das Bekenntnis zu den Gewerkschaften nicht fehlen, auch zur Einheitsgewerkschaft. „Wir stehen ohne Wenn und Aber zu der im Grundgesetz verbürgten Koalitionsfreiheit, zum Zusammenschluß der Bürger für legale Zwecke.“ Man dürfe „nicht davon reden, daß . . . die CSU und ihre Führungsorgane die Einheitsgewerkschaften unterminiert“ (Haushaltsdebatte).

Solche und ähnliche Bekenntnisse wird man stets hören und lesen können. Sie werden zur Anbiederung, wenn man etwas tiefer gräbt. Schon die Feststellung, daß der Arbeitnehmer „Partner in der Wirtschaft“ geworden sei und „seinen Anteil am Sozialprodukt hat“, verrät den Pferdefuß: Die Gleichstellung ist erreicht; jedes Mehr ist „Anspruchsinflation“. Oder: „Wir bejahen die Aufgabe der Gewerkschaften ohne Wenn und Aber, aber selbstverständlich mit der Maßgabe, daß das Gesetz des Gleichgewichts von der Macht der gesellschaftlichen Kräfte in einer Demokratie nicht umgestoßen werden darf“ (Haushaltsdebatte). Schon den Bekenntnissen („ohne Wenn und Aber“) ist das „aber“ gleich im nächsten Halbsatz beigefügt. Wenn von der Stellung der abhängig Beschäftigten die Rede ist, kann offensichtlich die Grenze ihrer Ansprüche nicht fehlen.

2. Eindeutigere Aufschlüsse erhalten wir bei der Frage, von welchem Menschenbild F. J. Strauß sich leiten läßt. „Die Christlich-Soziale Union sieht die Grundlage ihrer politischen Arbeit in einem Menschenbild, das von christlichen Wertvorstellungen geprägt ist“, heißt es in der Präambel des CSU-Grundsatzprogramms. Doch allein der Rückgriff auf „christliche Religiosität“ reicht nicht aus.

Konkreter wird Strauß beispielsweise auf dem Sektor der Er-

ziehung. Natürlich gilt es mit sozialistischen Heilslehren und leistungsfeindlicher Indoktrination aufzuräumen. „So wird die Jugend systematisch seit Jahren einer kulturrevolutionären Umwertung aller Werte ausgesetzt, und es werden dann völlig normale, traditionell begründete, ethisch fundierte und wissenschaftlich erhärtete Werte zu Sekundärwerten degradiert; dies gilt für Wahrhaftigkeit, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Partnerschaft, Leistung, Disziplin, von religiös und ethisch begründeten Werten ganz zu schweigen“ (Zukunftskongreß). Was hier dominiert, das sind die Tugenden, die die herrschende Klasse schon immer von den Arbeitern und Angestellten erwartet hat. Disziplin, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit – dazu wurden Volksschüler und Lehrlinge erzogen. Pünktliche Pflichterfüllung und geduldige Unterordnung wurden und werden von den abhängig Beschäftigten erwartet. Das Verhältnis nach oben, etwa zum Chef, soll von Partnerschaft geprägt sein.

Was dagegen bezeichnenderweise fehlt, sind Werte wie Solidarität, Selbstbewußtsein, Eigenständigkeit, mutiges Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit. Derlei Teufelswerk muß von der Schule verbannt werden. Bei dem Konflikt um die Gesamtschule „geht es nicht nur um Schulorganisationsformen, hier geht es auch um Lehrpläne und Lehrinhalte. . . . Ich habe nie aus meiner Meinung einen Hehl gemacht, daß der Konflikt nicht die einzige geschichtliche Wahrheit ist. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Erziehung der Kinder im Konfliktdenken . . . keine jungen, frohen, lebensaufgeschlossenen, der Zukunft gewachsenen Menschen . . . schafft“ (Haushaltsdebatte).

Disziplin und Unterordnung als Arbeitstugenden – das ist nur die eine Seite der Medaille. Die fürs arbeitende Volk. Die andere Seite sind Eigenverantwortung, Leistung, Einsatzbereitschaft. Dabei ist freilich nicht die Eigenverantwortung gemeint, in die wir alle entlassen werden sollen durch Abbau sozialer Leistungen und durch Überwindung „wohlfahrtsstaatlicher Lebenslügen“. Nein, hier geht es um die Erhaltung und Weckung von Leistungsvermögen, das nur wenigen in die Wiege gelegt ist.

Es geht um den „Rohstoff Geist“. „Wir brauchen den Rohstoff Geist, und den Rohstoff Geist, d. h. die Begabungen, kann man doch nicht durch die Zahl der höheren Schulen vermehren, doch nicht durch die Ausdehnung der Ausbildungsplätze an den Universitäten. Begabungen kann man auch nicht durch die Vermehrung der Abiturienten vermehren“ (Zukunftskongreß).

Denn: die Begabungen sind angeboren und sind demnach ungleich verteilt. So ist es denn auch folgerichtig, daß die vorhandenen Begabungen „nicht in einem gleichmacherischen pädagogischen Einheitsbrei nivelliert werden“ dürfen. Und damit auch nicht das geringste Mißverständnis bleibt: „An einem ändert keine Gleichheitstheorie oder keine Gleichheitsutopie etwas: nämlich daran, daß die überwiegende Mehrheit unserer fleißigen, intelligenten, arbeitsbereiten Menschen eine Chance für weiteren Aufstieg nur hat, wenn die relativ kleine Schicht führender, produktiver, schöpferischer, genialer geistiger Kräfte entdeckt, gepflegt, gefördert und zur vollen Entfaltung gebracht wird“ (Zukunftskongreß). Damit stoßen wir auf die für Strauß' Weltbild typische Zweiteilung der Gesellschaft: Unseren Erfolg, „was man im Ausland ‚das deutsche Wunder‘ nannte, haben . . . in den großen Pionier-Jahrzehnten der deutschen Vergangenheit und Gegenwart große Wissenschaftler, Techniker und Pioniere der Unternehmerschaft, gestützt auf eine fleißige leistungsfähige Arbeitnehmerschaft“ zustande gebracht . . . (Haushaltsdebatte).

Ist die Zuweisung von anpassungsfördernden Arbeitstugenden noch konservativ, so ist die unverhohlene Elitetheorie der Begabung und Bildung im Kern faschistoid. Auf derselben Ebene liegt denn auch die sozial-darwinistische Rechtfertigung der Marktwirtschaft. Es könne nicht darum gehen, daß der Gescheite neben dem Dummen die gleiche Erfolgsgarantie für sich beanspruchen kann. „Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft liegt in ihrer unbarmherzigen Trennung von Weizen und Spreu, liegt darin, daß eben dort durch diese Leistungsauslese überhaupt erst die Chance einer Anhebung der Lebensverhältnisse der breiten Massen liegt. Diese Chance liegt nicht in der Nivellierung von oben nach unten, sondern die liegt in der kreativen Wirkung von Spitzenleistungen und ihren anhebenden Folgen für die breiten Massen von unten nach oben. Das wollen wir!“ (Zukunftskongreß).

3. Ein derartiges Menschenbild hat Folgen. In der Bildungspolitik zum Beispiel. „Es geht . . . darum, daß die vorhandenen Begabungen durch unser Schulsystem am sichersten entdeckt, nicht in einem gleichmacherischen pädagogischen Einheitsbrei nivelliert werden . . .“ (Zukunftskongreß). Folgerichtig spricht auch das CSU-Grundsatzprogramm nicht von Chancengleichheit, sondern von „Chancengerechtigkeit“. Dazu die Erläute-

nung von F. J. Strauß: „*Wer der Menschheit eine Schule mit dem verhängnisvollen Wort ‚Chancengleichheit statt Chancengerechtigkeit‘ aufzwingen will, wer in der Schule eine Nivellierung der Leistungen und wer eine Gleichheit der materiellen Ergebnisse herbeiführen will, der dient weder der Gerechtigkeit noch der Gleichheit, sondern der dient dem Rückschritt, der dient dem Rückfall und der dient der Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes*“ (Zukunftskongreß).

So versteht es sich fast schon von selbst, daß für Strauß zu den „wohlfahrtsstaatlichen Lebenslügen“ auch der „Bildungsstaat“ gehört. Es gelte, die „*Grenzen des Sozial- und Bildungsstaates zu sehen*“ (Zukunftskongreß). Erste Opfer dieser Grenzziehung sind Gesamtschule und kooperative Schule. Dabei muß man sich vor Augen halten: als Mitte der 60er Jahre, nicht zuletzt unter dem Eindruck des Sputnik-Schocks, die Bildungspolitik neuen Auftrieb bekam, ging es in gleicher Weise darum, soziale Chancen zu verbessern und Durchlässigkeit zu schaffen, wie darum, den technischen Fortschritt nicht zu verpassen. Gerade der letztgenannte Aspekt war seinerzeit auch für Bildungspolitiker der Unionsparteien Anlaß, Schul- und Hochschulformen zu entwickeln, die in der Lage sind, die vorhandenen Bildungsreserven zu erschließen. So fand die Gesamtschule, erst recht die Zwischenlösung der kooperativen Schule, die Zustimmung auch der Bildungspolitiker der CDU. Das überkommene dreigliedrige Schulsystem galt als überwunden.

Demgegenüber ist der neuerdings eingeschlagene Kurs der CSU und nunmehr auch der CDU eine Kehrtwendung um 180 Grad. Dabei zeigt sich in aller Deutlichkeit: die Frontstellung gegen die Gesamtschule, ja auch gegen die kooperative Schule, zielt darauf ab, den einmal erreichten reformpolitischen Besitzstand wieder abzubauen. Die Chance, innerhalb ein- und derselben Schule je nach Begabung und Interessenschwerpunkt zu wechseln, wird eingeschränkt. Arbeiterkinder, vom Elternhaus, von der sozialen Herkunft her ohnehin benachteiligt, sollen weiterhin an den Barrieren des dreigliedrigen Schulsystems scheitern. Die Chance einer ihrer Ausgangslage angepaßten, fördernden Bildung wird ihnen vorenthalten. Zur Rechtfertigung dient die Ideologie von der ungleichen Begabung. Damit der Rückschritt ins dreigliedrige Schulsystem auch nicht nur auf Bayern beschränkt bleibt, droht die bayrische Staatsregierung, die Gesamtschulabschlüsse in anderen Bundesländern für den Zugang

zu bayrischen wissenschaftlichen Hochschulen nicht anzuerkennen.

Kam schon die Bildungspolitik der sozial-liberalen Koalition bei der beruflichen Bildung zum Stillstand, so suchen CSU und CDU auf dem Sektor der allgemeinen Bildung das Rad wieder zurückzudrehen. Daß F. J. Strauß und seine Partei dabei nicht allein stehen, zeigt der Spruch des früheren Präsidenten der Bundesbank vom Herbst 1979: „Export ist wichtiger als Bildung.“

4. Das einleitend skizzierte Menschenbild kehrt auch in anderen Bereichen wieder, etwa bei Fragen der *Wirtschaftsordnung*. Daß die marktwirtschaftliche Leistungsauslese nicht angetastet werden dürfe, wurde schon erwähnt. „*Wir haben uns seinerzeit zu dieser Marktwirtschaft bekannt, weil sie nicht nur die Vertragsfreiheit garantiert, weil sie die Eigentumsgarantie gibt – und ich schließe hier auch das Eigentum an Produktionsmitteln ein –, weil sie Leistungswettbewerb und Marktzugang gewährleistet, weil sie die Investitionsentscheidung freistellt, weil sie die Freiheit der Konsumwahl garantiert und die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes.*“ An anderer Stelle: „*Die Geschichte hat uns gelehrt: nur eine freiheitliche Ordnung – bestimmt durch die vier tragenden Elemente freiheitlicher Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft und bundesstaatliche Ordnung –, nur diese Architektur eines freiheitlichen Rechtsstaats . . . darf für unser Volk die . . . Ordnung der Zukunft sein*“ (Zukunftskongreß). Daß die marktwirtschaftliche Steuerung zum allgemeinen besten führt, könne nicht zweifelhaft sein. Denn: „*. . . der, der mit der Existenz seines Unternehmens, mit der Existenz seiner Familie, mit der Existenz auch seines eigenen Vermögens für Richtigkeit oder Unrichtigkeit halten, den Kopf hinhalten muß, (wird) im statistischen Durchschnitt die bessere und zweckmäßigere Entscheidung treffen, als der, der staatlich bezahlt oder als verbandlich ausgehaltener Funktionär bei einer Fehlentscheidung dann nur auf den nächsten Posten abgeschoben wird . . .*“ (Zukunftskongreß). Demzufolge darf auch die Entscheidungsbefugnis dessen, der Eigentum und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt, nicht angetastet werden. Etwa durch Mitbestimmung. Zwar bekennt sich das Grundsatzprogramm der CSU zur Mitbestimmung – aber: „*Ziel der Mitbestimmung darf es nicht sein, die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken*“ (S. 49). Im Klartext: Die Ge-

werkschaften haben dabei nichts zu suchen. Auf die gewerkschaftliche Forderung nach Parität finden wir die verklausulierte Antwort: „Die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit als Folge der Partnerschaft muß im Gesamtgefüge und in der Gesamtauswirkung von Betriebs- und Unternehmensverfassung bewertet und gewährleistet sein . . .“ und muß, „die Funktionsfähigkeit der Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen“ sicherstellen (S. 50). Im Grunde verbirgt sich hinter diesen Formulierungen die Ablehnung der Parität. Strauß selbst spricht das deutlicher aus: „Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich kein Anhänger der paritätischen Mitbestimmung bin“ (Haushaltsdebatte). Daß von dieser Warte aus weitergehende Forderungen, wie etwa Investitionskontrolle, der kompromißlosen Ablehnung verfallen müssen, dürfte sich von selbst verstehen.

5. Wer so die unternehmerische Freiheit verteidigt, für den sind in Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik die Antworten schon vorgegeben. Staat und Gewerkschaften sind schuld, wenn immer noch Arbeitslosigkeit herrscht. Es sei die „Investitionsfeindliche Politik, die durch Überhitzung der Konjunktur, inflationäre Überbeschäftigungspolitik, überhöhte Ausgaben der öffentlichen Hand, steuerliche Belastungen der Investitionen, dauernde Erprobung der Belastbarkeit der Wirtschaft und unternehmerfeindliche Bearbeitung der Öffentlichkeit zu der größten Investitionslücke in der Nachkriegswirtschaft geführt und die technische Modernisierung . . . behindert hat“ (Haushaltsdebatte). Kein Wort über Rationalisierung, über Konzentration, über konzentrationsbedingtes Aussetzen der sogenannten marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte. Folglich liegen auch die Lösungen auf der Hand. Nicht etwa Forderungen, die die Gewerkschaften seit Jahren vertreten, wie Arbeitszeitverkürzung: „Also ich halte von diesen Manipulationen, die Arbeitslosigkeit dadurch wegzuretuschieren, daß man Urlaub verlängert, einen Bildungsurlaub einführt und die Arbeitszeit verkürzt und Altersgrenzen vorverlegt, überhaupt nichts“ (ZDF, 8. 2. 1978). Nein, die Lösungen sind vornehmlich in einer Stärkung der Ertragskraft zu suchen. „Wir brauchen die Stärkung der Investitionsbereitschaft, der Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmungen durch eine ermutigende Ertragslage . . .“ (Zukunftskongreß).

Daß ein Anstieg der Gewinne und Investitionen keineswegs

neue Arbeitsplätze schaffen muß, wie z. B. die letzten drei Jahre gezeigt haben, ist offensichtlich noch nicht bis zur CSU-Zentrale vorgedrungen. So liest man im CSU-Grundsatzprogramm: „*Der Überforderung der Wirtschaft durch die Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen und durch die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist entgegenzutreten . . . Die Lasten für die Bewahrung der Stabilität müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen und den öffentlichen Haushalten gemeinsam getragen werden.*“ (S. 40) Die Stoßrichtung solcher Rezepte ist klar: Gewerkschaften und Staat. Die Ziele: Lohnzurückhaltung und Abbau sozialer Leistungen. Was die Gewerkschaftsadresse angeht, so steht Strauß sicher nicht allein. Sachverständigenrat und freidemokratische Bundeswirtschaftsminister haben sich in dieser Hinsicht nicht prinzipiell von ihm unterschieden.

Eine Besonderheit der CSU-Politik sind dagegen die sich verstärkenden Angriffe auf Staatsverschuldung, Staatstätigkeit und Staatsausgaben. Konzentrierten sich diese Vorstöße bisher vornehmlich auf den sozialen Sektor (s. u.), so ist neuerdings auch die staatliche Wachstumsförderung im Visier der CSU- und CDU-Kritik. „*Wenn wir die gefährdeten Fundamente unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wieder absichern wollen, brauchen wir selbstverständlich wieder eine konsequent marktwirtschaftliche Konjunktur- und Währungspolitik, die gekennzeichnet ist durch ein nicht staatlich gefüttertes, sondern von der Marktwirtschaft erzielt Wachstum*“ (Zukunftskongreß). Professor Biedenkopf, einer der denkbaren Wirtschaftsminister in einem Kabinett Strauß, plädiert seit einiger Zeit unverhohlen und lautstark für den weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wachstumspolitik. Mit anderen Worten: Zurück noch hinter Schiller, hinter die große Koalition und hinter Keynes! Eine derartige Politik ist illusionär, denn sie unterstellt gegen alle nationalen und internationalen Erfahrungen das Fortwirken von Selbstheilungskräften, die die alten, unter besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit zustande gekommenen Wachstumsraten wieder ermöglichen sollen. Eine solche Politik ist ignorant, denn sie nimmt die strukturellen Verwerfungen, ramentlich die Konzentration und die dadurch bewirkte Aushebelung marktwirtschaftlicher Gesetze nicht zur Kenntnis. Sie ist unehrlich, denn sie verschließt die Augen vor dem Anstieg der Rationalisierungsinvestitionen. Und sie ist abenteuerlich, denn ohne staatliche Nachfragebelebung, ohne staatliche Wachstumsförderung

würden sich die Arbeitslosenzahlen binnen kurzer Frist verdoppeln.

In der Tat, die Keynes'sche Politik der Wachstumspflege ist reformbedürftig. Doch sie abzuschaffen zugunsten des Konzentrationschaos der eigenverantwortlichen „Leistungsauslese“, wäre unverantwortlich. Das Beispiel zeigt: Auch hier droht Rückschritt für die Arbeiter und Angestellten, für ihre Einkommen und ihre Arbeitsplätze.

5. „*Es muß aufgeräumt werden mit den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Lebenslügen, wenn das soziale Netz, das seinerzeit von der Union geschaffen worden ist, wieder stabil, leistungsfähig und belastungsfähig werden soll.*“ (Zukunftskongreß). Dabei ist vorzuschicken, daß der Sozialstaat nach CSU-Verständnis ohnehin im Kern auf Fürsorgeleistungen zielt, die gesellschaftlichen Entscheidungsprivilegien und Machtzuweisungen dagegen unverändert läßt: „*Der Sozialstaat hat die Pflicht, die eigenständige und selbstverantwortliche Lebensführung der Bürger zu unterstützen, die soziale Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen und die besondere Fürsorge den Armen und Schwachen angedeihen zu lassen*“. (S. 21) Noch deutlicher hat sich Strauß auf dem CSU-Parteitag geäußert: „*. . . halte ich auch nichts davon, wenn in der Grundsatzdiskussion bei unserer großen Schwesterpartei als Grundwert das soziale Wohlbefinden erörtert wird. Das soziale ist kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase. . .*“

Auch hier, im Bereich der sozialstaatlichen Gewährleistungen, gilt es zurückzuschrauben. Zum einen bei den sozialen Leistungen, die Strauß als Folge der politisch gezüchteten Anspruchsinflation diffamiert: *Die gegenwärtige Krise „hat ihre Ursache nicht zuletzt in einer seit 1969 geführten visionären Staatsgläubigkeit. Im Aufheizen von Erwartungsinflation, im Wecken von Inflationsmentalität, in der bewußten Pflege der Subventionsmentalität, also im Heranzüchten einer Grundhaltung, die Eigenverantwortung ganz klein und die Verantwortung des Staates für die Befriedigung aller möglichen Bedürfnisse. . . ganz groß schreibt*“ (Zukunftskongreß). Zum anderen sind z. B. Beschäftigungs- und ausbildungshemmende Vorschriften abzubauen. „*Die sozialistische Demokratie wird heute weniger von der marxistischen Ideologie, sondern vielmehr von der zunehmenden Bürokratisierung aller öffentlichen, privaten und auch privatwirtschaftliche Bereiche bedroht. Dabei sind be-*

sonders die beschäftigungsfeindlichen und ausbildungshemmenden Vorschriften hervorzuheben. Dazu gehören Teile der Ausbilder-Eignungsverordnung, Teile des Jugendarbeitsschutz-Gesetzes, Teile der Kündigungsschutzbestimmungen, Teile des Schwerbehindertengesetzes“ (im Deutschen Bundestag, 24. 1. 1978). Deutlicher kann – ungeachtet aller Anbiederungen an die „ärmeren Schichten der Bevölkerung“ – nicht gesagt werden, wohin die Reise geht: Demontage des sozialen Besitzstandes.

6. Auf einer allgemeinen Ebene kehrt das ganze wieder als Schlachtruf von der *Entstaatlichung*. Dabei springt eine für alle Konservativen typischer Widerspruch ins Auge: Einerseits ruft man nach dem starken Staat, etwa wenn es um die Abwehr sozialer Bewegungen und Ansprüche geht. „Zur Freiheit gehört die Entschlossenheit, sie zu verteidigen. Ein schwacher Staat ist das Gegenteil eines liberalen Staates,“ schreibt Strauß in der Einleitung zum CSU-Grundsatzprogramm. Da ist man auch beim Abbau demokratischer Rechte und Grundfreiheiten nicht zimperlich. Der starke (CSU-)Staat bewährt sich beispielsweise in der Praxis der Berufsverbote.

Umgekehrt wird der Staat immer dann, wenn er die finanziellen Ressourcen der privaten Wirtschaft, wenn er die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer beeinträchtigen könnte, in seiner Zuständigkeit zurückgestutzt. Die *Staatsverschuldung*, ein sinnvolles und notwendiges Mittel zur Finanzierung langfristig angelegter Reformen und gesellschaftlicher Infrastruktur-Vorleistungen, steht seit Jahren im Zentrum der oppositionellen Kritik. Und dies, obwohl der Verschuldungsgrad von Staat und Gebietskörperschaften in der BRD im Vergleich zum Ausland noch gering ist. Und obwohl eine Senkung staatlicher Aufgaben zwangsläufig zu Lasten sozialer Leistungen gehen müßte. Denn die Masse der Arbeiter und Angestellten kann sich einen armen Staat nicht leisten!

Auf derselben Ebene wie der Kampf gegen die Staatsverschuldung liegt die Forderung nach *Privatisierung*. Einzelne Bereiche der Staatstätigkeit sollen herausgebrochen und privaten Unternehmern überlassen werden. Daß sich dazu nur die profitablen Rosinen eignen, versteht sich von selbst. Hier liegt zugleich eine der Ursachen, weshalb die Privatisierungsdebatte in jüngster Zeit an Lautstärke zugenommen hat. Privates Kapital muß gewinnbringend angelegt werden. Im Bereich der privatwirtschaftlich nutzbaren Märkte im Inland sind die Grenzen enger gewor-

den, nicht zuletzt durch Monopolisierung und Überkapazitäten. Was liegt also näher, als daß überschüssiges Kapital in solche Nischen der Staatstätigkeit drängt, in denen zur Zeit noch Gewinne zu erwarten sind? Musterbeispiel unserer Tage ist das Verlangen privater Zeitungsverleger, über die neuen Medien am Rundfunk und Fernsehen, genauer: am Werbegeschäft des Rundfunks und Fernsehens beteiligt zu werden. Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, hat sich zum Vorkämpfer dieser Privatisierung gemacht. Die übrigen Medienpolitiker der CDU sind ihm gefolgt. Ja, die Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Birgit Breuel, hat gleich ein ganzes Programm zur Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe vorgelegt. Das CSU-Grundsatzprogramm stellt dazu fest: „Die Christlich-Soziale Union tritt dafür ein, den Umfang der staatlichen Aufgaben zu begrenzen. Im Bereich der Eingriffsverwaltung ist eine Beschränkung der Staatstätigkeit kaum möglich. Der Bereich der Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates dagegen bietet vielfältige Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.“ (S. 25).

Forderungen dieser Art werden oftmals mit dem Subsidiaritäts-Prinzip der katholischen Soziallehre in Verbindung gebracht. Zu Unrecht. Das Subsidiaritäts-Prinzip beschränkt sich auf den Grundsatz der dezentralen, problemnahen Aufgabenerfüllung. Über die Frage: staatlich gemeinwirtschaftlich oder privatwirtschaftlich trifft es keine Aussage. Die Privatisierungs-ideologen reden von Subsidiaritäts-Prinzip und meinen neue Profitquellen für privates Kapital.

Die Folge: Leistungen, von kommunalen Diensten bis zu Post und Rundfunk, würden nicht nur demokratischer Kontrolle entzogen; es wäre zunehmend schwieriger, sie unter sozialen Gesichtspunkten bedarfsgerechter Verteilung und eines internen Kostenausgleiches anzubieten. Öffentliche Leistungen sollen ja stets gemeinwirtschaftlich erbracht werden. Dies wäre unter der Herrschaft privater Gewinnerzielung nicht mehr möglich. Fernsehsendungen verlören Vielfalt zugunsten der anzeigen- und werbungsfördernden Programme; postalische Leistungen würden dort abgebaut, wo sie nicht mehr rentabel sind etc. Auch hier drohte ein Abbau des sozialen Besitzstandes.

Die jüngste Privatisierungskampagne im Medienbereich macht zugleich ein zweites deutlich: in der Vergangenheit konzentrierten sich CDU und CSU darauf, die sogenannten neuen

Medien, insbesondere Kabelfernsehen, für die privatwirtschaftliche Nutzung zu reklamieren; die bestehenden Rundfunk- und Fernsehprogramme sollten davon unberührt in der Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Anstalten bleiben. Neuerdings unternimmt es Ministerpräsident Albrecht, bei der Zerschlagung des NDR bereits eines der bisherigen Programme privaten Veranstaltern zuzuschancen. Nicht die Verteilung künftiger, die Zerschlagung bestehender Medien steht auf der Tagesordnung.

7. Die fortwirkende Arbeitslosigkeit fördert – wie zu früheren Zeiten auch – Rezepte zutage, die darauf hinauslaufen, die Opfer unter den Betroffenen „gerechter zu verteilen“. Das bedeutet z. B.: den *Frauen und Mädchen* den Weg aus dem Berufsleben zu erleichtern. Begriffe wie „Doppelverdiener“ laufen darauf hinaus, der Frau nur ein minderes Recht auf Arbeit zuzugestehen. So schrieb der „Bayernkurier“ schon vor einiger Zeit: *„Angesichts der 4 Millionen Arbeitslosen im EG-Bereich ist es utopisch, das Recht auf Arbeit für Frauen generell zu fordern. Vielmehr muß der Haushalt als Arbeitsplatz anerkannt werden.“* Strauß ergänzt: *„Ich freue mich über jede gutausgebildete tüchtige Frau, die in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben ihre Kraft einsetzt, wenn sie dabei ihren weiblichen Charme nicht verliert. In ihrem eigenen Interesse und der gesunden Entwicklung der Kinder möchte ich allerdings die Frauen davor bewahrt wissen, daß sie sich übernehmen.“* Noch deutlicher werden dann die gesetzlichen Vorschläge zur Familienpolitik. Als die sozial-liberale Koalition den Mutterschaftsurlaub durchsetzte, hielt die CDU/CSU-Opposition ihr Konzept eines Familiengeldes dagegen. Der betreffende Elternteil (im Klartext: die Ehefrau) hätte jedoch nur dann Anspruch auf Familiengeld gehabt, wenn er die eigene Berufstätigkeit aufgegeben hätte; und zwar mit der Folge, daß der Arbeitsplatz verlorengegangen wäre. Eine derartige Familienpolitik läuft darauf hinaus, die Frau wieder an Heim und Herd zu binden.

Der Kreuzzug gegen jegliche Liberalisierung der Strafbestimmung über die Abtreibung (siehe den Vergleich der Schwangerschaftsabbrüche mit Auschwitz) setzt diese Art der Familienpolitik auf Kosten der Frauen auf einer anderen Ebene fort. Auch hier geht es darum, die einmal erreichten wirtschaftlichen, sozialen und gesetzlichen Grundlagen für mögliche Emanzipation wieder zurückzuziehen.

8. Es wurde schon hervorgehoben: CSU und Strauß bekennen

sich stets zur *Koalitionsfreiheit und zu den Gewerkschaften*, „ohne Wenn und Aber“! Doch das „Aber“ folgt dessen ungeachtet bereits im nächsten Halbsatz. Folgende Grundmuster kehren stets wieder:

– Die Freiheit des einzelnen steht unter der Bedrohung durch die „Macht und den Machtanspruch gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen“ (Grundsatzprogramm, S. 14).

Folglich darf z. B. die *Mitbestimmung nicht dazu führen, die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken*“ (Grundsatzprogramm, S. 49).

– Die wirtschaftliche Entwicklung steht unter der Bedrohung durch „Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen“ (Grundsatzprogramm, S. 40). Demzufolge „*bejahren (wir) die Aufgaben der Gewerkschaften . . . aber selbstverständlich mit der Maßgabe, daß das Gesetz des Gleichgewichts von der Macht der gesellschaftlichen Kräfte in einer Demokratie nicht umgestoßen werden darf.*“ (Haushaltsdebatte).

– Die Tarifautonomie steht unter der Gefahr ihres Mißbrauchs durch gesellschaftliche Macht. „*Die CSU verteidigt die Tarifautonomie. . . Die Freiheit der Sozialpartner darf nicht angetastet werden. . . Aus ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht ergibt sich eine Sozialbindung ihres Handelns.*“ (Grundsatzprogramm, S. 50 f).

Mit anderen Worten: Immer wenn die grundrechtlich geschützte Freiheit zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß und zur gewerkschaftlichen Betätigung Erwähnung findet, fehlt es nicht an Hinweisen auf

- Mißbrauch
- Macht
- Anonymität
- Außerbetriebliche, fremde Organisationen.

Die naheliegende Antwort: Kontrolle dieser gesellschaftlichen Macht.

Ein Mittel der Kontrolle dieser Macht ist die Gewerkschafts-Pluralität. „*Die Christlich-Soziale Union verteidigt die Tarifautonomie und bekennt sich zur gewerkschaftlichen Pluralität als wesentlichen Bestandteil seiner freiheitlichen Wirtschaftsordnung.*“ (Grundsatzprogramm, S. 50).

Praktische Folge dieses Grundsatzes ist die gezielte Förderung von Splitterorganisationen und gelben Verbänden, etwa der Verbände des Beamtenbundes und der christlichen Gewerk-

schaften. Im vergangenen Sommer deckte „Metall“ ein CSU-internes Papier auf, das an Deutlichkeit gegenüber der Einheitsgewerkschaft nichts zu wünschen übrig läßt: „Dieses politische Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus ist eine Besonderheit der CSU. Die CDU konnte sich in ihrem Grundsatzprogramm dazu nicht durchringen. . . Die Auffassung, die Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften in der Bundesrepublik würde zu ‚englischen Verhältnissen‘ führen, ist unzutreffend. . . Eine aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die christlichen Parteien ist erheblich billiger und möglicherweise wohl auch effektiver als die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft. . .“ Ein dann von Strauß nach der Unterredung mit Heinz Oskar Vetter kurzfristig abgesagter Gewerkschaftskongreß der CSU sollte erste praktische Schritte zur Schwächung des DGB einleiten.

Ein anderes Mittel zur Disziplinierung und Schwächung der Gewerkschaften ist ihre Verdächtigung als politisch und verfassungsrechtlich unzuverlässig. „Wenn Gefahr besteht, daß eine ideologische Richtung, daß eine totalitäre Richtung versucht, die Einheitsgewerkschaften zu unterwandern, zu unterminieren, dann sind es die Kommunisten der verschiedenen Schattierungen.“ . . . „Wir haben drei Fragen an den Gewerkschaftsbund gestellt. . . Die dritte Frage war die nach dem Stand der kommunistischen Unterwanderung. Der Erfolg unserer Bemühungen war, daß die Gewerkschaften zugegeben haben, es gebe für sie ein Problem der kommunistischen Unterwanderung, besonders im Jugendbereich, daß sie aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit einen geschärften Blick hätten. . .“ (Haushaltsdebatte). Dabei steht heute schon fest: die Legende von der kommunistischen Unterwanderung wird auch künftig ein wichtiges Mittel zur Schwächung der Gewerkschaften und zur Verdächtigung ihrer politischen Ziele bleiben.

Eine alles in allem dankenswert deutliche Zusammenfassung des antigewerkschaftlichen Arsenalts brachte kürzlich die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in ihrem Buch „Den Amtsschimmel absatteln“: „Da zu bezweifeln ist, daß zumindest die jetzige Regierung den Mut aufbringen wird, den Gewerkschaften nachhaltig zu widersprechen, wird man über eine Institutionalisierung der Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien nachdenken müssen. Hier reicht der Katalog der Maßnahmen vom verbalen Appell bis hin zu einer evtl. Beteiligung der

Tarifpartner an den Kosten für die Arbeitslosigkeit. Abhilfe würde auch erreicht, wenn die innerbetriebliche Machtverteilung besser austariert wäre. Auch hier will ich dem Wettbewerb das Wort reden. Ich halte es beispielsweise für durchaus denkbar, daß in den Unternehmen, wo eine gewerkschaftliche Mehrheit den Betriebsrat stellt, dieselbe Gewerkschaft über kein Aufsichtsratsmandat mehr verfügen sollte.“

Das Ziel dieser Politik ist und bleibt: Lähmung der Gewerkschaften.

9. Der vorstehende Überblick beschränkt sich auf Themen, die im Vordergrund der gewerkschaftlichen Arbeit stehen. Bei alledem wäre es sträflich, die übrigen Politikfelder aus dem Blick zu verlieren. Auch Gewerkschafter sollen und können nicht übersehen, was Strauß etwa gegen die Entspannungspolitik und für weitere Rüstungsanstrengungen zu sagen hat; oder was er zur Verharmlosung und Rechtfertigung faschistischer Regime geäußert hat. An dieser Stelle soll es jedoch mit diesem Hinweis sein Bewenden haben.

IV. Die Methode: Emotionalisierung durch Angst und Feindbilder

„Dem deutschen Volk soll es nie so schlecht gehen, daß es auf mich als Kanzler angewiesen ist.“

Die Art und Weise, in der Strauß seine Ziele umzusetzen sucht, sind vielfältig. Da findet sich „normale“ Demagogie. Das Unbehagen an staatlichen Subventionen wird beispielsweise mobilisiert, um mit der „Subventionsmentalität“ gleich die soziale Verantwortung des Staates anzugreifen. Das Mißtrauen gegenüber Bürokratien und komplizierten rechtlichen Regeln muß dazu herhalten, soziale Ansprüche einzuschränken.

Wesentlich tiefer geht die Emotionalisierung, die mit dunklen Feindbildern arbeitet. Als erfolgreiches Standardklischee der CDU seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich dabei die Gleichsetzung: sozial – sozialistisch – kommunistisch – moskauhörig – Unterwerfung unter fremde Despotien, erwiesen. Strauß beherrscht das Instrumentarium zur Mobilisierung antikommunistischer Ängste meisterhaft. Dazu nur wenige Beispiele: „Sie

sollten auch einmal daran denken, wo wir alle stehen würden, wenn die SPD die CDU/CSU an der Einführung der Marktwirtschaft und am Eintritt in das westliche Bündnis hätte hindern können, wenn planwirtschaftliche Programmatik und Deutschland-Plan der SPD, ein Konföderationsplan mit der SED, Wirklichkeit geworden wäre. Armut und Abhängigkeit von Moskau wären die unvermeidlichen Folgen gewesen. . .“

Oder: „In diesem Zusammenhang ist festzustellen . . . : Der Zugriff der Sowjetunion auf die afrikanischen Rohstoffreserven, die Umklammerung und Einschließung des wichtigsten afrikanischen Rohstofflandes Zaire mit Rohstoffreserven, die für Europa von lebenswichtiger Bedeutung sind, hätten die wirtschaftliche Abhängigkeit Westeuropas von Moskau zur Folge.“ (Haushaltsdebatte). „Es muß ein Ende werden mit der kulturevolutionären Umwälzung in unserem Lande, wie sie durch sozialistische Bildungsreform und Bildungspolitik und ihre Gefolgscharen seit Jahren betrieben wird.“ (Zukunftskongreß). Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Strauß selbst hat das Rezept geliefert: „Aber die vielen nüchternen harten Fragen der Landespolitik, also der Strukturpolitik, der Regionalpolitik usw., wo man viel Sachkunde braucht, viel Detailkunde braucht, und unendliches Maß an Fleiß aufwenden muß und trotzdem keine rauschenden Feste damit feiern kann, all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art.“ (Sonthofen, November 1974). Angst vor „den Russen“, Angst vor Kommunisten, Angst vor Gewerkschaften und ihrer Macht, Angst vor Sozialdemokraten, Angst vor „Kulturevolutionären“, Angst vor Systemveränderern im Schuldienst, Angst vor Terroristen – das sind die Grundlagen, auf denen Strauß'sche Emotionalisierung gedeiht. Bezeichnend ist dabei, daß Strauß sich absichtlich mit konkreten Lösungsvorschlägen zurückhält. Statt sachlicher Lösungen werden Agressionen entwickelt: „Was wir hier in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören – in ihre Löcher.“ (1974), „Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses

Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen!" (auf Terroristen bezogen, Sonthofen 1974).

Diese Aggressivität ist es denn auch, die die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ befriedigt feststellen läßt: Strauß sei „entschlossen, sich nicht opportunistisch den Wünschen aller Wähler oder vermeintlicher Wählergruppen anzupassen“; sein Ziel sei nicht „Integration aller Gruppen um jeden Preis“. Da soll man sich durch ab und zu moderate Töne nicht irritieren lassen, da mag immer wieder vor unnützer Polarisierung gewarnt werden – die Politik von Franz Josef Strauß besteht in Polarisierung, in einer Verschärfung der Konfrontation.

Wie weit die Bereitschaft zur Polarisierung geht, zeigt etwa die Reaktion auf das konsequente Eintreten der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Maria Weber für die Gesamtschule. Auf ihre Kritik an der Position von Franz Josef Strauß in dieser Frage veröffentlichte der „Bayernkurier“ einen Antrag aus der CSU, sie aus der CDU auszuschließen. Also: die Drohung mit Parteiausschlüssen als Antwort auf die Verfechtung gewerkschaftlicher Forderungen!

V. Was tun?

Die gewerkschaftliche Antwort auf die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß hat im wesentlichen von folgenden Bedingungen auszugehen.

1. Die Gewerkschaften sind eine Antwort schuldig. Ziel und Grundlage gewerkschaftlichen Handelns sind die Interessen der Mitglieder und der übrigen Arbeiter und Angestellten. Der politische Kurs von F. J. Strauß und des von ihm repräsentierten Flügels der Unionsparteien ist den Interessen der abhängig Beschäftigten in wesentlichen Fragen entgegengesetzt. Konkrete Aussagen über die Grundlagen und Ziele seiner Politik lassen sich mit Forderungen und Beschlüssen der Gewerkschaften schwerlich auf einen Nenner bringen. Hinzu kommen Angriffe auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit.

Aus diesem Grunde wäre eine Kanzlerschaft von F. J. Strauß aus gewerkschaftlicher Sicht mehr als eine normale parlamentarische Wachablösung. Die Gewerkschaften sind daher zum Widerstand aufgerufen. Auch die Einheitsgewerkschaft.

Einheitsgewerkschaft bedeutet nicht Neutralität, sondern

parteipolitische Unabhängigkeit. Keineswegs kann dies darauf hinauslaufen, Gefahren für die Arbeitnehmer, Widersprüche zu gewerkschaftlichen Forderungen zu verschweigen. Da kann es auch keine Rücksicht auf christdemokratische Mitglieder geben. Die Gewerkschaften können ja ihren zentralen Forderungen nicht abschwören. Den antigewerkschaftliche Kurs von F. J. Strauß tolerieren, grenzte im Lichte des DGB-Grundsatzprogramms und der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Forderungen zur Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik etc. an politische Selbstaufgabe.

2. Es kann nicht darum gehen, allein die Person F. J. Strauß in den Vordergrund zu schieben. Gefahr droht nicht durch den „unberechenbaren Charakter“ dieses im übrigen „sehr befähigten“ Politikers. Gefahr droht vom Programm.

Deshalb bringt es auch nichts, F. J. Strauß umgekehrt zu dämonisieren. Als sich Heinz Oskar Vetter im Herbst 1979 mit ihm traf, wurde innerhalb der Gewerkschaften Protest laut. Zu Unrecht, wie wir meinen. Der DGB-Vorsitzende braucht keine Berührungssängste zu entwickeln. Gefährlich wäre es lediglich, wenn bei solchen Gesprächen der Eindruck entstünde, als schuldeten die Gewerkschaften der CSU Rechenschaft für ihre Politik; oder als müßten sie Rede und Antwort stehen zur CSU-Parole von der kommunistischen Unterwanderung. Wenn jemand etwas klarzustellen und zurechtzurücken hat, so F. J. Strauß – nicht die Gewerkschaften.

Widerstand gegen die Politik, nicht die Person – das bedeutet zugleich die Erkenntnis, daß Strauß'sche Politik eine Entwicklung beschleunigt und zum Abschluß bringt, die schon in vollem Gange ist. Vom Tabukatalog, über die Aussperrung, die Preisgabe der Reformpolitik, Halbherzigkeiten in der Wirtschaftspolitik, bis zum Zurückweichen vor Angriffen von rechts – dies alles steht ja nicht erst am 5. Oktober dieses Jahres ins Haus. Hier zum Beispiel den eigenen Anteil und den Anteil der sozial-liberalen Koalition aufzuzeigen, auch dies gehört zu der Redlichkeit, die wir der Einheitsgewerkschaft schulden.

3. Es hat keinen Sinn, den Kopf einzuziehen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Erst recht wäre es gefährlich, darauf zu vertrauen, daß F. J. Strauß sich von selbst erledige. Etwa daß er überziehe und sich in den Augen der Wähler unmöglich machen werde. Erstens wird uns der „befähigte Politiker“ diesen Gefallen nicht tun. Zweitens trägt eigenes Stillhalten dazu bei, daß die

inhaltlichen Ziele seiner Politik weiter hoffähig werden, Anerkennung finden, daß sich der Weg weiter nach rechts öffnet. Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß Stillstand, daß Zurückweichen nur dazu beiträgt, daß die politische Reaktion noch weiter vorrückt. Vorleistungen der Arbeiterbewegung sind von der herrschenden Klasse noch nie honoriert worden; sie wurden stets mit weiteren Angriffen, weiteren Einschnürungen bis hin zur offenen Unterdrückung und Verfolgung beantwortet. Die Entwicklung der Weimarer Republik sollte da in mancherlei Hinsicht Lehre sein.

4. Die Entscheidung fällt nicht nur und nicht erst am Wahltag. Natürlich sind z. B. Wahlprüfsteine wichtig, ja unverzichtbar. Sie geben Mitgliedern und Funktionären eine notwendige politische Orientierung. Aber sie allein vermögen nicht zu mobilisieren.

Dies gilt erst recht zu Zeiten politischer Unsicherheit. Enttäuschungen, halbherzige Orientierungen auf die politischen Ziele der Arbeiterbewegung – all dies schlägt sich allzuleicht in der Arbeiterschaft als Desinteresse und Wahlenthaltung nieder. Umgekehrt zeigen die Anfänge der sozial-liberalen Koalition, wie stark eine zukunftsweisende politische Orientierung, Einsatzbereitschaft ehrenamtlicher Funktionäre, Aufmerksamkeit, ja Reaktionen auf politische Vorgänge selbst in den Betrieben (z. B. beim Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt) und Wahlverhalten miteinander verzahnt sind. Mit anderen Worten: das politische Klima, in dem dann die Wahlen erst den letzten Akt setzen, wird in der Vorwahlzeit bestimmt.

5. Gewerkschaftlicher Widerstand kann nicht an die Stelle parteipolitischen Wahlkampfes treten. Dies verbietet im übrigen die Einheitsgewerkschaft. Aber die Gewerkschaften haben die Aufgabe, zur politischen Meinungsbildung ihrer Mitglieder und der übrigen Arbeiter, Angestellten und Beamten beizutragen. Das bedeutet z. B.:

– Es gilt das öffentliche Bewußtsein zu schärfen und den CSU-Rezepten die eigenen Forderungen begründet entgegen zu setzen. Die Ursachen der fortbestehenden Arbeitslosigkeit sind immer wieder deutlich zu machen. Eigene weiterführende Forderungen, etwa Arbeitszeitverkürzung, sind in Veranstaltungen, Kundgebungen und in sonstiger öffentlichkeitswirksamer Weise vorzutragen.

– Es gilt, den Angst- und Diffamierungskampagnen entge-

genzutreten. Der Verteufelung von Reformanliegen als sozialistisch begegnet man am ehesten, indem man sich zu eben diesem Sozialismus bekennt. Dem Vorwurf von der kommunistischen Unterwanderung begegnet man am wirksamsten, indem man an die Grundlagen und an die Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft erinnert. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und die Verbreitung der Erkenntnis, welche Kreise und welche politischen Kräfte im bürgerlichen und im politisch rechts stehenden Lager die Weimarer Demokratie zerstört haben.

– Es gilt, den Blick für die Gefährdung des sozialen Besitzstandes zu schärfen. Arbeitszeitverkürzungen, etwa die 35-Stunden-Woche, sind keineswegs revolutionäre Forderungen, sondern Forderungen zur Erhaltung des Status quo.

– Es gilt in gleicher Weise, Aufmerksamkeit zu schaffen für die Gefahren von rechts, einschließlich neofaschistischer Strömungen.

– Es gilt, der Bedrohung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit, etwa durch die Aussperrung, deutlich und hörbar entgegenzutreten. Dazu sind, neben laufenden Gerichtsverfahren, mobilisierende Veranstaltungen unerlässlich.

– Es gilt, die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der täglichen Praxis offensiv zu vertreten. Daß die Bereitschaft zur Gegenwehr in den Betrieben und Gewerkschaften gewachsen ist, zeigen die Arbeitskämpfe und Warnstreiks der letzten Jahre. Auch hier gilt die Binsenweisheit: Jede aktive Interessendurchsetzung, jeder erfolgreich durchgestandene Konflikt, vermag die politischen Gewichte zugunsten der jeweiligen Belegschaft, zugunsten der Gewerkschaft zu verschieben.

Insgesamt gilt: allein papierene Warnungen reichen nicht. Um die Öffentlichkeit wach zu rütteln ist mehr nötig – und möglich.

»Gewerkschaftspluralismus« und »repressive Integration«

Die antigewerkschaftliche Strategie des F. J. Strauß und ihre aktuellen, historischen und ideologischen Hintergründe

1.

Nachdem Franz Josef Strauß im Ergebnis schwerer innerer Machtausinandersetzungen und Zerreißproben zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien »gekürt« worden war, erklärte er beim CSU-Parteitag in München (28./29. September 1979) sogleich die Bundestagswahlen 1980 zu einem schicksalhaften, historischen Ereignis: »Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Wahlen des Jahres 1980 für das letzte Fünftel dieses Jahrhunderts wegweisende, weichenstellende Bedeutung haben werden, genau so wie die Wahlen der 50er Jahre.«¹ Diese Behauptung könnte leicht als eine jener typischen, schwülstigen Übertreibungen abgetan werden, zu denen der »mißverständene Intellektuelle« und »Historiker« Strauß² durchgängig neigt (denn: sollte er diese Wahlen verlieren, so wird er natürlich die nächsten Wahlen zum Anlaß nehmen, erneut das epochale Schicksal zu beschwören!).

Gleichwohl wird das Moment von Wahrheit, das dieser Satz enthält, auch von denjenigen anerkannt, die die Verhinderung des politischen Erfolges der durch Franz Josef Strauß repräsentierten Rechtskräfte als die wesentliche, aktuelle Aufgabe der demokratischen Bewegung in der BRD betrachten. Denn in der Tat: hier geht es nicht alleine um die Verhinderung der Machtergreifung eines Politikers, dessen Weg und Aufstieg durch zahllose Skandale gezeichnet ist³ und der in seiner »Jubelbiographie« bekennt: »Man mußte manchmal gewagte Methoden anwenden, um Schwierigkeiten zu überwinden.«⁴ Es geht in erster Linie – wie Reinhard Kühnl betont hat – um die Abwehr eines erneuten Versuchs der herrschenden Klasse, »die Krise offensiv zu nut-

zen, um nach innen das Herrschaftssystem qualitativ umzugestalten und so die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu ihren Gunsten zu verändern und nach außen die Politik ökonomischer Expansion und politischer Machtentfaltung verstärkt fortsetzen zu können.⁵ Darüber hinaus verkörpert die von Strauß und der CSU-geführte neue, rechte »Sammlungsbewegung« durchaus einen neuen Typus politischer Mobilisierung: Sendungsbewußtsein gekoppelt mit der rücksichtslosen Denunziation und Quasi-Kriminalisierung des politischen Gegners; zugleich skrupelloses Manövrieren und taktisches Anpassen an Situationen nach Gesichtspunkten politischer Opportunität (wir werden diesen Aspekt sogleich bei der Behandlung der »Gewerkschaftsfrage« verdeutlichen können); Personenkult in der Nähe des »Führerprinzips«. Diese Formen politischer Selbstdarstellung wiederum sind mit einem Konzept der politischen, ideologischen und auch sozialökonomischen Polarisierung verbunden, das ganz bewußt die weitverbreitete Angst vor der Zukunft, die – durch die kapitalistische Krise produzierte – Verunsicherung der Lebensbedingungen und -chancen, in den Mittelpunkt ihrer Strategie und Taktik stellt. Damit wird eine Kampfkongstellatation inszeniert, der man nicht durch Schweigen, Passivität oder durch das apathische Einlassen aufs »kleinere Übel« begegnen kann.

Was aber bedeutet diese Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung? Zuweilen wird auch in der innergewerkschaftlichen Diskussion die Auffassung vertreten, die Auseinandersetzung mit Strauß, mit den durch ihn repräsentierten wirtschaftlichen und politischen Interessen und ihrem gesellschaftspolitischen Programm, habe außerhalb der Gewerkschaften, auf der Ebene der politischen Parteien und ihres Kampfes zu erfolgen. Darüber hinaus entspreche es der Konzeption und dem Verständnis der Einheitsgewerkschaft, daß in ihr auch die Positionen, wie sie von Franz Josef Strauß und der CSU vertreten werden, ihren Platz haben. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, in die parteipolitischen Auseinandersetzungen (sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb von ihnen) und in die Wahlen als »Ersatzpartei«, als Konkurrenzorganisation oder auch als »verlängerter Arm« einer Partei einzugreifen. Dennoch müssen die Gewerkschaften natürlich die Politik und Programmatik von Parteien an der eigenen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Programmatik

sowie an den Beschlüssen der eigenen Organisationen messen und bewerten. Damit wirken die Gewerkschaften – wie H. O. Vetter 1971 hervorhob – auch in die Parteien und auf den Prozeß der politischen Willensbildung ein: »Wir müssen . . . aus uns selbst heraus politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modelle für die Gesellschaft von morgen entwerfen. Auf der Grundlage solcher Modelle müssen wir in die Parteien hineinwirken – nicht umgekehrt.«⁶

Wir werden in den folgenden Abschnitten zeigen, daß die von den Rechtskräften verfolgte politische Strategie

1. die Schwächung und Spaltung der Einheitsgewerkschaft sowie die politische Mobilisierung von Teilen der Lohnabhängigen gegen die DGB-Gewerkschaften zum Ziel hat;

2. von einem Demokratie-, Staats- und Gesellschaftsverständnis ausgeht, das überwiegend in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Grundpositionen steht, das jedwedes Konzept einer demokratischen Gesellschaftsreform (insbesondere im Bereich der Wirtschaft und der Eigentumsverhältnisse) mit den Mitteln autoritärer Staatsgewalt verhindern will, und das daher die DGB-Gewerkschaften als die wesentliche Kraft betrachtet, die im Rahmen einer Politik der »repressiven Integration« befestigt bzw. gezähmt werden muß;

3. zur Überwindung der Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ein Programm verfolgt, das sich – ohne nennenswerte Abweichung – mit den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände deckt und in allen wesentlichen Punkten der Programmatik und den Beschlüssen der DGB-Gewerkschaften entgegengesetzt ist

Der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber (dem in der taktischen Arbeitsteilung innerhalb der CSU-Führung die Funktion einer »Speerspitze« in der Auseinandersetzung mit dem DGB zugeteilt worden ist, während sich Strauß selbst auf diesem Felde eher zurückhaltend äußert), hat diese strukturelle »Feind-Beziehung« beim letzten CSU-Parteitag (September 1979) deutlich ausgesprochen: »Wenn ich mir den Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm des DGB ansehe, . . . dann lese ich von Investitionslenkung, Investitionsmeldestellen, paritätischer Mitbestimmung, überparitätischer Mitbestimmung, immer die alte Leier. Wenn wir das durchführen würden, hätten wir unsere Wirtschaft bald bankrott gemacht.«⁷

2.

Im Sommer des Jahres 1979 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen dem DGB und der CSU zu, als in der Öffentlichkeit »Gewerkschaftspläne« der CSU-Zentrale aufgedeckt wurden, aus denen eindeutig der Plan zu einer Spaltung und Schwächung der Einheitsgewerkschaft hervorging. Diese Auseinandersetzung und ihre Kommentierung in der Presse ist in dem von der IG Metall herausgegebenen Taschenbuch »Spalte und herrsche. F. J. Strauß und die Einheitsgewerkschaft« (Union Druckerei und Verlagsanstalt, Frankfurt/Main o. J.; vgl. dazu auch Teil III der Dokumentation im vorliegenden Buch) detailliert dokumentiert. Daher können wir uns hier darauf beschränken, die wesentlichen Überlegungen des sogenannten »Stoiber-Papiers« zusammenzufassen.

Schon im Februar 1979 hatte der im »Bayernkurier« (Herausgeber: F. J. Strauß) für Gewerkschaftsfragen zuständige Journalist M. Hettlage die Formel ausgegeben: Die Einheitsgewerkschaft ist tot!⁸ Die Kandidatur der Gewerkschaftsführer Vetter, Loderer und Hauenschild für die SPD bei den Europawahlen sei der letzte Beweis dafür, daß sich der DGB in eine Sozialistische Richtungsgewerkschaft verwandelt habe. Wenig später forderte E. Stoiber die Gewerkschafter auf, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Zugleich sprach er von einem »flagranten Satzungsbruch«; denn – so das »Stoiber-Papier« – der »selbstgestellte Satzungsanspruch (des DGB, d. V.), eine über den Parteien stehende Gewerkschaftsorganisation zu sein«⁹, sei nunmehr definitiv außer Kraft gesetzt worden.

Da dieses Argument immer wieder auftaucht, soll es gleich an dieser Stelle »erledigt« werden. In der Satzung des DGB, § 2, Satz 2 b, heißt es: »(Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften) sind *unabhängig* von Regierungen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Verwaltungen und den Arbeitgebern.«¹⁰ Die Begriffe »überparteilich« oder »parteipolitische Neutralität« wird man in der Satzung des DGB vergeblich suchen; niemals wird man einem Gewerkschafter parteipolitisches Engagement verbieten können. Die Gewerkschaften müssen bei der Verfolgung ihrer Ziele – ausgehend von ihren Beschlüssen und Programmen – »Partei ergreifen«. Gewerkschaftsarbeit ist immer politisch und das heißt, daß die Positionen und Handlungen von Regierungen und Parteien an den Interessen der Lohnabhängigen gemessen und der Kritik unterzogen werden müssen.

Die Unterstellung von der »Überparteilichkeit« ist also – auf die Satzung des DGB bezogen – falsch; politisch betrachtet ist sie unsinnig.

Wichtiger scheinen jedoch die Überlegungen, die im »Stoiber-Papier« in bezug auf die Schwächung bzw. Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft angestellt werden. Schon im ersten Satz wird durch das »Bekenntnis zur Pluralität« deutlich gemacht, daß die CSU das Prinzip der »Einheitsgewerkschaft« ablehnt: »Die CSU hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zu Tarifautonomie und gewerkschaftlicher Pluralität bekannt. . . Dieses Bekenntnis ist eine Besonderheit der CSU (auch gegenüber der CDU, d. V.) . . . Der Pluralismus in der Gewerkschaftszene ist daher das typische Kennzeichen einer freien Gesellschaft.«¹¹

Zur Verwirklichung dieser »Pluralität« werden fünf Möglichkeiten durchgespielt:

1. Die Einrichtung von *Arbeitnehmerkammern* wird (obwohl sie von Teilen der CSU einmal gefördert wurden) abgelehnt. Die CSU sei gegen die Schaffung neuer Bürokratien und: diese Einrichtungen könnten nur zu leicht von den DGB-Gewerkschaften majorisiert werden.

2. *Masseneintritte von »konservativen« Arbeitnehmern* (also CSU-Parteigängern) *in den DGB*. Diese Taktik wird jedoch als wenig realistisch abgetan, weil »es nicht genügend organisationswillige konservative Arbeitnehmer gibt, die dazu bereit sind«.

3. Die *Fraktionierung des DGB nach dem Vorbild des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)*. Für diese Lösung sei keine politische Mehrheit in den Gremien des DGB zu gewinnen.

4. *Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft*. Das sei auf jeden Fall zu teuer. Außerdem sei eine »Gewerkschaft aus der Retorte« mit Gewißheit wenig attraktiv.

5. *Aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes und anderer Minderheitengewerkschaften* (DAG, Deutscher Beamtenbund [DBB]).

Es liegt auf der Hand, daß bei diesem Planspiel nur noch die letzte Möglichkeit offen steht: »Eine aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die christlichen Parteien ist erheblich billiger und möglicherweise wohl auch effektiver als die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft. Die christ-

lichen Gewerkschaften bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm zu dem gleichen gesellschaftspolitischen Gedankengut wie die christlichen Parteien. Sie sind Richtungsgewerkschaften. Sie warten seit ihrer Gründung 1955 auf den Moment, in dem die christlichen Parteien erkennen, daß es zu den DGB-Gewerkschaften keine andere Alternative gibt als die aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften.«¹²

Die Strategen der CSU sind sich darüber im klaren, daß die Verwirklichung dieses Plans nicht schnell zur Schwächung des DGB – in ihrer Sprache (die noch nicht einmal auf die Geschmacklosigkeit verzichtet, von der »Lösung der Gewerkschaftsfrage« zu sprechen): zur Brechung des »Machtmonopols« des DGB – führen wird. Sie rechnen mit einem langen und schwierigen Prozeß. Allerdings versprechen sie sich von der Eröffnung der politischen Diskussion über diese Fragen (ein »Gewerkschaftskongreß« der CSU wurde in Aussicht gestellt) schon einen ersten Erfolg: allein die Diskussion über die Spaltung könnte Führungsgruppen der DGB-Gewerkschaften erschrecken und einschüchtern und sie dazu bewegen, zum einen (im Zeichen der »Unterwanderungskampagne«) gegen Linkskräfte in den Gewerkschaften schärfer vorzugehen und auf der anderen Seite Vertretern des christlich-sozialen »Arbeitnehmerflügels« im Apparat selbst einen größeren Einfluß einzuräumen.

Zwei flankierende Maßnahmen, die Stoiber und seine Freunde vorschlagen, müssen noch erwähnt werden:

1. Eine *Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes* mit dem Ziel, einen Schutz für Minderheitengewerkschaft (genauer: ihre gesetzliche Privilegierung) zu erreichen; und

2. »*Aus der Sicht der Gewerkschaftsfrage* ist ein grundsätzliches *Verbot kommunistischer Parteien aller Schattierungen* zu fordern. Es muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden, daß der Klassenkampf in die Tarifauseinandersetzungen und in die Betriebe hineingetragen werden kann, wie in England, Frankreich und Italien.«¹³

Mögen die Gewerkschafter in anderen europäischen Ländern (darunter auch zahlreiche christliche Gewerkschafter), die ihre Gewerkschaften als »Klassenorganisationen« verstehen und für die auch der Klassenkampf eine selbstverständliche und alltägliche Erfahrung ist (die nicht ihren Köpfen, sondern der Wirklichkeit der kapitalistischen Klassengesellschaft und ihrer Widersprüche entspringt), das »freie Europa« à la Strauß, Stoi-

ber und von Habsburg fürchten! Für unser Land gibt es eine wirkliche, harte Erfahrung: wann immer – im Namen der Staatsmacht – der »Klassenkampf« verboten wurde, dann waren dies Zeiten einer brutalen, reaktionären Diktatur: unter dem wilhelminisch-bismarckschen Sozialistengesetz ebenso wie unter dem Regime des braunen Terrors.

Die Auseinandersetzung um die ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten Spaltungspläne der CSU wurde bald wieder beendet. Nach dem Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter und F. J. Strauß am 10. Oktober 1979 (dessen Ankündigung schon bei vielen Gewerkschaftern Kritik ausgelöst hatte) verkündete Strauß generös, daß der von der CSU geplante »Gewerkschaftskongreß« nicht stattfindet.¹⁴ Diese Besänftigung wurde noch durch Äußerungen von Strauß unterstrichen, die in der FAZ vom 11. 10. 1979 wie folgt wiedergegeben werden. »Nun ist auch hinreichend eindeutig, daß die CSU die Einheitsgewerkschaft bejaht, was Strauß schon immer gesagt hat, auch wenn man es ihm nicht richtig geglaubt hat, und jetzt noch einmal erklärt, gewissermaßen als »Jubiläumserklärung.«

Diese Aussagen sind einmal symptomatisch für den zynischen, politischen Opportunismus, der die taktischen Verhaltenskalküle der CSU-Führer bestimmt; denn wie könnte durch ein Wort des großen Vorsitzenden plötzlich all das ausgelöscht sein, was in den Monaten zuvor durch das »Stoiber-Papier« sowie durch die Artikel im »Bayernkurier« öffentlich geworden war. Zum anderen jedoch ist leicht zu durchschauen, daß es sich hier um ein rein taktisches Besänftigungsmanöver handelte. Die gerade zitierte Straußsche Behauptung ist nämlich falsch. Wir wollen diese These anhand einiger Fakten im folgenden Teil beweisen.

3.

1973 schrieb Strauß in einem Telegramm an den Kongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) in Saarbrücken: »Die CSU . . . weiß sich mit Ihnen im Kampf für die Freiheit des Arbeitnehmers auch in der Industriegesellschaft der Zukunft verbunden . . . Ich habe an anderer Stelle gesagt, daß es nicht die Sache der CSU sein kann, sich für oder gegen bestimmte Gewerkschaftsformen auszusprechen. Das bleibt richtig, obwohl die sogenannten Einheitsgewerkschaften ihre Pflicht zu partei-

politischer Neutralität und Unabhängigkeit weit überwiegend nicht nur fortlaufend verletzten, sondern schlicht leugnen. Zu den Merkmalen einer freiheitlichen Demokratie gehören das Recht und die Freiheit der Arbeitnehmer, sich nach eigenem Willen zu Gewerkschaften zusammenzuschließen. Dafür tritt die CSU heute und in Zukunft ein. Wir sehen, daß heute auch auf gewerkschaftspolitischem Gebiet durch eine zunehmende Radikalkritik an unserer Gesellschaftsordnung und durch eine sehr weitgehende Öffnung gegenüber marxistischen Gesellschaftsvorstellungen die Unterschiede zwischen Freiheit und Tyrannei im öffentlichen Bewußtsein verwischt werden sollen. Um so wichtiger ist eine unabhängige gewerkschaftliche Kraft, die unbelastet vom Klassenkampfdenken und von Rücksichten auf eine dilletantische Regierungspolitik nach innen und außen für Freiheit und soziale Gerechtigkeit wirkt.«¹⁵

Hier findet sich nicht nur die Übereinstimmung zur Terminologie des »Stoiber-Papiers«, sondern auch der Tatbestand, daß Strauß mit diesem Grußtelegramm eben das ausspricht, was nach dem »Stoiber-Papier« als praktischer Plan verwirklicht werden soll.

Strauß hat am 30. 9. 1972 vor der Katholischen Akademie München einen Vortrag zu dem Thema »DGB – wohin. Die Gewerkschaften aus der Sicht der CSU« gehalten – eines der wenigen Dokumente, in denen sich Strauß selbst ausführlicher zur Gewerkschaftsfrage äußert.¹⁶ Strauß, der sich gern als »überzeugter Anhänger des gewerkschaftlichen Gedankens« definiert¹⁷, beginnt sein Referat mit dem Satz: »Die CSU ist – entgegen dem von ihren politischen Gegnern gemalten Zerrbild – von Anfang an eine gewerkschaftsfreundliche Partei«¹⁸. In Anwendung des christlich-sozialen Freiheitsbegriff auf die Gewerkschaften stellt er fest: 1. Koalitionsfreiheit ist immer auch negative Koalitionsfreiheit, also die Freiheit, einer Gewerkschaft nicht beitreten zu müssen. 2. »Gewerkschaftsfreiheit (bedeutet) auch die Freiheit, Gewerkschaften – ggf. auch konkurrierende Gewerkschaften – zu gründen.« Wenig später nimmt er zur Frage der »Einheitsgewerkschaft« Stellung und sagt: »Im Bereich ihrer Mitglieder, Freunde und Wähler hat es die CSU mit Gewerkschaftern verschiedener Richtungen zu tun. Der gewerkschaftliche Pluralismus – so schwach er ausgeprägt sein mag – ist eine Tatsache. Er ist eine Konsequenz der Gewerkschaftsfreiheit und wird von der CSU nicht in Frage gestellt.«¹⁹ Es ist

also völlig eindeutig: die Position des »Stoiber-Papiers« ist die prinzipielle Position der CSU: die Infragestellung der bestehenden Einheitsgewerkschaft und – wie es heißt – die Anerkennung des »gewerkschaftlichen Pluralismus« von Richtungsgewerkschaften. Solange man mit diesen Richtungsgewerkschaften, wie den bislang völlig unbedeutenden Christlichen Gewerkschaften, die sich zudem immer mehr dem Modell einer rechtsradikalen »gelben Gewerkschaft« annähern, politisch keinen Staat machen kann, solange kann man auch ohne Bedenken vernebelnde Erklärungen abgeben.

Das Problem der Beziehung der CSU zur Einheitsgewerkschaft hat eine historische Tradition. Strauß deutet das in seinem Referat – beim ersten Lesen schwer verständlich – selbst an: »Die CSU als Partei kann . . . die im Lager der christlich-sozialen Bewegung nie ausdiskutierte Frage der Einheitsgewerkschaft nicht entscheiden.«²⁰

Nie ausdiskutiert heißt also, nie richtig entschieden. Der erste Vorsitzende der CSU nach 1945, Josef Müller, hat 1947 vor dem Landesvorstand der CSU jene Doppelstrategie ausgesprochen, die bis in die Gegenwart das Verhältnis von CSU, Einheits- und Richtungsgewerkschaft bestimmt: »Die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen ist, glaube ich, jedem von uns hier klar (sehr richtig!). Wir haben heute die Einheitsgewerkschaft, und das Problem der Einheitsgewerkschaft beschäftigt viele unserer Freunde. Wir können noch nicht feststellen, daß die Einheitsgewerkschaft ein gelungener Versuch wäre (Zustimmung). Deswegen wollen wir nicht damit jetzt etwa eine eigene Gewerkschaft bilden, eine solche vielleicht – ich sage es ehrlich heraus, damit es anderswo verstanden wird – schon bilden. Aber wir sollten unsere Arbeitnehmergruppen in der Union so stark machen, daß sie erstens in der Union selbst den sozialen Geist durchsetzen können: Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht neutral ist, dann sind wir so kräftig, daß wir selbständig handeln können! (Starker Beifall)«.²¹

Das blieb bis in die Gegenwart unverändert das Leitmotiv christlich-sozialer Gewerkschaftspolitik. In den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen drohten schon 1952 Vertreter der christlich-sozialen Richtung die Spaltung an, wenn der DGB weiterhin die »parteipolitische Neutralität« verletze.²² Nach dem Wahlsieg der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1953 verlangten die Vertreter der katholischen Arbeiterbewe-

gung und der CDU-Sozialausschüsse einen größeren Einfluß für christliche Gewerkschafter im DGB. In ihrem offenen Brief forderten sie u. a. deren Kooptation ohne Wahl in alle zentralen und regionalen Vorstände der DGB-Gewerkschaften.²³ Als 1955 die Führung der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) zur Gründung christlicher Richtungsgewerkschaften übergang, schlossen sich aber nicht einmal alle christlich orientierten Mitglieder im DGB an. Der erste Gründungsversuch erwies sich als vollkommener Fehlschlag. Erst der Juli 1959 erfolgte Zusammenschluß mit einer Reihe kleiner konservativer Angestelltenverbände und die Einbeziehung der christlichen Gewerkschaften des Saarlands ließ die Mitgliedszahl auf etwa 250 000 steigen.²⁴

Die Führung des Christlichen Metallarbeiterverbandes (CMV), die selbst diese Zahlen noch für übertrieben hielt und als eine Täuschung ansah, trat 1966 mit dem größten Teil der Mitgliedschaft zur IG Metall über.²⁵ Seit Mitte der 70er Jahre wird von seiten konservativ-reaktionärer Kräfte an der Reaktivierung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) mit dem Ziel der Formierung eines Anti-DGB-Kartells unter Einschluß des DBB und der DAG gearbeitet.

Allerdings wurde schon in den fünfziger Jahren eine taktische Zielsetzung der christlichen Gewerkschafter innerhalb und außerhalb des DGB sichtbar, die noch heute eine wesentliche Rolle im CSU-Konzept spielt: nach den Bundestagswahlen 1953 wurde die Auseinandersetzung um die »Neutralität« des DGB vor allem dazu benutzt, um – nachdem die Kommunisten bereits bis zum Beginn der 50er Jahre weitgehend aus dem DGB, d. h. aus dem Funktionärskörper der großen Einzelgewerkschaften ausgeschaltet waren – linke Kräfte zu eliminieren. Im Schußfeld stand damals Viktor Agartz, der in seiner Rede auf dem Frankfurter Bundeskongreß 1954 des DGB eine scharfe und detaillierte Kritik der Marktwirtschaft und der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in der Bundesrepublik geleistet und sich damit als Hauptsprecher der linkssozialistischen Kräfte im DGB profiliert hatte.²⁶ In dieser Auseinandersetzung profilierte sich die 1954 gegründete »Christlich-Soziale Kollegenschaft«.²⁷ In ihrem Organ »Gesellschaftspolitische Kommentare« führte O. Nell-Breuning seine Angriffe gegen V. Agartz, die letztlich zu dessen Sturz führten. In diesem Organ wurde Jahre später von R. Altmann u. a. das Konzept

der »Formierten Gesellschaft« entworfen und zuerst propagiert.²⁸

Die relativ erfolgreiche Ausschaltung linkssozialistischer Kräfte mittels der Androhung der Gewerkschaftsspaltung von rechts²⁹ hat dann die Kampagnen für eine gewisse Zeit zum Erliegen gebracht. Im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen seit 1969 und vor allem im Umkreis der Bundestagswahlen 1972 flammten sie wieder verstärkt auf.

In all diesen Auseinandersetzungen wiederholt sich stereotyp die aus dem »Stoiber-Papier« und der Strauß-Rede »DGB wohin?« bekannte Terminologie: so in einem offenen Brief von prominenten CSU-Mitgliedern (Vertreter im DGB-Landesbezirksvorstand) an den bayrischen DGB-Vorsitzenden.³⁰ Immer wieder wurden die schon 1953 gestellten ultimativen Forderungen an den DGB wiederholt – in erster Linie die Schaffung von Möglichkeiten fraktioneller Arbeit für christliche Gewerkschafter im DGB (so in einem Schreiben der »Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter« vom 3. 9. 1976 und auf der Bundesarbeitstagung Christlich-demokratischer HBV-Gewerkschafter 1977).³¹

4.

Bei der Auseinandersetzung mit den Angriffen der Rechtskräfte auf die Einheitsgewerkschaften muß man sich freilich davor hüten, die Einheitsgewerkschaft selbst der Diskussion zu entziehen, indem man sie als eine Art Fetisch behandelt, sie zu einem überhistorisch-moralischen Wert an sich stilisiert. Damit würde man nur den Fehler wiederholen, den die Konservativen mit ihrer Vorstellung von den Grundwerten, die der Verfassung vorgeordnet sind, zum System erhoben haben. Die Einheitsgewerkschaft ist ein historisch-politisches Faktum – ein Produkt der geschichtlichen Erfahrungen und Kämpfe der Arbeiterbewegung, zugleich aber auch ein Produkt der politischen Konstellationen in der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung der BRD.

Einheitsgewerkschaften sind in vielen europäischen Ländern in den Jahren 1944/45 entstanden. Sie waren vorerst ein Ergebnis der Erfahrungen der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und die deutsche Okkupation – und: insofern war die Einheit auch ein Moment und Resultat des antifaschistischen Widerstandskampfes. Das galt in erster Linie für die italienische CGIL und die französische CGT. Ihre Gründung stand

jedoch auch im Zeichen der internationalen Bündniskonstellation gegen den Faschismus, der sogenannten »Anti-Hitler-Koalition«. So wurde 1945 in London als neue Gewerkschaftsinternationale der Weltgewerkschaftsbund (WGB) gegründet, dem – um die Spannweite der politisch-gewerkschaftlichen Orientierung zu verdeutlichen – sowohl ein Teil der US-amerikanischen als auch die sowjetischen Gewerkschaften angehörten.

In diesen Einheitsgewerkschaften schlossen sich in der Regel frühere Richtungsgewerkschaften zusammen, die die politischen und weltanschaulichen Hauptströmungen in der Arbeiterbewegung repräsentierten: die sozialdemokratische und sozialistische Richtung, die christliche und die kommunistische Strömung. Diese Einheitsverbände wurden nicht nach dem Modell eines Proporzkartells gegründet, sondern entstanden auf der Basis einer gemeinsamen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Plattform. Dazu gehörte auf jeden Fall der Antifaschismus und ein antikapitalistisches Demokratieverständnis, d. h. zugleich das Bewußtsein und Wissen um den engen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus. Danach war die Sicherung der politischen Demokratie wesentlich an die Verwirklichung sozialer Grundrechte (Recht auf Arbeit, Streikrecht, Koalitionsfreiheit, Mitbestimmungsrecht u. a. m.), an die Vergesellschaftung von Schwerpunktbereichen der kapitalistischen Ökonomie (vor allem der Schwerindustrie) sowie an planwirtschaftliche Vorstellungen auf dem Gebiete der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gebunden.

Es erscheint auf den ersten Blick als paradox, daß die meisten dieser Einheitsgewerkschaften schon in der Anfangsphase des Kalten Krieges – ab 1947/1948 – wieder auseinanderbrachen (so z. B. in Frankreich und in Italien), während der DGB als Einheitsgewerkschaft bestehen blieb, wiewohl auf deutschem Boden – d. h. sowohl in der Konfrontationskonstellation von BRD und DDR, als auch in den innenpolitischen Frontlinien der Adenauer-Ära – der Kalte Krieg mit besonderer Härte ausgetragen wurde. Obwohl dieses widersprüchliche Phänomen hier nicht detailliert untersucht werden kann, so scheint doch eines evident: in der westdeutschen Einheitsgewerkschaft bestand von Anfang an ein eindeutiges Übergewicht der politisch an der Sozialdemokratie orientierten Funktionäre und Mitglieder.³² Diese »Hegemonie« wurde in den fünfziger Jahren noch gefestigt durch den schwindenden Einfluß, schließlich durch die

administrative Ausschaltung der Kommunisten sowie durch eine weitere Verschiebung nach rechts im Gefolge der Zurückdrängung des Einflusses linkssozialdemokratischer Kräfte in den fünfziger Jahren.³³ Auf der anderen Seite vermochte die christliche Strömung keine Massenbasis zu gewinnen. Innergewerkschaftlich sicherte sie ihren Einfluß vor allem durch ein Proporzsystem, das ihr z. B. bei Wahlen den Weg in die Vorstände von Einzelgewerkschaften oder des DGB offenhielt oder auch – wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde – durch Druck von außen. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die CDU/CSU auch in den fünfziger Jahren zwar von circa einem Drittel der Arbeiter gewählt wurde, dieses Wählerpotential jedoch überwiegend nicht gewerkschaftlich organisiert und orientiert war.³⁴ Die CDU/CSU wurde von der Mehrheit der Lohnabhängigen als konservative Interessenvertretung der Restauration und des Kapitals betrachtet.

Klaus von Beyme hat die Einheitsgewerkschaft in der BRD wegen ihres historisch konstitutiven Antikommunismus als nicht »sehr belastungsfähig« bezeichnet.³⁵ Es scheint, daß diese geringe Belastungsfähigkeit der Einheitsgewerkschaft (d. h. die Tatsache, daß sich die Einheitsgewerkschaft nur zum Teil in einem organischen, historischen Prozeß des Sich-Aufeinander-Beziehens verschiedener weltanschaulich-politischer Strömungen auf der Basis eines gemeinsamen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Programms und im Rahmen gemeinsamer Kampferfahrungen entwickelt hat) durch die neue aggressive Politik der CSU gegenüber der Einheitsgewerkschaft auf die Probe gestellt werden soll. In diese Taktik geht freilich schon das Wissen ein, daß mühsame Proporzkonflikte und die beständige »Abgrenzung nach links« die Handlungsfähigkeit der Einheitsgewerkschaft – zumal in der gegenwärtigen Krisensituation – einschränken und schwächen werden.

5.

In der bisherigen Darstellung ist schon deutlich geworden, daß 1. der Konflikt zwischen der Einheitsgewerkschaft und der CSU ein lange Geschichte hat, und daß 2. im Krisenprozeß der kapitalistischen Entwicklung seit dem Übergang zu den siebziger Jahren die wesentlichen Ursachen für die Verschärfung und Zuspitzung dieses strukturellen Konfliktes zu suchen sind. Diese Hypothesen sollen in diesem Teil anhand einer Analyse des Gesell-

schafts-, Staats- und Gewerkschaftsverständnisses von F. J. Strauß und der CSU präzisiert werden.

In dem bereits erwähnten Vortrag »DGB wohin?« nimmt Strauß – bevor er noch auf die Frage der Einheitsgewerkschaft eingeht – eine grundsätzliche Unterscheidung der »christlich-sozialen Sicht der Gesellschaft von der sozialistischen« vor. Grundwerte sind ihm dabei als erstes die Institution des Privateigentums – als »Eckstein der Marktwirtschaft, des allgemeinen Wohlstandes und der Freiheit« – sodann die Familie und der Staat, wobei er dem Sozialismus eine »Uminterpretation der Demokratie von einer Staats- und Herrschaftsform in einen Prozeß der ständigen Minimierung von Autorität« unterstellt.³⁶ Betrachtet man diesen Grundwerte-Kodex, von dem Strauß an anderer Stelle ausdrücklich sagte, er sei »überverfassungsmäßig«³⁷, so zeigt sich, daß den Gewerkschaften – wie auch den anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften – ein fest umrissener Raum, ein eindeutig begrenztes Aktionsfeld zugewiesen wird, das sie auf keinen Fall verlassen dürfen. Privateigentum, Familie und Staat werden zu Naturphänomenen hypostasiert; die Offenheit der Verfassungsordnung z. B. für eine alternative Wirtschaft wird belanglos, weil die kapitalistische Wirtschaft a priori zum unveränderlichen Grundwert erklärt worden ist. Wer sie in Frage stellt, der stellt nicht nur die Verfassung, sondern auch die Natur selbst in Frage.

Für eine konservativ-christliche Partei wie die CSU versteht es sich von selbst, daß diese Neuordnung des Kapitalismus zugleich auch gottgewollte Ordnung ist. So bemüht denn auch Strauß den lieben Gott, um gesellschaftliche Ungleichheit zu erklären: »Der liebe Gott ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen; und deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden . . . Die Menschen sind nun einmal ungleich, die einen sind gescheit, die anderen sind weniger gescheit.« Die »Gleichheitsfanatiker« dagegen, die wirklichen Antichristen, »machen die Welt doch allmählich zur Hölle«.³⁸ So ist denn auch eine biologisch-naturwissenschaftliche und von göttlicher Vorsehung geleitete Begründung für die bayerische Bildungspolitik gefunden: »Wer hier mit modernen Medizinern, die dieses Problem überprüft haben, oder modernen Soziologen, die sich nicht dem Marxismus verschrieben haben, sich unterhält, der wird feststellen, daß es auf tausend Kinder vielleicht ein hochbegabtes schöpferisches und dann darun-

ter auch eine etwas größere Zahl von Begabten gibt. Diese Begabten in einem humanen Schulsystem herauszufinden, sie besonders zu fördern und zur vollen Entfaltung zu bringen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes von unten nach oben, statt durch eine Gleichmacherei in der Bildungspolitik von oben nach unten nivelliert wird.«³⁹

Die Freiheit tritt so in einen radikalen Gegensatz zur Gleichheit. Franz-Josef Strauß kommt daher oftmals auf die Jakobiner und Robespierre zu sprechen, wenn er gegen »Gleichheitsapostel« zu Felde zieht. Offensichtlich ist er sich dessen bewußt, daß mit der französischen Revolution – und vor allem durch die Jakobiner – das Thema Freiheit *und* Gleichheit auf die geschichtliche Tagesordnung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gesetzt wurde. Bewußt reiht er sich immer wieder in jene Traditionslinie reaktionären politischen Denkens ein, das schon beginnend mit den ersten »contre-révolutionnaires« unter Berufung auf Gott, Natur und Eigentum die Ungleichheit (damit auch Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) überhaupt zur Voraussetzung der Freiheit erklärten. Demgegenüber war es die sich im 19. Jahrhundert herausbildende Arbeiterbewegung, die den Grundgedanken der französischen Revolution aufgriff und in die praktische Politik hineinrug: Freiheit für alle kann es nur unter der Voraussetzung materieller Gleichheit, d. h. der Einschränkung und der Aufhebung der an das produktive Privateigentum gebundenen Ungleichheit geben. Das ist die Substanz des Demokratiekonzepts, das die Arbeiterbewegung (wenn auch in vielen Richtungen und Nuancen ausdifferenziert) entwickelt hat und vertritt. Und es ist gerade diese Demokratiekonzeption, gegen die Strauß unter der Fahne des »Anti-Kollektivismus« (Freiheit statt Sozialismus) seinen ideologischen und politischen Kreuzzug entfacht. Daß er nur zu oft das Unheil des kommunistischen Machtzuwachses und der parallelen »Dekadenz« der westlichen, entwickelten Industrienationen beschwört, beweist jedoch auch, wie sehr er sich bei diesem Kreuzzug geschichtlich in der Defensive befindet.

Da Privateigentum, Freiheit und Individualität unauflöslich miteinander verknüpft sind, kann es nicht verwundern, daß unter den Menschen, an die sich die CSU wendet, der Unternehmer ganz an der Spitze der Wertehierarchie steht. Denn – so der

CSU-Politiker W. Dollinger – »Der Unternehmerberuf verlangt Begabung (die bekanntlich nur ganz wenigen vorbehalten ist, d. V.) und den Einsatz der ganzen Persönlichkeit. Fleiß, umfangreiches Wissen, Einfallsreichtum, Gespür für Entwicklungen, Erkennen der Marktchance, Flexibilität, Entscheidungskraft, Risikobereitschaft, Umsicht, Ausdauer und Verantwortungsbewußtsein sind unabdingbare Eigenschaften.« Kurz- der Unternehmer ist der »unverzichtbare Motor unserer Volkswirtschaft«. ⁴⁰

Die Wirtschaft darf jedoch nicht nur vom Standpunkt dieser »Superpersönlichkeit«, sie muß auch »als Angelegenheit des *einzelnen* Arbeitnehmers« begriffen werden. So der CSU-Minister F. Pirkl, zugleich Vorsitzender der CSA: »Es gilt den initiativen, kreativen Arbeitnehmer individuell anzusprechen . . . Auch Mitbestimmung ist in erster Linie eine Angelegenheit, die jeden *einzelnen* Arbeitnehmer angeht . . . Nicht der »kollektive«, der individuelle Arbeitnehmer muß der Arbeitnehmer der CSU sein; kein patriarchalisch, aber auch kein kollektivistisch bevormundeter Arbeitnehmer. Das Ziel für eine realistische, zukunftsorientierte Sozialpolitik muß sein, alle Arbeitnehmer zu Unternehmern zu machen. Dies ist nur über den Gedanken der Partnerschaft möglich, nicht über den Klassenkampf und auch nicht über ein stets neu belebtes Gruppen- und Funktionsdenken.« ⁴¹

Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Unternehmern und Arbeitnehmern wird also durch den kühnen Gedanken aufgelöst, demzufolge der Arbeitnehmer eine Art »Unternehmer im Wartestand« sei. Gleichwohl – sieht man von solchen seichten Phrasen ab – wird hier der »Anti-Kollektivismus« als eine klar gewerkschaftsfeindliche Position definiert; denn der »kollektive Arbeitnehmer« ist genau genommen nichts anderes als die Gewerkschaft. Sie ist die kollektive Organisation, die sich die Lohnabhängigen erkämpft haben, gerade weil sie nur dann ihre Interessen schützen können, wenn sie der gesellschaftlichen Macht und Überlegenheit des Kapitals die gesellschaftliche und politische Macht ihrer Organisation gegenüberstellen. Heinz Oskar Vetter hat dieses Grundprinzip einer freien Gewerkschaft klar definiert: »Fragen wir uns nach den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung, so stehen wir heute wie vor hundert Jahren vor demselben Tatbestand: der sozialen Unterlegenheit und Abhängigkeit des Arbeitnehmers. Er muß seine Arbeitskraft

verkaufen, um den für sich selbst und seine Familie notwendigen Lebensunterhalt zu decken. Als einzelner, auf sich allein gestellt, ist er der Übermacht derer ausgeliefert, die über Kapital und Eigentum an den Produktionsmitteln verfügen. Erst solidarisch und mit Hilfe gemeinsamer Aktionen vermögen wir Unterdrückung, Abhängigkeit und Ausbeutung aufzuheben. Damit wollen wir die zahlreichen sozialen Fortschritte gar nicht leugnen. Doch auch sie, ihre Durchsetzung und ihren weiteren Ausbau verdanken wir den Gewerkschaften, dem Zusammenschluß der Arbeitnehmer. *Nur kollektiv können wir der gesellschaftlichen Macht der Gegenseite eigene Macht entgegenstellen. Dies sind die Grundlagen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses; sie sind bis in die Gegenwart im Prinzip unverändert.*⁴²

Nach dem CSU-Menschen- und Gesellschaftsbild sind die Gewerkschaften, deren Existenz nun einmal nicht geleugnet werden kann, ein mehr oder weniger großes »kollektivistisches« Übel. Daraus folgt jedoch schon eine rigorose Beschränkung gewerkschaftlicher Autonomie. Den Gewerkschaften wird auf jeden Fall das Recht abgesprochen, ihre Zwecke und Ziele autonom, aus den Interessenlagen derer, die sie vertreten, abzuleiten. So unterstellt z. B. der CSU-Bundestagsbabeordnete E. Ziegler als Selbstverständlichkeit, »daß die Wirtschaftsverbände einschließlich der Gewerkschaften sich dem Ganzen verpflichtet fühlen, daß sie sich am »Gemeinwohl« orientieren.«⁴³ Dieses Postulat der »Gemeinwohlbindung« der Gewerkschaften, das sich in zahlreichen Varianten des Integrationismus wiederfindet, gewinnt freilich im Rahmen des CSU-Weltbildes ein besonderes Profil. Die Gewerkschaften werden – wie Jürgen Kaestner in seiner Studie über die »gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU« herausgearbeitet hat – als »Teil einer gegliederten Struktur« bestimmt⁴⁴: ihre Existenzberechtigung erstreckt sich auf die Wahrnehmung von Ordnungsfunktionen in einer gesellschaftlich (durch das Privateigentum), politisch (durch den starken Staat als »Ordnungsmacht«) und ideologisch (durch die »Grundwerte« der christlichen Privateigentumsordnung) vorbestimmten Ordnung.

Daraus folgt, daß z. B. die Tarifautonomie (wichtiger wäre hier noch die Koalitionsfreiheit und das aus ihr hervorgehende Recht zur Selbstbestimmung gewerkschaftlicher Zwecke) eben nicht als ein gleichwertiges soziales und demokratisches Grundrecht anerkannt wird. 1967 sagte F. J. Strauß

in einem Interview mit dem »Spiegel«: »Ich habe an der Regierungserklärung des ehemaligen Bundeskanzlers im Herbst 1965 beanstandet, daß er die Tarifautonomie als ein demokratisches Grundrecht bezeichnet hat. Ich war und bin nicht in der Lage, dem von mir gebilligten Grundsatz der Tarifautonomie dieselbe juristische, moralische und politische Wertigkeit zu geben wie dem Grundsatz der Meinungsfreiheit oder der Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens und der Unantastbarkeit der Freiheit.«⁴⁵

Die politisch übergeordnete Ebene, die das »Gemeinwohl« definiert, ist der Staat. Die Verbände vertreten vor allem besondere, gruppenegoistische Interessen. Sie sind aus sich heraus nicht in der Lage, das Gemeinwohl ständig zu berücksichtigen und zu verwirklichen. Je mächtiger die Verbände, um so mächtiger muß also der Staat sein. Im Grundsatzprogramm der CSU heißt es dazu: »So ist es zu einer vordringlichen Aufgabe freiheitlicher Gesellschaftspolitik geworden, allzu optimistische Vorstellungen einer problemfreien Übereinstimmung zwischen dem Pluralismus der Verbände auf der einen und dem Allgemeinwohl auf der anderen Seite zu berichtigen und die zu wahrende Freiheit autonomer Gruppen am Freiheitsanspruch anderer auszurichten. So kommt es dem Staat zu, der Gesellschaft Ziele zu setzen. Dies bedeutet, daß der demokratische Staat seiner Rolle nur dann gerecht werden kann, wenn in der politischen Willensbildung mehr geschieht als lediglich eine Sammlung von Forderungen organisierter Interessen.«⁴⁶

Setzen wir diese programmatische Aussage, die auf den ersten Blick die »Gleichwertigkeit« von Verbänden wie den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften nahelegen könnte, jedoch in Beziehung zu dem Katalog der Grundwerte, der ja gerade für die staatliche Politik der Sicherung des »Allgemeinwohls« handlungsbestimmend sein soll, so reduzieren sich diese Sätze auf die Forderung, daß der Staat mit den ihm eigenen Gewaltmitteln (als »starker Staat«) die kapitalistische Wirtschafts- und Eigentumsordnung und die christliche Wertordnung zu gewährleisten und – das ergibt sich dann notwendig aus diesem Zusammenhang – in erster Linie die Macht und den Machtzuwachs der Gewerkschaften zu begrenzen habe.

Die Definition des »Freiraums« gewerkschaftlicher Organisations- und Handlungsbedingungen entspringt also einer politischen Vorstellungswelt, die einerseits in der Tradition der auto-

ritären Staatskonzeption steht. Sie ist durch Elemente von Hegels Rechtsphilosophie (man denke nur an dessen Bestimmung der Stellung der »Korporationen« im bürgerlichen Staat) ebenso bestimmt wie durch die Pluralismuskritik eines Carl Schmitt (die diesen zur Apotheose des »totalen Staates« führte). Zugleich wird sie überwölbt durch die Tradition des aus der katholischen Sozial- und Staatslehre beeinflussten ständestaatlichen Konzepts (das bei den christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik, z. B. bei Stegerwald und Brüning, tief verwurzelt war und das stark auf ihre Versuche zu einer »Integration« in den faschistischen Staat einwirkte). Solche Vorstellungen sind nicht besonders originell. Sie sind einerseits in die Praxis faschistischer Regimes des 20. Jahrhunderts (z. B. in Italien und Spanien) eingeflossen. Andererseits sind sie nach 1949 als Leitvorstellungen einer konservativen Integrationslehre in die Konzeption der sogenannten »organischen Integration« der Gewerkschaften eingegangen.⁴⁷

Der bekannteste und wirkungsvollste Vertreter dieser Richtung ist zweifellos Goetz Briefs, der die Auffassung vertritt, daß sich die Gewerkschaften in Westeuropa und in den USA vollends nach dem 2. Weltkrieg zu »befestigten Gewerkschaften« entwickelt haben. Diese »Befestigungshypothese« will sagen: Die Gewerkschaften und ihre Forderungen sind durch Unternehmer und Staat anerkannt. Die Gewerkschaften übernehmen selbst zum Teil öffentliche, quasi-staatliche Funktionen – unter der Voraussetzung, daß sie die herrschende Eigentums- und Staatsordnung anerkennen und insoweit sie sich am »Gemeinwohl«, an der Verpflichtung zur Sicherung des übergreifenden Ganzen orientieren. Dennoch stellen die Gewerkschaften für Briefs immer noch ein enormes Störpotential dar. Sie bilden für die Stabilität dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einen Unsicherheits- und Risikofaktor, der einerseits auf ihrer organisatorischen Macht, andererseits auf der möglichen Labilität der Mitgliederinteressen begründet ist. Der Staat ist daher ständig aufgefordert, dieses Störpotential zu überwachen, in den Schranken der Befestigung zu halten, zumal dann, wenn die Gewerkschaften Forderungen vertreten, die – nach der Auffassung von Briefs – den Rahmen der »Befestigung« überschreiten: so z. B. die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung oder andere gesellschaftspolitische Reformforderungen.

Gleich einem roten Faden durchzieht daher die Beschwörung

eines drohenden »Gewerkschaftsstaates« die Ausführungen von Briefs: »Wenn die Demokratie nicht mehr durch religiöse und moralische Sanktionen gesichert ist, noch durch nationale Überzeugung gedeckt ist, wenn sie also pragmatisch entartet und in das Geschiebe großer Verbände geraten ist, dann lebt sie davon, daß diese Blöcke sich im Gleichgewicht befinden. Wenn aber einer von ihnen übermächtig wird aus eigener Kraft und in Verbindung mit einer politischen Klassenpartei, dann ist die Demokratie existentiell gefährdet und außerstande, ihre Aufgaben zu erfüllen, nämlich das Gemeinwohl zu wahren. Sie führt ein prekäres Dasein. Sie hat keine genügende Autorität mehr, das Vernünftige und Richtige zu tun. Ihre Kraft wird weitgehend davon absorbiert, am Leben zu bleiben.«⁴⁸

Diese These von der »pragmatischen Entartung«, die besagen will, daß die Einheit der politischen Willensbildung durch die »Zerrissenheit« der Verbandsinteressen und durch die Konfrontation politischer Klasseninteressen z. B. in den Parlamenten unmöglich geworden ist, führte schon bei den reaktionären Staatsrechtstheoretikern in der Spätphase der Weimarer Republik dazu, daß sie gesellschaftliche Interessenvielfalt als verfassungswidrigen »Pluralismus« denunzierten und daß sie zugleich zu Befürwortern der Diktatur wurden; denn nur diese – so behaupten sie – konnte gegenüber diesem »Pluralismus« (der letztlich Ausdruck der gesellschaftlichen Klassenspaltung ist) die staatliche Einheit wiederherstellen und mit den Mitteln der politischen Gewalt sichern.⁴⁹

Damit ist jener historisch-geistesgeschichtliche Zusammenhang angedeutet, aus dem heraus das Leitmotiv der Politik der CSU und von Strauß verständlich wird: die BRD befindet sich seit dem Machtantritt der sozialliberalen Koalition und als Konsequenz ihrer Politik in einer schweren Krise, die keineswegs auf wirtschaftliche Krisenprozesse reduziert werden kann. Strauß hat dies 1974 wie folgt formuliert: »Wir befinden uns in einer Ausnahme-Situation, die an den Bestand dieses Staates insgesamt rührt . . . Der Verteilungskampf wird härter, die gesellschaftspolitische Atmosphäre wird unangenehmer, Konfrontationen werden immer schärfer, und in diese Gesellschaft, die ein hohes Maß an Konsens braucht, wenn sie den Konflikt mit demokratischen Mitteln austragen soll, wird die Frage des Überlebens einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung hineingetragen, die als langfristiges Problem jedenfalls ernster zu nehmen ist, als die Lächler von heute tun.«⁵⁰

Im Mittelpunkt dieses Krisenbegriffes steht also die Beschwörung des Zerfalls der Staatlichkeit, der zunehmenden »Unregierbarkeit« der westlichen Demokratien. Die Bundesrepublik ist – so der »Bayernkurier« – ein »unregierbarer Versorgungstaat« geworden.⁵¹⁾ Das zerstörende Element bilden Sozialpolitik, Verteilungskämpfe und ein »Exzeß an Demokratie«, ein »subversiv gebrauchter Demokratiebegriff«.⁵²

»Die Forderung nach Systemveränderung, nach Investitionsmeldestellen, das Schüren der Anspruchsinflation, die Verteufelung von Leistungswillen und Risikobereitschaft vor allen Dingen beim Unternehmer, das Heranzüchten einer geistigen Grundhaltung, die Eigenverantwortung klein, die Verantwortung des Staates aber für die Befriedigung aller möglichen und unmöglichen Bedürfnisse ganz groß schreibt. Der Sozialismus kann nicht leugnen, daß er drei menschen- und gesellschaftsfeindliche Eigenschaften züchtet, nämlich Neid, Feigheit und Faulheit. Deshalb müssen wir zusehen, daß das soziale Netz, das CDU und CSU für unsere Gesellschaft geknüpft haben, nicht mehr und mehr zur Hängematte wird, zur Hängematte für Bürokraten und Funktionäre, zur Hängematte für Bequeme und Faule, für Ideologen und Vorbeter.«⁵³

Das wichtigste Mittel gegen diese Krisen- und Zerfallprozesse – und insbesondere gegen die Verteilungskämpfe – ist die Stärkung der Autorität des Staates. So heißt es in einem Beitrag des konservativen Politologen N. Johnson für den von W. Hennis u. a. herausgegebenen Band »Regierbarkeit«, auf den sich die CSU-Ideologen besonders gerne beziehen: »Denn sehr wahrscheinlich könnte nur die Inanspruchnahme einer solchen Autorität und eine größere Bereitschaft zur Herrschaft seitens der Regierenden Aussicht darauf geben, daß sie mit den Problemen fertig werden würden, die sich etwa aus größeren Verteilungskonflikten, Reaktionen oder Enttäuschung über eine nicht mehr ansteigende Wohlfahrtsrate, Widerstände gegen wirtschaftliche Strukturveränderungen oder der Notwendigkeit größerer Verteidigungsanstrengungen ergeben würden.«⁵⁴ Offener noch formuliert der »Bayernkurier«-Journalist W. Horlacher dieses Konzept: »Eigentlich müßte es eine »Diktatur zur Verteidigung der Demokratie« geben.«⁵⁵ Im Programm der CSU von 1976 steht diese Forderung nach dem »starken Staat« im Mittelpunkt: »Nur ein starker Staat, rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet und mit Autorität ausgestattet, besitzt die notwendige Hand-

lungsfähigkeit und Kraft, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Nur ein starker Staat kann liberal sein . . . nur eine wehrhafte Demokratie garantiert Bestand und Zukunft unseres Staates.«⁵⁶

Was dies in der Wirklichkeit bedeutet, ließ Strauß erkennen, als er sich »von dem inneren Frieden und der politischen Stabilität in Chile beeindruckt« zeigte⁵⁷ und behauptete, daß im faschistischen Chile des General Pinochet »die rechtsstaatliche Ordnung ungeschmälert funktioniere.«⁵⁸ Zugleich präziserte sich diese Konzeption, wenn sie in den Zusammenhang der kontinuierlichen Hetze von Strauß gegen liberale und sozialistische Intellektuelle (die aktuelle Auseinandersetzung um die »Ratten und Schmeißfliegen« ist hier ein neuer Höhepunkt) stellt. Im Jahre 1977 schrieb er im »Bayernkurier«: »Erstens: Wer Konflikt als einzige geschichtliche Wahrheit lehrt, der Jugend eintrichtert, ist ein geistiger Geburtshelfer des anarchistischen Terrorismus. Zweitens: Wer in Schulplänen, Rahmenrichtlinien, Ausbildungsrichtlinien . . . den Konflikt im Elterhaus als natürlich vorschreibt, wer Ausbilder und Lehrlinge als Unterdrücker und Unterdrückte kennzeichnet, wer Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Ausbeuter und Lohnsklaven verleumdet, wer Geschichte und Gesellschaft als blutige Bühnen von Gewalt und Gegengewalt verzerrt, der ist ein Feind des inneren Friedens. Und der darf sich nicht heuchlerisch oder naiv wundern, wenn die Saat aufgeht, und wenn aus dieser Saat die Buback-Mörder, die Ponto-Mörder, die Polizisten-Mörder, die Lorenz- und Schleyer-Entführer entspringen.«⁵⁹

Aus diesem Kriminalisierungszusammenhang werden dann auch Gewerkschaftsvorsitzende nicht ausgenommen. So schrieb der »Bayernkurier« am 24. 6. 1978 über den IG-Metall Vorsitzenden Eugen Loderer: »Gewiß verurteilte auch Loderer den Terror, düngte aber zugleich den Boden dafür, indem er das oberste deutsche Gericht wegen der Mitbestimmungsklage öffentlich unter massiven Druck setzte. Zugleich beschimpfte er die Unternehmer in einer zuvor nur von extremen Linken praktizierten Art und Weise.« Schon am 15. 11. 1975 hatte der »Bayernkurier« den DGB-Vorsitzenden mit Goebbels, Lenin und Bakunin verglichen und eine Rede von ihm wie folgt charakterisiert: »Einen brüllenden und tobenden ehemaligen HJ-Führer namens Vetter, der gegen die Arbeitgeber wettete, im gleichen Jargon, wie es früher gegen die Leute mit den »großen und

krummen Nasen« geschah; einen DGB-Chef, der Klassenkampf in rüdester und primitivster Form als Parole des Umsturzes ausgab; dem nichts anderes einfiel, als die Arbeitnehmer aufzuhetzen, die Straße zu mobilisieren, die leitenden Angestellten als mißbrauchbare Instrumente der Kapitalisten zu denunzieren . . . Was sich Vetter zum Thema der »paritätischen Mitbestimmung«, um in seinem Jargon zu bleiben, aus dem Hals stieß, hat mit partnerschaftlichem Zusammenwirken im Sinne Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Das ist Umsturz im Sinne des Anarchisten Bakunin, aber zugleich unvergorene revolutionäre Theorie Lenins . . .«

Aus alledem geht eindeutig hervor: freie und autonome Gewerkschaften gehören für Strauß und die von ihm vertretene Politik der »organischen-repressiven Integration« zu den Hauptkräften, die für die Krise der »Unregierbarkeit«, für den Prozeß der gesellschaftlichen und moralischen Zersetzung verantwortlich sind und die durch den »starken Staat« in die Schranken verwiesen werden müssen. In diesem Sinne äußerte sich Strauß auch über den Stahlarbeiterstreik 1978/79: »Der aus machtpolitischen Gründen und zur Demonstration vermeintlicher politischer Stärke durch den DGB vom Zaun gebrochene Streik in der Stahlindustrie, dessen wirtschaftliche Sinnlosigkeit allgemein anerkannt wird, ist hier nur ein vorläufiger Höhepunkt beim Rückfall in gefährliches Klassenkampfdenken und in kostspielige Verteilungskämpfe, man könnte schon bald sagen Verteilungskriege.«⁶⁰

Um jedoch die prinzipielle Gegnerschaft der CSU gegenüber einer Gewerkschaftsbewegung zu erlassen, die sich nicht auf eine autoritär- und ständestaatliche »Befestigung« festlegen läßt und die gerade in Krisenperioden durch die Aktivität und die Forderungen der eigenen Mitgliederbasis zur kämpferischen Auseinandersetzung um unmittelbare Interessen (wie z. B. Arbeitsplatz- und Lohnsicherung), aber auch um gesellschaftspolitische Reformziele gedrängt wird, reicht der Hinweis auf die »Befestigungsideologie« nicht ganz aus. Vielmehr muß noch berücksichtigt werden, daß sich die Begründung dieser konservativen Integrationsstrategie, die eine rettende »Wende für Deutschland« herbeiführen will, immer auch aus der übergreifenden, alles durchdringenden Bedrohung durch den »Weltkommunismus« ableitet. Diese Bedrohung vermittelt sich auf vielfältige Weise – z. B. durch die »liberalistische« Zerstörung von

Grundwerten, durch sozialdemokratische Sozial- und Bildungspolitik, durch Intellektuelle u. a. m. – und: sie ist (wenn auch oft verhüllt) allgegenwärtig. Wie die folgenden Bemerkungen des Kommunismus-»Spezialisten« der CSU, des Grafen Huyn, zeigen, wird dabei den Gewerkschaften eine besondere Rolle zugeschrieben. Der »Weltkommunismus« bedient sich bei seiner subversiven Strategie nämlich vor allem der Gewerkschaften. »Einflußnahme auf westliche Gewerkschaften und Versuche der Manipulation der westeuropäischen Arbeiterschaft zur Beeinträchtigung der marktwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Entstehung von Unruhen, Zerstörungen des Lohn-Preis-Gefüges und damit Herstellung einer Klassenkampf- und Bürgerkriegssituation, insbesondere in den Ländern des freien Europa.«⁶¹

Selbstverständlich macht sich der Gegensatz zwischen den gesellschaftspolitischen »Grundwerten« von CSU und DGB auch auf der konkreten Ebene der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmatik geltend. Alle wichtigen gesellschaftspolitischen Reformvorstellungen, die der DGB u. a. auch als Reaktion auf die Erfahrung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, aber auch als Reaktion auf die neuen Dimensionen kapitalistischer Rationalisierungsprozesse entwickelt hat – z. B. betriebliche, Unternehmens- und überbetriebliche Mitbestimmung, Investitionskontrolle und -lenkung, kollektive Vermögensbildung, beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, Schutz vor Arbeitsintensivierung und Rationalisierung, Humanisierung der Arbeit durch Tarifvertrag, Verbot der Aussperrung, Reform der beruflichen Bildung, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit u. a. m. – sind bei der CSU und Franz Josef Strauß auf kategorische Ablehnung gestoßen. So Strauß in seinem Vortrag »DGB wohin?«: »Zusammengenommen würden diese Maßnahmen eine totale Syndikalisierung unserer Wirtschaft, Gesellschaft und des Staates bringen.«⁶²

Im Grunde genommen konzentriert sich die Erklärung der wirtschaftlichen Krisenprozesse seit 1975 auf den Nachweis, daß eine dem Privateigentum (und damit der individuellen Leistung) sowie dem Unternehmertum feindliche Politik und Ideologie – von Seiten der sozialliberalen Regierungspolitik ebenso wie von Seiten der Gewerkschaftsmacht – die Krise hervorgebracht habe. Als »Faktoren«, die unsere Wirtschaftsordnung »bedrohen«, werden von dem CSU-Politiker W. Dollinger neben der »haus-

gemachten Inflation« (die hauptsächlich auf eine »überzogene« Sozialpolitik zurückgeführt wird), der »finanziellen Überbelastung der Unternehmen« und den »inflationären Lohnabschlüssen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit« genannt: »... Erzeugung eines unternehmerfeindlichen, das private Unternehmertum generell diffamierenden Klimas und durch die Forderungen nach Sozialisierung sowohl der Volkswirtschaft (globale Investitionskontrolle) wie der einzelnen Betriebe (Mitbestimmung).«⁶³

Das Programm der Krisenüberwindung ist daher so eindeutig wie das Programm keiner anderen Partei auf die Interessen des privatwirtschaftlichen Profitsystems zugeschnitten. Seine wichtigsten Elemente sind »Senkung der Inflationsrate . . . durch maßvolle Haushalts- und Tarifpolitik«, »Reduzierung der übermäßigen Belastungen der Unternehmen im steuerlichen Bereich«, »Beschränkung des öffentlichen Konsums«, »Aufgabe aller überspannter Reformforderungen des »demokratischen Sozialismus« gegenüber der Wirtschaft (z. B. im Bereich der Berufsausbildung)«, »Beendigung der Unsicherheit auf dem Gebiet der Mitbestimmung durch eine gleichgewichtige Regelung der Stimmenverteilung für Arbeitnehmer, Unternehmensleitung und Anteilseigner«, »Aufgaben der Pläne für die Investitionslenkung«, »Privatisierung oder Reprivatisierung öffentlicher Aufgaben, wo immer dies möglich ist . . .«, »Einführung des Prinzips der Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen«, und schließlich: »Anerkennung der Unternehmerposition in der Gesellschaft als nicht nur funktional, sondern auch moralisch gleichberechtigt gegenüber den Funktionen und Ansprüchen der übrigen sozialen Schichten in der sozialen Marktwirtschaft.«²⁹

Diese Programmatik ist keineswegs auf dem Boden einer besonderen geistigen Anstrengung in der CSU entstanden. Wort für Wort finden sich diese Forderungen in den Grundsatzklärungen und gesellschaftspolitischen Verlautbarungen der Arbeitgeberverbände.⁶⁵ Strauß selbst bewegt sich ganz in diesem Zusammenhang, wenn er seit einige Zeit fast in jeder Rede den Satz wiederholt: »Wir müssen heute den Mut haben zu sagen, daß die Grenzen des Sozialstaates erreicht sind.«⁶⁶ Sein »Sanierungsprogramm« konzentriert sich daher immer einseitiger auf die Forderung, den Staatsanteil am Sozialprodukt auf den Stand um die Mitte der 60er Jahre zurückzuführen – und zwar durch

Abbau der sozialen Leistungen, Abbau staatlich finanzierter kollektiver Leistungen (bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungsanstrengungen, was nur zu einer weiteren Beschränkung des »sozialen Konsums« führen kann).

Die bedrohliche Originalität dieser Konzeption liegt also weniger in ihren wirtschaftspolitischen Einzelbestandteilen als vielmehr in der Kombination der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Programmatik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit der politisch-ideologischen Programmatik der Überwindung der »Unregierbarkeit« der heutigen BRD durch die Etablierung eines »starken Staates«. Wenn Strauß sagt »Ich bin der deutsche Thatcher!«⁶⁷, so will er damit nicht nur seine Sympathie für die konservative Premierministerin von Großbritannien ausdrücken. Er bekennt sich vielmehr zu einer politischen Strategie, zu einem »Programm nationaler Gesundung«, dem die FAZ »mitleidlosen Realismus« bescheinigt, denn Frau Thatcher räumt freimütig ein, daß ihr Experiment zwar mehr Chancen und Initiativen bietet (für die »freie Wirtschaft«), aber gleichzeitig »mehr Ungleichheit« bringt. Am 9. 1. 1980 schrieb die FAZ: »Die Sorge in der Londoner City (dem Zentrum des britischen und internationalen Finanzkapitals, d. V.) gilt wachsenden Anzeichen, daß die britische Öffentlichkeit Frau Thatchers Appell, eine schmerzhafteste Therapie für hoffentlich nur kurze Zeit im nationalen Interesse tapfer hinzunehmen, nicht versteht.« Das Haupthindernis für die Verwirklichung des brutalen Programms der Zerstörung von Elementen der Wohlfahrts- und Sozialstaatlichkeit, der »Restauration« der unumschränkten »Freiheit« des Kapitals bilden die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften. Denn diese – die alten »vaterlandslosen« und antinationalen »Gesellen« – wollen offenbar nicht einsehen, daß ein Programm, das steigende Arbeitslosenzahlen, höhere Inflationsraten, Reallohnsenkungen größeren Ausmaßes und die drastische Verringerung staatlicher Sozialleistungen nach sich zieht, ausgerechnet ihnen als Opfer einer »nationalen Wiedergeburt« aufgebürdet wird, die die Wiederherstellung eines freien und funktionierenden Kapitalismus zur Voraussetzung für die Verbesserung ihrer eigenen sozialen Lage erklärt.

Schon jetzt haben aber die Ideologen, die den scheinwissenschaftlichen Zynismus der Lehren von Milton Friedman in die Formel »Freiheit statt Sozialismus« einbringen, eine Erklärung

für das Scheitern ihrer Experimente der »nationalen Wiedergeburt« zur Hand: die Regierung ist zu schwach, die Menschen selbst sind schon durch die Wirkungen der Sozialstaatlichkeit zu sehr korrumpiert, um gegen die »Übermacht und Willkür der Gewerkschaften« (so formuliert die FAZ im Blick auf England) zu bestehen. Die »Herkules-Arbeit« (FAZ vom 26. 11. 1979), die geleistet werden soll, liegt in der »Zügelung« der Gewerkschaftsfreiheit und -macht. Sie liegt – mit anderen Worten – in der Bereitschaft und Fähigkeit des Staates, zur Durchsetzung der »Radikalkur« auch radikale politische Macht- und Gewaltmittel anzuwenden. Der Stahlarbeiterstreik, der nun seit Monaten in England vor sich geht und eskaliert, ist daher für die konservativen und reaktionären Ideologen zum entscheidenden Feld einer politischen Auseinandersetzung geworden, in dem die Fähigkeit zur Anwendung dieser Gewaltmittel gegen die Gewerkschaftsbewegung endlich praktisch werden soll. Freilich mengt sich in manche pessimistischen Kommentare von dieser Seite gelegentlich schon die Frage, ob denn überhaupt das demokratische System mit seinem Wahlmechanismus und der Labilität der »öffentlichen Meinung« der angemessene politische Rahmen sei, um diese notwendige »Radikalkur« überhaupt zu bestehen.

Gewiß bestehen zwischen den englischen und den westdeutschen Verhältnissen bedeutende Unterschiede: die Krise des englischen Kapitalismus ist länger und tiefer – die Strukturen und das Selbstverständnis der englischen Gewerkschaftsbewegung unterscheiden sich erheblich von denen der DGB-Gewerkschaften. Für die Mehrheit der politischen Interessenvertreter des Kapitals in der BRD steht daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt die »Thatcher-Roßkur« noch nicht auf der Tagesordnung. Sie wollen vielmehr den »sozialen Basiskonsensus« aufrechterhalten, der als ein wesentliches Attribut des »Modell Deutschland« gilt und der auch von konservativen Kräften in aller Welt respekt- und neidvoll betrachtet wird. Die Aufrechterhaltung dieses Basiskonsens (zwischen Kapital, Arbeit und Regierung) ist freilich daran gebunden, daß die SPD als Regierungspartei die – immer schwieriger werdende – Aufgabe des Ausbalancierens von Kompromissen und zugleich der politischen Integration der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen vermag. Die Thatcher-Strauß-Linie der Polarisierung und der repressiven Integration, die dann neben der politischen Konfrontation mit der »Gewerkschaftsmacht« auch die Aktivierung der Pläne zur Spaltung und

Schwächung der Einheitsgewerkschaft einschließen wird, wird daher von diesen Kräften als eine »Rückzugsposition« betrachtet, die als Antwort auf das Scheitern bzw. Auseinanderbrechen des »Basiskonsensus« zu verfolgen wäre. Freilich wissen die Rechtskräfte, daß auch nur ein relativer Erfolg der Straußschen Konfrontationspolitik ausreichen wird, um wesentliche Intentionen ihrer Politik auch unter einer sozialliberalen Regierung durchzusetzen.

6.

F. J. Strauß und die CDU/CSU benötigen für die Verwirklichung ihrer Krisenbewältigungsprogramme und ihres gesellschaftspolitischen Konzepts eine Mehrheit unter den Wählern. Darüber hinaus würde die Umsetzung der Gewerkschaftsspaltungspläne sogar eine beträchtliche Mobilisierungsarbeit unter den Lohnabhängigen und in den Gewerkschaften verlangen. Eine Analyse des Wähler- und Organisationspotentials, auf das sich die CDU/CSU und F. J. Strauß stützen wollen und können, kann dabei helfen, die realen Gefahrenpunkte für eine reaktionäre Politik gegen die Gewerkschaften, aber auch die realen Grenzen für eine solche Politik in der Bundesrepublik besser zu erkennen. Sie ist zugleich Voraussetzung für die Diskussion einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie.

Als das Hauptproblem dieser konservativ-reaktionären Politik, deren Programmatik sich kaum vom Konzept der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände unterscheidet, erweist sich die Mobilisierung von Wählern und aktiven Anhängern unter den Lohnabhängigen und den lohnabhängigen Mittelschichten – genau den Klassen und Schichten also, deren quantitative Bedeutung in der bundesdeutschen Sozialstruktur gewachsen ist. Trotz der vielfach behaupteten Tendenzen zur Angleichung der Mitglieder- und Wählerpotentiale der »Volksparteien« CDU/CSU und der SPD wird in allen differenzierten Wahl- und Mitgliederanalysen ihr jeweils unterschiedlicher sozialstruktureller Schwerpunkt deutlich, der sich in den letzten 15 Jahren eher noch verstärkt hat. Er gruppiert sich bei der CDU/CSU um den Bereich der Selbständigen und der Landwirte einschließlich ihrer jeweiligen Mithelfenden und Angehörigen, bei der SPD um die gewerkschaftlich organisierten, städtischen und zumeist protestantischen Arbeiter.⁶⁸

Die Gesamtentwicklung der Wählerpotentiale für die beiden Blöcke (1965–1976) zeigt eine deutliche Differenzierung zwischen den Entwicklungsabschnitten 1965 bis 1972 und 1972 bis 1976, in denen sich unter einigen Wählergruppen die Trends umkehren.

Bei ihrem stabilsten Hauptpotential – den Unternehmern und Selbständigen – konnte die CDU/CSU in den 60er/70er Jahren ihre Positionen sogar im protestantischen Bereich weiter ausbauen. Sie mußte aber starke Einbrüche innerhalb der Gruppe der katholischen Arbeiter von 58 Prozent im Jahr 1965 bis 39 Prozent im Jahr 1972 hinnehmen. Auch unter den Angestellten und Beamten (beider Konfessionen) verlor sie ihre Mehrheitsposition von 1965 = 54 Prozent (1972 = 33 Prozent). In dieser Periode – von der Großen Koalition bis zum Abschluß der Reformperiode der sozialliberalen Koalition – gelang es der SPD in verschiedenen Phasen, über ihre Stammwählerschaft hinaus gegenüber der CDU auch die Mehrheit unter den katholischen Arbeitern (1969 = 50 Prozent; 1972 = 55 Prozent) und erstmals eine Mehrheit unter den Angestellten und Beamten gegenüber der CDU zu erzielen (1960 = 46 Prozent; 1972 = 50 Prozent). Hier erreichte die SPD einen starken Zuwachs vor allem unter den katholischen Beamten und Angestellten.⁶⁹

Das in der Bundesrepublik neben den sozialstrukturellen Momenten der Klassen- und Schichtzugehörigkeit stets relevante Kriterium der religiösen Konfession (katholisch oder protestantisch) trat also in diesen Jahren als Wahlkriterium zurück. »Im Zeitraum zwischen 1965 und 1972 hatte sich also (auf der Ebene von Wahlen) im Parteiensystem der Bundesrepublik eine deutliche, wenn auch insgesamt begrenzte Polarisierung entlang der Klassengegensätze ergeben. Dieser sozialen Polarisierung entsprach die politische Polarisierung im Wahlkampf der Parteien.«⁷⁰ Sie führte auch zu dem starken Eindruck der SPD in den Wählerblock von Selbständigen und katholischen Lohnabhängigen, auf den sich fast zwei Jahrzehnte lang die bundesrepublikanische CDU/CSU-Herrschaft gestützt hatte.⁷¹

In dieser Entwicklung reflektierte sich neben der Abnahme der quantitativen Bedeutung der sozialökonomischen Sektoren der Selbständigen und der Landwirte auch die Erosion weiterer ökonomischer und politischer Faktoren, die lange Zeit die nahezu spontane Reproduktion der CDU/CSU-Vorherrschaft ermöglicht hatten.⁷² Über den Generationswechsel verlor der

starke konservativ-reaktionäre Umsiedler-Block seine ideologisch-homogene Prägung, zumal der internationale Entspannungsprozeß und die neue Ostpolitik der Großen Koalition bzw. der SPD/FDP-Koalition dem Antikommunismus Schranken setzten.⁷³ Die sich über die ökonomischen Zyklen hinweg durchsetzenden Tendenz verringerter Wachstumsraten, der zyklische Einbruch 1966/67 und partielle Strukturkrisen im Bergbau, der Textil- und der Stahlindustrie minderten die Wirksamkeit der lange Jahre dominanten »Wirtschaftswunderideologie«, die individualisierende und entpolitizierende Konsumorientierung und Einstellungen auch in der Arbeiterklasse gefördert hatte.

Als ein Ergebnis der unter der CDU/CSU-Herrschaft unterbliebenen Infrastrukturinvestitionen, insbesondere im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft, führten diese Entwicklungen zur Verstärkung sozialer und gesellschaftspolitischer Konflikte und Diskussionen, in denen sich die Gewerkschaften und gewerkschaftlich-orientierte soziale Bewegungen praktisch und programmatisch profilierten. In diesem Zeitraum stiegen nach Jahren der Stagnation die absolute Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften (1969–1973 um ca. 10 Prozent) und der Organisationsgrad.⁷⁴ Über diesen gewerkschaftlichen Organisationsprozeß hinaus entfaltet sich bis weit in den Bereich der gewerkschaftlich nichtorganisierten und der stark katholisch beeinflussten Lohnabhängigen eine »gewerkschaftliche Wert-Orientierung«, die das Kriterium Gewerkschaftsmitgliedschaft und Einstellung zur Gewerkschaft zu einem wichtigen Wahlkriterium werden ließ.⁷⁵

Längerfristige sozialstrukturelle Angleichungsprozesse der Arbeits- und Lebensbedingungen großer Teile der Angestellten, Beamten und der Intelligenz fanden hier ihren subjektiven Ausdruck im politischen Wahlverhalten. Dieses ebenso objektiv bedingte wie im gewerkschaftlichen Handeln produzierte »politische Klima« prägte die Wahlkämpfe und die Wahlentscheidungen und überlagerte die an überkommenen Wertorientierungen und Einstellungen anknüpfenden Wahlkampfthemen und -losungen der CDU/CSU, die zudem nur langsamer die neuen Entwicklungen nachvollzog und keine überzeugenden alternativen Lösungsangebote präsentierte.

Die Entwicklung von 1973 bis 1976 stellte sich über mehrere Landtagswahlen hinweg bis zur Bundestagswahl 1976 demge-

genüber als eine Trendumkehr dar, in der die CDU/CSU wichtige Positionen vor allem unter den katholischen Arbeitern, Angestellten und Beamten zurückgewinnen konnte.⁷⁶ Unter den katholischen Arbeitern erzielte die CDU/CSU mit 63 Prozent 1976 ihr bislang überhaupt bestes Ergebnis. Bei den katholischen Angestellten und Beamten konnte sie mit 60 Prozent der Stimmen die starken Verluste von 1969 und 1972 zu großen Teilen wieder rückgängigmachen. Bei eben diesen Gruppen verlor wiederum die SPD am stärksten. Ihr Stimmanteil ging bei den katholischen Arbeitern von 1972 = 55 Prozent auf 1976 = 34 Prozent und bei den katholischen Angestellten und Beamten von 42 auf 33 Prozent zurück.⁷⁷

In Wahlanalysen wird vor allem darauf hingewiesen, daß 1976 die Bedeutung der politischen und sozialen Polarisierung auf der Wahlebene deutlich zurückgegangen sei und die Bedeutung des konfessionellen Schisma erheblich zugenommen habe: »... die Trennung (verläuft) zwischen SPD und CDU/CSU nunmehr weniger entlang des Klassengegensatzes, sondern eher entlang zweier Linien: der gewerkschaftlichen Orientierung, deren positives Ende von der SPD besetzt wird und der christlich-konservativen Wertorientierung, deren positives Ende von der CDU besetzt wird.«⁷⁸

Dabei weisen allein schon die regionalen Wahlergebnisse darauf hin, daß das konfessionelle Kriterium »katholisch« nicht nur für sich selbst steht, sondern zugleich als Indikator für eine Reihe weiterer sozialstruktureller Merkmale gilt, denn trotz überdurchschnittlich hoher Katholikenanteile in NRW und im Saarland waren hier die SPD-Verluste unterdurchschnittlich. In beiden Ländern existiert ein traditionell homogenes, stark gewerkschaftlich organisiertes und orientiertes Arbeitermilieu.⁷⁹⁾

Die Spaltung zwischen SPD- und CDU-Wählern ist, so das Ergebnis einer Studie von E. Blankenburg für 1965, weitgehend identisch mit der Scheidung von Stadt und Land.⁸⁰ In kleineren Orten wählt ein größerer Arbeiteranteil CDU als in der Großstadt. Die dort vorwiegenden Arbeiter mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb und mit geringerer beruflicher Qualifikation wählen überdurchschnittlich CDU.⁸¹⁾ Auch der Grund-, Haus- und Wohnungsbesitz von Arbeitern konzentriert sich in den ländlichen Regionen. Während 1977 insgesamt nur 38,1 Prozent aller Arbeiterhaushalte über eigenen Haus- und Wohnungsbesitz ver-

fügten, lag der Anteil dieser Arbeiter 1968 in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern bei 80 Prozent.⁸²

Solche Momente und eine stärkere kirchliche Bindung in kleineren Orten auf dem Lande führen in diesem Bereich zu einer »sozialen Homogenität«, in der die Klassen- und Schichtgegensätze im politischen Verhalten durch die traditionellen Gemeinsamkeiten und Wertvorstellungen überlagert werden. Für einen solchen »Komplex eines allgemeinen Traditionalismus bildet die kirchliche Bindung einen handlichen Indikator, aber dies darf uns nicht dazu verleiten, in ihr auch die allein wirksame Ursache zu sehen.«⁸³

Auf sozialstrukturelle Bedingungen eines flexiblen Wählerverhaltens verweist eine Studie von Helmut Jung über die Bundestagswahlen 1976: Für Regierungswähler hatte sowohl zwischen 1973 und 1975 als auch zwischen 1975 und 1976 das Haushaltsnettoeinkommen den größten Einfluß auf die Entwicklung der Wahlabsicht. Die Variablen Beruf und Gewerkschaftsmitgliedschaft erscheinen dagegen erst auf der zweiten Splitzebene, teilweise in der Funktion einer gegenläufig wirkenden sozialstrukturellen Merkmalsausprägung. So indiziert zum Beispiel zwischen 1973 und 1975 ein geringes Einkommen bis 1000 DM oder ein höheres Einkommen über 1800 DM eine überdurchschnittliche Abwanderung von der Regierung. Auf der zweiten Splitzebene wirkt die Gewerkschaftsmitgliedschaft jedoch als gegenläufige Kraft, so daß die gewerkschaftlich Organisierten mit dem o. g. Einkommen bereits wieder unterdurchschnittlich häufig von den Regierungsparteien abwandern. . .⁸⁴

Mit der Gruppe der höheren Haushaltseinkommen sind zugleich von der Berufssituation her gesehen die Angestellten und Beamten als flexible Wähler gekennzeichnet. Neben den katholischen Arbeitern hatte die SPD ihre stärksten Verluste und die CDU ihre stärksten Wiedergewinne bei den katholischen Angestellten und Beamten. Typisch für ihre objektive Lage und subjektive Selbsteinschätzung ist, daß sie sich nicht durchgängig und in erster Linie als Lohnabhängige mit gleichen Grundinteressen wie die Arbeiter begreifen. So glaubten sich nach einer INFAS-Untersuchung 53 Prozent der Angestellten in einer »leitenden Stellung« oder hofften, diese zu erreichen (7 Prozent), obwohl nach der Definition des BetrVG nur 11 Prozent als »leitende Angestellte« anerkannt werden. Die Angestellten waren weiterhin in ihrer Mehrheit der Überzeugung eine größere Bindung an den

Betrieb zu haben als Arbeiter. Der gewerkschaftlich unterdurchschnittliche Organisationsgrad von Angestellten wird teilweise dadurch aufgewogen, daß 74 Prozent die Gewerkschaften für »sehr notwendig« bzw. »notwendig« und 56 Prozent die Gewerkschaftsforderungen für »gerechtfertigt« halten. Dabei zeigte die Untersuchung zugleich, daß die Einstellung zu den Gewerkschaften insbesondere durch das Elternhaus, die Ausbildung, die Größe des Betriebs und den Organisationsgrad im Betrieb mitbestimmt wird.⁸⁵

Die zwischen 1953 und 1976 relativ angewachsene gewerkschaftliche Orientierung von Angestellten und Beamten erklärt aber auch u. a. das begrenzte Ausmaß der SPD-Wahlverluste in dieser Gruppe.⁸⁶ Diese Teile der Lohnabhängigen, Angestellte und Beamte mit höherem Einkommen, höherem Berufsstatus, überdurchschnittlicher Bildung und geringerer gewerkschaftlicher Organisiertheit bzw. konfessioneller Bindung neigen eher, insbesondere wenn ihr Sozialstatus und ihr Sozialmilieu nicht homogen sind, zu flexiblem Wählerverhalten.⁸⁷ Dabei ist die Richtung der Entscheidung – das belegen die Ergebnisse zwischen 1969 und 1976 – nicht eindeutig durch sozialstrukturelle Merkmale festgelegt; gerade auch das Niveau gewerkschaftlicher Organisiertheit und die Verbreitung gewerkschaftlicher Wertorientierungen sind nicht allein passiver Ausdruck einer sozialen Lage, sondern beeinflussen zugleich auch das soziale und politische Milieu in der näheren und weiteren Umgebung.

Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der von der CDU/CSU 1976 mobilisierten Wähler ähnelt deutlich dem Wählerblock, der sie auch in den 50er/60er Jahren unterstützte. Die CDU/CSU – und hier unterscheidet sich die CSU nicht überaus gravierend von der CDU, wenn man die sozialstrukturellen und konfessionellen Unterschiede Bayerns und des Bundesgebiets berücksichtigt⁸⁸ – konnte neben dem großen Block der Selbständigen vor allem Arbeiter in ländlichen Gegenden mit vorherrschend katholischem Milieu, mit geringerer Berufsqualifikation, in gewerkschaftlich wenig erfaßten kleineren und mittleren Betrieben sowie – dies auch in größeren Städten – gewichtige Teile der oberen Randgruppen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten (mittlere und höhere Angestellte und Beamte oder »neue Mittelschichten« im schichtentheoretischen Verständnis) für sich gewinnen.

Es gelang der CDU/CSU zwischen 1973 und 1976, innerhalb

dieser Lohnabhängigengruppen die durch die ökonomischen und politischen Krisenprozesse entstandenen Verunsicherungen und Orientierungsdefizite zur Reaktivierung konservativer und reaktionärer Wertvorstellungen zu nutzen. Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein in der ökonomischen Krise 1974–1976 haben den »kollektiven Mangel an Interpretationsfähigkeit der veränderten Situation« als das »hervorstechendste Merkmal des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter« festgestellt. Da es bisher nicht gelungen ist, in diese »Offenheit ein Konzept der Krisenerklärung und -lösung einzubringen, das strukturierenden Einfluß auf das Arbeiterbewußtsein nehmen konnte«, sei die in Krisensituationen »größere Anfälligkeit für konservative und reaktionäre Positionen sichtbar geworden. . . . Daß die SPD bis heute und die Gewerkschaften zu lange darauf verzichtet haben, die Krisenentwicklung als Ausdruck kapitalistischer Wirtschaft zu analysieren und die Strukturmerkmale des Wirtschaftens systematisch in die Verursachungs- wie Lösungsdiskussion einzu- beziehen, hat die Gefahr bei den Arbeitern zunächst erhöht, auch konservative Interpretationsmuster und Lösungsangebote zu akzeptieren.«⁸⁹

Darüber hinaus mußten der Stop der Reformpolitik der Bundesregierung seit 1973/74 und die gewerkschaftliche Zurückhaltung zwischen 1974 und 1976 als quasi indirekte Bestätigung der konservativen Krisendiagnosen angesehen werden. Die CDU/CSU knüpfte dabei zugleich immer wieder an vielfältigen – trotz aller sozialen Angleichungsprozesse noch existierenden – Privilegien (z. B. dem Berufsstatus, der relativen Einkommenshöhe, Haus- und Eigentumsbesitz, dem Bildungs- und Kultur-niveau) an⁹⁰ und mobilisierte gerade unter diesen Lohnabhängigengruppen der Angestellten und Beamten systematisch unreflektierte Lebensängste gegen die objektiven Prozesse der Vergesellschaftung und Proletarisierung. Die Stichworte sind dabei: Kampf gegen die Nivellierung, Egalisierung, Bürokratisierung, Sozialisierung und Erhaltung der individuellen Freiheiten gegen »sozialistische Kollektivierung und Gleichmacherei«. Allerdings – und das kennzeichnet einen wichtigen Unterschied zu den 50er/60er Jahren – gelang die vollständige Trendumkehr nicht. Auch die genannten Erfolge waren nur auf der Basis einer neuen systematischen Organisations- und Basisarbeit möglich: »Mit dem Rollentausch zwischen Regierung und Opposition im Jahre 1969 begann sich die CDU – und noch stärker ihre bayri-

sche Schwesterpartei CSU – zu einer multifunktionalen Partei zu entwickeln. Sie installierte einerseits eine zentrale Organisation, andererseits gründete sie sehr viele dezentrale Untereinheiten. Die Mitgliederzahlen der Unionsparteien stiegen von 380 000 im Jahre 1969 auf fast 800 000 in 1976: In einem Zeitraum von weniger als zehn Jahren gelang der Union der Sprung von einer Honoratiorenpartei zu einer voll organisierten Mitgliederpartei. . . . Heute verfügen Sozialdemokraten und Unionsparteien über eine ähnliche Mitgliederstärke. Auch hat die CDU/CSU ihre organisatorische Basis an die der SPD angeglichen. . . . Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß bei der Bundestagswahl 1976 die Anhänger beider politischer Lager erstmals in nahezu dem gleichen Maße aktiviert worden sind. Diese Veränderung im Engagement der Wählerbasis der Union wurde auch in der Öffentlichkeit weithin wahrgenommen. Auf die Frage, für welche Partei sich die Leute in der eigenen Nachbarschaft besonders eingesetzt hätten, nannten 1976 zum ersten Mal gleich große Bevölkerungsgruppen die CDU/CSU und die SPD; in den Wahlen davor hatte die SPD in dieser Frage jeweils mit deutlichem Vorsprung vor der Union geführt. Auch hat nach Meinung der Wähler die CDU/CSU als Partei 1976 im örtlichen und nachbarschaftlichen Bereich wesentlich mehr getan als in früheren Wahlen. In den Wahlen von 1965, 1969 und 1972 betrug der SPD-Vorsprung in dieser Hinsicht jeweils etwa 10 Punkte, 1976 lag die CDU/CSU in dieser Hinsicht erstmals vier Punkte vor der SPD. Diese Angleichung in der Aktivität der politischen Parteien an der Basis spiegelt sich nicht zuletzt in den Meßwerten der Organisationsdichte. Während die CDU/CSU in der Zeit, als sie in Bonn die Regierung bildete, die Mitgliederdichte einer Honoratiorenpartei hatte, ist die Relation von Wählern zu Mitgliedern bei beiden großen Parteien heute nahezu die gleiche.⁹¹ Aufgrund dieser Mobilisierungspolitik »von unten«, die die CDU/CSU insbesondere in ihren Kampagnen gegen die sozial-liberale Bildungspolitik erfolgreich praktizierte, erzielte Sie zwischen 1974 und 1976 Wählergewinne, die sie fast die absolute Mehrheit erreichen ließen.

Die Landtagswahlen im Juni und Oktober 1978 in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern, die auch stark von dem politischen Klima der Arbeitskämpfe im Frühjahr 1978 und einer seit 1977/78 wieder verstärkten öffentlichen gewerkschaftlichen Arbeit geprägt waren, stoppten die Trendumkehr zugunsten der

CDU/CSU. Sie brachten leichte Gewinne für die SPD sowie leichte Verluste für CDU und CSU⁹² Die Arbeitskämpfe 1978 und die Verfassungsklage der Unternehmerverbände gegen die Mitbestimmung sowie ihre Aussperrungspolitik hatten das Thema Nr. 1 »Innere Sicherheit«, das im Herbst 1977 die Bundesrepublik nahezu lähmend dominiert hatte, schnell zugunsten gewerkschaftspolitisch relevanter Themen wie Recht auf Arbeit, Rationalisierungsschutz, Humanisierung der Arbeit und Mitbestimmung in den Hintergrund gedrängt.

Zweifellos wirken die ökonomische Entwicklung und internationale politische Ereignisse sowie innere Auseinandersetzungen in der CDU/CSU maßgeblich auf die Wahl Tendenzen ein. Dennoch dürfen auch die Einflüsse des »politischen Klimas« für das Wirksamwerden der sozialstrukturellen oder konfessionellen Momente bei der Wahlentscheidung oder auch die Einflußmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Politik (allerdings nicht im reduzierten Sinne reiner Wahlagitation) auf die Entwicklungstendenzen dieses politischen Klimas nicht unterschätzt werden.⁹³

Die Pressionsversuche der CDU/CSU gegen eine Gewerkschaftspolitik, die ihre »Schutz- und Gestaltungsfunktionen« aktiv wahrnimmt, gründen nicht zuletzt in diesen wahlsoziologischen und – politischen Zusammenhängen. Die Verhinderung einer umfassenden autonomen sozialen und politischen Interessenvertretung der Lohnabhängigen gehört zu den wesentlichen strategischen Zielen der CDU/CSU und ihres gesellschaftspolitischen Programms wie zu der taktischen Zielsetzung des »Stoiber-Papiers«. Sie verfolgten u. a. das Ziel, die Gewerkschaften politisch einzuschüchtern und gewerkschaftspolitisch relevante Themen und Diskussion aus dem Wahlkampf herauszuhalten, um auf diese Weise die Wahlchancen unter den lohnabhängigen Wählern zu verbessern.

7.

Ein wichtiges Element der Pressionspolitik der CSU und der CDU gegen die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Lohnabhängigen ist die im »Stoiber-Papier« offen angedrohte Gewerkschaftsspaltung. Da nicht selten auch in innergewerkschaftlichen Diskussionen mit Verweis auf die drohende Spaltung der Einheitsgewerkschaft eine offensive politische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftsfeindlichen Programmatik und der Praxis der CSU in den Hintergrund gestellt wird, soll im

folgenden versucht werden, das mögliche Potential, auf das sich CSU und CDU bei der Realisierung der Spaltungspläne stützen könnten, genauer zu bestimmen.

Bei ihren Angriffen auf die Einheitsgewerkschaft greifen CSU wie CDU immer wieder auf globale Zahlen über den Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten unter ihren Wählern und Mitgliedern zurück. Dieser betrug bei der CDU/CSU unverändert von 1956 bis 1976 etwa 68 Prozent (dabei sank der Arbeiteranteil zugunsten des Anteils der Angestellten/Beamten) – bei den SPD stieg er von 1956 = 91 Prozent auf 1976 = 95 Prozent an.⁹⁴ Das auf den ersten Blick sehr hoch erscheinende Mobilisierungspotential unter den Lohnabhängigen relativiert sich jedoch bei einer genaueren Analyse. So betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Parteianhängern der CDU 1971/72 wie auch 1976 nur 10 Prozent. Er war damit ebenso hoch wie der nach CDU-internen Schätzungen zehnpromtente Anteil von gewerkschaftlich organisierten CDU-Mitgliedern (etwa 80–100 000)⁹⁵ Bei 10 Prozent liegt auch der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern unter den CSU-Wählern und -Mitgliedern.⁹⁶ Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, der bei der Bundestagswahl 1976 CDU/CSU wählte, lag bei 28,4 Prozent (im Vergleich: SPD 57,8 Prozent).

Eine Infratest-Untersuchung von 1970 für Bayern kam zu einem ähnlichen Ergebnis: »Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern unter den Wahlberechtigten in Bayern erklärten im September 1978 58, sie würden bei der nächsten Landtagswahl die SPD wählen, dagegen gaben sich nur 31 als potentielle Wähler der CSU zu erkennen. Ähnlich verteilen sich auch die Parteipräferenzen bei solchen Wählern, die zwar nicht selbst Mitglied in einer Gewerkschaft sind, aber in einem Haushalt leben, in dem mindestens ein Haushaltsangehöriger Mitglied einer Gewerkschaft ist. Hingegen tendieren von den Wahlberechtigten, die weder selbst Mitglied einer Gewerkschaft sind noch in familiärem Kontakt mit Gewerkschaftsmitgliedern stehen, 60 Prozent zur CSU und 29 Prozent zur SPD.«⁹⁷

Diese Zahlen können nicht vorschnell als Bestätigung für die Behauptung herangezogen werden, daß CDU/CSU-Anhänger die Gewerkschaftspolitik in wesentlich höherem Maße als SPD-Anhänger für »nicht richtig« halten.⁹⁸ Eine Broschüre des Deutschen Instituts der Wirtschaft meint sogar, daß »sich

aus der engen Verbindung mit der SPD zwangsläufig Vorbehalte gegen die Gewerkschaften« bei Mitgliedern anderer Parteien ergeben würden.⁹⁹

Vielmehr drücken sich die schon oben genannten spezifischen sozialstrukturellen Momente der CDU/CSU-Wähler und -Mitglieder gleichermaßen in ihrer Wahlentscheidung wie in ihrer gewerkschaftlichen Orientierung oder Organisation aus. Die Wähler- und Mitgliederbasis der CDU/CSU liegt eher unter den un- und angelernten Arbeitern, in ländlichen Regionen, in eher kleineren Betrieben und eher unter den Angestellten und Beamten. Die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Organisation und damit auch die Ausstrahlung »gewerkschaftlicher Wert-Orientierungen« liegen hingegen unter denjenigen Lohnabhängigen-Gruppen, die die CDU/CSU nicht erreicht, unter den Facharbeitern, den Beschäftigten größerer Betriebe, vor allem in den städtischen Kerngebieten und im städtischen Umland.¹⁰⁰ Die CDU/CSU organisiert und mobilisiert demnach gerade die Teile der Lohnabhängigen, die aufgrund ihrer objektiven Lage schwerer gewerkschaftlich zu organisieren und orientieren sind. Und sie verfügt unter den gewerkschaftlich Organisierten wie Orientierten nur über einen Minoritäten Wähler- und Mitgliederanhang.

Dies bestätigt auch die soziale Zusammensetzung der von 1963 rd. 5500 bis 1975 auf etwa 14 000 Mitglieder angewachsenen Christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) der CSU: »Es wäre aber verfehlt anzunehmen, in der CSA seien vor allem im engeren Sinne Arbeiter organisiert. Im Gegenteil, überprüft man soziale Herkunft, Beruf und politische Ämter der CSA-Obmänner und anderer gewählter CSA-Vertreter, so stellt sich in den meisten Fällen heraus, daß sie nicht aus der Arbeiterschaft kamen, sondern aus dem Handwerk, dem kleinen Gewerbe, aus der bayrischen Beamtschaft und aus der Angestelltenschaft. Die Geschäftsführer der CSU und der katholischen Organisationen zählten sich gewöhnlich ebenso zur CSA wie Staatsminister (Heinrich Krehle, Michael Hemmerich, Fritz Pirkl u. a.), Staatssekretäre, Ministerialräte, Senatoren, Direktoren und Syndici. So verwundert es auch nicht, daß 1956 nicht mehr als 7 v. H. der CSA-Mitglieder ehrenamtlich oder hauptamtlich in einer Gewerkschaft tätig waren. Der katholische und christlich gesinnte Arbeiter, gleich ob einfacher oder Facharbeiter, blieb eine Ausnahme.«¹⁰¹

Ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie wenig aus dem Potential von lohnabhängigen Wählern und Mitgliedern der CSU – wie auch der CDU – auf die *soziale Funktion* dieser Partei geschlossen werden kann, dokumentierte ein Bericht des »Gewerkschaftsspiegel« vom Betriebsrätekongreß der CSU und ihrer CSA nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1971 und in Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1972 am 26. Februar 1972 in Augsburg: »An der Veranstaltung nahmen etwa 300–400 Personen teil. Es sprachen der Bayrische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung und Landesobmann der CSA, Pirkel, MdL, die CSU-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Landesobmänner der CSA . . . sowie Franz Josef Strauß. . . . Pirkel begrüßte als »Ehregast« des Betriebsrätekongresses u. a. den CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Gisbert Kley, Vorstandsmitglied der Siemens AG. Ihm dankte Pirkel für die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der CSU-Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz. Kley habe, so meinte der bayrische Arbeitsminister, von der »anderen Seite her in hervorragender Weise, nämlich im Geist der Partnerschaft«, den Entwurf mitgestaltet.«¹⁰²

Aus der Analyse der sozialen Zusammensetzung der Wähler und Mitglieder der CDU/CSU läßt sich somit die Aussage des »Stoiber-Papiers«, daß »es nicht genügend organisationswillige konservative Arbeitnehmer gibt, die dazu bereit sind, durch einen Masseneintritt in den DGB eine Kursänderung herbeizuführen«, nur bestätigen. Deshalb wird ja gerade auf eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften gesetzt. Man rechnet nach Ablauf einiger Jahre mit dem Übertritt von DGB-Mitgliedern, womit dann »die Frage des organisationswilligen Mitgliederpotentials jedenfalls im Ansatz gelöst (wäre)«. ¹⁰³ Aber auch hierzu fehlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch die relevanten Grundlagen für einen Mobilisierungserfolg.

Gleichzeitig muß allerdings aufmerksam registriert werden, daß unter dem Schlagwort des »Gewerkschaftspluralismus« in Kreisen der Unternehmerverbände, in der CDU/CSU und zum Teil auch in der FDP Tendenzen zur Spaltung der DGB-Einheitsgewerkschaft und damit zur Einengung ihrer politischen Aktionsspielräume aktiv vorangetrieben werden.

1. Dabei konzentriert man sich vor allem auf das außerhalb der DGB-Gewerkschaften organisierte Potential von Gewerkschaftsmitgliedern, das immerhin nach Angaben des Instituts

der Deutschen Wirtschaft 50 Prozent der Beamten, 28 Prozent der Angestellten und schätzungsweise 25 Prozent der christlich-konservativen Arbeitnehmer umfaßt.¹⁰⁴ Hier agieren: der Deutsche Beamtenbund (DBB), dem etwa 30 Vereinigungen und Gewerkschaften angeschlossen sind, mit seinen 800 000 Mitgliedern¹⁰⁵, die in Berufsgruppen gegliederte Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), die mit 485 000 Mitgliedern Ende 1979 ihren – wenn auch knapp – bislang höchsten absoluten Mitgliederstand erreichte¹⁰⁶ und die größte eigenständige westeuropäische Angestelltengewerkschaft ist, sowie der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) mit etwa 250 000 Mitgliedern. So vermerkte das Institut der deutschen Wirtschaft, daß »Formen der Kooperation, in früheren Jahren zumindest ansatzweise vorhanden (zwischen DGB und diesen Gewerkschaften, d. V.), . . . zugunsten einer deutlichen Rivalität und einer gegenseitigen Bekämpfung zurückgetreten (sind).« »Der DBB und die DAG« mit ihren Mitgliederzahlen, so stellt das Unternehmerinstitut weiter fest, »verkörpern damit ein wesentliches Element eines gewerkschaftlichen Pluralismus.«¹⁰⁷

Am 29. 11. 1976 wurde ein Vertrag zwischen der DAG, der GGvöD (Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes) im DBB und dem Marburger Bund über eine Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst abgeschlossen. Mit diesem Vertrag hat die DAG auf ihre autonomen gewerkschaftlichen Rechte zugunsten des DBB verzichtet und sich tarifpolitisch in dessen Abhängigkeit begeben. Im Prozeß dieser Umwandlung der DAG von einer »Standesorganisation zum Anti-DGB-Kartell«, wie es die ÖTV beurteilte¹⁰⁸, wurden auch engere Kontakte mit den Vorständen der Union Leitender Angestellter und des CGB gepflegt. Die ÖTV zitierte dazu den NDR-Redakteur A. Kuhlwein: »Was sich da zusammenbraut, das könnte eines Tages eine konservative, CDU-orientierte Richtungsgewerkschaft werden.«¹⁰⁹ In einem Bericht des »Handelsblatt« vom 17. 8. 1976 hieß es u. a.: »Spekuliert wird um ein Zusammengehen von DAG, Deutschem Beamtenbund, Marburger Bund, Christlichem Gewerkschaftsbund, Bundeswehrverband und Gewerkschaft der Polizei. Gemeinsam repräsentieren diese Organisationen ein Potential von über 1,8 Millionen Mitgliedern, das einer Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften von knapp 8 Millionen gegenüberstünde . . . Der hierzulande geringe Organisationsgrad der Angestell-

ten (rund 20 Prozent) sei eine Marktlücke, in die eine solche Organisation erfolgreich stoßen könnte. Die Rede ist in diesem Zusammenhang auch von einer stärkeren ideologischen Profilierung der DGB-freien Gewerkschaften, auf die bisher mit Rücksicht auf die »Solidarität aller Arbeitnehmer« verzichtet worden sei.«¹¹⁰

Der Gedanke des »Gewerkschaftspluralismus« wurde nach Veröffentlichung der »Rohmaterialien« auch in der CDU aufgegriffen. Auf dem 7. o. CGB-Bundeskongreß im September 1979 war im Gegensatz zum 6. Kongreß in Bonn mit H. Geißler wieder ein prominenter CDU-Vertreter zu Gast. Er »bekannte sich für die CDU eindeutig zum Gewerkschaftspluralismus . . . Als er jedoch erklärte, die CDU haben nie etwas anderes gesagt, stieß er bei den Delegierten auf Protest. . . . Mit mehr Begeisterung aufgenommen wurde dagegen das Grußtelegramm des CSU-Vorsitzenden Strauß, der darauf hinwies, daß die CSU als einzige demokratische Partei . . . in ihrem Programm ein klares Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus abgelegt habe.«¹¹¹

Die gewerkschaftliche Programmatik wie die soziale und politische Zusammensetzung dieser Gewerkschaftsverbände ebenso wie die durch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 aufgewertete »Union der Leitenden Angestellten« (ULA) eröffnen für die CDU/CSU ein relevantes Potential zur Forcierung gewerkschaftlicher Spaltungstendenzen.¹¹² Hierzu sollen Novellierungsvorschläge der CDU/CSU wie z. T. auch der FDP für das BetrVG, die die Verankerung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte und Festlegungen zum Minderheitenschutz im Betriebsrat (Möglichkeit zur Bildung von Betriebsratsfraktionen) vorsehen, eine erweiterte gesetzliche Grundlage abgeben.

2. Eine aktivierte »gewerkschaftspluralistische« Arbeit beobachtete der DGB bei den Betriebsratswahlen 1978. Auf dem bereits erwähnten Betriebsrätekongreß der CSU/CSA 1972 stellte der CSU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CSA-Landesobmann Geisenhofer für die Betriebsratswahlen folgende Richtschnur auf:

»1. Abwehr der radikalen und Stärkung der demokratischen Kräfte.

2. Versuch der Unterbringung der größtmöglichen Zahl von Kandidaten auf den Gewerkschaftslisten;

3. wo uns das trotz aller Bemühungen verwehrt wird, gilt es zu kämpfen und zwar durch Aufstellung eigener Listen in Verbindung mit befreundeten Gruppierungen im Betrieb.«¹¹³

In einer ersten Auswertung der Betriebsratswahlen 1978 wurde vom DGB festgestellt, daß zwar die Versuche unmittelbarer Einflußnahme durch Kapitalvertreter zurückgegangen seien, daß aber »die eigentliche – und auch gefährlichere – Arbeitgeberstrategie . . . auf den sogenannten Gewerkschaftspluralismus und die damit verbundene Spaltung der Arbeitnehmer ab(stellt).«¹¹⁴ Die Wahlen zeichneten sich durch polarisierende Tendenzen aus. Erstmals gab es in einigen Betrieben eigenständige Listen der CDU-Sozialausschüsse.

Unter dem Einfluß von Kräften wie der DAG, die ständische Privilegien unter den Angestellten mobilisierten, flachte die aufsteigende Kurve von Gemeinschaftswahlen zwischen Arbeitern und Angestellten bei den 78er Wahlen etwas ab. Die DAG ging bei einigen Betriebs- und Aufsichtsratswahlen auch Bündnisse mit der ULA, christlichen Verbänden und sogenannten Unabhängigen Listen ein. Nennenswerte Erfolge konnte sie jedoch auch so nur im Dienstleistungssektor bei den Aufsichtsratswahlen mit 28 Prozent der Mandate verbuchen (insgesamt 9 Prozent).¹¹⁵

Hier werden in der praktischen gewerkschaftlichen Arbeit selbst schon die »gewerkschaftspluralistischen« Tendenzen sichtbar, die weiter mobilisiert werden können und sollen. In Fortführung der Privilegienfestschreibung im Mitbestimmungsgesetz von 1976 für die leitenden Angestellten werden jetzt dementsprechende entsolidarisierende gesetzliche Regelungen für das Betriebsverfassungsgesetz entworfen. Die aktive Unterstützung der Minderheitengewerkschaften (DBB, DAG, CGB) und die Novellierung des BetrVG zu ihren Gunsten gehören neben der ständigen lautstarken Propagierung des »Gewerkschaftspluralismus« und des »Kampfes gegen die kommunistische Unterwanderung« zu den Bestandteilen der im »Stoiber-Papier« dargelegten CSU-Strategie zur Spaltung und Einschüchterung der DGB-Einheitsgewerkschaften in der Bundesrepublik, die sich bereits in ihrer aktiven Realisierungsphase befindet, ohne daß sie freilich schon größere Erfolge – nämlich eine qualitative oder quantitative Schwächung der Einheitsgewerkschaft erzielt hätte.

Die Tendenzen in der Mitgliederentwicklung wie auch die Verteilung der Betriebs- und Aufsichtsratssitze zwischen den DGB-Gewerkschaften und den sich zum »Anti-DGB-Kartell« formierenden Gewerkschaften (DBB, DAG, CGB) weisen für letztere eine eher stagnative und relativ zum DGB abnehmende

Bedeutung aus. Einzelerfolge in der Mitgliederwerbung oder bei Betriebsratswahlen in Großbetrieben haben in der Regel konkrete innerbetriebliche und innergewerkschaftliche Ursachen, z. B. mangelnde Konsequenz oder Transparenz in der Interessenvertretung. In der Situation der ökonomischen Krise, die oft zu einer Verschärfung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen (unterschiedlicher Berufe, Generationen, Betriebe und Betriebsabteilungen, Beschäftigten und Arbeitslosen, unterschiedlicher Geschlechter oder Nationalitäten) führt, wurden von diesen ständischen Organisationen zum Teil partikularistische Sonderinteressen erfolgreich aufgegriffen. In einigen Fällen sollte eine Schwächung der DGB-Gewerkschaften direkt mit übergreifenden politischen Fragen erreicht werden (»Kommunistisch unterwanderter DGB«, »Sozialistische Politik des DGB« etc). Dadurch wurde die Arbeit der DGB-Gewerkschaften in einigen Bereichen erschwert. Gleichwohl konnten die DGB-Gewerkschaften ihre absoluten Mitgliederzahlen und ihren Organisationsgrad insgesamt auch unter den schwierigen Bedingungen der ökonomischen Krise und politischer Restaurationsprozesse erhöhen.¹¹⁶

Aufgrund dieser Fakten geben sich die Unternehmerverbände nach außen in der Frage des Werkschaftspluralismus zurückhaltend. »Der DGB . . . braucht Pläne zur Gründung oder Unterstützung einer Konkurrenzorganisation nicht zu fürchten«, urteilt das Institut der Deutschen Wirtschaft. Es folgert: »Der einzig erfolgversprechende Weg, den Kurs des DGB im eigenen Sinne zu beeinflussen, dürfte in einer verstärkten Mitarbeit der Kritiker selbst liegen.«¹¹⁷ Entsprechend halten sich F. J. Strauß und die CDU/CSU eine Option für die Instrumentalisierung der DGB-Gewerkschaften für ihre Zwecke offen. Strauß erinnerte in seiner Rede »DGB wohin« 1972 bei aller Kritik an den Gewerkschaften daran, daß »die Wiedereinführung der Marktwirtschaft, die Lösung von der Zwangswirtschaft . . . nicht ohne Duldung durch die Gewerkschaften möglich gewesen (wäre), deren praktische Haltung in bemerkenswertem Gegensatz zu ihren ideologisch verstaubten Programmen stand. Als CDU/CSU sollte man auch nicht vergessen, daß die Gewerkschaften den Beginn der wirtschaftlichen Einigung, die Bildung der Montanunion und der EWG nicht ablehnten – ganz im Gegensatz zur SPD und zu allem, was noch links von der SPD stand.«¹¹⁸

8.

Das Programm der von Strauß repräsentierten Kräfte einer neuen rechten Sammlungsbewegung erweist sich als durch und durch antigewerkschaftlich: In seiner – von ständestaatlichen Ordnungsvorstellungen abgeleiteten – Grundlinie wie in nahezu allen Einzelpunkten ist es dem Ende 1979 veröffentlichten DGB-Grundsatzprogrammentwurf diametral entgegengesetzt – vom Recht auf Arbeit und Bildung, der Forderung nach umfassender sozialer Sicherheit bis zur Forderung nach Mitbestimmung, Investitionslenkung und Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Das Programm der sozialen und politischen Konfrontation und Polarisierung hat zur unabdingbaren Voraussetzung die Einschränkung der gewerkschaftlichen Gegenmacht, es fordert die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Macht des Staates. Wo der DGB-Grundsatzprogrammentwurf feststellt, daß »nur die Einheit der Arbeitnehmer . . . ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen und politischen Macht der Unternehmen bilden (kann)«, zielt das Programm Strauß' auf die »gewerkschaftspluralistische« Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung und auf die Mobilisierung partikularer Sonderinteressen.

Wo der DGB-Grundsatzprogrammentwurf die »unauflöslche Einheit« der »Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften« betont, die »als soziale und gesellschaftliche Bewegung . . . die Aufgabe (haben), die Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeit und gesellschaftlichen Unterlegenheit zu beseitigen«, da fordert Strauß die »repressive Integration«, den Verzicht auf die politische Klassenautonomie der Gewerkschaften.

»Die Gewerkschaften haben sich ihre Existenz, ihre Aktionspielräume und ihre Rechte selbst erkämpft. Jeder Angriff auf ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie. Die Gewerkschaften verteidigen mit der Demokratie auch ihre eigene Lebensgrundlage.« In diesem Sinne des DGB-Grundsatzprogrammentwurfs kann die gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Gesellschafts- und Gewerkschaftsprogramm von F. J. Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte nicht mehr nur als eine wahl- und parteipolitische Frage begriffen werden, bei der sich die DGB-Gewerkschaften aus gutem Grunde Zurückhaltung auferlegen würden. Es handelt sich vielmehr um eine Grund-

satzfrage der weiteren demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik und der gewerkschaftlichen Existenzbedingungen. Gerade die gewerkschaftlichen Erfahrungen am Ende der Weimarer Republik lehren, den Anfängen zu wehren und nicht durch die Tolerierung den Spielraum für solche antigewerkschaftlichen Bewegungen noch zu vergrößern.

Die Auseinandersetzung mit der Politik von Strauß und seinen konservativ-reaktionären Verbündeten kann sich nicht auf den Austausch verbaler Polemiken beschränken, denn seine Mobilisierungsstrategie zur Gewinnung größerer Teile der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik zielt auf Schwachstellen der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung und fordert damit von dieser Antworten weit über den Bundestagswahltag hinaus.

1. Wichtiger wird die Entwicklung und Verbreiterung der gewerkschaftlichen Organisation und Orientierung in den ländlichen Regionen, in den kleineren Betrieben sowie in der Gruppe der ebenfalls immer noch unterdurchschnittlich organisierten Angestellten.

2. Franz Josef Strauß mobilisiert gegen die »kollektivistische« Reformpolitik. Daher ist es eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, solche Reformen, die sie in ihren Programmen und Beschlüssen fordern, auch auf der Ebene der staatlichen Politik durchzusetzen. Der wachsende Widerspruch zwischen Programmatik und Wirklichkeit muß dazu führen, daß Reformpolitik unglaubwürdig wird. Damit wird gleichsam das Einfallstor für die Straußsche Antireformkampagne geöffnet; denn diese zielt gerade auch auf diejenigen Teile der Lohnabhängigen, die von der Krise direkt betroffen sind und die zugleich über das Ausbleiben einer wirksamen Krisenüberwindungspolitik, die sich an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert, enttäuscht sind.

3. Die DGB-Gewerkschaften werden nicht darauf verzichten können, ihre eigenen Erklärungen der gesellschaftlichen, durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingten, Krisenerscheinungen ebenso wie ihre gewerkschaftlichen Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, um der Krisendemagogie der Kräfte um Strauß, die die Gewerkschaften als zentrale Krisenursache und deren Machteinschränkung als zentrale Krisenlösung hinstellen, den Boden zu entziehen.

4. Die Einbeziehung der hochkonzentrierten Presse- und Medienkonzerne, vor allem des Springer-Konzerns, sowie von be-

deutenden Teilen (insbesondere der katholischen) Kirche und der akademischen Wissenschaft in das politische und ideologische Mobilisierungsprogramm von J. F. Strauß sollte die DGB-Gewerkschaften noch stärker herausfordern, ihren Kampf um die Erhaltung und den Ausbau fortschrittlicher Positionen in den öffentlich-rechtlichen Massenmedien wie im Bereich der Wissenschaft, der Ausbildung und der Kultur fortzuführen und weiter zu entwickeln.

5. Schließlich sollte die Person Strauß und der von ihr prototypisch verkörperte neue Typus von Politik, der politische Gegner wie den Schriftsteller Bernt Engelmann als »Ratte« und den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter als Nachfahre von Goebbels bezeichnen läßt, nicht unter den Tisch vorgeblich »sachlicher« Auseinandersetzungen gekehrt werden. Hier handelt es sich nicht um ein Ablenken von der Sache, sondern dieser Stil entspricht der »Sache«, die F. J. Strauß repräsentiert.

Anmerkungen

1 F. J. Strauß, Mich treibt die Sorge um Deutschland, Bayernkurier (im folgenden: BK), Sonderdruck, 28./29. September 1979, S. 1.

2 So der Tenor der penetranten »Jubilbiographie« von O. Zierer, Franz Josef Strauß. Lebensbild, München/Berlin 1978.

3 Freilich sollten in der Auseinandersetzung mit Strauß diese »Skandale« – etwa aufgrund eines politischen Stils, den Strauß selbst niemals akzeptiert hat – nicht einfach totgeschwiegen und übergangen werden. Dabei kann es überhaupt nicht darum gehen, die persönliche bzw. moralische Integrität einzelner zum Gegenstand einer politischen Analyse zu machen; denn dieser Maßstab ist dem Gegenstand völlig fremd, obwohl er natürlich, zu überhistorischen »Grundwerten« einer christlichen Politik stilisiert, im Mittelpunkt einer jeden, »großen« Programmrede steht. Vielmehr müßte dabei der strukturelle Zusammenhang zwischen den Inhalten und Methoden dieses Typs von Politik, auch im Hinblick auf das beständige Halbdunkel von sog. »Skandalen« beleuchtet werden. Auch »Watergate« war nicht die Entgleisung eines R. Nixon, der plötzlich mit den Maßstäben des Anstandes gebrochen hatte, sondern die krisenhafte Verdichtung eines Typs von Machtpolitik (im Inneren und Äußeren), die beständig die Realisierung solcher Maßstäbe proklamiert.

4 O. Zierer, Franz Josef Strauß, a.a.O., S. 269.

5 R. Kühnl, Funktion und Konzeption des F. J. Strauß, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Sonderheft 1/1980, S. 4 ff., hier S. 6.

6 H. O. Vetter, zit. nach G. Leminsky/B. Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 72.

- 7 BK, Sonderdruck, 28./29. September 1979, S. 7.
- 8 Spalte und herrsche, S. 14–16.
- 9 Vgl. ebd., S. 32.
- 10 Satzung des DGB vgl. G. Leminsky/B. Otto, Politik und Programmatik des DGB, a.a.O., S. 461.
- 11 Vgl. Spalte und herrsche, S. 31.
- 12 Ebd., S. 33.
- 13 Ebd., S. 33–34.
- 14 Dabei mag auch die Kritik aus dem Unternehmerlager, die Warnung der bürgerlichen Presse vor der Schaffung »englischer Verhältnisse« durch die Spaltung der Einheitsgewerkschaft eine Rolle gespielt haben vgl. die Kommentare aus der »Welt« und der »FAZ«, in: Spalte und herrsche, S. 51, S. 67/68.
- 15 Gewerkschaftsspiegel, Nr. 13/14, 1973, S. 26.
- 16 Gewerkschaftsspiegel, Nr. 20/1972, Dokumentation, S. 1 ff.
- 17 K. Steack (Hrsg.), Einschlägige Worte des Kandidaten Strauß, Göttingen, 1979, S. 108.
- 18 Gewerkschaftsspiegel, Nr. 20/1972, Dok., S. 1.
- 19 ebenda, S. 3.
- 20 ebenda, S. 3.
- 21 zitiert nach A. Mintzel, Geschichte der CSU, Ein Überblick, Opladen 1977, S. 181.
- 22 vgl. Th. Pirker, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik, Berlin 1979, Teil 1, 1945–1952, S. 244/245.
- 23 ebenda, Teil II: 1953–1960, S. 82 ff. F. Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 367/68.
- 24 vgl. M. Stankowski, Kirchen, Christlich-Soziale und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftsspiegel Nr. 20/1972, S. 28.
- 26 vgl. Th. Pirker, Die Blinde Macht, Teil II, a.a.O., S. 128 ff.
- 27 M. Stankowski, Kirchen . . . , a.a.O., S. 27.
- 28 Gesellschaftspolitische Kommentare, Sonderdruck Formierte Gesellschaft, Bonn 1965.
- 29 vgl. F. Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 367/68.
- 30 Gewerkschaftsspiegel, Nr. 22/1972, Dokumentation S. 1–4.
- 31 dokumentiert in: Nachrichten, Nr. 12/1977, S. 19/20.
- 32 Einige Daten mögen diese Aussage illustrieren. 1953 wählten von 100 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 71 die SPD, 1957 waren es 68, vgl. K. A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt/New York, 1977, S. 37. Eine Befragung von ca. 600 Gewerkschaftsfunktionären ergab im Jahre 1970 eine Präferenz für die SPD von 77%, für die CDU von 8%, die FDP von 0%, die DKP von 5%, vgl. J. Bergmann u. a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Band 2: Gewerkschaftliche Lohnpolitik und Bewußtsein der Funktionäre, Frankfurt/Main 1977, S. 277.
- 33 Vgl. dazu ausführlich F. Deppe, Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949–1965, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 320 ff.

- 34 Vgl. dazu ausführlicher, weiter unten Teil 6 dieses Beitrages.
- 35 Vgl. K. v. Bemye, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München/Zürich 1977, S. 22/23.
- 36 F. J. Strauß, *DGB wohin?*, a.a.O.
- 37 Ders., *Gemeinsam in den Kampf*, CSU-Parteitag 1978, *Bayernkurier-Dokumentation*, S. 3.
- 38 Ebd., S. 4.
- 39 Ders., CSU-Parteitag 1979, a.a.O., S. 2.
- 40 *Arbeit für Deutschland*, CSU-Parteitag 1975, S. 261.
- 41 Ebd., S. 123; vgl. auch J. Kaestner, *Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU*, Frankfurt/M. 1979, S. 22.
- 42 H. O. Vetter. Zit. n. G. Leminsky/B. Otto, *Politik und Programmatik . . .*, a.a.O., S. 66.
- 43 *Arbeit für Deutschland*, a.a.O., S. 275.
- 44 J. Kaestner, *Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU*, a.a.O., S. 24.
- 45 Zit. n. ebd., S. 24.
- 46 Zit. n. ebd., S. 34.
- 47 Vgl. dazu bes. E. Mayer, *Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften*, Frankfurt/Main 1974, S. 18 ff.
- 48 G. Briefs, *Laissez-Faire-Pluralismus*, Berlin (West) 1966, S. 288.
- 49 Vgl. dazu u. a. B. Blanke u. a., *Kritik der politischen Wissenschaft*, 2 Bde., Frankfurt/New York 1975, Band 1, S. 145 ff.
- 50 *Bayernkurier* vom 6. 4. 1974.
- 51 Ebd., 18. 2. 1978.
- 52 F. J. Strauß, *Das Verhältnis von Programm und Pragmatismus in der politischen Praxis*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 32/33, 1976, S. 33.
- 53 Ders., *Mich treibt die Sorge um Deutschland*, a.a.O., S. 4.
- 54 N. Johnson, *Zur Bedeutung von Herrschaft*, in: W. Hennis u. a., *Regierbarkeit*, Stuttgart 1977, S. 43 ff., hier S. 79.
- 55 *Bayernkurier*, 22. 2. 1975.
- 56 Ebd., 20. 3. 1976.
- 57 *Agentur Reuter*, 23. 11. 1977.
- 58 *FAZ* vom 25. 11. 1977.
- 59 *Bayernkurier*, 20. 3. 1976. Vgl. dazu insgesamt das Manuskript von G. Kamm, *Die Haltung des »Bayernkurier« zu Faschismus, Militärdiktatur und autoritärem Staat vom Juli 1973 bis Juni 1978*, Marburg 1979.
- 60 Zit. n. K. Staeck (Hrdg.), *Einschlägige Worte . . .* a.a.O., S. 108.
- 61 Hans Graf Huyn, *Der Kreml bittet zur Kasse*, zit. n. J. Kaestner, *Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU*, a.a.O., S. 53.
- 62 F. J. Strauß, *DGB wohin?* a.a.O.
- 63 W. Dollinger, in: *Arbeit für Deutschland*, a.a.O., S. 265.
- 64 Ebd., S. 268-270.
- 65 Vgl. dazu z. B. *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen (Entwurf)*, Köln 1974;

H.M. Schleyer, *Das Soziale Modell*, Stuttgart 1974; F. Deppe, *Das „soziale Modell“ des H.M. Schleyer*, in: *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, 5/1975, S. 577 ff.

66 F. J. Strauß, zit. n. K. Steack (Hrsg.), *Einschlägige Worte . . .*, a.a.O., S. 102.

67 Ebd., S. 21.

68 F. U. Pappi, *Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht*, in: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 2/3, 1977, S. 198: »Zum einen hat sich der neue Mittelstand – die Angestellten und Beamten – in seiner Neigung zur SPD-Wahl stark an die Arbeiter angeglichen und zum anderen tendierte der alte Mittelstand im Zeitverlauf eher mehr als weniger zur CDU/CSU. Sieht man die Unterscheidung zwischen Selbständigen und Unselbständigen als Einteilung der Bevölkerung im Hinblick auf ihre Klassenzugehörigkeit an, so könnte man sogar überspitzt formulieren, daß die Schichtwahl an Bedeutung verloren habe, während die Klassenwahl etwas akzentuiert geworden ist.« U. Feist, M. Güllner, K. Liepelt, *Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren*, in: *PVS*, 2/3, 1977, S. 269, H. W. Schmollinger/R. Stöss, *Sozialstruktur und Parteiensystem*, in: D. Staritz (Hrsg.), *Das Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1976, S. 230/31.

69 F. U. Pappi, *Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik*, in: *PVS*, H. 2/73, S. 199, Tab. 4; S. 200.

70 H. W. Schmollinger, R. Stöss, *Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik, II. Vom Zerfall des Bürgerblocks in den 60er Jahren bis zum »Rechtsputsch« der CSU 1976*, in: *Prokla*, Nr. 26, 1977, S. 131.

71 F. Deppe/H. Jung, *Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik*, in: U. Albrecht u. a., *Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1979, S. 467.

72 U. Feist, K. Liepelt, *Machtwechsel in Raten: Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte*, in: C. Böhret u. a. (Hrsg.), *Transfer 2. Wahlforschung: Sonden im politischen Markt*, Opladen 1976, S. 47.

73 A. Leisewitz, *Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik*, in: U. Albrecht u. a., *Beiträge . . .*, a. a. O., S. 81/82.

74 J. Bergmann, O. Jacobi, W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M., Köln 1975, S. 359, Tab. 20.

75 F. U. Pappi, *Sozialstruktur . . .*, a. a. O., S. 213 f., S. 221, Tab. 8; Schmollinger, Stöss, *Bundestagswahlen . . .*, a. a. O., S. 140/41 übernehmen dies; bedauerlich, daß Pappi im Zeitvergleich 1953–1976 keine Zwischenergebnisse vorlegen kann, z. B. für 1969/1972.

76 U. Feist, K. Liepelt, *Machtwechsel . . .*, a. a. O., S. 49, Tab. 15 (*Veränderungen der SPD in den sozialökonomischen Gruppen bis 1975*).

77 Schmollinger/Stöss, *Bundestagswahlen . . .*, a. a. O., S. 132, Tab. 12.

78 Ebenda, S. 141.

79 Ebenda.

80 E. Blankenburg, *Die politische Spaltung der westdeutschen Arbeiterschaft*, in: *Archiv Europennes de Sociologie* 1/1969, S. 23.

81 Ebenda, S. 10-16.

82 W. Bersch, LAge und Bewußtsein von Arbeitern im ländlichen Raum (masch. Manuskript), Marburg 1978, S. 85; vgl. M. Osterland u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt/M. 1973, S. 170/71.

83 E. Blankenburg, Die politische Spaltung . . . , a. a. O., S. 6.

84 Helmut Jung, Ökonomische Einstellung und das Wahlverhalten auf dem Hintergrund sozialstruktureller Variablen. Ein Zeitvergleich zwischen 1973 und 1976, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahlen 1976, Berlin 1978, S. 450.

85 Infas-Untersuchung »Angestelltenbewußtsein - Gesellschaftliche Orientierung, gewerkschaftliches Bewußtsein und Sozialwahlen 1974«, zitiert nach: Die Angestelltenarbeit der IG Metall Stuttgart - Projektbereich, Stuttgart o. J. (1979), S. 16-20.

86 H. W. Schmollinger/R. Stöss, Bundestagswahlen . . . , a. a. O., S. 140/41; F. U. Pappi, Sozialstruktur . . . , a. a. O., S. 221, Tab. 8; S. 222, Tab. 10.

87 Vgl. H. Jung, Ökonomische Einstellungen . . . , a. a. O., S. 452, 457/58; U. Feist, K. Liepelt, Machtwechsel in Raten . . . , a. a. O., S. 48.

88 Vgl. Mintzel, Geschichte der CSU . . . , a. a. O., S. 432 ff., was die CSU am ehesten von der CDU unterscheidet, ist, daß sie alle angelegten Potentiale der für sie am zugänglichsten sozialen Klassen und Schichten nicht nur häufiger in Bayern vorfindet, sondern daß sie es verstanden hat, diese durch organisatorische und ideologische Arbeit effektiver und umfassender für sich zu mobilisieren.

89 M. Schumann, Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1979, S. 155/56.

90 Heinz Jung, Aspekte der sozialökonomischen Analyse der Mittelschichten in der BRD, in: SOPO 46, 10. Jgd., Heft 4, 1978, S.

91 U. Feist u. a., Strukturelle Angleichung . . . , a. a. O., S. 264/65.

92 Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1975, S. 119/120, 1/1979, S. 125-127.

93 Davon einmal mehr fatalistisch zu abstrahieren und die Folge der »Hege- monie der Union« zu einer abhängig Variablen der sozialen Basis und der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht zu haben, bleibt das Verdienst; »Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus« 6/79, Nr. 26/November 1979, S. 3-21, die sich darauf beschränken, die Untersuchungsergebnisse von A. Mintzel zu referieren.

94 U. Feist u. a., Strukturelle Angleichung . . . , a. a. O., S. 259.

95 H. W. Schmollinger, Gewerkschafter in Parteien, Kirchen und Vereinen. Zur politisch-gesellschaftlichen Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern, in: U. Borsdorf u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 142/43, Tab. 4.

96 A. Mintzel, Geschichte der CSU . . . , a. a. O., S. 434, Tab. 30, S. 438.

97 Die Gewerkschaften im Urteil der bayrischen Wahlbevölkerung Herbst

1970, in: Gewerkschaftsspiegel, Nr. 6/1971, Dok. S. 25; vgl. A. Mintzel, Geschichte der CSU, a. a. O., S. 434, Tab. 30.

98 F. U. Pappi, Sozialstruktur . . . , a. a. O., S. 222, Tab. 10.

99 R. Jühe, Einheitsgewerkschaft in Gefahr. Einheit oder Pluralismus?, Köln 1979, S. 25.

100 Vgl. F. Deppe, Autonomie oder Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg/L., 1979, S. 56/57.

101 A. Mintzel, Geschichte der CSU, a. a. O., S. 197/98. Zur Sozialstruktur der CSU-Mitglieder insgesamt vgl. die Tabellen 9 (S. 130), 13 (S. 134), 14 (S. 135), 14 a (S. 136).

102 Gewerkschaftsspiegel, 7/1972, S. 44.

103 Vgl. Spalte und herrsche, a. a. O., S. 33.

104 R. Jühe, 30 Jahre Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft 8/1970, S. 3.

105 R. Jühe, Einheitsgewerkschaft in Gefahr . . . , a. a. O., S. 34.

106 12. DAG-Bundeskongreß, in: Gewerkschaftsreport 7/1979, S. 32; vgl. R. Jühe u. a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland Köln, 1977, S. 113.

107 R. Jühe, Einheitsgewerkschaft in Gefahr . . . , a. a. O., S. 34.

108 ÖTV (Hrsg.), Argumente und Materialien zur DAG, Teil 1, Stuttgart 1977, S. 3 ff.

109 ebenda, S. 7.

110 ebenda, S. 4.

111 7. o. CGB-Bundeskongreß, in: Gewerkschaftsreport, 7/1979, S. 44/45.

112 U. Briefs, »leitende Angestellte« als Potential für eine neoautoritäre Politik. Zu Ideologie und Realität des »Faktors Disposition«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1979, S. 1353 ff.

113 Gewerkschaftsspiegel 7/1972, S. 46.

114 W. Schneider, Betriebsratswahlen 1978 – eine zusammenfassende Bewertung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1978, S. 649.

115 Vgl. H. Unterhinnighofen, Aufsichtsratswahlen 1978 – Erfolge und Probleme, in: ebenda, S. 654 ff.; IGM (Hrsg.), Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1978, S. 13/13.

116 vgl. Nachrichten, 2/1980, S. 20.

117 R. Jühe, 30 Jahre Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftsreport 8/1979, S. 5.

118 F. J. Strauß, DGB – Wohin? . . . , a. a. O., S. 4.

Dokumentation

Vorbemerkung

Zehn Jahre nach Bildung der sozialliberalen Koalition, die für die Bundesrepublik eine neue Ära der Reformen und der Entspannung versprach und dreißig Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das zu antifaschistischer Wachsamkeit und demokratischem Handeln verpflichtet, versucht die politische Rechte mit der Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß nach der Macht zu greifen.

F. J. Strauß ist der Kandidat der rücksichtslosen Finanz- und Militärkreise. Er wird von jenen Industriellen und Großbankiers unterstützt, die einst Hitler zur Macht verholfen haben und die an der nazistischen Rüstungs- und Kriegspolitik in großem Umfang verdient haben.

Die Kandidatur von Strauß signalisiert damit die Gefahr einer einschneidenden Wende der politischen Verhältnisse in der BRD, die neue Möglichkeiten einer innen- und außenpolitischen Rückwärtsentwicklung eröffnen würde. Die Tatsache, daß alle historischen Erfahrungen über Bord geworfen werden und verbliebene demokratische Schranken beiseite geschoben werden sollen, stellt eine Herausforderung für alle Demokraten, insbesondere die Gewerkschaften, dar.

F. J. Strauß ist Ausdruck und Spitze einer Rechtsentwicklung, die schon seit einigen Jahren betrieben wird und sich im zunehmenden Abbau sozialer und demokratischer Rechte äußert. Damit soll nicht genug sein. Um diesen Prozeß voranzutreiben, haben sich die rechtskonservativen Kräfte vor allem die Gewerkschaften ins Visier genommen. Das in ihnen repräsentierte demokratische Gegenpotential soll aus dem Weg geräumt werden, um angesichts der für die 80er Jahre zu erwartenden verschärften Krisenerscheinungen einen reaktionären Ausweg aus den hierdurch bedingten Problemen zu ermöglichen. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften wäre für F. J. Strauß und seine politischen Freunde kein Durchkommen denkbar.

Spätestens diese politische Entwicklung muß Anlaß sein, der Öffentlichkeit erneut vor Augen zu führen, wie das Verhältnis von F. J. Strauß – dem »großen Freund« aller »kleinen Leute« – zu den Arbeitern und Angestellten und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, aussieht.

Niemand soll anschließend sagen können, er habe nichts gewußt. Wer hören und lesen kann, kann wissen, was Strauß will und daß er es auch tun wird, wenn man ihn nur läßt.

Bei allen unterschiedlichen Taktiken, die F. J. Strauß und die CSU immer wieder einschlagen, ihre durchgängige politische Grundlinie

weist sie als Gegner der Einheitsgewerkschaft und ihrer demokratischen Forderungen aus.

F. J. Strauß befand sich bislang überwiegend aufgrund seiner Skandale und Affären im öffentlichen Widerstreit, nicht jedoch aufgrund seines antidemokratischen politischen Programms. Dieses wurde nicht selten sogar begrüßt, verbunden mit dem Bedauern, daß er es nicht »geschickter« einzubringen wisse.

Bei dieser Dokumentation soll es jedoch nicht um die in der Öffentlichkeit häufig betriebene Dämonisierung und die schlechten Charaktereigenschaften der Person Strauß gehen.

Es geht um das politische Programm der äußersten Rechten in diesem Land, mit dem der Demokratie der Hals zugedreht werden soll. Damit es nicht länger nur der Skandale bedarf, um zu verhindern, daß F. J. Strauß nicht Bundeskanzler wird, verfolgt diese Dokumentation das Ziel, die Öffentlichkeit wachzurütteln, die gewerkschaftsfeindliche und antidemokratische Position von Strauß und seinen politischen Freunden anzuprangern und zum aktiven Widerstand nicht nur gegen Strauß und die CSU, sondern gegen die politische Rechtsentwicklung überhaupt aufzurufen.

I. Grundsätzliche Aussagen zu den Gewerkschaften

F. J. Strauß und die CSU üben in der Frage ihres *grundsätzlichen* Verhältnisses zu den Organisationen der Arbeiterbewegung auffällige Zurückhaltung. Vorrangig schweigen sie sich darüber aus. Die vorhandenen Aussagen geben nichts destotrotz Aufschluß. Der Inhalt der Äußerungen läßt den Verdacht aufkommen, daß Strauß und die CSU die demokratische Öffentlichkeit bewußt im Unklaren lassen, um »unnötigen« Widerstand zu vermeiden. Zwei Momente wiederholen sich in ihren Aussagen:

– Die »Koalitionsfreiheit als Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung« wird immer wieder bekräftigt und der Anteil der Gewerkschaften als »gleichberechtigter Sozialpartner« beim Aufbau der Bundesrepublik wird vielfach gelobt.

Das Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft wird meist in einem Atemzug schon dadurch durchbrochen, daß eine gewerkschaftliche »Pluralität« gefordert wird. Niemand könne gezwungen werden, in eine bestimmte Gewerkschaft zu gehen.

– Das scheinbar unproblematische Verhältnis der CSU zu den Gewerkschaften wird jedoch spätestens dann gestört, wenn sich letztere nicht auf die Ideologie »wir sitzen alle in einem Boot« und Verzichtstrategien einlassen wollen und stattdessen auf einer Politik eigenständiger Interessensvertretung bestehen. Dann sieht die CSU die Gefahr »kommunistischer Unterwanderung« bzw. der Verletzung des »Neutralitätsgebots« der Gewerkschaften (welches es natürlich nicht gibt). Dem schließt sich regelmäßig der Ruf nach innergewerkschaftlicher »Abgrenzung«, »stärkerer Berücksichtigung christlicher Positionen« und Rücknahme »überhöhter Ansprüche« an.

1. Josef Müller (Landesgruppenvorsitzender der CSU) in der Sitzung des CSU-Landesvorstandes am 28. 2. 1947

Die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen ist, glaube ich, jedem von uns hier klar (sehr richtig!). Wir haben heute die Einheitsgewerkschaft, und das Problem der Einheitsgewerkschaft beschäftigt viele unserer Freunde. Wir können noch nicht feststellen, daß die Einheitsgewerkschaft schon ein gelungener Versuch wäre. (Zustimmung). Deswegen wollen wir nicht damit jetzt etwa eine eigene Gewerkschaft bilden, eine solche vielleicht – ich sage es ehrlich heraus, damit es anderswo verstanden wird – schon bilden. Aber wir wollen unsere Arbeitnehmergruppen in der Union so stark machen, daß sie erstens in der Union selbst den sozialen Geist durchsetzen können: Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht neutral ist, dann sind wir so kräftig, daß wir selbständig handeln können! (Starker Beifall).

Nach: A. Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 181

2. Ultimatum der Sozialausschüsse, der Katholischen und Evangelischen Arbeitervereine und weiterer christlich-sozialer Vereinigungen an den DGB vom 16. 9. 1953

•Königswinter, Köln, Essen, den 16. 9. 1953

An den Vorstand des DGB

Seit geraumer Zeit hat die Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei allen Mitgliedern, die auf Unabhängigkeit, weltanschauliche Toleranz und parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften bedacht sind, ernste Besorgnis erregt. Durch die Haltung des DGB wurde nicht nur dem Radikalismus, sondern auch anderen arbeiterfeindlichen Kräften Vorschub geleistet. Aus dieser Sorge heraus haben sich insbesondere die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, die Katholischen und Evangelischen Arbeitervereine und weitere christlich-soziale Vereinigungen immer wieder bemüht, die Gewerkschaften zur Wahrung weltanschaulicher Toleranz und parteipolitischer Neutralität als der Grundvoraussetzung gewerkschaftlicher Einheit zu bewegen . . .

Unter der Voraussetzung, daß der DGB zu einer Überprüfung und Änderung seiner Gesamthaltung gegenüber Staat, Gesellschaft und

Wirtschaft bereit ist, halten die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, die Katholischen und Evangelischen Arbeitervereine und die weiteren christlich-sozialen Vereinigungen für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Einheit u. a. noch folgende Reformen für erforderlich:

1. Schon vor Einberufung eines Kongresses werden drei Persönlichkeiten aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft zusätzlich in den Bundesvorstand des DGB kooptiert.

2. Unbeschadet der selbstverständlichen Notwendigkeit, daß der eine oder andere Landesbezirk von Persönlichkeiten aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft geführt werden muß, kooptieren die Vorstände der Landesverbände zusätzlich mindestens je zwei Mitglieder aus diesen Reihen.

3. Die Vorstände der Industriegewerkschaften usw. auf Orts-, Bezirks- und Bundesebene kooptieren zur Gewährleistung eines gebührenden Einflusses ebenfalls zusätzlich Mitglieder aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft.

4. In die Redaktionen der Zeitungen und Zeitschriften des DGB sowie in die Redaktionen der Organe der Industriegewerkschaften werden sachverständige Mitglieder aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft berufen. Das gleiche gilt für das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB.

5. Für das gesamte Gebiet der Schulungs- und Bildungsarbeit wird ein paritätischer Ausschuß gebildet, der über Lehrpläne, Berufung der Leiter der Schulen sowie der Dozenten entscheidet.

6. Um Verstöße gegen die parteipolitische Neutralität zu unterbinden, wird ein paritätisches Schiedsgericht eingerichtet.

7. Die Mitglieder der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Katholischen und Evangelischen Arbeitervereine und weitere Vereinigungen, die dem christlich-sozialen und gewerkschaftlichen Gedanken verpflichtet sind, schließen sich als Fraktion zusammen. Dieser Zusammenschluß muß durch den DGB satzungsgemäß anerkannt werden.«

Entnommen aus: Martin Stankowski, Kirchen, Christliche, Soziale und Gewerkschaften, *Gewerk.-Spiegel* 20/1972, S. 26

3. Franz Josef Strauß, Referat in der Katholischen Akademie München am 30. 9. 1972

DGB - WOHIN? DIE GEWERKSCHAFT AUS DER SICHT DER CSU.

1.

(Die CSU ist – entgegen dem von ihren politischen Gegnern gemalten Zerrbild – von Anfang an eine gewerkschaftsfreundliche Partei.) Der große Gewerkschaftsführer und Arbeitsminister der Weimarer Zeit, Adam Stegerwald, war nicht nur Gründungsmitglied der CSU und erster Nachkriegsregierungspräsident in Unterfranken, sondern er hat gemeinsam mit Dr. Josef Müller den Ausschlag im Jahre 1945 gegeben, daß anstelle der (. . . unleserlich) Bayerischen Volkspartei, deren Wiedererstehen damals von vielen verdienten und angesehenen Persönlichkeiten (. . . unleserlich) wurde, die Christlich-Soziale Union entstand als historisches Ergebnis einer leidvollen Zeit der Irrungen und Prüfungen.

Die CSU nennt sich auch nicht von ungefähr eine christlich-soziale Partei, betont also in ihrem Parteinamen noch stärker als die Schwesterpartei den gesellschaftspolitischen Gestaltungsauftrag und das Fundament, auf dem dieser Auftrag ausgeführt wird. Die christliche Gesellschaftslehre ist allerdings für die CSU niemals – weder damals noch heute – ein Gefüge offener Sätze gewesen, in das auch der Sozialismus hineingepackt werden könnte (Hinweis: Pater Wallraff, S.J.; DER GEWERKSCHAFTER, IG METALL Nr. 10/71). Neben der positiven Aussage zur Verwirklichung einer menschenwürdigen und gemeinwohlstiftenden Ordnung entnehmen wir der christlichen Soziallehre auch die klare Absage an den Sozialismus. Und niemand darf der CSU verübeln, daß sie dabei den Aussagen Papst Pauls VI. in seinem Schreiben »Octogesima Adveniens« (Mai 1971) mehr Bedeutung beimißt als den Bekenntnissen Pater Wallraffs zum Sozialismus oder den Elogen Prof. Klübers auf die SPD in der NEUEN GESELLSCHAFT.

Die behandelnde Frage ist nicht, ob die CSU für oder gegen die Gewerkschaften, für oder gegen die gewerkschaftliche Idee sei, sondern, was Aufgaben und Grenzen der Gewerkschaften sind im allgemeinen und wie in diesem Zusammenhang der DGB – oder richtiger: die einzelnen Organisationen und Aktivitäten des DGB – in der Sicht der CSU beurteilt werden.

Dabei will ich mich nicht auf Art. 9 Abs. 3 des GG beschränken, in dem es heißt: »Das Recht, zur Wahrung und Forderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jeder-

mann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig«, sondern mit aller Klarheit und Deutlichkeit sagen, die CSU ist positiv zum Gewerkschaftsgedanken eingestellt, weil in der modernen technisch-industriellen Arbeitswelt, aber auch in der Dienstleistungsgesellschaft von heute und morgen der einzelne zur Wahrung seiner Grundrechte, zur Verbesserung seiner Stellung in der Gesellschaft und zur Durchsetzung seines Anteils am Sozialprodukt des Zusammenschlusses bedarf. Man muß nicht unternehmerfeindlich sein, um gewerkschaftsfreundlich zu sein. Man muß nicht in das Kapital-Arbeit-Denken (. . . unleserlich) zurückfallen, um gesellschaftspositiv zu sein.

2.

Aber hier ist besonders hervorzuheben, daß es die Arbeitnehmer der CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat 1948 waren, die den Ausschlag mit ihren Stimmen für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft gegeben haben. Ich nenne hier mit Dankbarkeit und Hochachtung Theo Blank, Alfred (. . . unleserlich) u. a. Denn zuerst wurde auch in der sozialistischen Propaganda die Soziale Marktwirtschaft als arbeitnehmerfeindlich verschrien, bis ihr durchschlagender Erfolg und der mit ihr verbundene Aufstieg der Arbeiter und Angestellten zu gleichberechtigten Wirtschaftsbürgern zur Änderung dieser Haltung zwang.

Einige grundsätzliche Bemerkungen:

Trotz allen Unterschieden im einzelnen lassen sich folgende Merkmale des Sozialismus, der sich heute mit der sog. antiautoritären Bewegung zu verbinden beginnt, und dessen radikale Variante in der Annäherung der Extreme oder in folgenreicher Konsequenz der Ursprung (. . . unleserlich) autoritäre Züge in kollektivistischem Gewande des imperativen Mandats, d. h. eines neuen Rätessystems anzunehmen begonnen hat.

1. Einstellung und Vorbehalte gegen das Eigentum dies ist der vorherrschende Grundzug der sozialistischen Gesellschaftskritik, den die christlich-soziale Gesellschaftslehre nicht teilt. Sie wendet sich gegen den gemeinwohlschaftlichen Mißbrauch des Eigentums und setzt nicht etwa das 1. Gebot (Diebstahl) oder auch nur das 10. Gebot (Neid) außer Kraft. Die Institution des Privateigentums – auch und gerade an den umstrittenen Gütern Grund, Boden, Produktionsmittel – ist Eckstein der Marktwirtschaft, des allgemeinen Wohlstandes und der Freiheit. Dies sind Ziele der Politik, die nur in einem pseudo-asketischen, vielleicht manichaischen Mißverständnis als nebensächlich abgetan werden können.

2. Die Familie gilt im klassischen Sozialismus ebenfalls als eine Institution, die der Befreiung des Individuums hinderlich ist. Das ist auch in der aktuellen Politik der Sozialisten noch zu beobachten. Volle Gleichberechtigung erst, wenn einseitige Erklärung beim Standesamt genügt. Man muß dabei nicht nur an die Liberalisierung des Eherechts denken. Auch eine konfiskatorische Erbschaftssteuer bzw. Nachlaßabgabe wie überhaupt jede Erschwerung des Erbanges in der Familie ist Ausdruck sozialistischer Eigentums- und Familienfeindlichkeit.

3. Schließlich hat der Sozialismus schon von Marx und Engels sowie deren Vorläufern her ein problematisches Verhältnis zum Staat, seiner Autorität und seinen Gesetzen. Die Uminterpretation der Demokratie von einer Staats- und Herrschaftsform in einen Prozeß der ständigen Minimierung von Autorität ist noch eine Auswirkung der sozialistischen Vorstellungen von einer Gesellschaft ohne Staat, Regierung und Gesetze. (. . . unleserlich) wiederum die Lösung aller Probleme verlangt.

Diese Vorbemerkung zur grundsätzlichen Unterscheidung der christlich-sozialen Sicht der Gesellschaft von der sozialistischen ist auch für die Einstellung der CSU zu den Gewerkschaften maßgebend. Und zwar in zweifacher Hinsicht.

Erstens gehören Gewerkschaften zur modernen Industriegesellschaft (. . . unleserlich) dazu. Als Organe kollektiver Selbsthilfe und Interessenvertretung der Arbeitnehmer sind sie geradezu ein Erfordernis der christlich-sozialen Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität. Die sog. Koalitionsfreiheit, also das Recht, zur Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Interessen Vereinigungen zu bilden, ist nicht nur Menschenrecht und geschriebenes Grundrecht (Art. 9 III GG), sondern auch ein Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft. Wo dieses Recht nicht besteht, kann die Wirtschaft ihren Dienst für das Gemeinwohl nur unvollkommen erfüllen. Was die Gewerkschaften im »sozialistischen Lager« sind, hat Lenin treffend als »Transmissionsriemen der Partei« bezeichnet. Immer engere Kontakte zu Gewerkschaften des kommunist. Bereichs.

Zur Koalitionsfreiheit

Wer die Gewerkschaftskongresse der letzten Zeit und vor allem die Publikationsorgane der meisten DGB-Gewerkschaften beobachtet, kommt zu der Auffassung, daß auch die Gewerkschaften des DGB sich vorzugsweise als Transmissionsriemen – wenn auch (noch) nicht der sondern – einer Partei betrachten. Unabhängig von dieser merkwürdi-

gen Erscheinung, von der noch zu sprechen ist, steht die CSU aus Überzeugung zur Koalitionsfreiheit, die wir mit Bezug auf die Gewerkschaften auch Gewerkschaftsfreiheit nennen können. Diese Freiheit hat mehrere Seiten und Ausprägungen und Konsequenzen. Es bedeutet die Freiheit für den einzelnen, einer Gewerkschaft beizutreten. Diese Freiheit ist natürlich nur eine Freiheit, wenn er dazu nicht gezwungen oder genötigt werden kann. Die Frage, ob die positive Koalitionsfreiheit auch eine negative Koalitionsfreiheit beinhaltet, ist unter den Arbeitsrechtlern umstritten, beantwortet sich aber aus dem Begriff der Freiheit von selbst.

Zum zweiten bedeutet Gewerkschaftsfreiheit auch die Freiheit, Gewerkschaften – ggf. auch konkurrierende Gewerkschaften – zu gründen. Wir sehen Gewerkschaften als freie Vereinigungen an; die rechtliche oder faktische Zwangsmitgliedschaft wäre mit diesem Status nicht zu vereinigen. Deshalb sind wir – im Gegensatz zur SPD – auch nicht zu Maßnahmen bereit, die – wie etwa die gesetzliche Zulassung von Sperr- und Differenzierungsklauseln – auf eine Zwangsmitgliedschaft hinauslaufen. Die Gewerkschaften erfüllen in der Tarifpolitik und in der sozialpolitischen Interessenvertretung Aufgaben für alle Arbeitnehmer, werden aber im wesentlichen nur von ihren Mitgliedern dafür honoriert. Dieses nur scheinbar unbillige Schicksal teilen sie mit vielen freien Vereinigungen – nicht zuletzt mit den Parteien. Es ist gewiß nicht Sache der Parteien, den Gewerkschaften Vorschriften über ihre Mittelverwendung zu machen. Aber bevor man von uns verlangt, den Gewerkschaften von Gesetzes wegen zahlende Mitglieder zuzuführen, ist wohl doch ein Hinweis darauf angebracht, daß der DGB eine gewaltige wirtschaftliche Macht um in seiner eigenen Diktion eine (. . . unleserlich) wirtschaftliche Macht mit (. . . unleserlich) ungeheuren Vermögen darstellt.

Die christlich-soziale Gesellschaftslehre ist noch in einer weiteren Hinsicht für die Einstellung der CSU zu den Gewerkschaften bedeutsam. Gewerkschaften, die eine sozialistische Politik verfolgen, können natürlich bei Verfolgung dieser Politik nicht mit Unterstützung einer nichtsozialistischen Partei rechnen – auch dann nicht, wenn diese Politik (. . . unleserlich) mit dem Anspruch vorgetragen wird, fortschrittlich, friedliebend oder arbeitnehmerfreundlich zu sein. Das bedeutet nicht, daß etwa die CSU sozialistische Gewerkschaften bekämpfen würde oder könnte. Unbeschadet ihrer weltanschaulichen oder politischen Ausrichtung sind Gewerkschaften grundsätzlich als Gesprächspartner der CSU willkommen, wenn und insofern sie in Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben tätig sind.

Zur Frage der Einheitsgewerkschaft

Aus den Ausführungen über Gewerkschaftsfreiheit folgt, daß es nicht Sache des Staates oder einer Partei sein kann, bestimmte Gewerkschaftstypen vorzuschreiben oder abzulehnen. Ob man sich zu Einheits- oder Richtungsgewerkschaften, zu Industrie- und Berufsverbänden zusammenschließt, ist Sache der Arbeitnehmer selbst. Die CSU als Partei kann also die im Lager der christlich-sozialen Bewegung nie ausdiskutierte Frage der Einheitsgewerkschaft nicht entscheiden.

Im Bereich über Mitglieder, Freunde und Wähler hat es die CSU mit Gewerkschaftern verschiedener Richtungen zu tun. Der gewerkschaftliche Pluralismus – so schwach er ausgeprägt sein mag – ist eine Tatsache. Er ist eine Konsequenz der Gewerkschaftsfreiheit und wird von der CSU nicht in Frage gestellt. Es ist zuzugeben, daß die Einheitsgewerkschaft viele Vorteile hat – aber auch nicht nur Vorteile für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Arbeitgeber. Gewerkschaftspluralität kann zum gegenseitigen Überbieten in Lohnforderungen und zum Unterbieten in Beitragsforderungen führen. Man mag sagen, daß es Arbeitgeber leicht eine Gewerkschaft gegen die andere ausspielen könnten. Im Ergebnis dürften sich Schwächungs- und Stärkungstendenzen aufheben, wenn es nur eine Gewerkschaft gibt statt mehrerer. So wie der Staat den Tarifpartnern gegenüber prinzipiell und im konkreten Tarifkonflikt neutral sein muß, so kann es auch nicht Sache der Parteien sein, zugunsten der einen oder anderen Seite Partei zu ergreifen oder eine generelle Verschiebung der Gewichte zu betreiben.

Nicht die Frage, ob Einheits- oder Richtungsgewerkschaft, ob Gewerkschaftseinheit oder Gewerkschaftspluralität, fällt in die Kompetenz des Staates oder der Parteien. Es berührt wohl die Partei oder den Staat wenn Gewerkschaften sich nicht auf ihre Rolle als sozialpolitische Interessenvertretung der Arbeitnehmer beschränken, sondern versuchen, zu Ersatzparteien oder Hilfsorganisationen (. . . unleserlich) Partei zu werden. Man kann der Auffassung, die Gewerkschaften könnten ihre Aufgaben völlig autonom bestimmen, nicht ohne weiteres zustimmen. Dies können weder die Kirchen noch die Parteien und auch nicht die Gewerkschaften. Jede dieser Einrichtungen hat ihre von ihrem Auftrag her zu bestimmende besondere Aufgabenstellung.

Leistungen der CDU/CSU für Arbeitnehmer

Keine Partei wird auf den sachverständigen Rat der Gewerkschaften verzichten können. Aber keine Partei wird politische Forderungen der

Gewerkschaften ungeprüft zu ihrem Programm machen können, wenn sie den Anspruch erhebt, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Wir wissen, daß auch die SPD im Zeichen des Godesberger Programms lange gezögert hat, die Vorstellungen des DGB zur paritätischen Mitbestimmung zu übernehmen. Es ist bekannt, daß unter anderem damals Helmut Schmidt, Horst Ehmke und Georg Leber nicht aufgrund eigener Einsicht, sondern unter dem Druck des gewerkschaftlichen Einflusses in der SPD zu Verfechtern des Montan-Mitbestimmungsmodells wurden.

Was eine Partei für das Gemeinwohl und für die Arbeitnehmer geleistet hat, ist nicht an dem Maß der Erfüllung von Gewerkschaftsforderungen zu messen. Das ist schon wegen des »Vorhalts«, den eine Gewerkschaft als Interessenvertretung – nach dem Vorbild der Tarifkonflikte – gibt, nicht angebracht. Dazu kommt, daß nicht die Gewerkschaften, sondern der Staat Hüter und Letztverantwortlicher für das Gemeinwohl ist. Damit ist weder etwas gegen die Gewerkschaften gesagt, noch deren Verantwortung für das Gemeinwohl bestritten.

Es ist nur – auch im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften – festzuhalten, daß diese nicht für alles und alles zuständig sind. Was die CDU/CSU bisher für die Arbeitnehmer geleistet hat, wäre nicht ohne den sachverständigen Rat von Gewerkschaftern aller Richtungen möglich gewesen. Der Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes, die wirtschaftliche Prosperität und unser damit verbundener Wiedereintritt in die Völkergemeinschaft verdanken wir dem Pflichtbewußtsein, dem Fleiß und der Einsicht des deutschen Arbeiters. Die Wiedereinführung der Marktwirtschaft, die Lösung von der Zwangswirtschaft wäre nicht ohne (. . . unleserlich) Duldung durch die Gewerkschaften möglich gewesen, deren praktische Haltung in bemerkenswertem Gegensatz zu ihren ideologisch verstaubten Programmen stand.

3.

Als CDU/CSU sollte man auch nicht vergessen, daß die Gewerkschaften den Beginn der wirtschaftlichen Einigung Europas, die Bildung der Montanunion und der EWG nicht ablehnten – ganz im Gegensatz zur SPD und zu allem, was noch links von der SPD stand.

Schaut man in die Gewerkschaftspresse des DGB, könnte man meinen, Reformen und Politik für Arbeitnehmer hätten erst mit dem 28. Oktober 1969 und auch seitdem nur durch SPD und FDP (. . . unleserlich) begonnen. Die großen sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die bis dahin und seither von der CDU/CSU durchgeführt oder be-

stimmt wurden, werden totgeschwiegen. Deshalb ist es erforderlich, einmal kurz die wichtigsten Daten in Erinnerung zu rufen:

Die Wiederherstellung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard, und (. . . unleserlich) den Gewerkschafter Theo Blank damals (stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau) ermöglichte den Wiederaufbau, die Vollbeschäftigung und den Ausbau des Sozialleistungssystems.

Bereits in der ersten Legislaturperiode des Bundestages wurden: das Betriebsverfassungsgesetz, das Personalvertretungsgesetz, das Tarifvertragsgesetz, das Kündigungsgesetz beschlossen.

Die Rentenreform des Jahres 1957 führte die dynamische Rente ein.

1954 wurde mit der Einführung des Kindergeldes die Grundlage für den Familienlastenausgleich gelegt.

Mit der Sparförderung, den Vermögensbildungsgesetzen und der sozialen Privatisierung (. . . unleserlich) wurden die ersten und erfolgreichen Schritte zu einer bewußten Politik der Eigentumbildung getan. Jeder dritte Arbeiter wohnt heute in eigenen vier Wänden.

Der Bau von 10 Millionen Wohnungen, der soziale Wohnungsbau und das Wohngeldgesetz das alles wurde in der DGB-Gewerkschaftspresse heute noch als große Leistung gefeiert, wenn es SPD statt der CDU/CSU zuzuschreiben wäre.

Mit dem Honneker Modell zur individuellen Ausbildungsförderung war für Hochschulstudenten das heutige Bundesausbildungsförderungsgesetz schon lange vorweg genommen.

Als Leistung der CDU/CSU für die Arbeitnehmer ist auch das Arbeitsförderungsgesetz zu nennen das aus der Arbeitslosenversicherung ein großzügiges Angebot an den Arbeitnehmer zur Selbsthilfe durch Umschulung und Fortbildung macht.

4.

Die von Alt- und Neumarxisten heute in Frage gestellte Marktwirtschaft, für die man sich vielfach nur zu einem müden Lippenbekenntnis bequemt oder dessen baldige (. . . unleserlich) man mit progressiv aufgeladener Miene betont, ist es gewesen, die die materiellen Voraussetzungen für diese Gesetze geliefert, nicht Schubladengesetze ohne Erfüllungsmöglichkeit wurden, sondern so selbstverständlich praktizierte Wirklichkeit, daß man schon wieder die Voraussetzung, auf der sie stehen, zu demontieren beginnt.

Falsche Information – kein Weg zur Mündigkeit

Bei dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Arbeiters haben die Gewerkschaften nicht nur durch ihre Tarifpolitik und ihre so-

zialpolitische Interessenvertretung, sondern auch durch ihre Dienstleistung in Beratung, Rechtshilfe und in der Bildung unentbehrliche Hilfe geleistet, die Anerkennung und Förderung verdient. Die Art und Weise, wie der Anteil der Opposition an der deutschen Politik seit 1967 im Gegensatz zu dem der Regierung dargestellt wird, ist allerdings kein konstruktiver Beitrag zu Information und Mündigkeit.

Als die Bundesregierung im Sommer 1970 – nach den ersten Landtagswahlen – die Notbremse zog und die Steuerversprechungen für Arbeitnehmer (Freibetrag Ergänzungsabgabe) zurückzog, da gab z. B. Herr Moneta in METALL (über 2 Millionen Auflage) ganz einfach der CDU/CSU die Schuld, die in der Tat von Anfang an der Erfüllbarkeit dieser Wahlversprechung gezweifelt hatte.

In der Familienpolitik wurden die Initiativen der CDU/CSU totgeschwiegen, die einseitigen und unzureichenden Maßnahmen der Regierung beklascht, unverbindliche und langfristige Reformpläne als vollendete Taten gefeiert. An Einseitigkeit nicht mehr zu überbieten ist die Darstellung der CDU/CSU-Rentenpolitik. Mit keinem Wort wird erwähnt,

– daß die CDU/CSU eine Anhebung des Rentenniveaus und eine gezielte Hilfe für Kleinstrentner zur Voraussetzung der flexiblen Altersgrenze erklärte

– daß die Regierungskonzeption ein großes Unrecht zu Lasten der Kleinverdiener dargestellt hätte.

Statt dessen liest man in METALL vom 18. 7. 1972 die Schlagzeile: »Arendt will mehr Geld für Kleinverdiener«, womit der abwegige und unglückselige 20 DM-Sockelbetrag gemeint ist, den die SPD/FDP-Koalition (. . . unleserlich) vorgeschlagen hatte. Wer diese Propaganda liest, will nicht glauben, daß die Renten-Experten der Gewerkschaften sowohl die Einführung von nicht dynamisierten Sockelbeträgen als auch des Baby-Jahres ablehnten. Wer die Propaganda besonders gegen die CSU und ihren Vorsitzenden sieht, soll auch nicht glauben, daß die CSU, die ganze Rentenreformgesetzgebung mit ihren Kleinrentenvorschlägen überhaupt in Gang gesetzt hat.

Mindestmaß an Neutralität erforderlich

Die parteipolitische Einseitigkeit und Intoleranz der meisten DGB-Gewerkschaften hat sich besonders in der Debatte um die Ostverträge gezeigt.

Beispiel: Adolf Müller (Remscheid) wurde wegen seiner Haltung nicht zum stellvertretenden DGB-Vorsitzenden nominiert und ge-

wählt. Den Christlich-Sozialen wurde eine Vertreterin im Bundesvorstand aufoktroiert, die der sozialdemokratischen Führung anscheinend genehm ist. Restposten christlich-sozialistischer Eigenständigkeit und sozialdemokratischer Toleranz im DGB scheint das Recht zu sein, zu § 218 eine andere als die Mehrheitsmeinung zu vertreten. Das ist sicher notwendig, aber bei weitem nicht genug, wo man von einer toleranten Einheitsgewerkschaft sprechen soll.

Allzu deutlich wird in Wort und Tat betont, daß die Gewerkschaften nicht parteipolitisch neutral, sondern nur unabhängig seien. Unabhängigkeit kann aber nicht ausreichendes Merkmal der Einheitsgewerkschaft sein. Unabhängig waren auch die Richtungsgewerkschaften der Vorkriegszeit von den ihnen nahestehenden Parteien. Die nach dem Krieg bei Gründung der Einheitsgewerkschaft übernommene Pflicht zur Neutralität wurde nicht nur von Anfang an vielfach gebrochen (DGB 1953: »Wählt einen besseren Bundestag!«) sondern im Verlauf der 50er Jahre der Einfachheit halber aus den Gewerkschaftssatzungen entfernt. Ohne ein Mindestmaß an Toleranz und Objektivität verdient eine Einheitsgewerkschaft diesen Namen nicht. Der DGB und seine Gewerkschaften sind auf dem besten Wege zu einer Einheits-Richtungsgewerkschaft. Für das verschiedene Maß, das an die Politik – z. B. die Wirtschaftspolitik – der SPD und der CDU/CSU angelegt wird, können die Mitglieder unserer Parteien in den Gewerkschaften kein Verständnis aufbringen.

DGB – wohin?

Eine kritische Einstellung zu dieser Bundesregierung ist dem DGB in der Außenpolitik, in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik vor allem in der Frage demokratischer Umgangsformen völlig fremd geblieben. Die Forderung zur Mobilisierung der Betriebe, zum »Molzen«, zum »Gang an die Urnen«, (Baden-Württemberg April 72) die dürftig verschleierte Aufforderung zum politischen Streik (vor der IG Metall, Wiesbaden 71) des Bundeskanzlers wurden von Seiten des DGB nicht als undemokratische Ansinnen zurückgewiesen, sondern im Gegenteil begrüßt. Es mußte schon zu denken geben, daß DGB und SPD sich so nachdrücklich für die Freigabe parteipolitischer Agitation in den Betrieben und für eine Aufhebung der Friedenspflicht der Betriebsräte einsetzen – ganz im Gegensatz zu den Wünschen der Betriebsräte selbst.

Die Ergebnisse am 26. April dieses Jahres zeigen, worauf diese »Reform«-absichten hinausliefen. Sozusagen auf Knopfdruck soll sich offenbar die Volkswut notfalls auch gegen die gewählten Vertreter des Volkes entfesseln lassen.

Die »spontanen« Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen waren zwar offiziell von den Gewerkschaften nicht veranlaßt. Ein Blick in die Gewerkschaftspresse beweist aber, wer die Drahtzieher der gemeinsam mit Linksradikalen durchgeführten Aktionen waren. Herr Moneta feierte diese Aktion als »Demonstration der mündigen Bundesbürger«. Diese »mündigen Bundesbürger« intonierten z. B. bei der Kundgebung in Bonn unter anderem folgende Sprechchöre: Hi Ha Ho, Barzel in den Zoo – Strauß und Barzel üben fleißig, für ein neues 33 – Wir marschieren gegen Strauß, die Macht die geht vom Volke aus –.

5.

In manchen Fällen mußten wir erleben (. . . unleserlich), daß in Aufrufen, die von kommunistischen, linksradikalen Jugendorganisationen zur Störung oder Behinderung unserer Versammlungen aufgerufen wurde, auch die Gewerkschaftsjugend mit Unterschrift und Präsenz dabei war, wenn es galt, Zustände (. . . unleserlich) einzuführen, wie sie von SA und SS vor 1933 praktiziert wurden.

Die Ostpolitik des DGB ist zwar eine gewerkschaftspolitische Angelegenheit, aber doch von weitreichenden Auswirkungen, die einer Partei nicht gleichgültig sein können. Mit seinen intensiven Kontakten zu den Staatsgewerkschaften des Ostblocks und zum FDGB der »DDR« hat der DGB leichtfertig die gewerkschaftspolitische Einheit des Westens zerschlagen. Die amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO zogen sich aus dem IBFG zurück. (. . . unleserlicher Satz) Auf europäischer Ebene wird eine Gewerkschaftseinheit mit den kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien angestrebt, denen die Tür zur EWG-Exekutive und in die mitbestimmenden Aufsichtsräten (einstweilen nur im deutschen Gesellschaftsrecht) eröffnet werden. Unter diesen Gesichtspunkten wird man verstehen müssen, daß christlich-soziale und alle nicht sozialistischen Politiker, aber auch echte sozialdemokratische Politiker, die sich von ihrer Partei nicht umfunktionieren lassen mit großem Unbehagen die programmatische Entwicklung und die gesellschaftspolitischen Wünsche des DGB betrachten. Dazu gehören:

- Ein System von Wirtschafts- und Sozialräten, das die Verantwortlichkeit und die Autorität der demokratisch legitimierten politischen Instanzen unterlaufen und aushöhlen würde,
- ein System kollektivistischer Vermögensbildung, das immer größere Anteile des Privateigentums zugunsten anonymer Fonds vergesellschaften würde,
- die paritätische Aufsichtsratsmitbestimmung in allen Großunter-

nehmen, die nicht nur die Wirtschaft einseitig vergewerkschaften, sondern unüberwindliche Hürden auf dem Weg zur Einigung Europas aufbauen würde. Der DGB verlangt sogar – ironischerweise im Zeichen der Demokratisierung der Wirtschaft – Rechte der Betriebsräte und Belegschaften bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat zugunsten eines gewerkschaftlichen Delegationsmonopols einzuschränken.

– die Zwangsmitgliedschaft durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes (Ausdehnung der Tarifhoheit auf Nichtorganisierte).

Der in Berlin unter d. Führung Veters erneut v. d. dt. Gew. Bewegung erhobene Totalitätsanspruch berührt zutiefst das Wesen u. d. eigenständige Existenz aller gesellschaftl. Gruppen d. BRD. Ausnahmslos werden sie in Zukunft vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt werden, denen s. auch d. einzelnen Person nicht zu entziehen vermag. Letztlich werden in Berlin unser gesamtes gegenwärtiges gesellschaftliches System und große Teile des bisher verfassungsmäßig gesichert erscheinenden Inhalts der persönlichen Freiheitsphäre i. (. . . unleserlich) gestellt. (folgt unleserlicher Satz).

Zusammengenommen würden diese Maßnahmen eine totale Syndikalisierung unserer Wirtschaft, Gesellschaft und des Staates bringen. Ein Ergebnis, an dem weder den Arbeitnehmern, noch den Gewerkschaften gelegen sein kann; denn Gewerkschaften brauchen die Marktwirtschaft als Lebenselement und den freien Unternehmer als Gegenspieler und Partner.

Die einseitige weltanschauliche und parteipolitische Ausrichtung die zunehmende Intoleranz, die Maßlosigkeit des Machtanspruchs, die Anmaßung für alle Arbeitnehmer in allen politischen Fragen zu sprechen und die Arglosigkeit in der Zusammenarbeit mit den Feinden der parlamentarischen Demokratie, das sind die wichtigsten Gewerkschaftsprobleme unserer Zeit. Keine Partei wird, wenn sie die Bedingungen der parlamentarischen Demokratie, der pluralistischen Gesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft sicherstellen will, diese Forderungen ganz oder überwiegend erfüllen können.

Gewerkschaften: Ja

Totaler Machtanspruch oder Staat im Staate: Nein

CSU wünscht (. . . unleserlich) neutrale, objektive Interessenvertretungen der Arbeitnehmer in allen Bereichen. Sie ist für partnerschaftliche Zusammenarbeit, aber gegen Klassenkampf, für individuelle Freiheit durch Bildung (. . . unleserlich).

Aus: Gewerkschaftsspiegel vom 4. 11. 1972

4. Offener Brief an den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern, Wilhelm Rothe, veröffentlicht am 21. 10. 1972

Sehr geehrter Herr Kollege Rothe,

seit geraumer Zeit nehmen Sie, der Landesvorsitzende des DGB Bayern, im Namen dieser Organisation zu aktuellen politischen Fragen in kraß einseitiger Weise gegen die CSU Stellung. Sie erwecken damit in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei Ihre persönliche Meinung auch die Meinung aller Mitglieder der bayerischen DGB-Gewerkschaften. Einen Höhepunkt hat diese Ihre Aktivität in Ihrer Pressekonferenz vom 17. Oktober 1972 erreicht. Nach Presseberichten haben Sie dort u. a. ausgeführt, der CSU-Landesvorsitzende sei »der politische Vollstrecker der mächtigen Kapitalinteressen« und die Politik der CSU werde »nahezu ausschließlich durch die Interessen der Unternehmer bestimmt«.

Solche Äußerungen sind diffamierend und sie stellen die Tatsachen auf den Kopf. Denn es ist doch eine Tatsache, daß es in den 20 Jahren von 1949–1969 gelungen ist, das zu sichern, was die Arbeitnehmer wirklich wollen, sichere Arbeitsplätze und stabile Preise gleichzeitig. Um nur diese zwei besonders wichtigen Gebiete herauszugreifen.

Unter der SPD/FDP-Regierung hat der Geldwertschwund eine in der Bundesrepublik noch nie gekannte Größenordnung erreicht. Jede Politik für den Arbeitnehmer braucht stabiles Geld. Deshalb schadet die heutige Geldentwertung vor allem den Arbeitnehmern. Solche Gedanken und nicht Klassenkampfsparolen sollten nach unserer Auffassung in einer Pressekonferenz des DGB geäußert werden. Kann man denn wirklich bestreiten, daß es von 1949 bis 1969 in der sozialen Sicherung ebenso wie in der materiellen Stellung der deutschen Arbeitnehmer ungeheure Fortschritte gegeben hat, Fortschritte, um die uns alle anderen europäischen Länder beneiden?

»Alles was die SPD macht, ist großartig, und die CSU hat sich immer nur um die Kapitalisten gekümmert.« Diesen Eindruck muß man, wenn man Ihrer Darstellung glauben will, gewinnen. Wenn Sie fair sein wollen, müssen Sie doch das Einseitige und damit Unglaubwürdige einer solchen Haltung selbst erkennen.

Ihre leider nicht nur in dieser Pressekonferenz zum Ausdruck gekommene einseitige Betrachtungsweise widerspricht auch dem Willen der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder. Das Ergebnis einer vom DGB, Landesbezirk Bayern, 1970, in Auftrag gegebenen Infrateststudie kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug vorgetragen werden: »Fast zwei Drittel sowohl der Wahlberechtigten insgesamt als auch der

gewerkschaftlich organisierten Wahlberechtigten halten eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und CSU für eine wichtige politische Aufgabe. Sogar 53 Prozent der potentiellen SPD-Wähler vertreten diese Auffassung.«

Eine demokratische Organisation muß dem dermaßen deutlich erklärten Willen der Mitglieder Rechnung tragen. Sie haben, einmal mehr, genau das Gegenteil getan: Durch Ihre Pressekonferenz haben Sie das Klima deutlich und unnötig verschärft. Mit derart überzogenen Äußerungen

- überschreiten Sie Ihren Auftrag,
- mißachten Sie die im DGB organisierten christlich-sozial orientierten Arbeitnehmer, immerhin rund ein Drittel aller DGB-Mitglieder,
- und stellen Sie die Einheitsgewerkschaft erneut in Frage.

Die Gründer des DGB waren übereinstimmend der Ansicht, daß eine einseitige parteipolitische Festlegung des DGB ausgeschlossen bleiben müsse. Andernfalls wäre – darin stimmen Sie uns sicherlich zu – die Einheitsgewerkschaft nie zustande gekommen. Genau in diesem Sinn hat erst vor kurzem unser Bundesvorsitzender Heinz Oskar Vetter, treffend dargelegt, sei es notwendig, im DGB auch das Erbe Jakob Kaisers, des Bundesministers der CDU und Gewerkschaftsführers, zu wahren.

Auch heute müssen Gewerkschaften mehr sein als nur Hilfstruppe einer Partei. Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, daß wir Ihnen in der Öffentlichkeit vorgetragenen Äußerungen ebenfalls öffentlich entgegengetreten.

Mit kollegialen Grüßen

gez.

Ursula Grille

Willi Heitzer

Dr. Paul Wilhelm, MdL

Stephan Höfpinger, MdL

Friedrich Weißkopf, MdL

(Mitglieder des DGB-Landesbezirksvorstandes)

5. CDA-Mitglieder warnen DGB-Bundesvorstand vor politischer Einseitigkeit

Wortlaut des Briefes von Vertretern der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft an den DGB. Veröffentlicht in DIE WELT vom 10. November 1972. Zu den Unterzeichnern gehören:

Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB; Martin Heiß, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands; Walter Schongen, stellvertretender Vorsitzender der IG Textil-Bekleidung; Karl-Heinz Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV; Gustav Fehrenbach, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft; Walter Schmidt und Rudi Nickels, Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie; Fritz Biggelen, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall; Klaus-Dieter Zemlin, Pressesprecher der Deutschen Postgewerkschaft.

Nach Auskunft der Pressestelle des DGB soll in nächster Zeit im DGB-Bundesvorstand über die aufgeworfenen Probleme diskutiert werden.

»Wir unterzeichnenden Vorstandsmitglieder beziehungsweise Mitarbeiter von DGB-Gewerkschaften wenden uns an Euch, weil wir aufgrund des immer heftiger werdenden Bundestagswahlkampfes zunehmend um die Wahrung der parteipolitischen Unabhängigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes besorgt sind: Es ist erst wenige Wochen her, da schrieben die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem Brief an die DGB-Kreisausschüsse unter anderem, als Einheitsgewerkschaft hat sich unsere Haltung in den kommenden Wochen und Monaten sowohl an unserer parteipolitischen Unabhängigkeit wie an der Einstellung der Parteien zu unseren erklärten Forderungen zu orientieren. Das braucht niemanden zu hindern, für seine Partei ein- und aufzutreten, aber das persönliche Engagement steht außerhalb seiner gewerkschaftlichen ehren- wie hauptamtlichen Funktionen.

Diese Haltung haben wir begrüßt, weil sie nach unserer Ansicht voll der Unabhängigkeit des DGB und seiner Gewerkschaften gerecht wird. Wie wir aus zahllosen Gesprächen mit Gewerkschaftsmitgliedern im Lande wissen, ist es aber leider nicht gelungen, in der Öffentlichkeit den richtigen Eindruck von dieser Haltung zu vermitteln. Immer häufiger sehen Gewerkschaftsmitglieder, die nicht Sozialdemokraten sind, den Vorwurf, der DGB und seine Gewerkschaften verstünden sich in diesem Wahlkampf im Gegensatz zu ihrem Anspruch als eine Art Ersatzpartei oder als eine Hilfsorganisation, für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, und verweisen in diesem Zusammenhang unter anderem auf Erklärungen führender Gewerkschafter in Hamburg, Hessen und München.

Rücksicht gefordert

Wir wissen, daß die SPD vielen Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer näher steht als beispielsweise Teile der

CDU/CSU. Demzufolge verfügt die SPD auch bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern über Sympathien und breite Zustimmung. Wir leugnen das nicht. Wir verweisen aber auch auf die Vorstellungen der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (niedergelegt beispielsweise in der Offenburger Erklärung 1967, in den Oldenburger Thesen 1969 und in den Koblenzer Beschlüssen von 1971), die sehr weitgehend gewerkschaftlichem Gedankengut entsprechen. Wir erinnern auch an die unbestrittenen Leistungen von christlich-sozialen Persönlichkeiten wie Jakob Kaiser, Karl Arnold, Anton Storch, Theo Blank und Hans Katzer, die die gesellschaftliche Stellung der Arbeitnehmer in unserem Land entscheidend mitgeprägt haben.

Wir müssen erwarten, daß in öffentlichen Verlautbarungen der Gewerkschaften auch auf diejenigen Mitglieder der Gewerkschaften Rücksicht genommen wird, die nicht Sozialdemokraten sind. Die seit Monaten zu spürende Polarisierung in den politischen Auseinandersetzungen führte ohnedies schon dazu, daß Vertreter der CDU auf Gewerkschaftskongressen höchst unfreundlich empfangen und behandelt wurden und – als weitere Folge – Repräsentanten der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften auf Gewerkschaftskongressen fast demonstrativ schlechte Wahlergebnisse erzielten oder gar ganz aus der Mitverantwortung gedrängt wurden.

Unserer Beobachtung nach droht der Bundestagswahlkampf 1972 zu einer unerträglichen und den Bestand der Einheitsgewerkschaft ernsthaft gefährdenden Polarisierung in den Gewerkschaften zu führen. Wir alle, die je in den Gewerkschaften Verantwortung tragen, müssen aber daran denken, daß die Einheitsgewerkschaft nach innen hin auf Zusammenarbeit nicht auf Auseinandersetzung angelegt ist. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung verpflichtet uns alle, an die Zeit nach dem 19. November zu denken. Unsere gemeinsame Arbeit geht weiter, egal ob der Bundeskanzler Brandt oder Barzel heißt.

Nur geduldet?

Wir vermissen in den zahlreichen öffentlichen Erklärungen maßgeblicher Mitglieder des Bundesvorstandes der letzten Monate (bei Gewerkschaftskongressen beispielsweise oder in der Gewerkschaftspresse) den Hinweis auf diese Zusammenhänge. Auch das jüngst herausgebrachte »Material zu den Prüfsteinen« enthält nicht einen einzigen Hinweis darauf. Unabhängig davon, daß wir voll hinter den im DGB-Bundesauschuß beschlossenen Forderungen zur Bundestagswahl stehen, hatte sich hier das Vorwort des Vorsitzenden zum Beispiel dafür angeboten.

Immer häufiger teilen uns in den letzten Wochen christlich-demokra-

tische Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften mit, daß sie in der letzten Zeit zunehmend das Gefühl hatten, in den Reihen der Gewerkschaften nur bloß geduldet zu sein. Das aber ist nicht die Toleranz, die in einer parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaftsorganisation mit dem Anspruch, Heimat für alle Arbeitnehmer zu sein, erwartet werden muß. Innergewerkschaftliche Toleranz verlangt von uns allen – und vor allem von denjenigen, die eine besondere Verantwortung in der Organisation tragen – das ständige Bemühen den Freiheits- und Betätigungsraum für den jeweils Andersdenkenden zu schaffen und zu sichern.

Wir haben diesen Brief geschrieben, um Euch auf Gefahren aufmerksam zu machen. Nichts wäre für das Wirken unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes verhängnisvoller, als wenn in diesen Wahlkampfwochen durch Unachtsamkeit oder mangelndes Verständnis für die Gefühle Andersdenkender dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft bleibender Schaden zugefügt würde – es sei denn, die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und christlich-demokratischen Gewerkschaftern solle nicht länger fortgesetzt werden. Das allerdings vermögen wir uns nicht vorzustellen.

Wir bitten Euch, die Mitglieder des Bundesvorstandes, ebenso herzlich wie dringend, nach einem geeigneten Weg zu suchen, um Sorge und Unbehagen gegenüber dem derzeitigen Kurs der Einheitsgewerkschaft bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern zu beseitigen. Es muß klargestellt werden, daß Einheitsgewerkschaft nicht Einheitlichkeit in allen Grundüberzeugungen bedeutet, sondern Zusammenfassung verschiedener Ansichten zur Durchsetzung allen Mitgliedern gemeinsamer Ziele.

Nach mancherlei Ereignissen der letzten Wochen muß wohl auch öffentlich darauf hingewiesen werden, daß die christlich-demokratischen Arbeitnehmer nach wie vor ihren festen Platz und freie Betätigungsmöglichkeit in der Einheitsgewerkschaft haben müssen.

Für die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf schlagen wir Euch vor, gemeinsam mit uns eine geeignete Plattform zu überlegen, die ein klärendes Gespräch über Form und Möglichkeiten zukünftiger gemeinsamer Arbeit in der Einheitsgewerkschaft zuläßt. Wir halten dies für dringend erforderlich und gehen davon aus, daß Ihr unsere Besorgnisse versteht. •

6. Gewerkschaftspluralismus als demokratischer Auftrag. Von Dr. Bernhard Koch, Generalsekretär des CGB, Referat vom 15. 9. 1972

Ich habe häufig Gelegenheit, an Gewerkschaftstagen oder -kongressen unserer Berufsverbände innerhalb des CGB teilzunehmen. Für mich haben diese Veranstaltungen eine dreifache Bedeutung. Sie sind da, um Bilanz zu ziehen über das, was vergangen ist, sie sollen eine Standortbestimmung für die Gegenwart vornehmen und sie sollen die Weichen stellen für die Zukunft. Leider konnte ich aus Zeitgründen nicht den ganzen Tag über hier sein. Aber was ich an Beratungs- und Diskussionspunkten noch mitbekommen habe, läßt für mich den Schluß zu, daß der CMV-Landesverband Nordrhein-Westfalen die Weichen für die Zukunft zu stellen bereit ist. Mein Eindruck ist, daß auch innerhalb des CMV-Landesverbands ein bedeutender und wichtiger Aspekt gewerkschaftlicher Tätigkeit aktiviert werden soll, nämlich die berufspolitische Arbeit.

Aber Gewerkschaften sind über das unmittelbar Berufspolitische hinaus auch – was heute besonders sichtbar wird in einer Zeit politischer Polarisierung – politische Organisationen. Insofern werde ich meine Ausführungen auch schon vom Thema her auf diesen Aspekt legen. Dabei brauche ich im Gegensatz zu Vertretern sog. Einheitsgewerkschaften keine verbalen Rückzugsgefechte zu führen über Interpretationen z. B. von parteipolitischer Unabhängigkeit oder parteipolitischer Neutralität. Eine Richtungsgewerkschaft, die auf einer klaren weltanschaulichen Basis aufbaut, kann ihre Grundsätze eben klarer und eindeutiger als einer Vereinigung von Gleichgesinnten präzisieren, als es den »Einheitsideologen« schon mit Rücksicht auf weltanschauliche Minderheiten in ihren Reihen möglich ist – es sei denn, diese Ideologen setzen sich einfach über Grundvorstellungen ihrer Minderheiten hinweg.

Wir leben eigentlich in einer seltsamen Welt. Wer Verlautbarungen der Monopolgewerkschaften kritisch verfolgt und wer darüberhinaus die Vielfalt unserer gesellschaftlichen Bewegungen einigermaßen überschaut, der wird von überall her den Ruf nach mehr Demokratie auch in unserer Gesellschaft finden. Hier muß unsere Überlegung darüber einsetzen, welche Demokratievorstellung dieser Forderung eigentlich zugrunde liegt und was das eigentliche Ziel ist, das angestrebt wird.

Im politischen Bereich haben wir vor nunmehr drei Jahren das Versprechen bekommen, daß mehr Demokratie verwirklicht werden soll – denn so der derzeitige Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung: wir stehen nicht am Anfang der Demokratie, wir fangen erst richtig an.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: wer würde als überzeugter Demokratie nicht den Ruf nach mehr Demokratie oder – um es zutreffender zu sagen – um den Ausbau und die Festigung unserer demokratischen Ordnung vom Prinzip her unterstützen? Aber man darf es christlichen Gewerkschaftern umgekehrt auch nicht verdenken, wenn sie bei einer solchen Forderung besonders dann skeptisch sind, wenn gleichzeitig damit eine Zementierung monopolistischer Organisationen verbunden oder als Fernziel angesteuert wird. Die christlichen Gewerkschaften können ein Lied davon singen, was unter dem Deckmantel der Demokratie eigentlich alles in unserem Staat und unserer Gesellschaft möglich ist.

Was haben christliche Gewerkschafter eigentlich anderes getan, als von einem verfassungsmäßig garantierten Recht Gebrauch zu machen, nämlich von der Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 unseres Grundgesetzes. Eigentlich müßte es in einer demokratischen Ordnung selbstverständlich sein, daß diese persönliche Entscheidung von jedermann respektiert und toleriert und vom Staat auch in der Form anerkannt wird, daß daraus demokratiekonforme Folgerungen in bezug auf die Beteiligungsmöglichkeiten dieser auf freie Entscheidung von Arbeitnehmern gebildeten Koalitionen gezogen werden. Die Praxis sieht aber leider anders aus. Und wenn gar in einem demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat – wie der Bundesrepublik – der Vorsitzende der sog. Einheitsgewerkschaft ohne Protest erklären kann, daß die Toleranz seiner Organisation gegenüber denjenigen aufhört, die die »Einheit« der Arbeitnehmerschaft sprengen wollen, dann stößt man doch hier an die Grenzen einer vertretbaren Demokratievorstellung; abgesehen davon, daß in einer solchen Äußerung ein erschreckendes Maß an Intoleranz steckt von dem Repräsentanten einer Organisation, die für sich beansprucht, wesentlicher Träger der Demokratie und Verteidiger der Freiheitsrechte zu sein.

Sichtbarer Ausdruck unserer Freiheit im gesellschaftlichen Bereich ist unsere pluralistische Gesellschaftsordnung. Sie ist weder Selbstzweck noch Macht- oder Herrschaftsinstrument. Sie ist da, weil wir die persönliche Entscheidungsfreiheit haben, uns in vielfältiger Form zu organisieren und unsere Ordnung diese freie Entscheidung respektiert. Gerade darin unterscheiden wir uns doch von allen totalitären Herrschaftsformen, gleichgültig unter welchem Firmenschild sie auftreten.

Wenn wir also die pluralistische Gesellschaft als sichtbaren Ausdruck der persönlichen Freiheit und der Demokratie finden, dann frage ich mich, wo die lautstarken Verkünder von mehr Demokratie eigentlich stehen, wenn sie einem bestimmten Personenkreis, nämlich den christ-

lichen Gewerkschaften, die Koalitionsfreiheit nicht zuerkennen wollen. Man kommt einfach nicht daran vorbei, die Gewerkschaftsfrage in der Bundesrepublik ist entscheidend eine Frage der Freiheit! Und wer uns die Existenzberechtigung absprechen oder bestreiten will, und wer dann noch so tut, als hätte er die Verfassung in Erbpacht genommen, den sollte man ständig darauf hinweisen, daß wir nichts anderes getan haben, als von den Verfassungsrechten Gebrauch gemacht zu haben. Gerade auf diesen Aspekt sollten wir in der Auseinandersetzung unsere gewerkschaftlichen Gegner festlegen.

Ich habe soeben den Begriff der pluralistischen Gesellschaft zu erläutern versucht. Und ich wiederhole hier mit allem Nachdruck: im Bereich der christlich-sozialen Bewegung, ganz sicher im Bereich der christlichen Gewerkschaften, wird der Pluralismus als sichtbarer demokratischer Ausdruck auf allen gesellschaftlichen Ebenen anerkannt mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Nun gibt es Leute in der Bundesrepublik, die innerhalb dieser Gesellschaftsordnung eine eigenartige Theorie durchsetzen wollen: die gewerkschaftliche Ebene soll nicht pluralistisch, sondern monopolistisch gestaltet werden. Paßt aber ein gleich wie geartetes Monopol überhaupt in eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft?

Eine Demokratie ist vom Prinzip her monopolfeindlich. Wo dennoch ein Monopol besteht, muß eine funktionierende Kontrolle einsetzen. Im Bereich der Wirtschaft haben wir eine öffentlich-rechtliche Kontrolle gegenüber marktbeherrschenden Unternehmen, nämlich durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Und die jetzt angestellten Überlegungen über eine Verschärfung dieses Gesetzes machen doch gerade deutlich, daß, je stärker monopolistische Tendenzen sichtbar werden, um so funktionierender die Kontrolle sein muß.

Daraus wird auch sichtbar, daß Kontrolle auf zweifache Art möglich ist: entweder öffentlich-rechtlich oder durch Konkurrenz. Nun wird niemand annehmen, die Gewerkschaften in der Bundesrepublik könnten einer öffentlich-rechtlichen Kontrolle unterworfen werden. Für so vergnügungssüchtig halte ich den Gesetzgeber gewiß nicht, den Versuch zu unternehmen, ein solches Gesetz zu erlassen. Es bleibt also hier nur der andere mögliche Weg übrig: Kontrolle auch im Bereich der Gewerkschaften durch Konkurrenz. Daraus folgt, daß im Interesse unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung auch die gewerkschaftliche Ebene plural gestaltet sein muß. Wer das nicht wahrhaben will, der verkennt einfach die Grundlagen und die Spielregeln der Demokratie und der darauf bauenden Ordnung.

Lassen Sie mich als Mann der christlich-sozialen Bewegung aber auch

noch ein weiteres sagen. Wir haben im christlich-sozialen Bereich Standesorganisationen, die heute mehr oder weniger stark liebäugeln mit dem DGB. Aus welchen Gründen, das will ich nicht untersuchen, weil ich dafür nicht zuständig bin. Aber glauben denn diese Kollegen und Verbände wirklich, wenn einmal die konkurrierenden Verbände im Gewerkschaftsleben – ob groß oder klein – verschwunden sind, dann würde eine monopolistische Gewerkschaft noch Rücksicht nehmen auf Standesorganisationen? Wenn wir einmal eine solche Einheitsgewerkschaft hätten mit Allzuständigkeitsanspruch und Totalrepräsentanz, dann müßten die angrenzenden gesellschaftspolitischen Bereiche, die im wesentlichen gebildet werden von eben diesen Standesorganisationen, sich weitgehend unter dem Druck dieser Monopolorganisation zurückziehen aus ihrer unmittelbaren Mitverantwortung und Mitgestaltung des politischen Lebens. Sie würden dann sicher nicht mehr so hoffiert vom DGB, wie es heute geschieht. Ich will den guten Willen dieser betreffenden Kollegen gar nicht in Frage stellen, sondern nur auf das Problem hinweisen und gleichzeitig vor einer möglichen Fehlentwicklung innerhalb unserer christlich-sozialen Bewegung vorsorglich warnen.

Ich darf noch ein weiteres anfügen. Wenn wir in der Bundesrepublik einmal nur eine Gewerkschaft mit 15 oder 20 Millionen Mitgliedern hätten, wobei es völlig gleichgültig ist, welcher weltanschaulichen oder politischen Couleur die Führungspersonen angehören, dann hätten wir eine vierte Gewalt in unserem Staate, und zwar außerhalb der verfassungsmäßigen Organe. Was sich dann im staatlichen Bereich abspielt, entscheiden weitgehend dann nicht mehr die freigewählten Parlamente und die daraus hervorgegangenen Regierungen, sondern diese Gewerkschaftsorganisationen durch ihre Führungen mit dem Apparat, der hinter ihnen steht.

Wenn wir also diese These als richtig und begründet ansehen, dann müßten wir schon im Interesse der staatlichen demokratischen Ordnung versuchen, daß das notwendige Maß an Pluralität und damit verbunden das notwendige Maß an Kontrolle auch im Gewerkschaftsreich vorhanden ist.

Man könnte mir nun vorwerfen – in diesem Kreis unter Gleichgesinnten wird das aber nicht geschehen – ich »verkaufe« diese Theorie gleichsam als Pflichtübung. Ich will daher als Antwort auf einen solchen Einwand einen sicherlich nicht angreifbaren Zeugen zitieren. Auf dem Bundeskongreß des CGB 1965 in München hatten wir als Hauptredner den Ordinarius für christliche Gesellschaftslehre der Universität Fribourg in der Schweiz, Herren Prof. Dr. Willi Büchi. Diesem Wissen-

schaftler kann man gewiß das Bemühen um Objektivität nicht absprechen, zumal er ja noch aus einem Land mit großer demokratischer Tradition stammt.

In seinem Referat, das betitelt war »Mehr Gewerkschaften – mehr Demokratie« ging Prof. Büchi auf eine Bestrebung gewerkschaftlicher Art in der Schweiz ein. Danach versuchen die Schweizer sozialistischen Gewerkschaften, auch eine sog. Einheitsgewerkschaft zu installieren, aber nicht durch Zusammenschluß mit den übrigen dort bestehenden Gewerkschaften – auch zu schweigen von einer Fraktionslösung –, sondern diese müßten sich zuerst selbst aufgeben und dann nimmt man die Einzelmitglieder in den großen Arm dieser sozialistisch geführten und ausgerichteten Einheitsgewerkschaft auf. Im Anschluß an diesen Sachverhalt hat Prof. Büchi dann einen weiteren, auch nicht angreifbaren Zeugen angeführt, nämlich Prof. Götz Briefs, der seit vielen Jahren in den Vereinigten Staaten lehrt, aber immer noch der deutschen gesellschaftspolitischen Bewegung eng verbunden ist. Prof. Götz Briefs hat in seinem berühmten Buch »Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus« ausgeführt. »Es kann nicht das Ziel der Gewerkschaft sein, einen monolithischen Block im Gefüge der Demokratie darzustellen, denn keine Demokratie verträgt monolithische Blöcke.« Prof. Büchi hat aus diesem Satz seine Folgerung gezogen und angefügt, daß monolithische Blöcke noch kaum je als Bausteine beim Aufbau der Demokratie, wohl aber als Grabsteine auf ihrem Grab dienen.

Der Tragweite einer solchen Analyse muß man sich bewußt sein, wenn es um die Frage von Demokratie und Gewerkschaftspluralismus geht. Nun wird so oft die These verkündet, eine Einheitsgewerkschaft bringe für den Arbeitnehmer die größten Vorteile. Wer das vertritt, meist mit dem Hinweis auf die Geschlossenheit der Arbeitgeber übersieht, daß die Arbeitgeber am Markt konkurrieren und ihre Politik weitgehend bestimmen nach der Marktsituation. Aber selbst wenn man das Argument nicht gelten läßt, ist für unser Thema die Frage einfach nicht zu umgehen, welche Aufgaben die heutigen Gewerkschaften – die zu recht »befestigte« Gewerkschaften genannt werden – haben. Selbst wenn man den anmaßenden Anspruch des DGB auf Allzuständigkeit aus wohlwollenden Gründen ablehnt, bleibt als Tatsache doch zu registrieren, daß heutige Gewerkschaften über die materielle Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft hinaus eine Fülle von Aufgaben in den verschiedensten politischen Sachbereichen übernommen haben, die die These von der besten Vertretung durch eine sog. Einheitsgewerkschaft als höchst anfechtbar erscheinen läßt. Ich möchte dazu wieder Prof. Büchi zitieren:

»Die geschichtliche Entwicklung und Realität – und diese allein zählt hier, nicht ein irrealistischer Konstruktionismus – zeigt deutlich zweierlei:

erstens: daß jede Gewerkschaft, wenn sie ihre Aktivität über die materielle Interessenvertretung hinaus auf Bereiche wie Bildungs- und Kulturpolitik, aber auch die Wirtschaftsordnungspolitik, ausdehnt, dies nur um den Preis des Verzichts auf weltanschauliche und politische Neutralität, weitgehend sogar auch unter Aufgabe der politischen Unabhängigkeit tun kann. Damit entfällt aber die *conditio sine qua non* der Einheitsgewerkschaft.

sodann: daß die kontinentaleuropäischen Gewerkschaftsbewegungen aller Richtungen sich tatsächlich immer in dieser Richtung entwickelten, fast so zwangsläufig, als ob es sich um ein ihnen immanentes Entwicklungsgesetz handelt. Die Entwicklung des DGB . . . liefert dafür den schlüssigen Beweis.

Die Folgerung aus diesen historisch erhärteten Feststellungen kann nur die sein, daß bei der tatsächlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in unseren Ländern die Idee der weltanschaulich-politischen Einheitsgewerkschaft einfach unrealisierbar ist. Wenn man trotzdem eine Gewerkschaftsbewegung oder -organisation als solche erklären will, dann handelt es sich entweder um eine Fiktion oder um eine der soziologischen Realität nicht entsprechenden Konstruktion«.

Soweit Prof. Büchi. Aber die Begriffsverwirrung bei christlich-sozialen Arbeitnehmern, die immer noch auf verbale Klimmzüge des DGB über Neutralität und parteipolitische Unabhängigkeit hereinfließen, geht weiter, weil für viele von ihnen die sog. Einheitsgewerkschaft ein »Wert an sich« ist.

Wir konnten zu diesem Problem der Einheitsgewerkschaft aus den Erfahrungen in unserem Land eine Fülle von Beispielen anführen, von denen hier aber nur einige genannt werden sollen, die »spontanen« Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum – von SPD-Politikern und DGB-Funktionären als Sympathiebeweis breiter Arbeitnehmerkreise für die »Friedenspolitik« der derzeitigen Regierung hochstilisiert, die Ablehnung des gesetzlichen Beteiligungslohns nach dem CDU/CSU-Entwurf durch den DGB, das Eintreten für die SPD-Vorschläge zur Rentenreform – obwohl die Opposition das bessere Konzept hat –, das Herunterspielen des wirtschaftspolitischen Versagens der Bundesregierung – kurzum, die fast bedingungslose Unterstützung der SPD einschließlich der Konzeptionen im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik. Ob das alles im Interesse der Arbeitnehmer liegt, für die Gewerkschaften doch nun angetre-

ten sind, kann sicherlich bezweifelt werden. Der »Wert an sich«, sprich sog. Einheitsgewerkschaft, wird doch hier sichtbar mit den Realitäten konfrontiert.

Das Machtstreben von monopolistischen Einheitsgewerkschaften, das kaschiert und motiviert wird mit dem Ruf nach demokratischer Kontrolle der Macht, treibt in der Bundesrepublik seltsame Blüten. Vor etwa 2 Jahren fragten im Deutschen Bundestag eine Gruppe von Abgeordneten die Bundesregierung, ob es mit demokratischen Spielregeln und mit dem Wählerwillen vereinbar sei, wenn in einem Betrieb von 14 Betriebsratsmitgliedern der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie 12 Betriebsratsmitglieder, und von den 5 Betriebsräten der Christlichen Gewerkschaft Bergbau und Energie kein einziger freigestellt wurde. Die Antwort des Bundesministers für Arbeit darauf war für einen wirklichen Demokraten entwaffnend: nein, das widerspreche nicht dem Wählerwillen und auch in einer Demokratie sei es rechtlich zulässig, wenn die Mehrheiten von den ihnen durch Gesetz eingeräumten Möglichkeiten Gebrauch machen. Bei dieser Einstellung wunderte es uns gar nicht, wenn in dem jetzt gültigen Betriebsverfassungsgesetz das Verhältniswahlrecht bei Ausschußbesetzungen und Freistellungen auch wieder nicht angewandt wird. Und der DGB ist damit zufrieden.

Ein weiteres Beispiel aus jüngster Zeit soll nicht unerwähnt bleiben. Bei einer großen Firma in Schweinfurt hatte die Liste der Christlichen Werkgemeinschaft – eine Liste von christlichen Metallarbeitern und Kollegen des Werkvolks – bei der diesjährigen Betriebsratswahl 36,2% der Stimmen erreicht. Bei der Freistellung wurde kein Kollege dieser Liste berücksichtigt. Das veranlaßte den dortigen CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Schulze-Vorberg zu einer Anfrage an die Bundesregierung. In der Antwort ging der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Dr. Ehrenberg auf die Mehrheitsentscheidung des Bundestages zum Betriebsverfassungsgesetz ein. Dann kam eine eigenartige Belehrung in »Demokratie«: der Staatssekretär meinte darauf hinweisen zu sollen, ein stärkerer Minderheitenschutz sei »im Hinblick auf die Gefahr einer sachlich nicht gerechtfertigten Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft, im Interesse eines Ausschlusses radikaler Splittergruppen sowie – gerade im Hinblick auf die Freistellung – im Interesse der größtmöglichen Qualifikation der freizustellenden Betriebsratsmitglieder« ausdrücklich abgelehnt worden.

Einer unserer Kollegen hat in seiner Verbandszeitung dazu bemerkt, daß die christlichen Gewerkschafter in Schweinfurt es sich jetzt aussuchen können, ob sie sich nach dieser »Demokratie-Stunde« des Bonner Staatssekretärs von diesem als »Spalter«, als »Radikale« oder als

»Nicht-Qualifizierte« einstufen lassen wollen. Sie sollten sich dadurch nicht irre machen lassen, denn nach dem Grundgesetz, auf das an sich auch ein Staatssekretär vereidigt ist, gilt das Recht auf Koalitionsfreiheit auch weiterhin.

Diese glossierenden, aber doch so ernsten Bemerkungen wird gewiß jeder in diesem Saal unterstreichen. Was bei diesem Vorgang aber besonders peinlich berühren muß, ist die Tatsache, daß einmal diese Bundesregierung verkündet hat, mehr Demokratie zu wagen, daß sie andererseits ihre Existenz einer Partei verdankt, die froh ist, die 5%-Hürde zu überspringen. Christliche Arbeitnehmer, die 36,2% bei einer Betriebsratswahl erzielt haben, müssen es sich von dieser Regierung bieten lassen, mit unfairen Identifizierungen wie Spalter, Radikale oder Nicht-Qualifizierte belegt zu werden. Soweit sind wir im Demokratieverständnis in der Bundesrepublik heute gekommen.

Mit dem Schlagwort der Demokratisierung Machtpositionen sog. Einheitsgewerkschaften zu erweitern und zu festigen muß gerade zu einem undemokratischen Ergebnis führen. Der Freiheitsraum des Einzelnen wird dadurch nicht erweitert, sondern er wird in neue Abhängigkeiten eingebaut. Das kann aber niemals Ziel von mehr Demokratie sein.

Auf dieses Dilemma hat vor einigen Wochen der Ordinarius für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Münster hingewiesen. In einem Artikel im Rheinischen Merkur unter der Überschrift: »Dom Helder Camara ein Prophet« und als Untertitel fügte er hinzu »ein brasilianischer Erzbischof und sein Sozialismus – eine kritische Auseinandersetzung« setzt sich Professor Weber mit der nach seiner Meinung unwissenschaftlichen Kapitalismuskritik, zumindest was den Bereich der Bundesrepublik angeht, mit dem brasilianischen Erzbischof auseinander. Bei dieser Gelegenheit spricht der Münsteraner Wissenschaftler auch christlich-soziale Gruppen an, die diese nach seiner Meinung nicht überzeugende Kritik des Erzbischofs einfach übernehmen – vielleicht, und das setze ich hinzu, weil heute vieles, was auf Kritik angelegt ist, das modern, fortschrittlich oder progressiv gilt. Professor Weber legt sich in diesem Artikel auch mit seinem Fachkollegen Professor Nell-Breuning an. Ich verweise mit Absicht darauf, weil uns als christliche Gewerkschafter ja oft die enge Bindung Nell-Breunings an den DGB vorgehalten wird. Während Weber das damalige Engagement Nell-Breunings gegen Victor Agartz wegen dessen linker Schlagseite positiv hinstellte, griff er Nell-Breuning umgekehrt damit an, daß dieser sich heute beklagt, er werde einseitig von DGB und SPD vereinnahmt. Wo, so fragt Professor Weber, ist in der heutigen Auseinandersetzung das klärende Wort von Nell-Breuning, und er schreibt:

»Heute schießen die Agartze im linken Spektrum des DGB immer üppiger ins Kraut. Immer mehr läßt der DGB die Masken fallen und proklamiert der Sache nach, was aufmerksame Beobachter wie etwa Götz Briefs schon seit Jahren vorausahnten: eine syndikalistische Gesellschaft, einen Gewerkschaftsstaat, und zwar durch eine Zangenbewegung von Funktionärsmittelbestimmung und kollektiver Vermögensbildung. Wer's nach dem 9. Bundeskongreß des DGB nicht begriffen hat, wird's auch nicht mehr erjagen.«

Ich teile nicht ganz den Pessimismus von Prof. Weber. Wer es heute noch nicht begriffen hat, kann es trotzdem noch erjagen, nur darf er den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen. Wenn aber die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland sich nicht zunehmend zu einer Pluralität hin entwickelt, dann wird das eintreten, was Prof. Weber vorausgesagt hat. Noch können die Weichen gestellt werden, um mit der Pluralität auch im Gewerkschaftsbereich unsere Demokratie auszubauen und zu festigen.

Dokumente 4, 5 und 6 aus: Gewerkschafts-Spiegel 22/1972, Dok. S. 1-10

7. Richard Hettinger: 15 Thesen zur Gewerkschaftspolitik der CDU

1. Das Bundestagswahlergebnis des vergangenen Jahres hat gezeigt, daß dem DGB mit seinen sechs Millionen Mitgliedern enorme, ja ausschlaggebende politische Bedeutung bei der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben zukommt.

2. Spätestens seit dem 19. November 1972 stellt sich die Gewerkschaftsfrage für die CDU neu. Sie stellt sich eindringlicher und dränger als je zuvor. Die Antwort: Die CDU muß ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nachhaltig und gründlich verbessern.

3. Es gibt keine Alternative: Sich aus den Gewerkschaften zurückzuziehen und diese sich selbst zu überlassen, widerspricht jeder politischen Vernunft. Schlechter Kontakt zu den Gewerkschaften = schlechter Kontakt zur Arbeitnehmerschaft. Oder umgekehrt. Die Arbeitnehmer sind für die CDU nur zurückzugewinnen über die Gewerkschaften.

4. Die erste Voraussetzung dazu ist, daß die Christlich Demokratische Union ihr geradezu traditionelles Vorurteil und ihre Antipathie gegen alles, was nach Gewerkschaften riecht, aufgibt.

5. Das heißt, daß die CDU plötzlich an den Gewerkschaften nichts mehr aussetzen durfte. Nur: Anstelle allgemeiner und pauschaler Dro-

hungen und Beschimpfungen muß unsere wirklich berechnete Gewerkschaftskritik differenzierter sein. Wir müssen Roß und Reiter nennen.

6. Die CDU muß mit einer Zunge sprechen auch in Richtung Gewerkschafter. Es geht nicht an, daß die kleinen Parteileute unten in den Betrieben und Gewerkschaften um Einfluß ringen, während man ihnen von oben mit unklugen Äußerungen in den Rücken fällt.

7. Gewerkschaftsarbeit aber hat nur dann Sinn, wenn wir mit den Arbeitnehmern ein politisches Sachprogramm vorzeigen können, das einer sozialen Volkspartei entspricht und bei dem Forderungen und Taten übereinstimmen.

8. Gewerkschaften und moderne, demokratisch beeinflussbare Massenorganisationen mit breitem Unterbau und einer verhältnismäßig kleinen Führungsgruppe von hauptamtlichen Mitarbeitern.

9. Deshalb genügen gelegentlich Spitzengespräche zwischen dem Präsidium der CDU und dem Hauptvorstand der Gewerkschaft oder Begrüßungsansprachen bei Kongressen nicht, obwohl sie notwendig sind und verstärkt werden müssen.

10. Unser Schwergewicht ist auf die Mitarbeit an der gewerkschaftlichen Basis zu legen, in den Einzelgewerkschaften, Verwaltungsstellen bis hinunter zu den betrieblichen Vertrauensmänner-Körperschaften. Die wenigen hauptamtlichen christlich-sozialen Kollegen, die heute noch in den Gewerkschaften arbeiten, müssen durch einen breiten Unterbau ehrenamtlicher Christlich-Sozialer unterstützt werden.

11. Dazu ist es notwendig, daß möglichst viele CDU-Mitglieder, die Arbeitnehmer sind, auch Mitglied einer Gewerkschaft werden nach den bewährten Grundsätzen:

- jeder Arbeitnehmer sollte Mitglied einer Gewerkschaft sein,
- für welche Gewerkschaft sich der einzelne entscheidet, ist ihm selbst überlassen.

12. Alle CDU-Mitglieder einer Gewerkschaft müssen in den Arbeitsgemeinschaften der CDA eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. In der Gewerkschaftspolitik fällt den Sozialausschüssen die Führungsrolle zu.

13. Die CDA muß zu diesem Zweck ihre bestehenden DGB-Arbeitsgemeinschaften, in denen hauptamtliche und ehrenamtliche Freunde gemeinsam wirken, in allen Landsverbänden und Bezirken ausbauen.

14. Der Kontakt zwischen den Spitzen der Partei und den gewerkschaftlichen Basisgruppen muß hin- und zurücklaufen. Dazu gehört aber auch die Entwicklung neuer Methoden, mit denen kurzfristig ein repräsentatives Meinungsbild der gewerkschaftlichen und betrieblichen Basis zu erheben.

15. Die CDU hat im Rheinland 86 000 Mitglieder, davon sind ca. 70 v.H. Arbeitnehmer. Wenn davon nur die Hälfte an einer DGB-Gewerkschaft mitarbeiten würde, so wären dies 30 000. 30 000 gleichgesinnte Freunde aber, die entschlossen und energisch an einem Strang ziehen, könnten schon etwas ausrichten, auch im DGB. Obwohl dies alles andere als leicht ist.

15 Gegenthesen des CGB

Zu diesen Thesen hat der Christliche Gewerkschaftsbund 15 Gegenthesen veröffentlicht. Wir zitieren sie aus der CGB-Information des CGB-Landeskartells Bayern März/April 1973.

1. Der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 19. 11. 1972 hat erneut und eindeutig gezeigt, daß die Mitarbeiter der DGB-Gewerkschaften nahezu ausnahmslos für eine Partei, die SPD eintreten; das Wahlergebnis entsprach in einer wachsenden Arbeitnehmergeinschaft diesem Einsatz.

2. Die CDU muß ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nachhaltig und gründlich klären im Sinne von Koalitionsfreiheit und Meinungsfreiheit einerseits, sozialer Interessenvertretung und politischer Aufgabenstellung der Gewerkschaften andererseits.

3. Es gibt eine Alternative: die Gewerkschaftsfreiheit stärken, offen und gesprächsbereit zu allen Gewerkschaften und in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sich zu den nahestehenden Christlichen Gewerkschaften bekennen; denn ein größerer Teil der Arbeitnehmer ist für die CDU nur zurückzugewinnen durch Christlich-demokratische Gewerkschaften.

4. Die erste Voraussetzung dazu ist, daß die CDU im politischen Bereich klar die eindeutige und einseitige Haltung der DGB-Gewerkschaftsapparate erkennt und danach handelt.

5. Das heißt, daß die CDU zwischen sozialer gewerkschaftlicher Interessenvertretung durch alle Gewerkschaften und politischer gewerkschaftlicher Interessenvertretung unterscheidet und hier auch Roß und Reiter nennt.

6. Hier muß die CDU endlich Klartext funken. Es geht nicht an, daß die überwiegend in CDU/CSU befindlichen tausende von Vertrauensleuten der Christlichen Gewerkschaften in Betrieb und Dienststellen gesellschaftspolitische Positionen der CDU/CSU mitvertreten, während man ihnen von oben in den Rücken fällt.

7. Politische Gewerkschaftsarbeit im Sinne der CDU/CSU erfordert aber ein klar verständliches politisches Sachprogramm, das einer Volkspartei in einer Arbeitnehmergeinschaft entspricht nach dem

Motto: Soziale Reformen in Freiheit, statt Sozialismus unter Funktioniärsherrschaft.

8. Je mehr die Gewerkschaften als berufene Sprecher der Arbeitnehmer nahezu auf allen Lebensgebieten – nach unserer Auffassung »aufgabengerecht« – mitbestimmen, um so mehr muß die Gewerkschaftsbewegung selbst frei, offen und demokratisch gegliedert sein.

9. Deshalb muß die CDU zwar auch die ihr »zugemutete«, oft beschämende Rolle bei DGB-Veranstaltungen ertragen, aber gleichzeitig offen und ehrlich ihre freiheitliche und demokratische Position zur Gewerkschaftsfrage im politischen Bereich behaupten.

10. Die Mitarbeit an der gewerkschaftlichen Basis hat nur in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter Sinn und Wirkung. Die Zersplitterung der Christlich-Sozialen im DGB, ohne jede Gruppenabsicherung, hat zu den heutigen Verhältnissen geführt. In den DGB-Gewerkschaften finden heute selbst christlich-soziale Grundpositionen, etwa von der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialen Partnerschaft, keinen Boden mehr.

11. Es ist daher zwingend notwendig, daß zumindest die politisch aktiven christlich-sozialen Arbeitnehmer das schwierige Werk einer freiheitlich-demokratischen Gewerkschaftsbewegung mit uns aufbauen.

12. In der Gewerkschaftspolitik kann den CDU-Sozialausschüssen als Parteilgliederung weder arbeitsrechtlich noch faktisch eine Führungsrolle im Betrieb zufallen. Bei der jetzigen Haltung der Spitze der Sozialausschüsse befürchten wir im Gegenteil, daß auch noch die letzten Christlich-Sozialen resignieren.

13. Leider ersetzen sogenannte DGB-Arbeitsgemeinschaften in der CDU-Sozialausschüssen weder eine organisierte christlich-soziale Gruppenmeinung in den DGB-Gewerkschaften, noch eine christlich-soziale gewerkschaftliche Basisarbeit in Betrieb und Dienststelle. Dazu bedarf es einer eigenständigen Gewerkschaftsorganisation.

14. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß die Apparate der DGB-Gewerkschaften gegenüber dem CDU/CSU-Gedankengut ernsthaft offen sind; aber Christlich-Soziale werden wie bisher ihr Pflichtsoll an DGB-Gedankengut in der CDU/CSU zu erfüllen haben.

Wir brauchen keine neuen statistischen Erhebungsbogen über die Zahl der aktiven Christlich-Sozialen, sondern endlich den Mut, unserer gesellschaftspolitische Meinung gemeinsam organisiert zu vertreten.

15. Mit dem Zahlenspiel im Rheinland über die Zahl von möglichen CDU-Arbeitnehmermitgliedern ist niemand gedient. In der Bundesrepublik arbeiten Zehntausende Christlicher Gewerkschafter an der Basis. Zur Anpassung und als bloße Beitragszahler in den immer weiter nach

links triftenden DGB-Gewerkschaftsapparaten besteht gerade nach der letzten Bundestagswahl kein Anlaß.

In: Soziale Ordnung Nr. 3/73 (christlich-demokratische Blätter der Arbeit), nach: Gewerkschaftsspiegel 11/1973, S. 46 f

8. Kirchen, Christlich-Soziale und Gewerkschaften. Von Martin Stankowski

DIE »CHRISTLICHEN GRUNDSÄTZE.«

Schon immer bedienten sich christliche Gruppen bei der Durchsetzung ihrer Ziele einer Doppelstrategie. Einerseits beteiligten sie sich an Organisationen der Arbeiterbewegung, setzten aber mit Hilfe eigener Fraktionen oder Androhung von Fraktionierung ihre reformistischen Tendenzen durch, oder sie gründeten tatsächlich eigene Organisationen und spalteten so die Einheit der Arbeiterklasse. Schon der erste »Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften« ließ im Jahre 1900 verlauten: »Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufszweige in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel, doch muß verlangt werden, daß solcherart Verbände in ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen.«

Der Hinweis auf die »christlichen Grundsätze« kehrt so oder in Variationen immer wieder, wenn es darum ging, die eigenen Interessen hinter erhabenen Worten zu verschleiern. Denn da, wo diese Grundsätze konkret wurden, dienten sie immer den Interessen der Kirchen oder der sie tragenden Parteien und Herrschaftsgruppen. Aus dieser primären Sorge der Kirche resultiert auch immer wieder ihre ambivalente Haltung zur Einheitsgewerkschaft.

Schon in den ersten Wochen ihrer Neuorganisation forderte Papst Pius XII – in einem Schreiben vom 1. 11. 1945 – die deutschen Bischöfe auf, darauf zu achten, daß die Katholiken in der künftigen Einheitsgewerkschaft nicht abirrten von der katholischen Gesellschaftslehre und die Gewerkschaften sich nicht gegen die bürgerliche Ordnung richte. Und schon drei Jahre später sahen die Bischöfe von Mainz, Fulda und Limburg ihre »Bedenken« bestätigt, daß der DGB zu einem »Instrument bestimmter Parteirichtungen« zu werden drohe, die mit der katholischen Soziallehre nicht übereinstimmten. Nun waren solche War-

nungen in den ersten Jahren der Bundesrepublik nie mit der Aufforderung verbunden, den DGB zu verlassen, sondern immer nur mit dem Hinweis, die »christlichen« Interessen und Grundsätze nachdrücklich zu unterstützen.

Kardinal Frings forderte im Mai 1950 sogar selbst dazu auf, der Einheitsgewerkschaft beizutreten, denn man ging selbstverständlich davon aus, daß die Einheitsgewerkschaft auf dem Grundsatz der »Anerkennung der religiösen Grundkräfte in ihrer staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung« beruhen. Die Gewerkschaftsführung widersprach zumindest nicht diesen Erwartungen, wenn sie nicht sogar bestätigte. In Hessen etwa gab es schon Ende der 40er Jahre offizielle Kontakte zwischen katholischer Kirche (Katholische Volksarbeit, Frankfurt), Evangelischer Kirche (Evangelische Akademie in Hessen und Nassau, Offenbach) und dem in Frankfurt ansässigen Gewerkschaftsrat der Westzonen. Dessen Sekretär, Fritz Tarnow, gab bei einer dieser Zusammenkünfte (19. 11. 1949) seinen »Glauben« Ausdruck, »daß Kirche und Gewerkschaft in Zukunft sich gegenseitig ergänzen müssen, denn beide streben, wenn auch auf verschiedenen Wegen, das gleiche Ziel, die soziale Gerechtigkeit, an«. Und Nell-Breuning, schon damals Gesprächspartner, präzierte beim nächsten Mal (15. 12. 49) die von beiden akzeptierten »letzten Werte« an Hand der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes, gegen Kommunismus und für »Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde«. Nun waren dies aber nicht als verbale Chiffren für den politischen und ideologischen Ost-West-Gegensatz und den sich verschärfenden Antikommunismus im Westen, von dem auch der Weltgewerkschaftsbund nicht verschont blieb.

Bischöflicherseits gab es damals Dutzende von Aufrufen anlässlich von Betriebsratswahlen oder ähnlichem, die die Einhaltung »christlicher Grundsätze« den Wahlberechtigten ausdrücklich ans Herz legten. So etwa die »Oberhirtliche Mahnung« Nr. 298 vom 6. 10. 47: »Christliche Arbeiter und Angestellte im Kohlenbergbau! Die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. Die Wahlordnung bietet den christlichen Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, Leute ihrer Gesinnung in die Betriebsräte hineinzubringen und eine Front gegen rein diesseitig gerichtete Bestrebungen aufzurichten. Wir fordern daher alle christlichen Arbeiter und Angestellten auf, dieser Wahlpflicht nachzukommen und solchen Männern und Frauen ihre Stimme zu geben, die die christliche Sozialordnung kennen und gewillt sind, sie nach Kräften durchzuführen.« (. . .)

FRAKTION IM DGB

Die Christlich-Sozialen hatten allerdings auch eine etwas abweichende Auffassung vom Prinzip einer Einheitsgewerkschaft, die um so mehr Fuß fassen konnte, als die sozialistischen Zielvorstellungen der Gründerjahre in die Ferne geschoben und die Kommunisten aus den Gewerkschaften gedrängt oder zumindest ihren Einfluß eliminiert wurde. Der Jesuit Heribert Reichel, der spätere Gründer einer eigenen Christenfraktion im DGB, forderte schon 1952 »autonome Verbände« innerhalb des DGB und interpretierte an anderer Stelle die Einheitsgewerkschaft als »Einheit gleichberechtigter weltanschaulicher Gruppen«. Damit aber erhält die Gewerkschaftseinheit einen anderen Charakter, ein neuer Sinn wird ihr unterlegt. An die Stelle der Klasseneinheit der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, tritt ein parteipolitisches oder weltanschauliches Nebeneinander, als Einheit ausgegeben, um gegebenenfalls koalieren zu können. Der Schlüsselbegriff für diese Art von Gewerkschaftspolitik bei den Managern der parteipolitischen und weltanschaulichen Gruppen wurde »Neutralität«, und immer dann, wenn bestimmte gewerkschaftliche Aktivitäten mit den politischen Interessen der Christlich-Sozialen zu kollidieren drohten, wurde die Neutralität beschworen, mit dem Effekt, daß die politischen Auswirkungen gewerkschaftlicher Aktionen »neutralisiert« waren. (. . .)

MIT SPALTUNG GEDROHT

Eine erste Versammlung von DGB-Mitgliedern aus dem christlich-sozialen Lager hatte es schon im November 1950 in Düsseldorf gegeben, allerdings ohne organisatorische Konsequenzen. Vor allem die »Katholische Arbeiter Bewegung« (KAB), die Organisation der traditionellen katholischen Arbeitervereine, eine kirchliche Organisation, deren Mitglieder gleichwohl zum größten Teil in DGB-Gewerkschaften organisiert waren und sind, verfocht diese Politik am radikalsten. Im März 1952 warf sie dem DGB »die einseitige Ablehnung der Politik des Bundeskanzlers« (Adenauer) vor und drohte mit einer Spaltung der Gewerkschaft. »Verletzung der parteipolitischen Neutralität« hieß es fortan immer dann, wenn es darum ging, Aktivitäten des DGB zu blockieren, die die Restauration des Kapitalismus und deren soziale Folgen aufhalten wollten.

Damit geriet die Gewerkschaftsführung allerdings in eine Klemme, denn in dem Maße, wie sich der arbeiterfeindliche Charakter der CDU-Politik herausstellte, wurde parteipolitische Neutralität zu einer

Fiktion. Auf der einen Seite verlangten Mitglieder und politische Entwicklung nach politischen Konsequenzen der Gewerkschaften, wenn sie nicht zu reinen Versicherungsbetrieben regredieren wollten, auf der anderen Seite drohten die Christlich-Sozialen mit Spaltung, wenn sich diese Politik gegen die CDU richtete. Im Herbst 1952 wurden erste Arbeitskreise innerhalb des DGB installiert, die den irreführenden Titel »Arbeitskreis christlicher Arbeitnehmer zur Forderung der Einheitsgewerkschaft« erhielten, aber den klar erkennbaren Zweck hatten, die christlichen Kollegen in einer eigenen Fraktion zusammenzufassen. Die Erpressung erreichte ihren Höhepunkt nach dem absoluten Wahlsieg der CDU/CSU zum 2. Bundestag 1953. Zehn Tage nach der Wahl verlangten die Repräsentanten der katholischen Arbeiterbewegung und der Sozialausschüsse der CDU – unter ihnen Jakob Kaiser, Karl Arnold, Johannes Alberts und Johannes Even – in einem Brief unter Umgehung der Satzung und der demokratischen Gremien der Gewerkschaften der Kooperation christlich-sozialer Kollegen in alle gewerkschaftlichen Gremien ohne Wahl. (. . .)

»CHRISTLICH-SOZIALE KOLLEGSCHAFT«

Pater Reichel gründete mit diesem »Kader« 1954 die »Christlich-Soziale Kollegenschaft«, um, wie er selbst später zugab, »entweder im DGB zu einer christlichen Meinungs- und Willensbildung zu kommen oder aber christliche Gewerkschaften aufzubauen«. Ihr Organ, die Gesellschaftspolitischen Kommentare wurden aus Regierungsmitteln finanziert; Mitglieder ihres wissenschaftlichen Beirats waren unter anderem Rainer Barzel und Prof. Götz Briefs. Die Kollegenschaft trug in der Folgezeit ihr Scherflein bei, die letzten rötlichen Flecken von der DGB-Weste zu entfernen. So waren sie etwa (vor allem Oswald von Nell-Breuning) am Sturz des letzten maßgeblichen sozialistischen DGB-Theoretikers, Viktor Agartz im Jahre 1955 beteiligt. Doch obschon die katholische Kirche, das Christentum und die deutsche Arbeiterschaft beschwor, den Christlich-Sozialen den ihnen gebührenden Platz einzuräumen, der Massenerfolg blieb aus: »Sollten wir aus Schwachmütigkeit, aus Mangel an Bekennermut und bedingungsloser Grundsatztreue an diesen Aufgaben versagen und uns an die Wand drücken lassen, dann hätte nicht allein die katholische Kirche, nicht allein das Christentum in Deutschland, nein, dann hat die deutsche Arbeiterschaft eine schwere Niederlage erlitten und wird lange zu tun haben, bis sie sich von dieser Niederlage wieder erholt.

»Eine Fragebogenaktion innerhalb des DGB im Jahre 1953 ergab, daß etwa 40 000 Mitglieder von 6 Millionen bereit gewesen wären, der

»Kollegenschaft« im DGB beizutreten. Das waren nicht einmal 40 % des Vertrauensmännerkörpers, über den allein die Sozialausschüsse der CDU/CSU angeblich im DGB verfügen. Setzen wir gar jene 40.000 in das Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft, dann stellen die Anhänger der klerikalen Fraktion im DGB eine verschwindende Minderheit von nicht ganz 0,7 Prozent dar«. Und als sie 1960 schließlich sogar die Einheitsgewerkschaft angriff, verlor sie jede Bedeutung.

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER DGB-GEWERKSCHAFTER

Die evangelische Kirche, die die Einheitsgewerkschaft von Anfang an bejaht hatte, blieb auch während der Krise in den 50er Jahren bei ihrem Ja, obschon Pater Reichel immer wieder versuchte, die Protestanten mit zu vereinnahmen. Die 1952 aus dem Zusammenschluß aller evangelischer Verbände, Gruppen und Institutionen entstandene »Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen« schloß sich den Bestrebungen der Kollegenschaft nicht an. Einmal konnte sie die Forderungen einer verbindlichen Anerkennung des Naturrechts und der katholischen Soziallehre nicht zustimmen. Zum anderen war ihr Verhältnis zu jedweder Gesellschaftsform durch die evangelische Situationsethik und den in der Ökumenischen Bewegung entstandenen Begriff der »verantwortlichen Gesellschaft« außerordentlich relativiert worden: »Christen sind dazu berufen, verantwortlich zu leben . . . und zwar in jeder Gesellschaftsordnung, selbst in der allerungünstigsten sozialen Struktur«.

Die Christlich-Sozialen im DGB aber ließen nicht locker. Den neuen Versuch einer christlichen Fraktion unternahmen am 4. März 1961 die DGB-Funktionäre Bernhard Tacke und Adolf Müller mit einer »Arbeitsgemeinschaft christlich demokratischer DGB-Gewerkschaften«, die »christlich-demokratisches und christlich-soziales Gedankengut in den Gewerkschaften wirksam werden lassen« will. Faktisch wurde diese Arbeitsgemeinschaft, die auch Betriebsgruppen errichtete, zu einem DGB-Organ der CDU-Sozialausschüsse. Und erst in neuerer Zeit, im Juni 1972, ist es über die Frage, ob die CDU/CSU und ihre Sozialausschüsse oder die Arbeitsgemeinschaft das ungeschriebene Vorschlagsrecht auf den Posten des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden hat, und bei der die Arbeitsgemeinschaft sich durchsetzte, zu öffentlich ausgetragenen Differenzen gekommen.

Die Sozialausschüsse, die sich im November 1947 konstituierten und den Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU darstellen, vertraten von Anfang an ein integrationistisches Konzept: »Wenn es der CDU nicht ge-

‘ eine politische Heimat zu bieten, dann kann die Gefahr drohen, daß die CDU zu einer Partei des Mittelstandes wird, während die Arbeiterschaft in marxistische Hände zu kommen droht.‘ Da aber entgegen dieser Erwartung Johannes Albers von 1947 in der CDU nicht nur der Mittelstand, sondern gar die Großbourgeoisie sich zu Hause fühlen konnte, fiel den Sozialausschüssen – auch »Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft« (CDA) genannt – die Rolle eines »linken« Flügels innerhalb der Unionsparteien zu.

CHRISTLICHE GEWERKSCHAFTEN

(. . .) Am 30. Oktober 1955 gründete die Führung der KAB auf Druck der Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbewegung und mit deren finanzieller Unterstützung von 500 000 DM eine »Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands« (CDA) »Das Kraftwerk ist ange laufen« triumphtierte der Rheinische Merkur. Doch nicht alle urteilten so: Der christlich-soziale Flügel innerhalb des DGB opponierte heftig und auch im Protestantismus wurden durchweg ablehnende Stimmen laut – bei Arbeitnehmerorganisationen ebenso wie bei Kirchenführern. Der Rat der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD) warnte am 15. Dezember 1956 in einer EntschlieÙung: Die evangelische Kirche sehe »die Entwicklung, die zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft geführt hat, mit Besorgnis an. Die tätige Mitarbeit evangelischer Christen im DGB ist ein notwendiges Zeichen der gemeinsamen Verantwortung, die jeder Christ mit allen anderen Gliedern seines Standes und seines Volkes für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zu unternehmen hat. Wir haben Bedenken gegen die Wahl des Namens »christlich« für die neue Gewerkschaftsorganisation«.

Der Spaltungsversuch der CGD erwies sich als vollkommener Fehlschlag. Nach einem Jahr hatte sie noch nicht 25 000 Mitglieder, selbst von den praktizierenden und überzeugten Katholiken der KAB hatten nur knapp 10 Prozent die Gewerkschaft gewechselt. Im Wahlkampf 1957 benutzten die katholischen Bischöfe die CGD noch einmal, um den DGB politisch zu neutralisieren. Am 16. März 1957 richteten sie ein Schreiben an alle katholischen Verbände, in dem sie das Bestehen der christlichen Gewerkschaft begrüßte, dem DGB den Vorwurf machten, »die Neutralität in Fragen von grundsätzlicher religiöser, sozialer und kultureller Bedeutung« verletzt zu haben und die Katholiken aufforderten, »zumindest alles zu unterlassen, was das weitere Wachstum der christlichen Gewerkschaft hindern könnte. Da die Bischöfe so naiv nicht sein könnten, die Fehlgeburt der christlichen Gewerkschaft nicht

nicht sein könnten, die Fehlgeburt der christlichen Gewerkschaft nicht zu erkennen, kann ihr Brief mit der neuerlicher Drohung nur als Wahlhilfe für die CDU/CSU verstanden werden.

Erst im Juli 1959, nach dem Zusammenschluß mit einer Reihe kleiner konservativer Angestelltenverbände (»Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband« (DHV); »Verband der weiblichen Angestellten« (VwA); »Verband deutscher Techniker«) und den christlichen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und denen im Saarland konnte der »Christliche Gewerkschaftsbund« (CGB), wie er sich jetzt nannte, seine Mitgliederzahl auf etwa 250 000 steigern. 200 000 werden heute von ihm selbst ausgehen. Mit der Einsicht in die mangelnde Gefolgschaftstreue ihrer Mitglieder votierte auch die Katholische Arbeiterbewegung wieder für den DGB. Der CGB indes ist heute unbedeutend.

Von weiteren Fraktions- und Separationsversuchen, von eigenen Listen bei Wahlen und diversen Betriebsaktionen braucht hier nicht die Rede zu sein, sie alle sind organisatorisch von keiner sonderlichen Bedeutung. Zwar gehen die CDU-Sozialausschüsse die Zahl der Betriebsratsmitglieder, die sie zu ihren Mitgliedern zählen, nach den Wahlen im Frühjahr 1972 mit 19,7 % aller Betriebsräte an, sagen aber zugleich, daß nur in den allerseltensten Fällen eigene Listen aufgestellt worden seien. Die meisten sind über die Listen der DGB-Gewerkschaften Betriebsräte geworden. Ausschlaggebend ist die ideologische Bedeutung dieser Gruppen, denen mit ihrer Fraktionierung oder der Androhung immer wieder ideologische Zugeständnisse gemacht worden sind und gemacht werden.

Aus: Gewerkschaftsspiegel 20/1972, S. 24 ff.

II. Die Politische Zielsetzung von F. J. Strauß im Blick auf zentrale gewerkschaftliche Handlungsfelder

1. Ziel: Angst machen, um den Boden für den starken Mann zu bereiten

«Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen.» Diese Aussage von F. J. Strauß zeigt, er und seine Hintermänner setzen auf die Krise und hoffen, die mit ihr verbundenen Nöte und Existenzunsicherheit der Menschen für ihre Zwecke ausschachten zu können. Das ist die Basis, auf der Rufe nach dem starken Mann das erforderliche Echo finden können. So arbeiten Strauß und die CSU systematisch mit Angstkampagnen.

. . . und zweitens ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht so weit bzw. ist die Öffentlichkeit noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen . . . Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden.

Sonthofener Rede, 18. 11. 1974

Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefah-

ren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe »Krise«, »Depression«, »Inflation« u. ä.

F. J. Strauß »Finanzpolitik – Theorie und Wirklichkeit« Berlin, Ffm. 1969, S. 31

Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen.

. . . . wo man viel Sackunde braucht . . . unendliches Maß an Fleiß aufwenden muß und trotzdem keine rauschenden Feste damit feiern kann, all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art . . .

Wir müssen die Auseinandersetzungen hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen.

Sonthofen, 19./19. 11. 1974

. . . . dann möchte ich wissen, wieviele Sympathisanten der Bader-Meinhof-Verbrecher in der SPD- und FDP-Fraktion drinsitzen. Es ist ein ganzer Haufen.

Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/CSU, wir halten also jetzt nun zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten – das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern . . . Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.

Sonthofen, 18./19. 11. 1974

2. Ziel: Gewerkschaften politisch schwächen und ausschalten

Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik ist – nach Meinung von F. J. Strauß – noch nicht »bereit«, die »Rezepte« der CSU »in Kauf zu nehmen«. Von der Krise, die Strauß ja als Grundlage für seinen Aufstieg betrachtet, sind vor allem die Arbeiter und Angestellten betroffen. Sie sollen die Abwälzung der Krisenlasten »in Kauf nehmen« und sich nicht wehren.

Ziel der Politik von Strauß und der äußersten Rechten ist deshalb zu verhindern, daß Arbeiter und Angestellte ihre Interessen vertreten und zwar organisiert, in und mit den Gewerkschaften.

Nicht zuletzt die jüngste Kampagne der CSU über die angebliche »kommunistische Unterwanderung« der Gewerkschaften, die auf die Spaltung der Einheitsgewerkschaft zielte, hat dies bewiesen (siehe auch Dokumententeil III: Aktuelle Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU).

Dabei wurde stets bezweckt, die Gewerkschaften auf eine sozialkaritative Tätigkeit zu reduzieren, sie zu Konzessionen und Nachgeben zu zwingen, in ihre eigenen Reihen Zwietracht zu säen, um so ihre Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen und sie zu der gewünschten »Neutralität« zu verpflichten. Was Strauß erreichen will, ist nach seinen eigenen Worten, »daß ich nicht ständig als Arbeitnehmerfeind dastehe«. (FR, 11. 10. 1979)

Wenn man in diesem Hause die Frage stellt »Freund oder Feind der Arbeitnehmer?« so halte ich das für eine törichte Kampfsparole der psychologischen Kriegsführung, für Agitation und Aufhetzung.

Haushaltsdebatte vor dem deutschen Bundestag, Bayernkurier, 22. 12. 1979

Ich möchte hier gegen das diffamierende und unsinnige Gerede von der CSU als einer Unternehmer- oder Hausbesitzerpartei gar nichts sagen, denn dieses Gerede richtet sich selbst. Ich kann nur eines sagen: Für uns ist der Arbeiter ein gleicher, mündiger Bürger unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, für dessen geistiges und materielles

Wohlergehen wir in unseren 20 Jahren in Bonn mehr getan haben, als die Sozialdemokraten jemals tun können und tun werden. Wir haben den Arbeiter nicht geistig oder politisch entmündigt und dafür eine gewisse Sorte Akademiker zu geistigen oder politischen Vormunden für die Arbeiter bestellt. Für uns ist der Arbeiter einer unter uns und einer von uns und nicht ein Objekt geworden mit klassenkämpferischem Ziele, ein Verbrauchsmaterial weltrevolutionärer Ausdehnungspläne.

Bayernkurier, 6. 10. 1973

Denn die Propaganda des Deutschen Gewerkschaftsbundes war eine eindeutige parteipolitische Begünstigung für die SPD, die mit Vertretung von Arbeitnehmerinteressen oder parteipolitischer Unabhängigkeit schon gar nichts mehr zu tun hatte. Gerade, weil ich als überzeugter Anhänger der parlamentarischen Demokratie und der freiheitlichen Verfassung eines sozialen Rechtsstaates ein überzeugter Anhänger der Koalitionsfreiheit bin, bin ich für die Gewerkschaften. Man kann nicht parlamentarischer Demokrat und gegen die Gewerkschaften sein. Das heißt aber noch lange nicht, daß man mit allem einverstanden ist, was die jeweiligen Gewerkschaftsführer in Ausübung ihres Mandats aus der gewerkschaftlichen Bewegung machen. Denn das hieße, politische Nebengewalten in unserem Lande zulassen.

Nach der Wahlniederlage, Bayernkurier 17. 3. 1973

Man braucht noch lange nicht seine Arbeitnehmerfreundlichkeit durch Haßgesänge gegen den Unternehmer zu beweisen. Denn schließlich sitzen beide im gleichen Boot in unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Wir bejahen schon deshalb die Gewerkschaftsbewegung, weil es ihre Aufgabe ist, den größtmöglichen Anteil für Arbeiter und Angestellte am Sozialprodukt zu erreichen; weil es ihre Aufgabe ist, das Arbeitsleben zu verbessern, die Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhöhen, Rechte und Freiheiten im Betrieb zu garantieren und durchzukämpfen. Darüber gibt es keinen Streit. Der deutsche Arbeiter ist aber im Grunde seines Herzens nicht auf Revolution, sondern auf Bewahrung und Fortschritt ausgerichtet. Der Arbeiter will mit einer überwiegenden Mehrheit von revolutionären Plänen und Umtrieben nichts wissen. Darum werden bestimmte intellektuelle Funktionäre in die Betriebe hineingeschleust, um dort die Arbeiterschaft zu mobilisieren.

Bayernkurier, 17. 3. 1973

Die Presse berichtet:

Die Gewerkschaften, deren Führungskräfte die sozialistische Tradition pflegten, schlugen sich heute in Deklamationen, mit harten politischen Forderungen und in Aktionen in das Lager der Systemüberwinder. Der extreme politische Ehrgeiz, die Radikalkritik einiger Gewerkschaften an der Gesellschaft und der Rückfall in Sprache und Denken des Klassenkampfes bedrohten nicht nur die Existenzbedingungen des Wohlstandes, sie stellten auch die pluralistische Gesellschaft in Frage. Nicht Unabhängigkeit könne das Merkmal der Einheitsgewerkschaft sein, sondern ein Mindestmaß an Neutralität im politischen und Toleranz in weltanschaulichen Fragen.

Es müsse verhindert werden, daß die parlamentarische Demokratie von einer »selbst ernannten Stimme des Volkes etwa im Wege der Straßendemokratie aus den Angeln gehoben oder durch die Gewalt von Störmitteln erdrückt wird. Die CSU wird daher die Gewerkschaftsfrage neu und grundsätzlich durchdenken müssen, wenn die Einseitigkeit in der politischen und weltanschaulichen Ausrichtung und die Intoleranz gegenüber nichtsozialistischen Kräften in den sogenannten Einheitsgewerkschaften anhält.

Handelsblatt, 7. 11. 1972

»Die einseitige weltanschauliche und parteipolitische Ausrichtung, die zunehmende Intoleranz, die Maßlosigkeit des Machtanspruchs, die Anmaßung, für alle Arbeitnehmer in allen politischen Fragen zu sprechen, und die Arglosigkeit in der Zusammenarbeit mit den Feinden der parlamentarischen Demokratie« – das sind nach Franz Josef Strauß die wichtigsten Gewerkschaftsprobleme unserer Zeit.

Er sprach vom »Transmissionsriemen einer Partei«, von der »Einheitsgewerkschaft« und warf der Gewerkschaftsjugend vor, sie führe in Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen bei der Störung von Unions-Versammlungen »Zustände und Methoden ein, wie sie von SA und SS vor 1933 praktiziert wurden«.

Welt der Arbeit, 6. 10. 1972

»Ich kann nicht ohne weiteres der Auffassung zustimmen, die Gewerkschaften könnten ihren Aufgabenbereich selbst bestimmen.« Und:
»Die Gewerkschaften sind nicht für alle und alles zuständig.«

Als Gesprächspartner seien die Gewerkschaften der CSU jedenfalls nur willkommen, »wenn und soweit sie sich auf ihre Aufgaben beschränken«.

UZ, 27. 10. 1972

Freie Gewerkschaften gibt es nur in einem demokratischen Staat. Echte Gewerkschaften gibt es nur in einem demokratischen Staate. In anderen Ländern, ob Diktatur rechts oder Diktatur links, gibt es arbeitsfrontähnliche Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, die Machtinteressen der Staatsführung außenpolitisch zu fördern und innenpolitisch abzuschirmen. In diesen Tagen ist eine Rede gehalten worden – die Zeit verbietet mir, sie Ihnen hier vorzulesen oder Ihnen wichtige Passagen daraus vorzutragen –, die das Beste ist, was ich je über die Aufgaben der Gewerkschaften in einem freien Staate gelesen habe. Leider ist die Rede von einem amerikanischen Gewerkschaftsführer gehalten worden, nicht von einem deutschen. Und die Summe dieser Rede hieß: »Ein gewerkschaftsbewußter Arbeiter kann nicht Kommunist sein.« Wir verlangen keine Zuspitzung, wir verlangen keine Verschärfung, wir verlangen keine haßerfüllte oder unversöhnliche Ausdrucksweise, aber einen Trennungsstrich, der unmißverständlich ist.

Bayernkurier, 6. 10. 1973

Der moderne Wirtschaftsbürger sieht deshalb in seiner Gewerkschaft in erster Linie eine Interessenvertretung eine Institution, die seine persönlichen Rechte sichern, seinen Lebensstandard erhöhen und seine Position in der Marktwirtschaft stärken soll. Wenn demgegenüber die Gewerkschaftsführer sich verstärkt um Fragen der allgemeinen Politik, der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, der Ostpolitik, der Entwicklungshilfe und um andere Weltprobleme bemühen, so fühlen sich die arbeitenden Menschen nur am Rande angesprochen.

Welt der Arbeit, 16. 5. 69

Bild: Ist der DGB also kein rotes Tuch mehr für Sie?

Strauß: Das war er nie. Ich habe mich nur gegen unberechtigte und unsachliche Angriffe mit Nachdruck zur Wehr gesetzt. Wir wünschen uns eine parteiunabhängige und neutrale Gewerkschaft. Zum Beispiel

meine Steuerpolitik und meine Haltung zur langfristigen Sicherung der Energie und in der Rentenfrage können nur auf dem Wege der Lüge als arbeitnehmerfeindlich bezeichnet werden. Ich verwahre mich dagegen, falsche Plaketten angehängt zu bekommen.

Bild, 11. 10. 79

Welt: Die CSU hat offenbar ein problematisiertes Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft. Wie stehen Sie persönlich zum DGB?

Strauß: Ich stehe ohne Wenn und Aber zum gewerkschaftlichen Gedanken. Zu jeder modernen Staatsverfassung gehört die Koalitionsfreiheit. Die Gewerkschaften haben das Recht und die Pflicht, die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern im ganzen Leben der Gesellschaft zu vertreten. Dazu gehört auch das Streikrecht wie das Recht der Aussperrung auf der anderen Seite. Aber wir können nicht damit einverstanden sein, daß eine gesellschaftliche Gruppe für sich beansprucht, das letzte und verbindliche Wort in allen Fragen zu haben.

Welt: Sie kritisieren den umfassenden politischen Anspruch des DGB?

Strauß: Hinzu kommen die Äußerungen verschiedener führender Funktionäre der Gewerkschaften, nicht zuletzt des Herrn Detlef Henschke, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier. Sie zwingen doch jeden liberalen Politiker zu der Frage: Was sind eure Endvorstellungen von unserem gesellschaftlichen System, was vor allen Dingen sind eure Endvorstellungen eines wirtschaftlichen Ordnungssystems? Soll das Privateigentum an Produktionsmitteln, das ist ja die Kernfrage der marxistischen Ideologie, abgeschafft werden?

Wenn man mit Gewerkschaftsführern in kleinem Kreise spricht, hört man von ihnen: Wir denken doch nicht daran, den privaten Unternehmer abzuschaffen. Aber ihre Äußerungen in Massenkundgebungen, vor allen Dingen die sehr klassenkämpferischen Äußerungen der Intellektuellen unter den DGB-Funktionären, lassen doch keinen Zweifel zu, daß sie Gesellschaft und Wirtschaft nach den Lehren des Marxismus gestalten wollen. Der Vorsitzende der größten deutschen und auch größten europäischen Gewerkschaft. Herr Eugen Loderer, hat vor kurzem in einer großen Versammlung in Ulm laut Zeitungsberichten erklärt: Die Kapitalisten waren nie bereit, ihren Frieden mit den Arbeitnehmern zu schließen, und deshalb sind auch wir nicht bereit, den Frieden mit den Kapitalisten zu schließen. Das sind ja Ausdrücke wie aus Tolstois »Krieg und Frieden«. Haben wir denn in der Sozialen Marktwirtschaft

Kriegszustand zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern? Haben wir denn einen Krieg heute zwischen Kapital und Arbeit?

Welt, 7. 7. 79

Jeder demokratische Politiker ist überzeugter Anhänger des gewerkschaftlichen Gedankens und Auftrages und der Gewerkschaftsfreiheit – und muß es sein. Denn es gibt kein freies Unternehmertum ohne freie Gewerkschaften. Es gibt aber auch keine freien Gewerkschaften ohne privates Unternehmertum, das sich frei entfalten kann. Deshalb haben klassenkämpferische Parolen und Kollektivbeschimpfungen weder bei uns noch irgendwo auf der Welt auch nur einen einzigen Arbeitsplatz gebracht.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald Verlag 1979

Die Gewerkschaftsführung hat die kommunistische Unterwanderung an der Basis der Gewerkschaft nicht mehr unter Kontrolle und nicht mehr im Griff.

Welt der Arbeit, 8. 2. 79

Wenn ich daran denke, welche Fülle an hetzerischen und verleumderischen Angriffen in Gewerkschaftsorganen im Laufe der Jahre – siehe Juli-Ausgabe der Zeitschrift der IG Metall, die kommunistische Verleumdungspamphlete in den Schatten stellt – über mich ausgegossen worden ist, dann finde ich es absurd, wenn der DGB Fragen nach seiner Zielvorstellung von der deutschen Wirtschaft (sozialistische oder Privatwirtschaft) oder nach dem Ausmaß der kommunistischen Unterwanderung als unerhörte Zumutung oder Beschimpfung bezeichnet.

Bild am Sonntag, 5. 8. 1979

Ich bin überzeugter Anhänger des gewerkschaftlichen Gedankens, des gewerkschaftlichen Auftrages ohne Wenn und Aber. Aber keine gesellschaftliche Gruppe und ihre Organisation darf im Staate eine Übermacht erlangen.

ZDF, 11. 7. 1979

Die Christlich Soziale Union kämpft gegen eine Entwicklung, in deren Rahmen das labile Gleichgewicht zwischen organisierten Einzelinteressen und dem Staat sich in ein Übergewicht der Verbandsmacht verwandelt, die sich den einzelnen unterwirft und den Handlungsspielraum des Staates einengt.

Die Christlich Soziale Union will deshalb die Macht organisierter Interessen begrenzen, um die Freiheit des einzelnen und die Belange der Gemeinschaft zu gewährleisten.

Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe freiheitlicher Gesellschaftspolitik, allzu optimistische Vorstellungen von einer problemfreien Übereinstimmung zwischen den Verbänden auf der einen und dem Allgemeinwohl auf der anderen Seite zu berichtigen und die zu wahrende Freiheit autonomer Gruppen und Verbände am Freiheitsanspruch anderer auszurichten.

Grundsatzprogramm der CSU, S. 19

3. Ziel: Image der Unternehmer und der freien sozialen Marktwirtschaft aufpolieren

Wenn gewerkschaftliche Interessenvertretung in den Hintergrund treten soll, ist es nur logisch, daß nach Ansicht von F. J. Strauß die Interessen der Unternehmer in den Vordergrund gehören. Daß die Bundesrepublik sich mit einer tiefen wirtschaftliche Krise auseinandersetzen hat, ist. CSU-Analysen zufolge allein den »überzogenen Forderungen« u.a. besonders der Gewerkschaften zu schulden. Zu Unrecht würden damit die Ursachen der Krise der sozialen Marktwirtschaft angelastet.

Das durch die »Propaganda der Linken« beschmutzte Bild der sozialen Marktwirtschaft und des Unternehmers bedarf deshalb einer dringenden kosmetischen Auffrischung. Denn Grundlage aller sozialen Reformen in der Bundesrepublik ist nach Strauß nicht etwa der Kampf der Arbeiterbewegung, sondern die dem Gemeinwohl dienende soziale Marktwirtschaft. Sie in Frage zu stellen, bedeutet das »Ende unserer Freiheit« und die »Auslieferung an Moskau«.

Der Ausweg aus der Krise kann im Sinne der CSU-Ideologen deshalb auch nur in einer entschiedenen Verbesserung der Ertragslage der Unternehmer liegen.

Die Aussagen von F. J. Strauß zur sozialen Marktwirtschaft stellen einen Schlüssel zum Verständnis seiner Politik dar. Sie legen offen, für wessen Interessen er Partei ergreift.

Wir befinden uns mit der Sozialen Marktwirtschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Ein Kapitalismus, der dem Selbstzweck dient, ist uns fremd. Er ist uns genauso fremd wie ein Kommunismus, der menschenverächterischen Kollektivformeln dient.

•Der Mann•, Werbebroschüre der CSU, 1979

Zur Sozialen Marktwirtschaft aber gehört der freie Unternehmer. Ihn als Ausbeuter, Profitgeier und Freibeuter beschimpfen heißt, unser gesamtes wirtschaftliches Ordnungssystem überhaupt in Frage stellen.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald Verlag 1979, S. 14

Soziale Marktwirtschaft beruht auf Leistung und Wettbewerb, ist ein an diesen beiden Grundlinien orientiertes Ordnungssystem. Sie bedeutet aber auch: Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes, und dies nicht nur als rechtstheoretisches Postulat.

Zweitens bedeutet Soziale Marktwirtschaft, daß der Bürger über den eigenen Verbrauch frei entscheidet. Wer ständig von »gesellschaftlichem« Bedarf redet und diesen von öffentlich bestellten Räten feststellen lassen möchte, damit die Produktion bedarfsgerecht gelenkt werde, der wird auch den Verbrauch bestimmen wollen. Aber unsere mündigen Bürger brauchen nicht irgendwelche Räte, um zu wissen, was sie wollen.

Und drittens ist die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar ohne das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln. Für viele Weltverbesserer verengt sich die gesamte gesellschaftspolitische Auseinandersetzung auf die Frage: In wessen Händen sollen die Produktionsmittel sein?

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald Verlag 1979, S. 10

Aber das Wort vom »Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus« signalisiert heute mehr und Gefährlicheres als nur innermarxistische Spiegelfechtereie um Begriffe. Schon die bewußt oder auch nur leichtfertig vollzogene begriffliche Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus ist ein Symptom dafür, wie weit im Wertbewußtsein mancher bereits die ethischen und ordnungspolitischen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung – ja darüber hinaus unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung – in Frage gestellt sind.

Der seit Jahren betriebene Mißbrauch der Sprache als Waffe zur geistigen und politischen Unterwanderung, die systematische Verfälschung der Begriffe, die ständige Diffamierung der freiheitlichen Verfassungs-, Rechts- und Wirtschaftsordnung durch aggressiv besetzte Begriffe trägt jetzt ihre politischen Früchte. Aus der freiheitlichen Grundordnung wurde eine »Formaldemokratie«, aus dem Rentabilitäts Gesichtspunkt der Wirtschaft »Profitgier«, aus der Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst wurden »Berufsverbote«, und aus der Sozialen Marktwirtschaft wurde ein »System des Spätkapitalismus«.

F. J. Strauß, Zur Lage, S. 115

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft liegt in ihrer unbarmherzigen Trennung von Weizen und Spreu, liegt darin, daß eben dort durch diese Leistungsauslese überhaupt erst die Chance einer Anhebung der Lebensverhältnisse der breiten Massen liegt. Diese Chance liegt nicht in der Nivellierung von oben nach unten, sondern sie liegt in der kreativen Wirkung von Spitzenleistungen und ihren anhebenden Folgen für die breiten Massen von unten nach oben. Das wollen wir!

Zukunftskongreß, 16./17. 11. 1979, Sonderdruck des Bayernkurier

Es ist doch selbstverständlich, daß die Gesetzgebung und die Verträge zwischen den Tarifparteien den Begriff der sozialen Sicherheit weitgehend prägen. Aber die Wirklichkeit der sozialen Sicherheit ist durch die von Ihnen bekämpfte Soziale Marktwirtschaft begründet worden. Da ist die Substanz geschaffen worden. Da ist die Masse geschaffen worden. Da sind die Grundlagen gelegt worden, auf denen aus einem Proleten der moderne Arbeiter geworden ist. Für mich war es immer ein Anlaß des politischen Stolzes und auch meiner persönlichen

Zufriedenheit, daß es unsere Politik gewesen ist, aus dem Arbeiter, aus dem Proleten des 19. Jahrhunderts durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft den Bürger zu machen, der Partner in der Wirtschaft ist, volle Gleichberechtigung im Staate und seinen Anteil am Sozialprodukt hat.

Bayern Kurier, 22. 12. 1979, Haushaltsdebatte vor dem deutschen Bundestag

Sie sollten auch einmal daran denken, wo wir alle stehen wurden, wenn die SPD die CDU/CSU an der Einführung der Marktwirtschaft und am Eintritt in das westliche Bündnis hätte hindern können, wenn planwirtschaftliche Programmatik und Deutschland-Plan der SPD, Wirklichkeit geworden wären. Armut und Abhängigkeit von Moskau waren die unvermeidlichen Folgen gewesen, wenn damals – und auch für heute noch nachwirkend – die Weichen nicht anders gestellt worden waren.

Bayern Kurier, 22. 12. 1979, dito

Bei uns nun wird diese Durchdringung von Staat und Wirtschaft »Monopolkapital« genannt und als höchste Übersteigerung des Kapitalismus deklariert; in der Sowjetunion oder in der DDR hingegen gilt der von Lenin hochgepriesene »Staatskapitalismus« als der direkte Vorgänger des Reinen Sozialismus. Man könnte sagen: das sind alles nur Worte! Und doch ist es mehr: nämlich nichts anderes als der Aufruf zum Pogrom, nicht anders in Hitlers »Mein Kampf« als in den von manchen Verlagen bereitwillig gedruckten Pamphleten der studentischen Linksradi-kalen. Die magisch beschworenen »Krisentendenzen im Spätkapitalismus« (Habermas) und das ganze Krisengerede (das wir über die Max-Planck-Gesellschaft getreu dem Leninschen Prinzip der Kuckuckseier auch noch mit öffentlichen Mitteln finanzieren) hat doch nur den einen Zweck: wenn schon nicht die Effektivität, so doch die Legitimität unseres westlichen Wirtschaftssystems zu zerstören! Und geben wir uns keiner Täuschung hin: diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg. Wie letzte Umfrageergebnisse zeigen, ist die öffentliche Wertschätzung der »sozialen Marktwirtschaft« gesunken!

Vor einem Berufsverband in München, 12. 10. 1979

Mit der Wiederentdeckung des Marxismus in den sechziger Jahren durch die alten und neuen Linken in SPD und Gewerkschaften, in den Medien und an einigen Hochschulen, seit 1969 auch durch Mitglieder der Bundesregierung, ist diese Grundwahrheit jeder freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei uns keineswegs mehr eine Selbstverständlichkeit. Dabei erhebt nicht nur die Linksaußen-Fraktion der Jusos unverdrossen ihre programmatischen Forderungen nach Abschaffung der »ausbeuterischen Unternehmerwirtschaft«.

Ende April 1979 haben 240 Wissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich als Gegner des marktwirtschaftlichen Denkens bekennen, in Bonn gefordert, die Wirtschaft müsse schrittweise »demokratisiert« werden, mit dem Ziele, den Widerstand der Unternehmer gegen eine kräftige Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Privatgewinne zu brechen. Weiterhin wurde gefordert, daß »angesichts des Versagens der Marktwirtschaft entschiedene politische Eingriffe mit dem Ziel erforderlich sind, die Entscheidung über Art und Umfang der Wirtschaftstätigkeit an den sozialen Bedürfnissen nach Arbeit und Versorgung statt an privatwirtschaftlicher Rentabilität auszurichten«.

Das sind offene Kampfansagen, denn vier Säulen tragen die freiheitliche Architektur der Bundesrepublik Deutschland:

- Der freiheitliche Rechtsstaat.
- die parlamentarische Demokratie,
- die Soziale Marktwirtschaft,
- der förderative Staatsaufbau.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald Verlag 1979, S. 76/77

Dieses Herausbrechen geschieht bei uns nicht mehr in einem plötzlichen, gewissermaßen revolutionären politischen Kraftakt, sondern durch langsames, schrittweises Unterhöhlen des tragenden Untergrundes. Die moralische Diffamierung einer ganzen Gruppe mit dem Ziel, sie menschlich und damit um so leichter auch politisch zum Zielpunkt neiderfüllter Aggressionen zu machen, ist seit den Jakobinern ein beliebtes und immer wieder neuerprobtes Mittel freiheitsfeindlicher Ideologen. Unternehmer werden zu »Profitgeiern«, »Ausbeutern« und »Skalvenhaltern«, Meister zu »Lehrlingsschindern«, und wer Leistung fordert, sieht sich bald als »Faschist« gebrandmarkt. Hinter dieser bereits seit mehr als einem Jahrzehnt betriebenen Gruppenhetze steckt System.

dito, S. 77/78

Jede politische Theorie, die einer sozialen Gruppe und deren Interessen ein gewissermaßen naturgegebenes oder von der Gesellschaft verliehenes höheres Maß an Wahrheit und Moralität zugesteht als anderen Gruppen und Interessen, widerspricht zutiefst dem Wesen der freiheitlichen Demokratie.

dito, S. 78

Freilich: Die Unternehmer können so wenig wie die Arbeitnehmer Träger und Verwirklicher eines endzeitlichen Zustands ewiger sozialer Harmonie, menschlichen Glücks und erfüllter Gerechtigkeit sein. Die Unternehmer handeln nach ökonomischen Zusammenhängen und daher selbstverständlich auch nach egoistischen Interessen. Sie sind weder Preistreiber noch Profitgeier, weder Sündenböcke für alle möglichen wirtschaftlichen Krisen und sozialen Unzuträglichkeiten, noch die offenen oder gar geheimen Herren unseres Staates. Sie sind aber auch keine Engel der Nächstenliebe oder gar Träger letzter politischer Weisheit. Was wir brauchen, das ist eine vernünftige, von Vorurteilen und Neidkomplexen freie Sicht wirtschaftlicher, wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge.

dito, S. 79

Da ist das Verhältnis von Lohnabhängigen und Unternehmern. Da ist auch der soziale Konflikt, das heißt das Ringen um die gerechte Verteilung des Sozialprodukts. Es wäre gleichermaßen wirklichkeitsfremd, wollte man solche Gegensätze und Konflikte leugnen. Aber es wäre ebenso wirklichkeitsverfälschend und schließlich freiheitszerstörend, wollte man im Konflikt allein die entscheidende Triebkraft unserer Ordnung sehen. Auch der soziale Konflikt muß mit dem Blick für die Gesamtverantwortung auf dem Boden des demokratischen Konsensus mit demokratischen Mitteln ausgetragen werden. Der Konsensus muß dabei den Konflikt überlagern, damit dieser nicht zerstört, sondern aufbaut und fördert.

dito, S. 79/80

Als Freiheit der unternehmerischen Investitionsentscheidung im

Rahmen allgemein gültiger Rechtsvorschriften oder als Verfügungsgewalt über Produktionsmittel hat die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung nichts gemein mit dem primitiven Herr-im-Haus-Standpunkt sozialistischer Kapitalismuskarikatur. Freiheit ist die Voraussetzung jeden Wettbewerbs, und nur in Freiheit kann der Unternehmer Arbeitsplätze sichern, das Familienerbe erhalten und den Betrieb in eine gedeihliche Zukunft lenken.

Die Soziale Marktwirtschaft ist auf Leistung und Wettbewerb aufgebaut und an diesen beiden Grundlinien orientiert. Der Unternehmer und das Unternehmen, so will es das Gesetz der freien Wirtschaft, besitzt nur die Chance, nicht die Garantie des wirtschaftlichen Erfolges oder des Überlebens, trägt also auch das Risiko des Verlustes bis hin zur Insolvenz.

dito, S. 79

Es ist nicht in erster Linie die Aufgabe unternehmerischen Handelns, Bedarf zu decken. Vielmehr soll er im Rahmen gerechter Normen, sozial vertretbarer Grenzen und auch unter Beachtung gewisser ethischer Kategorien, deren Einhaltung sicher teilweise durch den Staat erzwungen werden muß, so viel Gewinn erzielen, daß er sein Unternehmen an der Spitze des technischen Fortschritts lebensfähig erhalten kann.

dito, S. 80

Die Freiheit des Bürgers, über seinen eigenen Verbrauch zu entscheiden, stellt stets ein besonderes Ärgernis in den Augen derer dar, die aus selbstverantwortlichen Individuen im Namen einer angeblich höheren Gerechtigkeit gegängelte Betreuungs- und Versorgungsobjekte machen wollen. Da wird von angeblich objektiven Bedürfnissen und von gesellschaftlichem Bedarf gesprochen, der durch öffentliche Räte festgestellt werden müsse, mit dem Ziel, dementsprechend Produktion und Verbrauch zu lenken. Aber jeder selbständige Unternehmer, auch der kleine selbständige Handwerksmeister, tut mehr für unsere Freiheit als jeder beliebig austauschbare und verwendbare Funktionär in einem bürokratischen Apparat.

dito, S. 80

Wirtschaftliche Probleme sind materielle Probleme und psychologische Probleme. Einer der wesentlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung guter wirtschaftlicher Verhältnisse auf Dauer ist die Rückkehr des Vertrauens. Solange von bestimmten politischen Gruppierungen, insbesondere von dem linken Flügel der SPD und von fast ihrer ganzen Jugendorganisation, die Träger unserer Wirtschaft, und das sind nun einmal die Unternehmungen und die Unternehmer, wobei soziale Marktwirtschaft eine Wirtschaftsform der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist und nicht der Arbeitgeber allein. Aber solange von wesentlichen Teilen der SPD und fast von ihrer ganzen Jugendorganisation ein für gesunde Wirtschaftsverhältnisse unentbehrlicher Stand, nämlich der der Unternehmer, schlechterdings in Bausch und Bogen verdammt wird als Ausbeuter und Profitjäger, Blutsauger und Unterdrücker, fehlt die psychologische Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Zur Wahl gestellt, Belsar Verlag, S. 101

Es wäre wesentlich besser, unseren Unternehmungen durch eine von Klassenkampfdenken und ideologisch befrachtetem Neid freie Steuer- und Abgabepolitik wieder mehr Erträge zu ermöglichen und sie in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft investieren zu können, statt aus zahlreichen staatlichen Töpfen Hilfen zu verlangen, damit diese oder jene Investitionsentscheidung gefällt werden kann. Aber im Zweifelsfalle wird der, der mit der Existenz seines Unternehmens, mit der Existenz seiner Familie, mit der Existenz auch seines eigenen Vermögens für Richtigkeit oder Unrichtigkeit halten, den Kopf hinhalten muß im statistischen Durchschnitt die bessere und zweckmäßigere Entscheidung treffen, als der, der staatlich bezahlt oder als verbandlich ausgehaltener Funktionär bei einer Fehlentscheidung dann nur auf den nächsten Posten abgeschoben wird.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979, Sonderdruck des Bayernkurier

Ich halte nichts von einer Umverteilung des bestehenden Vermögens, weil das einen Eingriff in die wirtschaftliche Substanz mit unübersehbaren Erschütterungen bedeutet.

Interview mit Abendzeitung, München, 24. 9. 1969

. . . . (es) muß ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das nicht dauernd Unternehmern und Kapitalgebern das baldige Ende ihrer Existenz ankündigt.

F. J. Strauß, Deutschland – Deine Zukunft, Stuttgart 1975, S. 19

Wir brauchen die Stärkung der Investitionsbereitschaft, der Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmungen durch eine ermutigende Ertragslage.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 79

Ich bin nicht der Meinung, die einmal ein führender amerikanischer Wirtschaftler, der Generaldirektor von General Motors, ausdrückte: »Was für General Motors gut ist, ist gut für Amerika.« Aber ich bekenne mich dazu, daß es unserem Lande und seinem ganzen Volke nur gut gehen kann, wenn unsere Wirtschaft in Ordnung und in der Lage ist, mit dem revolutionären Fortschritt der modernen Technik Schritt zu halten. Dafür ist die unternehmerische Entscheidung unerlässlich.

Angesichts dieser Umstände ist es nicht nur unverständlich, sondern erschreckend, wie das Thema Mitbestimmung in den letzten Tagen in den Mittelpunkt der Diskussion gezerrt wurde. Wenn ein Vorstandsmitglied des DGB erklärt, daß sich niemand beklagen solle, der die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung zu verhindern suche, wenn die Zahl der Menschen wachse, die eine entschädigungslose Enteignung als die notwendige Antwort auf den Alleinherrschaftsanspruch der Unternehmer ansehen. Wer so viel vom Recht spricht, muß es sich hier gefallen lassen, wenn man ihm sagt, daß hier eine verfassungswidrige Handlungsweise propagiert wird. Enteignung ist nach Art. 14 GG nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig, und das nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes, das Art und Ausmaß einer Entschädigung regelt. Wer anders denkt und agitiert, verläßt den Boden der Verfassung und begibt sich in bedenkliche Nähe der antiparlamentarischen Opposition. Er begibt sich in Gefahr, Instinkte zu wecken, denen er leicht zum Opfer fallen kann.

Bayernkurier, 18. 1. 1969

Heute erleben wir das gleiche wieder, daß gewisse rote Wühlmäuse an allen Ecken und Enden nagen, um unser liberales, tolerantes, soziales System der Freiheit als ein System in Anführungszeichen darzustellen, das möglichst bald durch ein anderes System ersetzt werden müsse. Für uns gibt es keinen Zweifel, daß demokratischer Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft zusammengehören. Soziale Marktwirtschaft, eine auf Wettbewerb beruhende Leistungswirtschaft, heißt Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes, Freiheit in der Entscheidung über den eigenen Verbrauch, auch über die Produktion, heißt Freiheit auf Eigentum und Produktionsmittel und Privateigentum, heißt Freiheit zur unternehmerischen Investitionsentscheidung.

Bayernkurier, 6. 10. 73

4. Ziel: Reformen verhindern

F. J. Strauß ist Exponent der sozialreaktionären Kräfte. Er kennzeichnet sich als Gegner aller fortschrittlichen sozialpolitischen Veränderungen und gesellschaftlichen Reformen überhaupt. Was die Lage der arbeitenden Menschen verbessern würde, lehnt Strauß ab. Vehement lehnt er den Ausbau sozialer Leistungen, das Recht auf Arbeit, paritätische Mitbestimmung, das Streikrecht und ein Verbot der Aussperrung sowie Lohnforderungen, die der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen, ab.

Strauß versteht sich dabei vorzüglich darauf, berechnete Forderungen unterschiedlicher sozialer Gruppen gegeneinander auszuspielen. Er erhofft sich, einen Keil in die Gewerkschaften treiben zu können, indem er zwischen von ihm ausgemachten »verrückten« oder »gefährlichen« Intellektuellen und »vernünftigen« Arbeitern aufdifferenziert. In den »Intellektuellen« glaubt er die »marxistischen Ideologen« und »moskauabhängigen Verführer« zu erkennen, von denen sich die Arbeiter tunlichst fernzuhalten hätten.

Ein Bündnis von Wissenschaftlern bzw. Intelligenz und Arbeiterbewegung erscheint ihm äußerst suspekt, könnte es doch – ebenso wie ein allgemeiner Ausbau und eine Öffnung des Bildungswesens – dazu bei-

tragen, mehr Bürger zu befähigen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen und die eigenen Interessen gegen die Angriffe von rechts zu verteidigen.

Gegen Reformpolitik

Was im außenpolitischen Bereich gilt, das gilt weithin auch im innenpolitischen Bereich: wir müssen von den utopischen Demokratievorstellungen zurückkehren zu einer handlungsmäßig realisierbaren Demokratie, von einer Politik des globalen Wandels und der großen Zukunftsverheißungen zu einer Politik der machbaren Reformen, die nicht nur finanzierbar, sondern die in ihren Konsequenzen auch noch überschaubar und mit den verfügbaren Organisationsmitteln zu steuern sind.

F. J. Strauß, Das Verhältnis von Programm und Pragmatismus in der politischen Praxis, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7. 8. 1976, S. 33

Auch durch zweckoptimistische (offizielle und inoffizielle) Fehlprognosen am laufenden Band läßt sich nicht mehr verschleiern, daß der sozialpolitische Handlungsspielraum sich ganz erheblich verkleinert hat.

Diese Einengung ist nicht zuletzt das Ergebnis eines geradezu subversiv gebrauchten Demokratiebegriffs und einer auf Massenmobilisation ausgerichteten Demokratiepoltik. Diese Massenmobilisation ist weitgehend erreicht worden – bis in den Betrieb und die Schulklasse hinein. Was sie gebracht hat, ist aber nicht die gesteigerte Partizipation der Bürger an der Politik, sondern es ist die Durchsetzung der gesteigerten Ansprüche derjenigen gewesen, die über die bessern Organisationsmittel verfügten. Es sind die mächtigen gesellschaftlichen Gruppen, die ihren Vorteil daraus zogen, nicht der einfache Bürger als Verbraucher, als Wahlbürger oder als Steuerzahler. Die Ansprüche auf Lohnzuwachs, soziale Sicherung, auf Gesundheitsvorsorge, Arbeitsplatzgarantien, Umschulungskosten, Ausbildungsplätze (und möglicherweise auf Eliteposten) sind vor allem bei denen gestiegen, die – dank der hinter ihnen stehenden Verbände – ohnehin am besten gesichert sind. Die Anforderungen an den Staat werden immer selbstverständlicher und größer; von der Sozialpflichtigkeit des privaten Eigentums wird viel gesprochen, aber von der gesellschaftlichen Verantwortung der im Namen der politischen Öffentlichkeit auftretenden Interessenverbände ist keine Rede.

Der Handlungsspielraum einer demokratischen Regierung ist dadurch nicht größer, sondern kleiner geworden; durch die Reformeuphorie ist genau das Gegenteil von Reform, nämlich ein Anspruch auf Unbeweglichkeit und einen schon leicht parasitären Sozialkonsum etabliert worden. Das läßt sich auch durch die schönklingende, aber biedermeierliche Formel von der »Lebensqualität« nicht mehr verschleiern. Wir werden uns an eine Demokratie gewöhnen müssen, die auch ohne steigenden Sozialkonsum funktionsfähig bleibt, eine Demokratie, deren Unterstützung (oder auch bloße Duldung) nicht mehr durch die Verteilung laufender Zuwächse an die am lautesten Fordernden erkaufte werden kann.

dito, S. 37

Gegen sozialpolitische Verbesserungen

»Niemand kommt um die Frage herum, ob ein weiteres Anwachsen der Sozialleistungen auch in Zukunft finanzierbar ist oder die gegenwärtige Sozialleistungsquote die Grenzen der volkswirtschaftlichen Belastbarkeit erreicht oder gar überschritten hat (. . .)

Die Sozialpolitik . . . »darf in einer freiheitlichen Ordnung auch niemals mißbraucht werden als Planierraupe, die im Dienst eines lebensfremden Gerechtigkeits-Scheinmoralismus und einer utopischen Gleichheitsideologie alle vorhandenen soziale Defizite, Ungleichheiten und Unebenheiten – auch die durch eigenes Unvermögen, Versagen und mangelnden Leistungswillen hervorgerufenen – eibebnen sollen . . . «

Bayernkurier, 28. 4. 1979

» . . . halte ich auch nichts davon, wenn in der Grundsatzdiskussion bei unserer großen Schwesterpartei als Grundwert das soziale Wohlbefinden erörtert wird. Das soziale ist kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase . . . «

CSU-Parteitag, 23./24. 9. 1977

Meine Damen und Herren, ich habe auf dem Mannheimer Parteitag der CDU am 24. Juni 1975 in meiner Rede gesagt: »Wir müssen heute

den Mut haben, zu sagen, daß die Grenzen des Sozialstaates erreicht sind.«

Ich habe in meiner Rede vor dem Institut: »Finanzen und Steuern« am 7. April 1976 gesagt: »Die explosionsartige Kostenentwicklung in diesem Bereich wirft die Frage auf, ob die Belastbarkeitsgrenze unserer Volkswirtschaft mit kollektiven Soziallasten nicht bereits erreicht, wenn nicht überschritten ist.« Ich habe in derselben Rede ferner gesagt: »Ein Sozialsystem, das den Angebotskatalog ständig durch neue Leistungen erweitert, immer mehr Sozialtransfers in die Dynamisierung einbezieht und den Empfängerkreis permanent ausdehnt, birgt zwangsläufig die Gefahr der Selbsterstörung in sich. Wir sind nicht am Ende der Sozialpolitik, aber die Grenzen des Sozialstaates sind erreicht.«

Im Deutschen Bundestag, 24. 1. 1978

»Ich sage nur, daß der Sozialstaat seine Grenzen erreicht, zum Teil bereits überschritten hat. Deshalb ist es heute nicht mehr möglich, politische Probleme oder gesellschaftliche Konflikte durch materielle Zuwendungen, durch Gratifikationen und Bonifikationen zu lösen«

Münchener Merkur, 24. 10. 1975

»Wir haben die Grenzen des Sozialstaates und des Bildungsstaates erreicht, vielleicht sogar an manchen Punkten überschritten.«

Deutschlandfunk, 4. 1. 1976

Es gibt Sozialgesetze, die sind als Wohltat gemeint und werden zur Plage. Denn je mehr man einen Personenkreis zu schützen beginnt, desto mehr schreckt man Unternehmer ab, Arbeitssuchende aus diesem Personenkreis einzustellen. Und hier wird Wohltat zur Plage.«

Deutsches Fernsehen, 7. 7. 1977

Gegen Recht auf Arbeit

»Also ich halte von diesen Manipulationen, die Arbeitslosigkeit da-

durch wegzuretschieren, daß man Urlaub verlängert, einen Bildungsurlaub einführt und die Arbeitszeit verkürzt und die Altersgrenze vorverlegt, überhaupt nichts.*

ZDF, 8. 2. 1978

Darum wende ich mich auch gegen das irreführende Wort vom Recht auf Arbeit, das man in die Verfassung aufnehmen müsse. Wenn man das Wort »Recht auf Arbeit« in die Verfassung aufnimmt, dann muß man auch die Pflicht zur Arbeit und damit das staatliche Recht des Arbeitszwangs zur Arbeitszuweisung ebenfalls in die Verfassung aufnehmen.

Bloß einem Arbeit verschaffen zu irgendeinem Lohn an irgendeinem Arbeitsplatz, das würde heißen, daß wir wieder zu der Zeit des Pyramidenbaus zu den Pharaonen zurückkehren würden. Das Recht auf Arbeit – in eine Verfassung aufnehmen – wenn man es wirklich durchdenkt – kann nur jemand tun, der in Wirklichkeit die Freiheit, die Mündigkeit und Unabhängigkeit unserer Arbeitnehmer wieder aufheben und sie wieder zu einer Art staatsabhängigen Leibeigenen degenerieren will.

Man soll endlich die Marktwirtschaft wieder atmen lassen, leben lassen, funktionieren lassen. Denn nachher brauchen wir keine Programme mehr, in denen Altersgrenzen manipuliert werden, in denen man versucht, da ein paar tausend Arbeitsplätze weniger durch da oder dort ein paar Pensionsplätze mehr ausgleichsweise zu schaffen.

Wenn z. B. von 1970 bis 1976, in 6 Jahren, die Lohnquote am Sozialprodukt von 66,7 auf 70,1 Prozent angestiegen ist, dann wird vielleicht der Gewerkschaftspolitiker sagen, großartig, auf dem Wege müssen wir weitermachen. Nein, auf diesem Weg dürfen wir nicht weitermachen, weil wir sonst die Million Arbeitslose nie wegbringen und die zweite bald haben werden. Dieses Ansteigen der Lohnquote innerhalb weniger Jahre hat eine Umverteilung von 150 Milliarden DM bedeutet.

Bayernkurier, 9. 7. 1977

Gegen Mitbestimmung

- Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung ist abzulehnen.
- weil sie die unternehmerische Entscheidungsfreiheit in untragbarer

Weise einschränkt, die unternehmerische Initiative als Antriebskraft der Wirtschaft lähmt, die Investitionsbereitschaft des Kapitals hemmen und damit letztlich auch zu Lasten der Arbeitnehmer gehen würde,

– weil sie ihre Träger bei Entscheidungen mitbestimmen lassen, für die das Risiko allein beim Unternehmer bleibt,

– weil sie die Integration innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hemmen und die deutsche Wirtschaft mit schweren Wettbewerbsnachteilen belasten,

– weil sie dem Arbeitnehmer im Betrieb selbst keine Vorteile bringen und auch keine Arbeitsplätze sichern können,

– weil sie das Gleichgewicht der Kräfte stören,

– weil damit auch die zur politischen Entscheidung berufenen Instanzen von den Gewerkschaften abhängig würden und letzten Endes unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgestürzt würde.

Die Ausdehnung der Montanmitbestimmung und der Vorschlag der SPD für eine Reform der Unternehmensverfassung sind kein geeigneter Weg für die Fortentwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.«

CSU-Parteitag, 13./14. 12. 1968

Es ist ein Stück Sozialismus, wenn da 5 von der Unternehmer- und 5 von der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat sitzen und vielleicht ein OLG-Präsident als 11. Mann an der Spitze.

Der Spiegel, Nr. 52, 1970

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich kein Anhänger der paritätischen Mitbestimmung bin. Es gibt Parteifreunde in unseren Reihen, die anderer Meinung sind und sein mögen. Mit denen setzen wir uns genauso auseinander wie mit den Anhängern der paritätischen Mitbestimmung in gewerkschaftlichen Organisationen. Aber es wäre ein ganz schlechtes Zeichen der Geistes- und Meinungsfreiheit in unserem Lande, wenn jemand, der aus Gründen der Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft die paritätische Mitbestimmung nicht bejaht, gleich zu einem Arbeitnehmerfeind abgestempelt werden könnte.

Bayernkurier, 22. 12. 1979 (Aus der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag)

Das Thema Mitbestimmung spielt ohne Zweifel eine bedeutende Rolle im gesamten Ablauf unserer wirtschaftlich-sozialen – man mag auch sagen gesellschaftlichen – Entwicklung, denn der Fortschritt, und hier ist der Ausdruck berechtigt, vom Proletarier über den Arbeitnehmer zum Mitarbeiter, muß als eine politische Aufgabe nicht nur theoretisch erkannt, platonisch bejaht, sondern auch praktisch verwirklicht werden.

Ich habe in der Vorstandschaft der CSU und auf dem Landesparteitag die Meinung vertreten, die in dieser Form bis jetzt nicht geändert zu werden braucht, wenn man unter Mitbestimmung Partnerschaft und Zusammenarbeit aber nicht ein Stück Machtpolitik oder gar etwa Klassenkampf versteht: Daß nämlich Kapital und Arbeit gleichwertig und gleichgewichtig sind – das mag jetzt als ein Gemeinplatz erscheinen –; daß die Ausfüllung dieser Gleichheit auf drei Gebieten erfolgen muß: auf dem Gebiet der Betriebsverfassung: Mitbestimmung am Arbeitsplatz, wo ich dem Arbeitnehmer ein Übergewicht zubillige; Mitbestimmungen in unternehmerischen Entscheidungen, wo ich nach wie vor der Meinung bin, daß der Unternehmer in dieser oder in jener Form, das heißt auch der Kapitaleigner, bei gegensätzlichen Auffassungen und Stimmgleichheit das Risiko und Recht der Entscheidung mit Haftung und Folgen übernehmen muß; und ferner bei der individuellen Vermögensbildung, die je nach Wahl aber gerade auch aufgrund der Wahlfreiheit auch durch Beteiligung am betrieblichen Vermögen bei Großunternehmen erfolgen muß.

Münchener Merkur, 16. 11. 1973

In der sozialen Marktwirtschaft ist kein Platz für den Klassenkampf. Deshalb kann Arbeitnehmerpolitik niemals auch gleichbedeutend sein mit Arbeitgeberfeindlichkeit.

Die Gewerkschaften des DGB bekämpfen einseitig das Mittel der Aussperrung, sie kämpfen gleichzeitig um die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben. . . . Mitbestimmung heißt Mitverantwortung und Mithaftung.

Die Welt, 23. 3. 1979

Gegen Streikrecht

Der aus machtpolitischen Gründen und zur Demonstration ver-

meintlicher politischer Stärke durch den DGB vom Zaun gebrochene Streik in der Stahlindustrie, dessen wirtschaftliche Sinnlosigkeit allgemein anerkannt wird, ist hier nur ein vorläufiger Höhepunkt beim Rückfall in gefährliches Klassenkampfdenken und in kostspielige Verteilungskämpfe, man könnte schon bald sagen Verteilungskriege.

Bayernkurier 23. 12. 1978

Der bayerische Ministerpräsident hat keine verfassungsmäßigen Mittel, auf einen Streik einzuwirken. Trotzdem besteht Ihre Frage zurecht. Aber in einer mitbestimmten Wirtschaft haben Streik und Aussperrung nach meiner Überzeugung keinen Platz mehr.

Deutschlandfunk, 14. 1. 1979

Die Presse berichtet

Als Aufhänger dienen ihm die Tarifaueinandersetzungen in der Stahlindustrie. »Unter der gegebenen wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Lage seien Arbeitskämpfe in Frage zu stellen«, sagt er (Strauß).

Den Streikenden wirft er vor, daß durch massive Kostenerhöhungen »Arbeitsplätze nicht nur gefährdet werden, sondern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verlorengehen«.

In einer mitbestimmten Wirtschaft haben seiner Meinung nach Arbeitskämpfe keinen Platz mehr.

Welt der Arbeit, 8. 2. 1979

Welt: Die Einigungsversuche im Arbeitskampf der Stahlindustrie sind vorerst gescheitert. Es scheint ein Weihnachten im Streik bevorzuzustehen. Sehen Sie Lösungsmöglichkeiten?

Strauß: Es ist offensichtlich so, daß erst bitteres Lehrgeld bezahlt werden muß, bevor man zur Vernunft kommt.

Welt: Welche bitteren Lehren?

Strauß: Die Vergiftung des Klimas, die Verschärfung der politischen Atmosphäre, die volkswirtschaftlichen Verluste, der gesellschaftspolitische Rückschlag. Ich werde erinnert an eine Persiflage auf »Stille Nacht, heilige Nacht«, die ich in einem Klassenkampfgedicht eines deutschen

Lesebuchs gefunden habe. Es beginnt mit den Worten: »Wilde Nacht, streikende Nacht«.

Zur Zeit scheint eine Lösung nur möglich, wenn die Arbeitgeberseite der Gewerkschaft anbietet: Sagt uns, was ihr wollt, wir sind bereit, alles zu bewilligen. Die volkswirtschaftliche Vernunft wird dabei an der Garderobe abgegeben.

Interview zum Stahlarbeiterstreik, Die Welt, 21. 12. 1978

Mäßigung in Lohnforderungen: »Überhöhte Ansprüche«

Und Lohnabschlüsse können nicht allein in bilateraler Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestimmt werden.

Hier muß auch in der Beratung der beiden Tarifpartner das unabhängige Element der Sachverständigen, die alle Interessen gleichzeitig vor Augen haben müssen, vertreten sein.

Im deutschen Bundestag, 24. 1. 1978

»Ich kann nur zur Mäßigung raten, keine Störung des kleinen Pflänzchens Konjunktur zuzulassen.«

Gerichtet an ÖTV und DAG, Die Andere Zeitung, 30. 11. 1967

»Lebensstandard« ist der »Dämon unserer Zeit«.

. . . Jeder in Deutschland schaue heute nach oben, auf den, der mehr an äußerem Besitz habe; niemand aber blicke in »seine Etage« oder nach unten, wo es noch viele gäbe, denen es schlechter ginge.

Westdeutsche Allgemeine, 11. 6. 1956

Warum bilden heute Tausende von durchaus gesunden, lebensfähigen und tüchtigen Handels- und Handwerksbetrieben keine Lehrlinge mehr aus? Erstens: Weil die Anforderungen so gestiegen sind, daß sie sie

nicht mehr erfüllen können. Zweitens: Weil die Kosten so hoch geworden sind, daß sie die Belastung nicht mehr auf sich nehmen wollen. Drittens: Weil die Strafbestimmungen so verschärft worden sind, daß sie sich diesem Risiko nicht mehr aussetzen wollen. Wir sollten hier wieder den Mut haben, die Kirche ins Dorf zurückzubringen. Die Jugend will nicht mit Samthandschuhen oder mit Watte angefaßt werden, die jungen Menschen brauchen einen harten Ausbildungsprozeß, wenn sie im Leben von morgen ihren Mann stehen sollen und wenn sie nicht eines Tages im Konflikt zur Gesellschaft dann mehr oder minder latente Revolutionäre werden sollen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz enthält Bestimmungen, die beschäftigungsfeindlich sind, aber das soll man dann einmal sagen.

Bayernkurier, 6. 10. 1973

Aber wir in der EWG, im atlantischen Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten von Amerika, im wirtschaftlich-technischen Konkurrenzkampf mit der kommunistischen Welt, wir mit der ständig wachsenden Bevölkerung, auf gleichbleibend kleinem Raum schnell wachsenden Bevölkerung, wir mit unserem Drang, mit unserem – ich darf sagen – berechtigten Standpunkt, uns in dieser internationalen Welt, bei unseren Bündnispartnern gegenüber dem Osten zu behaupten, die Bundesrepublik Deutschland zu einem politischen Gewicht zu machen, wir können gar nicht anders, als den Prozeß der technischen Rationalisierung so schnell wie möglich zu durchlaufen, um jeweils an der Spitze des technischen Fortschritts zu bleiben.

Im deutschen Bundestag, 30. 11. 1965

Zwietracht in die Reihen der Gewerkschaft säen

Wenn ich zum Beispiel den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms des DGB ansehe, dann glaube ich nicht, daß die dort geforderte Ausdehnung der staatlichen Planung, der staatlichen Lenkung, der staatlichen Kontrolle der Investitionen auch im Bereich der Wirtschaft den Arbeitnehmern wirklich zugute kommt, höchstens den Funktionären.

Welt am Sonntag, 14. 10. 1979

Die Presse berichtet

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat die deutschen Gewerkschaften vor dem Eindringen von Akademikern in ihre Organisation gewarnt, die den Arbeiter nur als »Zugpferd« für ihre Ideologien brauchen; mit dem Arbeitnehmer hätten sie sonst nichts, auch gar nichts gemein, sagte Strauß gestern vor dem CDU-Wirtschaftstag in Frankfurt. Revolutionäre Ziele seien kein Problem der Arbeiter, sie seien ein reines Intellektuellenproblem.

Kieler Nachrichten, 8. 10. 1977

Wenn der DGB-Vorsitzende Vetter in seinem Brief von Anfang September schreibt: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Leistungsdruck, Jugendliche ohne Ausbildung, das sind die Ergebnisse – sagt er – unternehmerischer Alleinherrschaft.

Der Metallvorsitzende, Herr Loderer sagt, Arbeitslosigkeit gehört zur langfristigen Strategie der Unternehmer. Die Reservearmee von Arbeitslosen ist das Kernstück ihrer Machtpolitik. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier sagt, zu den unternehmerischen Heucheleien zählen auch die »Verschleierungen« . . .

Und dann hat Loderer noch auf dem Kongreß der IG Metall den Arbeitgebern psychologische Kriegsführung vorgeworfen: Sie mißbrauchten die Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitnehmer.

Ich sage ausdrücklich, Lohnpolitik ist nicht allein eine Sache der Gewerkschaft. Und wenn wir Mahnungen oder Vorwürfe an die Adresse der Tarifpartner richten, dann meinen wir beide Seiten. Wer aber über den Faktor Arbeit verfügt, hat eine mächtige Waffe in der Hand. Und es ist einfach entweder grobe Unkenntnis der Arbeitswelt, die ein Gewerkschaftsbund-Präsident haben darf, oder Irreführung, wenn er sagt, die Alleinherrschaft der Unternehmer habe diese Dinge, die er so bitter beanstandet, herbeigeführt. Damit darf ich die Frage wohl verbinden: Wann werden die hohen Funktionäre endlich begreifen, daß sie für die arbeitenden Menschen da sind und nicht Entschuldigungs-, Beschwichtigungs- und Ablenkungsautomaten für die SPD-Regierung und ihre Verhaltensweise sind. Leider ist es so, daß die Führungsschichten sozialistischer Parteien und der Massengewerkschaften mehr und mehr von Akademikern besetzt und gesteuert werden, die mit dem eigentlichen Anliegen der Arbeiterschaft, das wir ernst nehmen und mit dem wir uns

verpflichtet fühlen, wenig oder nichts zu tun haben. Sie sind ihm intellektuell entfremdet.

Ich warne, und ich sage es hier, vor einer Allianz vor ideologiefreien opportunistischen Technokraten, intellektuellen Schwärmern, akademischen Systemveränderern und politischen Pietisten.

Süddeutsche Zeitung, 6. 10. 1977

5. Ziel: Grundwerte statt Grundrechte

F. J. Strauß verkauft sich zwar als »Retter aus der Krise unserer Gesellschaft«, doch eine wirkliche demokratische Lösung haben er und die Unionsparteien nicht. Die materiellen Ursachen von Existenzunsicherheit und Zukunftsangst werden nicht beseitigt. Die Kanzlerkandidatur Strauß zielt nicht auf eine Lösung im Interesse der lohnabhängigen Menschen dieses Landes, sondern auf einen verschärften Klassenkampf von oben, auf eine verschärfte Abwälzung der Krisenlasten. Dazu bedarf es einer entsprechenden ideologischen Formierung. Statt an ihren Grundrechten sollen sich die Bürger an den »Grundwerten« »Ordnung«, »Disziplin«, »Leistung« u. ä. orientieren. Mit großer Demagogie werden die Forderungen nach Verwirklichung der Menschenrechte in »überhöhtes Anspruchsdenken« umgedeutet. »Glück« könne nicht staatlich verordnet werden, auf die Eigeninitiative eines jeden einzelnen käme es an ganz nach dem Motto »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Strauß weiß das als Metzgerssohn aus »eigener Erfahrung«, weshalb er auch so viel »Verständnis« für die Sorgen und Nöte der »kleinen Leute« hat.

»Europa muß wieder zu klaren Wert- und Lebensorientierungen finden. Einfache, grundlegende Werte wie Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit, Disziplin müssen wieder als selbstverständlich geachtet werden.«

Bayernkurier, 9. 6. 1976

Wir müssen auch dafür kämpfen, daß nicht grundlegende Werte wie Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit, Tüchtigkeit und Disziplin als reaktionär oder gar faschistisch verschrien werden. Wir müssen Widerstand leisten, wenn die Familie als eine Stätte der Fremdbestimmung, das elterliche Sorgerecht als elterliche Fremdgewalt verleumdet und in einem psychosenerzeugenden Emanzipationswahn die sogenannte »Nur-Mutter gering geschätzt wird. Wir müssen uns dagegen stemmen, wenn Leistungswille und Leistungsfähigkeit verteufelt werden und begreifen, daß eine Jugend, der zu wenig abverlangt wird, allzu leicht der Versuchung durch Jugendsekten oder Drogen und Alkohol anheim fällt. Wer die junge Generation nur in Watte packen will, versündigt sich an ihr.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn das Bewußtsein des einzelnen Bürgers, für die Sicherung seiner Existenz zunächst selbstverantwortlich zu sein, geschwächt wird. Wir müssen die Bereitschaft fördern, selbständige Existenzen zu gründen, weil die freien Berufe und der Mittelstand den Kern unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bilden. Es gilt, das Anspruchsdenken zurückzudrängen, das sozialistische Heilsverkünder und emanzipatorische Reformeuphoriker geweckt haben. Wenn die allzu hoch geschraubten Ansprüche nicht erfüllt werden, breiten sich Unzufriedenheit, irrationale Protestbereitschaft, Verdrossenheit und vielleicht sogar revolutionäre Grundstimmung aus. Weit wichtiger als die technisch-bürokratische Autorität ist für die Europäische Gemeinschaft die Autorität einer klaren Wert- und Lebensorientierung.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald 1979, S. 63-64

Ordnung, Disziplin, Leistung – »die geschichtlichen Ordnungskategorien und Wertvorstellungen Konrad Adenauers in ihrer zeitlosen Läuterungsform.«

F. J. Strauß, Signale, München 1978, S. 185

Politik darf auch nicht eine Anspruchs-Befriedigungsmaschine werden. Denn sonst verfehlt sie ihre eigentliche Aufgabe. Politik muß Normen für gesellschaftliches Zusammenleben vermitteln. Aber der Staat soll nicht eine Gegenkirche werden, die soziale Ansprüche aller Art zu erfüllen, emotionale Sehnsüchte zu befriedigen hat und irdisches Glück zu ermöglichen hat, ja sogar verschaffen soll. Ich möchte warnen

vor einer Gefahr, die gerade in unseren Industriegesellschaften immer stärker auftritt, nämlich dem Trend, alle gesellschaftlichen Sachverhalte verrechtlichen zu wollen. Rechtsnormen an die Stelle von Werten zu setzen und damit das System zu überlasten.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979

Diese Entwicklung hat ihre Ursache nicht zuletzt in einer seit 1969 geschürten visionären Staatsgläubigkeit. Im Aufheizen von Erwartungsinflation, im Wecken von Inflationsmentalität, in der bewußten Pflege der Subventionsmentalität, also im Heranzüchten einer Grundhaltung, die Eigenverantwortung ganz klein und die Verantwortung des Staates für die Befriedigung aller möglichen Bedürfnisse – unter Umständen auch bis zur Verwirklichung des persönlichen Lebensglückes – ganz groß schreibt. Wachsende Staatszuständigkeit führt automatisch zu einem Anstrengungsverzicht nichtstaatlicher Kräfte. In dem Augenblick, in dem der Staat sich eines Gebietes bemächtigt, ohne daß dieses Gebiet zu seinen originären und legitimen Aufgaben gehört, gibt es ein Erlahmen der nichtstaatlichen Kräfte, einen Anstrengungsverzicht, eine Lähmung der privaten Kräfte. Der Staat darf sich auch nicht als Organisator säkularisierter religiöser Ideologien einrichten, einer Fortschrittsideologie, einer Verstaatlichung des Glückes etwa. Man muß sich auch darüber im klaren sein, daß der Abbau der Religion und der auf ihr beruhenden gesellschaftlichen Institutionen die Labilität unseres politischen Systems vermehrt hat.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979

Wir wollen in unseren Betrieben größtmögliche Wirksamkeit, wir wollen größtmögliche Menschlichkeit, wir wollen größtmögliche Freiheit und größtmöglichen Wohlstand für alle. Aber nicht Betriebe als Exerzitiestätten oder Kadenschmieden für Revolutionäre und Gesellschaftsprenger. Dieser alte Marxismus, der heute als neue Heilslehre empfohlen wird, der sich in der Hülle neuer Formulierungen gibt, was will er? Der Mensch soll verplant, das Glück soll ihm zugeteilt werden. Seine Wünsche und Bedürfnisse sollen zu einem gesellschaftlichen Bedarf sozialisiert werden. Und dann kommt natürlich die Forderung nach Sozialisierung aller Mittel zur Deckung dieses Bedarfes – ein in sich geschlossenes, aber verhängnisvolles Denkgebäude. Der Staat soll zum

Allheilmittel gegen alle irdischen Unzulänglichkeiten erhoben werden. Die neue Lehre, das ist die Ideologie der Verordnung des menschlichen Glücks von oben, die angebliche vollkommene soziale Gerechtigkeit, das Versprechen der höheren Lebensqualität als eine Folge endloser staatlicher Eingriffe, die man dann Gesellschaftspolitik nennt. Aber in Wirklichkeit soll hier der Staat im Auftrage einer sozialistisch-ideologisierten Funktionärsschicht eingesetzt werden. Was sich hinter diesen Bestrebungen verbirgt, führt nicht zu mehr Freiheit, zu mehr Recht, mehr Wohlstand und mehr menschlichen Glückes. Es gibt kein gesellschaftliches Glück. Das gesellschaftliche Glück ist die Summe von Recht, Freiheit und Wohlbefinden aller Individuen, die einen Anspruch darauf haben, als Menschen für sich selbst und nicht als Bestandteil eines gesellschaftlichen Instrumentariums behandelt zu werden.

. . . . Wir müssen aber alles tun, um die Menschen vor diesem Zaubertrick, vor dieser magischen Demagogie einer verführerischen Heilslehre zu bewahren und vor allen Dingen die Jugend über sie aufzuklären.

Bayernkurier, 17. 3. 1973

Wir kennen Gottes Ratschluß und Heilspläne nicht. Es schließt aber sehr wohl ein, daß auf lange Zeit jedenfalls in einer Welt das Böse siegen kann. Die Geister der Zerstörung und der Zersetzung, die Kräfte eines wertneutralen, demokratisch getarnten und kommerziell profitierenden Nihilismus sind überall am Werke. Es geht hier nicht um einen einzelnen, am allerwenigsten um Franz Josef Strauß. Es geht um Grundwerte und Grundrechte. Regierung und Parlament sind aufgerufen zu tun, was notwendig ist, damit sie nicht zu Marionetten am Ende von Drähten werden, deren andere Enden sich in den Händen von selbst ernannten Potentaten befinden, die, ohne die geringste sittliche Legitimation zu besitzen, sich zu Wächtern und Richtern dieser Demokratie ernennen und die einen Hintergrund aufweisen, den vor der Öffentlichkeit zu verbergen sie allen Grund haben.

Rede „Grundfragen deutscher Politik“, Neuer Presse Club, München 1965

Franz Josef Strauß schöpft seine Kraft als Mensch aus dem Lebensgefühl seiner einfachen Herkunft, den Erfahrungen der Frontgeneration des Zweiten Weltkrieges, seiner umfassenden Bildung, seiner politi-

schen Erfahrung und seinem christlichen Weltbild. Er schöpft sie aus der glücklichen Ehe und intakten Familie. Von seiner Prinzipienstrengheit und seiner Liberalität, aber auch von seinem Humor und seiner Offenheit sind alle beeindruckt, die ihn unvoreingenommen beurteilen.

•Der Mann•, Werbebroschüre der CSU

Politik ist für Strauß kein Schweben in träumerisch-illusionären Höhen. Politik findet bei ihm stets auf den Kern, auf den Menschen bezogen statt. Deshalb wohl suchen die Menschen die Begegnung mit ihm, strömen zu Tausenden zu seinen Veranstaltungen, weil sie die Klarheit seiner Analyse und die Ehrlichkeit seiner Argumentation begreifen und verstehen können. Deshalb kann der Politiker Strauß von sich sagen: »Gegenüber der Masse der einfachen Menschen befinde ich mich in einer besseren Lage als viele andere Politiker, weil ich selbst aus einfachen Verhältnissen komme. Ich brauche mich ihnen gegenüber nicht zu verstellen, denn ich habe nie aufgehört, so zu empfinden wie sie.«

dito

Ich weiß noch, wie es unten aussieht. Ob ich mit dem Dienstwagen fahre oder nicht, das ändert nichts an meinem Verhältnis zur Bevölkerung, gerade zu den ärmeren Schichten unserer Bevölkerung.

Bayernkurier, 22. 12. 1979

6. Ziel: Gottgewollte Ungleichheit muß erhalten bleiben

Das Welt- und Menschenbild von Strauß kennt keine gesellschaftlich verursachten Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Bestehende Ungleichheiten sind gottgewollt und dem Menschen in die Wiege gelegt.

Nach sozialdarwinistischem Prinzip setzt sich der »Stärkere« und »Bessere« durch.

Wer gesellschaftlichen Konflikten das Wort redet, verstößt gegen Gottes Willen – so läßt sich das Konzept christlicher Nächstenliebe von Strauß und der CSU charakterisieren.

Wer sich gegen Chancungleichheiten, gesellschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzt, ist schuld an der gesellschaftlichen Krise und der »Umwertung aller Werte«. Glücksansprüche an die Gesellschaft zu stellen, kommt politischer Aufwiegelei und Umstürztätigkeit gleich.

Der liebe Gott ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen und deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden. . . . Die Menschen sind nun einmal ungleich, die einen sind gescheit, die anderen sind weniger gescheit. Diese Gleichheitsfanatiker machen die Welt doch allmählich zur Hölle. . . sie verhetzen schon die Kinder in der Schule, um sie mit Glückseligkeitsansprüchen zu erfüllen, sie hetzen sie auf gegen die Schule, gegen die Eltern, gegen die Lehrer, gegen die Kirchen, gegen alle gewachsenen Autoritäten, gegen alle in der Gesellschaft notwendigen Institutionen. . . Krüppel einer neurotischen marxistischen Bildungspolitik kommen heraus!

CSU-Parteitag, 17. 6. 1978

Wer hier mit modernen Medizinern . . . oder modernen Soziologen, die sich nicht dem Marxismus verschrieben haben, sich unterhält, der wird feststellen, daß es auf tausend Kinder vielleicht ein hochbegabtes schöpferisches Kind . . . gibt. Diese Begabten in einem humanen Schulsystem herauszufinden, sie besonders zu fördern und zur Entfaltung zu bringen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes . . . gehoben . . . wird.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979

Die Menschen sind nun einmal ungleich, die einen sind gescheit, die anderen sind weniger gescheit.

CSU-Parteitag, 17. 6. 1978

Daß es auf der Welt Unterschiede gibt zwischen reich und arm, ist eine Tatsache, die wir mit dem Zusatz »leider« versehen müssen.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald 1979, S. 178

Wir wissen auch, daß der Wohlstand der Nation, geschaffen von einer fleißigen Kriegs- und Nachkriegsgeneration in den Jahren 1949 bis zum Ende der sechziger Jahre, gefährdet von Fehlern und Versäumnissen der letzten Jahre, in Zukunft nur möglich sein wird durch die kreative, schöpferische, produktive Leistung der nicht allzu großen Zahl der Begabten, getragen von dem breiten Können, den geistigen und handwerklichen Fähigkeiten der breiten Schichten unseres Volkes. Wer hier mit modernen Medizinern, die dieses Problem überprüft haben, oder modernen Soziologen, die sich nicht dem Marxismus verschrieben haben, sich unterhält, der wird feststellen, daß es auf tausend Kinder vielleicht ein hochbegabtes chöpferisches Kind und dann darunter auch eine etwas größere Zahl von Begabten gibt. Diese Begabten in einem humanen Schulsystem herauszufinden, sie besonders zu fördern und sie zur vollen Entfaltung zu bringen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes von unten nach oben gehoben, statt durch eine gleichmacherei in der Bildungspolitik von oben nach unten nivelliert wird.

dito, S. 166

Wir alle haben die Aufgabe, einen Weg zu finden, daß die Kinder nicht die Opfer sozialistischer Bildungspolitik und sozialistischer All-eingänge werden. In der gegliederten Schule ist es leichter möglich, echte Begabungen zu entdecken, nachhaltig zu fördern, zu pflegen und zur vollen Entwicklung und Entfaltung zu bringen.

Herr Bundeskanzler, Sie weisen darauf hin, daß sich die Zahl der Abiturienten vermehrt habe. Mit der Zahl der Abiturzeugnisse können Sie doch nicht die Begabungen vermehren. Das ist doch der Wahn gewesen, daß der Mensch beim Akademiker beginne, daß die gehobene Berufsausbildung nur mit dem Abitur beginnen könne. Es geht darum, mit Abitur und Universitätsdiplomen die wirklichen Begabungen in unserem Lande, die nicht allzu zahlreiche Schicht der Begabten und Geeigneten nachhaltig zu fördern.

Bayernkurier, 22. 12. 1979 (Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag)

(Gesamtschule) – hier geht es nicht nur um Schulorganisationsformen, hier geht es auch um Lehrpläne und Lehrinhalte –, kann doch nicht sinnvoll sein. Ich habe nie aus meiner Meinung einen Hehl gemacht, daß der Konflikt nicht die einzige geschichtliche Wahrheit ist. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Erziehung der Kinder im Konfliktdenken – Konflikt zum Elternhaus, Konflikt zur Schule, Konflikt zur Kirche, Konflikt zur Berufsausbildung, Konflikt zur Arbeitswelt – keine jungen, frohen, lebensaufgeschlossenen, der Zukunft gewachsenen Menschen, sondern verformte verbildete und oft leider auch geistig-seelisch verkrüppelte Bürger schafft, die dann mit ihrem Leben nicht mehr fertig werden.

Bayernkurier, 22. 12. 1979

Aber ich weiß eines aus meiner eigenen Jugend und aus der Beobachtung des Werdegangs meiner Kinder, ihrer Freunde und Freundinnen: daß es gar nicht darum geht, ob die Kinder in einer wohlhabenden Atmosphäre, zwischen luxuriösen Möbeln in steriler Hygiene usw. aufwachsen. Da kann oft eine Wohnküche mit ein bißchen Schmutz, da kann die Möglichkeit, über eine Mauer zu klettern, in einer Baustelle herumzulaufen, oder in einer öffentlichen Anlage Räuber und Gendarm zu spielen, eine viel heilsamere Wirkung als der noch so schöne Aufenthalt in einer modernen Luxuswohnung und in einem der Silos dieser neuen Parkstädte haben.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979

– an einem ändert keine Gleichheitstheorie oder keine Gleichheitsutopie etwas: nämlich daran, daß die überwiegende Mehrheit unserer fleißigen, intelligenten, arbeitsbereiten Menschen eine Chance für weiteren Aufstieg nur hat, wenn die relativ kleine Schicht führender, produktiver, schöpferischer, genialer geistiger Kräfte entdeckt, gepflegt, gefördert und zur vollen Entfaltung gebracht wird.

Zukunftskongreß der CSU, 16./17. 11. 1979

7. Ziel: Demokratie verhindern

Aus der sozialreaktionären Haltung von F. J. Strauß und der CSU ergeben sich ausgeprägt antidemokratische Herrschaftsmethoden. In politischer Disziplinierung und Unterdrückung demokratischer Kräfte, in fortgesetzten Angriffen auf die Rechte der Gewerkschaften, wird das einzige Mittel gesehen, demokratischen Widerstand gegen gesellschaftliche Mißstände niederzuhalten.

Zur Verwirklichung von Demokratie im eigentlichen Sinne des Wortes, im Sinne von Volksherrschaft, hält Strauß die lohnabhängige Bevölkerung allemal für zu dumm, wie seine Elitetheorien zeigen. Die Masse der Bürger soll sich beschäftigen mit dem überschaubaren Bereich der eigenen Familie. Für die Regelung der Staatsgeschäfte und gesellschaftlichen Angelegenheiten sind die »großen Begabungen«, d. h. eine gesellschaftliche Elite, zuständig.

Strauß hat an vielen Stellen zu erkennen gegeben, daß sein Bekenntnis zur Verfassung rein verbal ist und er die parlamentarische Demokratie nur als eine Hürde auf dem Weg zu autoritärer Staatsform betrachtet. Er propagiert und praktiziert somit eine zutiefst demokratiefeindliche Politik, die die Verletzung des Grundgesetzes getrost in Kauf nimmt – angefangen bei Berufsverböten und Betriebsbespitzelung bis zur Befürwortung des privaten Rundfunks.

Demokratie ist weder »Selbstregierung« des Volkes noch »Volksherrschaft«, sondern »Regierung und Herrschaft mit verfassungsmäßig geregelter und periodisch revozierbarer Zustimmung des Volkes. . . .

Demokratie beruht . . . auf dem Prinzip der Vielfalt der Meinungen, also jenem so entscheidenden Bereich, der zwischen Regierungsspitze und dem Wahlbürger angesiedelt ist, in dem sich die politische Willensbildung artikulieren kann und in dem die Bürger – jeweils in dem für sie überschaubaren Interessen- und Kompetenzbereich, für den sie eine realistische Einschätzung haben – aktiv werden und Einfluß ausüben können . . .

F. J. Strauß, Signale, München 1978, S. 162

Zur Selbstverwirklichung gehört unabdingbar auch die Einsicht in seine Grenzen, . . . die Bescheidenheit als Bescheid wissen über den

eigenen Platz im Ganzen. Der mündige . . . ist auch immer der, der den Mund nicht voll nimmt. . . .

Demokratisierung als Prozeß stärkerer Mitwirkung auch über die Formen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie hinaus ist so wenig steigerbar wie die Zufuhr von Sauerstoff oder die Einnahme von Nahrungsmitteln.

Die Demokratisierung der Gesellschaft ist der Beginn der Anarchie, das Ende der wahren Demokratie. Wenn die Demokratisierung weit genug fortgeschritten ist, dann endet sie im kommunistischen Zwangsstaat.

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 1. 1. 78

In dieser Situation dient die Propagierung eines plebiszitären Demokratiebegriffs, der unerfüllbare Ansprüche weckt und die Unruhe schürt, während er in Wirklichkeit die Macht der Bestorganisierten fördert, nur der Vernichtung der letzten Manövriermasse des Staates und seiner Zerstörung von innen. Ein pragmatischer Demokratiebegriff wird vor allem am Ergebnis interessiert sein, und weniger wohlmeinenden Wertungen, die die einzelnen einbringen, orientiert sein, als vielmehr an den Bedingungen der Verwirklichung der gewollten oder notwendigen Entscheidungen.

Die »radikaldemokratische Linke« betont natürlich, daß es nicht auf die Leistungsfähigkeit einer Demokratie ankomme, sondern auf die »Partizipation aller Bürger«. Aber sie tut das nur, weil sie glaubt, die Bürger dabei in die Hand bekommen zu können. Und sie redet von der Abschaffung der »Herrschaft des Menschen über den Menschen«, aber auch nur, weil sie diese »Herrschaftsfreiheit« selbst zu kontrollieren hofft. Doch dies ist eine doppelte Illusion; denn erstens gibt es in einer solchen Demokratie nichts mehr, an dem zu partizipieren sich lohnte, und zweitens provoziert sie nur den Zugriff derer, die jenseits der Mauer stehen und die die Herrschaft des Kommissars über den Menschen noch nie gescheut haben.

Mit der Rückkehr zur Bescheidenheit wird weder die Demokratie noch der Sozialstaat reduziert. Es wird nur der Herrschaftsanspruch der Ideologen und der (gar nicht so ehrlichen) Utopisten zurückgewiesen. Eine andere als eine pluralistische und pragmatische Demokratie hat es noch nie gegeben, »mehr Demokratie« als diese gibt es nicht.

F. J. Strauß, Das Verhältnis von Programm und Pragmatismus in der politischen Praxis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7. 8. 1976, S. 33/34

Die Flut der Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Ausführungsbestimmungen und Richtlinien hat in erschreckendem Ausmaß zugenommen. Die sozialistische Demokratie wird heute weniger von der marxistischen Ideologie, sondern vielmehr von der zunehmenden Bürokratisierung aller öffentlichen, privaten und auch privatwirtschaftlichen Bereiche bedroht. Dabei sind besonders die beschäftigungsfeindlichen und ausbildungshemmenden Vorschriften hervorzuheben. Dazu gehören Teile der Ausbilder-Eignungsverordnung, Teile des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Teile der Kündigungsbestimmungen, Teile des Schwerbehindertengesetzes.

Im Deutschen Bundestag, 24. 1. 1978

(Trotz Wahniederlage der Linken:) Daher erscheint die innere Sicherheit in der Bundesrepublik und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung entgegen allen optimistischen Regierungsaussagen ernsthaft gefährdet. Denn im Ergebnis sind die Feinde, die auf leisen Sohlen kommen, weit gefährlicher als diejenigen, die auf dem Marktlauthals den Umsturz fordern.

Bayern Kurier, 6. 10 73

Wir lehnen Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ab

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald 1979, S. 179

Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen.

Spiegel, Nr. 31/1970

Was wir hier in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören – in ihre Löcher.

Wahlkundgebung in Frankfurt, Die Welt, 23. 9. 1974

Der Rechtsstaat muß Zähne und Klauen haben.

Münchner Merkur, 25. 4. 1977

Diese Brüder müssen einmal gehörig am Wickel genommen werden. Die Christlich-Soziale Union, meine Damen und Herren, wird sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene sich dieses Problems annehmen. Die Landesgruppe der CSU wird prüfen, wie die Einrichtung der Demonstration und der Bürgerinitiative gesetzlich so geregelt werden kann, daß diese rechtsstaatliche durchaus zulässige Methode der Bekundung des Bürgerwillens nicht in rechtsstaatswidrige Formen umgesetzt und für umstürzerische Zwecke mißbraucht werden kann.

Rede in Passau, Bayern Kurier, 5. 3. 1977

Man sollte einmal die, die für die Freiheit des Volkes angeblich kämpfen, dem Volk überlassen, dann braucht die Polizei und Justiz sich gar nicht darum kümmern. Wir sind und bleiben Anhänger des Rechtsstaates.

CSU-Parteitag, 23./24. 9. 1974 (Manuskript)

Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der Pressefreiheit, aber diese Freiheit muß auch eine gewisse Maßstabgerechtigkeit einschließen. Und dies ist nur teilweise der Fall.

Westfälische Nachrichten, 28. 1. 1978

8. Ziel: Was links von der CDU/CSU steht, muß beseitigt werden

Sozialreaktionäre und demokratiefeindliche Politik paart sich bei F. J. Strauß mit schärfstem Antikommunismus – wobei ihm alles verdächtig ist, was links von ihm selbst steht –, mit Hetze gegen Minderheiten und vor allem gegen kritische Intellektuelle. Wer gesellschaftliche Veränderungen will, liefert unser Land dem Kommunismus aus, der als eine verheerende, ansteckende Krankheit angesehen wird.

Alle selbständig denkenden Menschen sind Strauß ein Dorn im Auge, insbesondere wenn sie ihn als Antidemokraten durchschaut und beim Namen genannt haben. Buchstäbliche Haßtiraden läßt er dabei gegen Studenten, Schriftsteller und andere Intellektuelle los, die sich auf die Seite der Demokratie und der Gewerkschaften gestellt haben. Sie vergleicht er mit »Geisteskranken« und »Tieren«, die auch als solche zu behandeln sind.

Jüngstes Beispiel für diese Intellektuellen- und Demokratenhutz ist die Bezeichnung der Schriftsteller Engelmann, Drewitz, Walser u. a. als »Ratten und Schmeißfliegen«. Ratten und Schmeißfliegen schlägt man – da sie schädliches und lästiges Ungeziefer sind – tot. So müssen die diesbezüglichen Aussagen von Strauß bzw. Stoiber als Aufforderung zur Beseitigung dieser Schriftsteller verstanden werden. Vokabular und Methoden sind die der Nazi-Faschisten – ein erschreckender Beweis dafür, daß F. J. Strauß als ehemaliges NSDAP-Mitglied seine Vergangenheit nicht bewältigt hat, daß seine Politik und Ideologie in Tradition und Affinität zur Nazi-Politik stehen.

Der Sozialismus kann nicht leugnen, daß er drei menschen- und gesellschaftsfeindliche Eigenschaften züchtet, nämlich Neid, Freiheit und Faulheit.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald 1979, S. 191

Die Sozialisten sind und bleiben die Erzfeinde marktwirtschaftlicher Freiheit. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Sozialisten sind die einzigen echten Reaktionäre unserer Zeit. Sie beziehen ihr Weltbild aus der industriellen Steinzeit.

dito, S. 188

Nun werden viele Sozialdemokraten sagen, subjektiv sicherlich zu Recht überzeugt: Das ist aber nicht unsere Vorstellung vom demokratischen Sozialismus! Auch Helmut Schmidt wird das sagen, denn er kann ja nach Bedarf und Umgebung seine politische Hautfarbe wie ein Chamäleon von rot über rosa bis zum hanseatisch-honorigen Blau wechseln, und deshalb ist er gefährlicher als die offen auftretenden Systemveränderer, weil er täuscht, wo die Wahrheit unbequem ist, weil er be-

schwichtigt, wo die Wachsamkeit des Bürgers erste Pflicht sein sollte, weil er verbirgt, wo Offenlegung notwendig wäre.

dito, S. 160

Darum ist die scheinbar vornehme Haltung der SPD-Führung nichts anderes als die Tarnfarbe für eine Hetz- und Verleumdungsmaschinerie von riesigen Ausmaßen. Die Wirklichkeit zeigte sich in Essen, Köln, Bremen, in der Zusammenarbeit der kommunistischen Jugend, der SDAJ, der Jusos, leider auch von Teilen der Gewerkschaftsjugend. Aber diese Sorge teilen wir ja mit den Gewerkschaften, und wir sind ja bereit, ihnen zu helfen. Warum ist denn der Jugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes abgelöst worden? Weil er die kommunistische Infiltration der Gewerkschaftsjugend entweder nicht erkannt, jedenfalls nicht bekämpft hat.

Das ist der geballte Einsatz, dem wir begegnet sind, der kollektivistisch-sozialistischen Internationale, mit ihr haben wir es zu tun, auf sie müssen wir uns einstellen.

dito, S. 156/157

Unser Einsatz muß dem Ziel gelten, die bis dahin elfjährige Herrschaft der Linken in Bonn wieder zu beenden. Man rede mir ja nicht ein, daß die Herrschaft der Linken mit Helmut Schmit ein Ende genommen habe. Er ist die beste Tarnfigur für das, was hinter ihm weiterhin vor sich geht.

dito, S. 153/154

Bei der heutigen Regierungskoalition handelt es sich nicht um eine normale Wachablösung, sondern um einen Wandel, ja um den Beginn eines Umsturzes. Der Zug fährt nicht in Richtung Reform, die wir als eine Daueraufgabe bejahen und vollziehen, sondern in Richtung Umsturz.

dpa, 19. 9. 1971

Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft.

Sonthofen, 18./19. 11. 1974

Über Herbert Wehner:
»Kommunistenbüschel«

Stern, 3. 4. 1975

»Mitarbeiter Josef Stalins«

FR, 25. 9. 1978

Die SPD ist eine rote Wanderdüne. Sie verschiebt sich immer mehr nach links und in Richtung Osten. (. . .) Hier lähmt die chaotische, zum Linkssozialistischen bis zum Sowjetophilen hin sich entwickelnde Gesamtpolitik der SPD die militärpolitische Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik und der Bundesregierung.

Bayern Kurier, 10. 3. 1979

Wem es bei uns hier im Bundesgebiet nicht paßt, der kann ja hinübergehen in die Sowjetzone.

Spiegel, 5. 4. 1961

Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlechtmachen. Wem es hier nicht paßt, der kann rausgehen aus Deutschland. Es wird sich dann herausstellen, ob es für diese Literaten außerhalb der Bundesrepublik noch ein Land gibt, wo sie mit ihren geistigen, halbgeistigen und ungeistigen Produkten mehr verdienen können als hier.

Hamburger Echo, 15. 2. 1964

Und ich habe den Eindruck, daß manche Leute das Interesse haben, das System nicht funktionieren zu lassen, damit sie dann vom Versagen des Systems sprechen und eine Änderung und seine Ersetzung durch ein anderes System verlangen können. Hier kamen auch die Vorwürfe auf, daß die Marktwirtschaft nicht in der Lage sei, die Probleme des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts zu lösen und daß man dafür andere Ordnungsmodelle brauche. Dann sind wir eben schon bei der kollektivistischen Daseinsgestaltung.

Zur Wahl gestellt, Belsar Verlag, S. 102

Aber nicht die CSU strebt einen Einparteienstaat an, sondern jene kommunistischen Giftmischer, mit denen Sozialdemokraten . . . engstens zusammenarbeiten.

Deutschland-Magazin, 4/78

. . . wer sein Weltbild – nicht zu verwechseln mit Weltanschauung – aus der Zeit des kommunistischen Manifests bezieht, wo es noch keinen Verbrennungsmotor, keine Elektroenergie, keine moderne Nachrichtentechnik, geschweige denn Kernenergie, moderne Informatik oder Luft- und Raumfahrt gegeben hat, wer aus dieser Zeit und den damaligen industriellen Verhältnissen, die Heilslehre für heute und morgen bezieht, das sind die Reaktionäre von heute, die Linksfaschisten mit ihrem marxistischen Glaubensbekenntnis.

CSU-Parteitag, 12./13. 9. 1975

Darum müssen die Linken weg, damit der Neid verschwindet und das Volk wieder eine gesicherte Grundlage hat.

Bayern Kurier, 13. 3. 1976

Deutschland-Magazin: Der Slogan »Freiheit oder Sozialismus« . . .
Strauß: . . . das ist kein Slogan, keine Parole. Das ist die auf eine kurze Formel gebrachte Beschreibung der historischen Auseinandersetzung zwischen der bewährten und mühsam erkämpften Freiheit des

Einzelnen und dem totalen Machtanspruch des anonymen Kollektivs.

Deutschland-Magazin, 1. 8. 1979

Die Redaktionen der Rundfunk- und Fernsehanstalten kann man bald schon Moskaus Außenposten in Deutschland nennen.

Spiegel, 26. 7. 1971

Das Wort »Berufsverbot« ist ein Requisit aus der Sprache der psychologischen Kriegsführung der Kommunisten.

Bayern Kurier 10. 3. 1979

Diese Äußerungen, mit denen das Staatsoberhaupt und der Parlamentspräsident der Bundesrepublik Deutschland sowie der Ministerpräsident eines großen Bundeslandes als Gangster bezeichnet werden, übertreffen alles, was die kommunistische Propaganda gegen Herrn Carstens, Herrn Stücklen und mich bisher an Beschimpfungen und Beleidigungen in die Welt gesetzt hat.

Welt, 8. 8. 1979

(Über Gegendemonstranten:) Ihr könnt einem ja leid tun, mit eurer erbärmlichen Dummheit. Ihr wärt die besten Schüler von Joseph Goebbels. Ihr seid die besten Nazis, die es je gegeben hat.

Wahlrede in Essen, 15. 9. 1979

Hierzu bemerke ich, daß Mitglieder der Gruppe, die sich gern außerparlamentarische Opposition nennt, in der Bundesrepublik nicht nur eine systematische Behinderung der Polizei und anderer Behörden bei ihrer Aufklärungs- und Sicherheitstätigkeit betreiben, sondern darüber

hinaus Verhaltensweisen zeigen, die sonst nur für Geisteskranke bezeichnend sind.

Fernschreiben an den Richterbund, Spiegel 28. 7. 1969

(Über linke Studenten:) . . . diese verdreckten Vietcong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben.

Spiegel 29. 7. 1968

Wir hatten doch Ende der sechziger Jahre einen Zustand der geistigen Entartung und Verformung erreicht, in dem manche glaubten, alles sei machbar.

Bayern Kurier 9. 7. 1977

Diese Personen . . . benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist . . .

Telegramm an den Bayrischen Ministerpräsidenten Goppel, Spiegel 28. 7. 1969

9. Ziel: Atomwaffen ja – Entspannung nein

Strauß verfolgt nicht nur eine aggressive, auf antikommunistische Feindbilder orientierte Innenpolitik, sondern ebenfalls eine aggressive, militante Außenpolitik. Sie stellen eine Einheit dar. Alle Bedrohung für die »freiheitliche Ordnung des Westens« kommt aus dem Osten. Der Kommunismus ist für Strauß und die Unionspolitiker einziger Gegner und im Zweifelsfalle auch Grund für einen Krieg.

Sein Endziel ist die Vernichtung des Kommunismus. Hierzu befürwortet und betreibt er eine aggressive Politik der Aufrüstung und des Wettrüstens gegen den Osten. Er strebt die Verfügungsgewalt über Atombomben für die Bundesrepublik und eine europäische Atommacht

an. Er propagiert und praktiziert den Kalten Krieg, sein Bekenntnis zu einer »realistischen Entspannungspolitik« ist rein verbaler Natur und Vehikel psychologischer Kriegsführung. Die westeuropäische Einigung – selbstverständlich unter westdeutscher Hegemonie – sieht er als unerlässlich an, um den Sozialismus zurückdrängen zu können. Seine »Deutschlandpolitik« ist chauvinistische Propaganda von einem Deutschland in den Grenzen 1937 und seiner vergangenen Größe, die es wiederzuerlangen gelte.

Die Außen- und Militärpolitik von F. J. Strauß ist ein Hohn für die antimilitaristischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Allen pazifistischen Kräften bringt sie Verachtung entgegen. Auch hier gilt, daß Machtinteressen auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen werden sollen. Der Friede ist Existenzbedingung für das erfolgreiche Wirken der Gewerkschaften, die Kosten von Aufrüstung und Krieg hat die Mehrheit der Bevölkerung zu zahlen. So soll mit Hilfe außen- und innenpolitischer Feindbilder eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung zugunsten von mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verhindert werden.

Todfeind Kommunismus

Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben.

Westberliner Kurier, 9. 3. 1965

Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.

Nürnberger Nachrichten, 13. 11. 1956

WELT am Sonntag: Sie haben in Paris gesagt, eine antideutsche Kampagne könne einen »psychologischen Schock bei den Westdeutschen auslösen und sie in die Arme Moskaus treiben«. Wie aktuell ist die Gefahr?

Strauß: Das ist keine unmittelbare Gefahr. Aber eine lang anhaltende Pressekampagne dieser Art würde im Laufe der Jahre sicherlich zu un-

erwünschten psychologischen Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland führen, die den Interessen der sowjetischen Langzeitstrategie dienen würden.

Welt am Sonntag, 28. 1. 1979

Gegen Entspannung

Die KSZE, das wird hierzulande von den wenigsten erkannt, ist wieder ein kommunistisches Unternehmen, das den Zweck hat, das nicht sozialistische Europa unter kommunistische Hegemonie zu zwingen.

Bayern Kurier 5. 7. 1975

Wir sehen die Ergebnisse dieser Konferenz (KSZE), die wir nur in groben Umrissen zu erkennen vermögen, mit den größten Bedenken und mit der größten Sorge. Das ist wiederum ein Unternehmen, genauso wie die deutschen Verträge mit Moskau, Warschau und die folgenden Verträge, in denen die sowjetische Machtposition verfestigt und die demokratischen Positionen in Europa Schritt für Schritt gefährdet und abgebaut werden.

Auf einer Parteiveranstaltung, Deutsches Fernsehen, 28. 6. 1975

Hierzu wurde auf Betreiben Moskaus die sogenannte Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) inszeniert . . . Moskau hat mit dieser Konferenz eines der größten Täuschungsmanöver dieses Jahrhunderts in Szene gesetzt.

Europäische Ideen, Heft 16, 1976

Wir sind gegen diese Verträge mit diesen Formulierungen, die von Dilettanten ausgehandelt wurden.

Wahlkundgebung, Münchner Merkur, 5. 2. 1975

Es geht auf alle Fälle darum, zu erkennen, daß die so stürmisch gefeierte »neue Ostpolitik« – man könnte auch sagen: sowjetische Westpolitik! – eine Funktion in einem größeren strategischen Konzept der Sowjetunion darstellt.

Bild am Sonntag, 23. 3. 1975

Dieses trojanische Kavalleriegeschwader der Ostverträge! Paten dieser Ostverträge waren doch Wunschdenken und Utopie, nicht Analyse und Wirklichkeitssinn.

Bayern Kurier, 18. 2. 1978

Strauß: Einige Leute suchen nach endgültigen Lösungen – nach einer endgültigen Regelung, Ost und West, möchte ich sagen. Es gibt keine endgültige Lösung, solange Eurasien in den Händen der Weltrevolutionäre ist.

Frage: Soll der »kalte Krieg« immer weitergehen?

Strauß: Ja. Leider muß ich es so ausdrücken. . .

US News and World Report, 6. 7. 1961

So sind die Ziele für die 80er Jahre: Sicherung der äußeren Freiheit und des Friedens. Ich habe bewußt dieses Ziel als erstes Ziel genannt. Die anderen sind: Sicherung der Versorgung unserer Wirtschaft mit Energie und lebenswichtigen Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen, ordnungspolitische Sicherung der Marktwirtschaft, Wiedergewinnung der finanziellen Stabilität, Erhaltung des sozialen Friedens und damit der politischen Stabilität, besondere Stärkung der Familie, ihres Zusammenhaltes und ihrer Familienkraft, Sicherung und Erweiterung des Freiheitsraumes und der Eigenverantwortung des Bürgers, Stärkung des freiheitlichen Staatsbewußtseins, Wiedergewinnung eines realistischen, auf klaren Werten beruhenden Zukunftsausblicks für die Jugend, Stärkung des Förderalismus als Grundelement einer freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Europa.

F. J. Strauß, Zur Lage, Seewald 1979, S. 167

Deutschland in den Grenzen von 1937

Ich meine, daß der Weg zur Wiedervereinigung viel mehr Geltung, viel mehr Härte, viel mehr Einigkeit, viel mehr Geschlossenheit – und – . . . viel mehr potentielle Macht auf unserer Seite verlangt.

Im Deutschen Bundestag, 31. 1. 1957

Unsere Aufgabe ist es, von Deutschland zu retten, was zu retten ist, auch gegen die neue Ostpolitik.

CSU-Parteitag, 17. 6. 1978 (Manuskript)

Europa endet nicht am Böhmerwald. Das Gebäude der europäischen Einigung, das wir errichten, schließt die daran noch nicht beteiligten Staaten nicht aus.

Welt, 21. 8. 1979

Unsere Aufgabe muß es daher sein, die deutsche Fragen offenzuhalten und die ungelöste deutsche Frage als politischen Hebel zur Erhaltung der Freiheitshoffnungen aller Deutschen im unterdrückten sowjetischen Imperium weiter zu bewahren und einzusetzen. Damit hat die ungelöste deutsche Frage eine Freiheitsfunktion für alle Deutschen im unterdrückten östlichen Europa . . .

Europäische Ideen, Heft 16, 1976

. . . dann scheuen wir uns nie zu sagen, daß für uns die Bundesrepublik unser freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat, aber ganz Deutschland in den Grenzen von 1937 unser Vaterland ist.

Bayernkurier, 14. 4. 1979

Wir weisen die Behauptung der Alleinschuld oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück.

Spiegel, 4. 8. 1969

Ich verstehe die Auffassung, daß nicht die vertragschließenden Partner das deutsche Verfassungsrecht verändern können, sondern daß die Verträge nur innerhalb der Grenzen des geltenden Verfassungsrechts ausgelegt werden können. Es gibt doch nicht den geringsten Zweifel daran, daß nach unserem Grundgesetz – dargelegt in den beiden Urteilen von 1973 und 1975 – jede Erklärung, mit den Verträgen sei auch die Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands in zwei Nationen verbunden, einen glatten Verfassungsbruch darstellen würde. Ich habe deshalb sowohl in der Öffentlichkeit wie im Gespräch mit sowjetischen und anderen Partnern aus diesem Bereich klargelegt, daß sich *«pacta sunt servanda»* auf die Erfüllung dieser Verträge bezieht, daß aber daraus nicht weitergehende Schlußfolgerungen für die ewige Teilung Deutschlands oder für die Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Nationen gezogen werden dürfen.

Bayernkurier, 22. 12. 1979

Für Atomwaffen

Ja, werden Sie sagen, da ist er wieder, der brutale Metzgerssohn, der Atombombenrassler. Nun, jawohl, ich bin für die Bombe, weil wir ihr unser Leben verdanken, aber ich bin niemals für die Bombe allein gewesen; immer für die rechte Balance zwischen Bomben und konventionellen Streitkräften.

Atombombe – ja, ich schlage zwar nicht mit dem Vorschlaghammer auf meine Nase, wenn sich mir eine Mücke draufsetzt; aber haben muß ich ihn, den Vorschlaghammer.

Die Zeit, 1. 9. 1961

. . . daß zumindest die Trägerwaffen nach dem Zweischlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind.

Welt, 12. 2. 1979

Auf das Element der atomaren Abschreckung kann Europa, wenn es Subjekt der Weltpolitik und der Weltgeschichte bleiben will, nicht verzichten.

Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 102

Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen und im Augenblick würde militärische Preisgabe Europas an die Sowjetunion bedeuten.

Regierungsbulletin, 10. 4. 1957

Der Besitz von Atomwaffen ist eine sittliche Aufgabe, um den unsittlichen Gebrauch dieser Waffen auszuschließen.

Das freie Wort, 21. 6. 1958

Es handelt sich darum, daß Eigentum und Verfügungsrecht über Kernwaffen zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmten Kriterium der Souveränität zu werden sich anschickt.

Vorlesung Washington, Georgetown Universität, Regierungsbulletin, 1. 12. 1961

Unser starker militärischer Beitrag gibt uns auch das Recht, Entscheidungen mitzugestalten – anstatt sie nur in Kommandopositionen auszuführen. Das gilt auch für den atomaren Bereich.

Bild am Sonntag, 4. 9. 1977

Das Konzept der europäischen Atombewaffnung wurde zerschlagen. Muß man nicht militärisch ein großes Risiko repräsentieren, um einen rational denkenden Gegner vom Angriff abzuhalten? Zur Souveränität gehört die Atomwaffe, unverändert.

Welt, 5. 9. 1975

Die Zeit, in der wir Deutschen wegen der Schatten der Vergangenheit gehindert waren, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, muß jetzt endgültig der Vergangenheit angehören. Die Bundesrepublik wolle von niemandem mehr – weder von Washington, noch von Moskau und auch nicht von Israel – ständig an Vergangenes erinnert und in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt werden, einen »angemessenen Beitrag

zu einer gerechten und friedlichen Entwicklung der Welt zu leisten«.

Interview, Al Ahrām, Kairo, dpa, 13. 5. 1977

Hier schauen wir nicht zu! Gerade diejenigen, die von rationaler Auseinandersetzung immer gesprochen haben, benutzen jetzt die seit dem Zünden der ersten Atombomben in Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges verständliche Urangst der Menschheit vor dem Atom für ihre parteitaktischen Ziele und spekulieren dabei auf die besondere moralische Sensibilität und Verführbarkeit der Jugend.

F. J. Strauß, Zur Lage, S. 194

Ausweitung Verteidigungsauftrag der Nato

Die Amerikaner müssen endlich wieder aus ihren Träumereien aufwachen und sich wieder ihrer weltpolitischen Verantwortung bewußt werden.

Es hat keinen Sinn, Nato-Konferenzen zu veranstalten, dort über Probleme zu reden, die es entweder nicht gibt oder die nicht vordringlich sind. Die Sicherheit Europas ist heute nicht so sehr von Helmstedt bis Passau bedroht. Die Sicherheit Europas wird heute bedroht vom Mittelmeer und von Afrika her. Deshalb muß der Verteidigungsauftrag der Nato neu definiert werden.

CSU-Parteitag, 17. 6. 1978

Deshalb muß der Westen der sowjetischen Bedrohung Afrikas entschieden entgegentreten. Das bedeutet, daß der Schutzauftrag der Nato in seiner geographischen Ausdehnung nicht so beschränkt sein kann, wie er ursprünglich einmal unter ganz anderen technischen Voraussetzungen definiert worden ist. Damit meine ich nicht die unmittelbare Entsendung von Truppen, sondern eine deutlich zum Ausdruck gebrachte Ausdehnung des politisch-militärischen Verantwortungsbeußtseins der Nato.

Deutschland - Union-Dienst, 21. 6. 1978

Verachtung des Pazifismus

Die jüngere Geschichte zeigt, daß pazifistische Strömungen, die den Eindruck eines Mangels an Wehrbereitschaft erwecken, kriegsfördernd wirken können . . . Im Fazit läßt sich . . . feststellen, daß in der gegebenen Situation ein Verzicht auf Atomwaffen Frieden und Freiheit in Gefahr bringen würde . . .

Neue Züricher Zeitung, 19. 7. 1958

. . . ich war nie ein Gesinnungspazifist, also einer, der Gewaltanwendung – gleichgültig für welchen Zweck – ablehnt. Ich möchte mich eher als Verantwortungspazifist bezeichnen, der auch durch das Ja zum militärischen Element . . . einen Betrag zur Erhaltung des Friedens leisten will.

Zur Person, ZDF, 29. 4. 1964

Es besteht doch kein Zweifel daran, daß sich die ganze kommunistische Aggressions- und Zersetzungspolitik in allen Ländern der Pazifisten bedient . . .

Zur Person, ZDF, 29. 4. 1964

Es kann eine Zeit kommen, wo eine Kaserne genauso notwendig ist wie eine Kirche.

Über Nobelpreisträger Otto Hahn (der in den 50er Jahren gegen eine Atomrüstung der Bundeswehr protestierte): Ein alter Trottel, der die Tränen nicht halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt.

Stern, 26. 3. 1975

SPIEGEL: Sie halten nichts von dem Prinzip der Bonner Regierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern?

Strauß: Dies ist auch so eine der oberflächlichen Kitschformeln, die nicht dadurch besser wird, daß sie schon von CDU/CSU-Regierungen

vorfabriert worden ist. Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nicht-Spannungsgebieten verloren haben.

Spiegel, 17. 7. 1978

10. Ziel: Geschichte vergessen und verfälschen, Faschismus rehabilitieren

F. J. Strauß spricht häufig davon, das Geschichtsbewußtsein der Jugend schärfen zu wollen. Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz geht es ihm dabei jedoch nicht um historische Wahrheit und um die Konsequenzen, die aus dem Faschismus zu ziehen, sich nach dem Krieg alle Demokraten geschworen haben.

Aufschlußreich ist, daß Strauß es verhängnisvoll fände, wenn sich Geschichtsbewußtsein vorrangig auf die Auseinandersetzung mit dem Faschismus gründete. Bezeichnend ist, daß in Bayern Lehrer ihren Schülern verbieten wollten, den Film Holocaust zu sehen.

Strauß unternimmt in Wirklichkeit alles, um die Lehren aus der Geschichte vergessen zu machen. Beispiel hierfür ist seine jüngste Kampagne zur Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sozialismus, eine Behauptung, die sich im übrigen bei Strauß seit Jahren wiederholt. Geschichtsfälschung, Lüge und beispiellose Demagogie gehören zum Repertoire der Reaktion. Die Opfer werden zu Mördern gemacht, die Fronten ins Gegenteil verkehrt. Waren es nicht die Nazis, die von Industrie und Banken jede Unterstützung erhielten, um die Organisationen der Arbeiterbewegung auszuschalten und zahllose ihrer Mitglieder und Führer in den Konzentrationslagern hinzuschlachten?! Steht nicht gerade die CDU/CSU in Tradition zur Volksgemeinschaftsideologie der Nazis, wenn sie heute die »Neutralität« der Gewerkschaften fordert sowie die Unterordnung der Arbeiter und Angestellten unter das Unternehmerinteresse unter dem Mantel des »Gemeinwohls«?!

Ziel derartiger ideologischer Kampagnen ist es, den Faschismus als

eine mögliche Lösung der Krise zu rehabilitieren und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der Politik der Reaktion auszulöschen.

Hier reihen sich auch Strauß' Aussagen zu Chile und Südafrika ein, mit denen er sich als Freund faschistischer Terror-Regimes und als gefährlicher Gegner unserer Verfassung erwiesen hat. Wenn Strauß die Friedhofsruhe Chiles als »Frieden« und »Ordnung« gepriesen hat, so läßt das ahnen, zu welchem politischen Vorgehen er auch in der Bundesrepublik gegenüber den Gewerkschaften und allen anderen demokratischen Kräften fähig wäre.

Geschichtliche Wahrheit

Ich bin ein fanatischer Anhänger der geschichtlichen Wahrheit.

CSU-Parteitag, 1978

Wir wollen unsere Jugend im Geiste der geschichtlichen Wahrheit erziehen. Ich muß dem Bayerischen Kultusministerium dafür danken, daß es die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission nicht als Unterrichtsmaterial eingeführt hat.

CSU-Parteitag, 1978

Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß die Amerikaner leider ohne militärische Notwendigkeit halb Europa der Russen überlassen haben.

CSU-Parteitag, 1978

»Antifaschismus« ist eine Vokabel zur Verschleierung der Gründe, aus denen die Kommunisten . . . gegen Hitler waren und kämpften. Sie dient der Verschleierung der Ziele des Kommunismus und überdies als Brücke einer verlogenen Gemeinsamkeit, auf die vor allem die Sozialdemokratie gelockt werden soll.

Friedrich Zimmermann, Bayernkurier, 6. 10. 1979

Wir bekennen uns zur Geschichtlichkeit unseres Daseins, auch in der bewußten Annahme unserer Geschichte, nicht nur in ihrer ständigen selbstquälerischen Bewältigung. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte, und wir wissen als Christen, daß leider das menschliche Leben einen Unglückscharakter hat, so wie die Geschichte auch einen Verhängnischarakter hat. Wir wollen mit dem Worte Verhängnischarakter nichts von Schuld und Sühne streichen. Wir wollen damit uns nicht aus der Verantwortung herausmogeln. Aber zur deutschen Geschichte haben nicht nur Hitler, Himmler, Goebbels und Göring gehört. Zur deutschen Geschichte haben die großen Kaiser des Mittelalters gehört, haben die großen Humanisten gehört, haben die großen geistigen Errungenschaften der Renaissance, der Aufklärung gehört.

F. J. Strauß, Zur Lage, S. 209/210

Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.

Der Freiwillige, Waffenscheid, April 1959

Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind. So hat es auch de Gaulle gemacht. Hinterher ist es immer möglich, sie elegant abzuservieren. Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.

Der Spiegel, 12/1970

Ich bin in meinem Leben niemals ein Anhänger des Nationalismus gewesen, ich habe ihn im Gegenteil immer für den Totengräber Europas gehalten. Aber was wir heute an Reaktion in der Öffentlichkeit zugunsten der NPD erleben, das ist die Antwort auf die jahrelange Methode, alles was deutsch ist und national heißt, in den Dreck zu ziehen.

Die Zeit, 25. 11. 1966

Ich habe ja immer erklärt, daß ich die NPD-Wählerschicht nicht schlechthin für Nazis halte.

Spiegel, 44/1970

Ich habe immer . . . erklärt, daß in unseren Augen der Nationalismus der Totengräber Europas ist. Es gibt keine europäischer orientierte Partei als die Christlich-Soziale Union. Aber wir lassen uns nicht durch Hinweis auf NPD oder auf Nationalismus daran hindern, die Wahrheit für Deutschland, Gerechtigkeit für unsere Nation . . . zu verlangen.

rororo 1414, S. 117

Keine der bestehenden Parteiformationen vertritt die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit wie die CSU. Die heimatlose Rechte braucht deshalb ein enges Verhältnis zur CSU nicht zu scheuen.

CSU-Parteitag, 5. 7. 1970,

»Nazis-Sozis«

(Zu W. Brandt:) Und als überzeugter Sozialist ist sein Denken selbstverständlich auch von jenem Absolutheits- und Ausschließlichkeitsanspruch geprägt, mit dem der Sozialismus seine politischen Ziele verfolgt. . .

Solche endzeitlichen Ziele setzen natürlich auch immer Endlösungen voraus, um alle die mundtot zu machen, die an das irdische Paradies nicht glauben wollen, die den totalen Glückszustand, wie er vorgegaukelt wird, stören könnten, die Ketzer, die Ungläubigen, die, wie Robespierre sagte, mit der falschen Moral, die mit dem falsch oder mangelhaft entwickelten Bewußtsein, die Angehörigen der falschen Klasse oder einer minderwertigen Rasse. Das sind doch die Denkkategorien des Kollektivs! Wir werden auch nicht schweigen in dieser Auseinandersetzung, denn schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus, und seine große Schwungmasse hat er nicht nur von dem Strandgut des Ersten Weltkrieges, von den Freikorps, vom verarmten Mittelstand oder vom Bürgertum bezogen, seine Schwung-

masse hat er auch von Millionen Sozialisten bezogen, die der SPD damals als Wähler davongelaufen sind.

F. J. Strauß, Zur Lage, S. 159

Das Materialsammeln, Schnüffeln, Drecksuchen, Anschließen war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrige Schüler heute die Roten sind. Besonders die braune Jauche wird von ihnen gerne benutzt – das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und menschlicher Läuterung nichts gemeinsam hat.

Bild am Sonntag, 13. 8. 1978

Der Geist der SA und SS wird heute von den Terrorbanden der Roten repräsentiert.

Bild, 15. 9. 1979

WELT am SONNTAG: Haben Sie die neuerlichen Vorwürfe vom DGB-Chef Vetter in der Diskussion über Sozialismus und Nationalsozialismus getroffen?

Strauß: Es ist, gelinde gesagt, falsch, vielleicht ein Zeugnis schlechten Gewissens, wenn man die Forderung, das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Phänomen des Sozialismus zu klären, mit groben Vorwürfen, empörten Aufschreien und vernebelten Angriffen ersticken will.

Hier geht es um die geschichtliche Wahrheit. Dieses Thema ist ein bedeutender Beitrag zur Erforschung der Wurzeln des Kollektivismus. Der Marxismus, der Faschismus und der Kommunismus sind wie der Nationalsozialismus dem Kollektivismus zuzuordnen.

Ich hoffe, daß Herr Vetter zur Einsicht kommt. Ich hoffe, daß Herr Vetter in einer ruhigen Stunde begreift, daß seine Vorwürfe über mich: •Wer so arbeitet, der arbeitet mit aller Kraft gegen Deutschland• nicht nur unberechtigt und herabsetzend sind, sondern einen bedenklichen Rückfall in der Sprachgewohnheiten des Dritten Reiches darstellen.

Auch dort ist jeder Kritiker als Volksfeind oder als Feind Deutschlands gebrandmarkt worden.

Welt, 14. 10 1979

Was uns eint, ist und sollte die Verneinung eines absoluten Feindbildes innerhalb der demokratischen Gemeinschaft sein. Wer einen Rasse-Gegner oder einen Klasse-Gegner aufstellt – einen Rasse-Gegner als Nationalsozialist, einen Klasse-Gegner, als Marxist –, der lebt im Grunde aus denselben ungeistigen Wurzeln, der lebt im Grunde aus der Verneinung der freiheitlichen, gewaltenteilenden, repräsentativen, liberalen Demokratie.

Wer diese Ordnungsform bekämpft, gehört dem kollektivistischen Lager an. Auf welcher Seite er steht. In welcher Farbe er es tut, und mit welchem Parolen er es vertritt, ist geistesgeschichtlich und moralphilosophisch gleichgültig. Es ist in beiden Fällen derselbe ungeistige Nährboden freiheitswideriger Denkweisen.

Bayern Kurier, 22. 12. 1979, Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

Der Bayern Kurier meint

Der Fachismus ist tot, aber seine Mentalität, die jener des Kommunismus so außerordentlich ähnelt, lebt in der Bundesrepublik – und seinen Nährboden findet er ausgerechnet in jener roten Erde, die von den Linken so emsig gepflegt wird. »Die Extreme berühren sich«, so heißt eine französische Weisheit: und in diesen Tagen berühren sie sich in der Bundesrepublik in besonderem Maße. So vermochte DGB-Chef Heinz Oskar Vetter die gute Fernsehstube von Millionen Deutschen in den Berliner Sportpalast unseligen Angedenkens zu verwandeln, als noch ein Goebbels dort eine Massenhysterie durch die primitivste und zugleich raffinierteste Hetze gegen alles zu erzeugen verstand, was gegen den Nazismus ins Feld zu führen war: Die Juden, die Freimaurer, die »Verschwörung überstaatlicher Kräfte«, die Plutokraten, die »Kapitalisten«, nicht zu vergessen.

Der deutsche Fernsehzuschauer hat, über dreißig Jahre hernach, ähn-

liches vorgeführt bekommen. Einen brüllenden und tobenden ehemaligen HJ-Führer namens Vetter, der gegen die Arbeitgeber wettete, im gleichen Jargon, wie es früher gegen die Leute mit den großen und krummen Nasen geschah; einen DGB-Chef, der Klassenkampf in rüdester und primitivster Form als Parole des Umsturzes ausgab; dem nichts anderes einfiel, als die Arbeitnehmer aufzuhetzen, die Straße zu mobilisieren, die leitenden Angestellten als mißbrauchbare Instrumente der Kapitalisten zu denunzieren, den FDP-Wirtschaftsminister Friedrichs als »Fürsprecher« der Kapitalisten anzuprangern, die angeblich »Kapital aus der Krise schlagen und die Bundesregierung politisch erpressen«. So viel Verleumdung auf einen Schlag: Das durfte selbst einem geläuterten Nazi nach dreißig Jahren SPD-Erfahrung nicht passieren, nicht einmal vor dem gewiß imposanten Forum von 25 000 Zuhörern, Gelenkten und nur Neugierigen, Aufgepuschten und bewußten Provokateuren, aus denen sich sein Auditorium zusammensetzte.

»Klassenkampf« nannte diese Rede zu Recht der FDP-Vorsitzende Genscher. Denn was sich Vetter, zum Thema der »paritätischen Mitbestimmung«, um in seinem Jargon zu bleiben, aus dem Halse stieß, hat mit partnerschaftlichen Zusammenwirken im Sinne Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Das ist Umsturz im Sinne des Anarchisten Bakunin, aber zugleich unvergorene revolutionäre Theorie Lenins; das ist Brandt, wenn er droht: daß nun »in den Betrieben geholt« werde – ohne Rücksicht auf Verluste.

Wolfgang Horlacher im Bayern Kurier, 15. 11. 1975

Freund der Faschisten in Chile und Südafrika

Die militärische Entscheidung in Chile verhinderte eine Gewaltstrategie der Sowjetunion in Südamerika. Dies war ein gewaltiger Schlag gegen den internationalen Kommunismus und gegen seine aggressive Expansion. Wer diese chilenischen Ereignisse nicht so sieht, wie sie sind, der ist einfach gesagt: dumm.

El Mercurio, 22. 11. 1977

Ich weiß sehr genau, daß die Informationen, die man im Ausland über die Situation in Chile liest, nicht der Wahrheit entsprechen.

Cronista, 18. 11. 1977

Ich habe keinen Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist und vor allem, weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat: Die Disziplin, den Respekt und die Hilfsbereitschaft.

El Mercurio, 20. 11. 1977

Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in ihrem Lande, gleichgültig, von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen, in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann, ich bin ein freier Chilene.

FAZ, 25. 11. 1977

Man muß sich darüber im klaren sein, daß es bei einem Putsch nicht zugeht, wie wenn Franziskaner Suppe verteilen.

Stuttgarter Nachrichten, 25. 11. 1977

Chile ist unter allen Militärdiktaturen nicht die brutalste.

Bonner Generalanzeiger, 25. 11. 1977

Es gibt heute keine Konzentrationslager mehr. Es gab fünf Lager. Es ist einfach Unsinn, davon zu reden, daß in Chile gemordet und gefoltert würde. Daß noch Festnahmen erfolgen, die dann durch Gerichtsbeschlüsse allerdings in den meisten Fällen wieder aufgehoben werden, soweit sie nicht berechtigt sind. Das kommt noch da und dort vor. Das kommt aber auch anderswo in der Welt vor.

Deutsches Fernsehen, 25. 11. 1977

Die Politik der Apartheid beruht auf einem positiven religiösen Verantwortungsbewußtsein für die Entwicklung der nicht-weißen Bevölkerungsschichten. Es ist deshalb falsch, von der Unterdrückung der Nicht-Weißen durch eine weiße Herrenrasse zu sprechen.

Spiegel, 47/1966

Die Schwarzen haben eine für ihre Verhältnisse anständige Bezahlung. . .

Bayern Kurier, 28. 5. 1966

In Afrika ist die amerikanische Lebenslüge von der Brauchbarkeit der parlamentarischen Demokratie in allen Kontinenten, zu allen Zeiten, in allen Entwicklungsphasen leider mit sehr kurzen Beinen eines frühen Todes gestorben. (. . .)

Die Oberschicht muß auch mehr als eine politische Palaverqualität haben. (. . .)

Heute morgen vernahm ich in einigen Reden etwas über Grausamkeiten der rhodesischen Streitkräfte. Ich bin der allerletzte, der behaupten würde, daß in einem Krieg die einen mildtätig und die anderen grausam sind. (. . .)

Wenn ein Krieg geführt wird, wird leider gehobelt, und wo gehobelt wird, fallen Späne. (. . .)

(. . .) die Probleme – das sage ich heute nicht zum erstenmal – einer vielrassigen Gesellschaft können nicht durch »One man-one vote« gelöst werden.

Im Deutschen Bundestag, 27. 10. 1977

Das Jahr 1978, zum »Anti-Apartheidjahr« erklärt, zeugt von einer bewußten Verengung des afrikanischen Blickwinkels, von einer fatalen Einseitigkeit und von einer gefährlichen Blindheit gegenüber den zahlreichen Bedrohungen, denen Afrika ausgesetzt ist.

Stellungnahme zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr der Vereinten Nationen, Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 18. 3. 1978

Die Autorität muß aus der Leistung kommen und die Führung von der Kompetenz. Und da brauchen die Schwarzen noch lange Zeit die Hilfe der Weißen. (. . .)

Die europäischen Länder sollten sich freimachen von der UNO-Phraseologie. Man sollte (gegenüber den Ländern des südlichen Afrika) den psychologischen Bann aufheben, echte politische Unterstützung geben, die Sanktionen gegen Rhodesien aufheben, keinen Boykott gegen Südafrika versuchen.

Die Welt, 23. 3. 1978

III. Aktuelle Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU

Die CSU beschäftigt sich mit Überlegungen, den DGB zu »unterwandern« oder eine eigene »Bayerische Staatsgewerkschaft« zu gründen. Das ergibt sich aus CSU-internen Papieren, die von der IG Metall am 27. Juni 1979 in Frankfurt auszugsweise öffentlich gemacht wurden. Es handelt sich dabei um Papiere, die unter dem Titel »Rohmaterialien zur DGB-Diskussion« in der Münchener CSU-Zentrale zusammengestellt worden sind und in denen mehrere Alternativen zur Bekämpfung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwähnt werden: Unter anderem Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes, das »Unterwandern« des DGB, die Gründung eigener Gewerkschaften und die Gründung von Arbeitskammern. »Überlegungen, eine völlig neue Gewerkschaft zu gründen und darauf zu warten, daß sich die CSU-Mitglieder aus den derzeit bestehenden Gewerkschaften dieser Organisation anschließen, ist sicher bestechend«, heißt es in den von der IG Metall veröffentlichten Texten. Danach hat die CSU errechnet, daß zur Gründung eigener Gewerkschaften ein Startkapital von 100 Mio. DM und eine Anlaufzeit von fünf Jahren erforderlich sei. – Empfohlen wird weiterhin eine aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes durch die CSU. »Man sollte von CSU-Mandatsträgern erwarten können, daß ab und zu auch von CGB und DAG gesprochen wird, wenn man sich zu gewerkschaftlichen Fragen äußert«, heißt es in den Papieren. Den CGB könnte man auch dadurch unterstützen, daß man über die Partei Kontakte mit Arbeitgeberverbänden herstellt, die derzeit noch nicht bereit sind, mit dem CGB Tarifverträge abzuschließen.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Ferdinand Koob, wies im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der CSU-Papiere durch die IG Metall darauf hin, daß die eigentlichen Nutznießer einer Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung die Arbeitgeber seien. Dies sei durchaus im Sinne des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, dessen ordnungspolitische Vorstellungen einen starken Staat, starke Arbeitgeber und schwache Arbeitnehmer beinhalten. Aus genau diesem

Grunde sei Strauß ungeeignet, als Kanzlerkandidat die ganze Union zu repräsentieren. »Es bleibt abzuwarten, ob sich in Bayern Unternehmer finden, die Strauß 100 Mio. Mark zur Verwirklichung seiner Gewerkschaftspläne vorstrecken«, erklärte Koob.

Im folgenden dokumentieren wir die von der IG Metall veröffentlichten CSU-Papiere sowie eine Reihe gewerkschaftlicher Stellungnahmen, insbesondere auch von der CDU angehörenden Gewerkschaftern, die in der parallel zur Beanspruchung der CDU/CSU-Kanzlerkandidatur durch den CSU-Vorsitzenden Strauß vorgetragene »DGB-Diskussion« seiner Partei eine Herausforderung der Einheitsgewerkschaft sehen (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, 1979, S. 39–47).

CSU: Rohmaterialien zur DGB-Diskussion

1. Vermerk Dr. Stoiber mit Anlagen
2. Vermerke zur Gewerkschaftssituation in Bayern
3. Einfluß der Gewerkschaften in der Politik
4. Die parteipolitische Gliederung des ÖGB
5. Umfrage zum Filzokratievorwurf von Prof. Biedenkopf
6. CGB-Anmerkungen zum Entwurf eines Grundsatzprogramm des DGB
7. Aus der Gewerkschaftspresse
8. Pressemeldungen

... *Gewerkschaftssituation in Bayern* **DGB**

Der DGB hat in Bayern etwa 1 Million Arbeitnehmer organisiert. Sämtliche Führungskräfte, außer den fünf uns bekannten, gehören der SPD an. Das hat auch dahingehend Auswirkungen, daß von seiten der hauptamtlichen Mitarbeiter in vielen Bereichen sehr enge Kontakte zur SPD bestehen. Der Vorsitzende des DGB, Kollege Deffner, ist gleichzeitig Vorsitzender der AfA (Arbeitnehmergruppe der SPD). Im DGB-Landesbezirksvorstand sind drei CSU-Mitglieder – allerdings nur ein hauptamtlicher Mitarbeiter (Willi Heitzer) – verantwortlich für die Abteilung Sozialpolitik.

Insgesamt konnten wir feststellen, daß sich die CSU-Mitglieder innerhalb des DGB vielfach aufgrund der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse anpassen müssen, um gegebenenfalls nicht ihre eigene Position zu

gefährden. Somit können die Unionsmitglieder vielfach in unserem Sinne nicht wirken, weil sie Gefahr laufen müssen, von der Mitarbeit ausgeschlossen zu werden.

Dies ist auch im Bereich der Betriebsarbeit eindeutig zutage getreten, insbesondere bei Bildung von Betriebs- und Personalräten. Unionsmitglieder wurden nur dann freigestellt, wenn sie sich auch dem Gewerkschaftskurs voll anpaßten. Von gelegentlichen Einzelprotesten abgesehen, bestehen für unsere Mitglieder wenig Einflußmöglichkeiten.

Neben Kollegen Heitzer sind bei der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Unterfranken und Oberpfalz noch vier weitere Sekretäre CSU-Mitglied. In den einzelnen ehrenamtlichen Vorstandsgremien der verschiedensten Industriegewerkschaften sind nur vereinzelt Unionsmitglieder vertreten.

Nachdem es keine offizielle Betriebsräte-Meldung gibt, ist die Dunkelziffer der nichterfaßten Betriebsratsmitglieder ziemlich hoch; lediglich die CGB-Verbände stellen uns ihre Anschriften zur Verfügung. Ansonsten sind wir bei der Erfassung auf die Angaben der CSA- und CSU-Meldungen angewiesen.

Betriebsgruppen

Der Schwerpunkt unserer Betriebsgruppenarbeit ist im Bereich Schweinfurt, Nürnberg, Augsburg und München. Gerade dort, wo funktionierende CGB-Gruppen vorhanden sind, konnte sich eine Betriebsgruppe entwickeln. In vielen Bereichen ist aber auch eine Betriebsgruppenarbeit daran gescheitert, daß innerhalb der CSU/CSA-Betriebsgruppenmitgliedern eine unterschiedliche gewerkschaftliche Bindung vorhanden ist und manche Energie und Kraft mit persönlichen Auseinandersetzungen aufgewendet werden. Die Betriebs- und Personalratswahlkämpfe schlagen sich dann auch in der Betriebsgruppenarbeit nieder. In den Betrieben, in denen keine unterschiedliche gewerkschaftliche Gruppierung vorhanden ist, ist die Arbeitsmöglichkeit wesentlich besser.

Politische Konsequenz

Aufgrund der personellen Verflechtung zwischen DGB und SPD bleibt ein Unterwandern von CSU-Mitgliedern stets wirkungslos. Die Mehrheiten werden stets – wie in vielen anderen Bereichen auch – die Min-

derheiten eindeutig überstimmen, zumal die Masse der DGB-Mitglieder nicht mobilisiert werden kann und viele Gewerkschaftsmitglieder aufgrund der betrieblichen Situation DGB-Mitglied sind. Die Hilfestellung für die SPD wird sich jeweils vor Wahlkämpfen sehr stark auswirken. Es wäre deshalb erforderlich, daß man insbesondere mit den nicht-sozialistisch geführten Gewerkschaften engere Kontakte knüpft, um diesen die Arbeit wesentlich zu erleichtern. Bei der DAG dürfte sich dies im laufenden Kontaktgespräch beschränken, zumal die DAG selbst keine weitere Einbindung wünscht.

Für den CGB bedeutet dies aber auch eine wesentliche Stärkung von seiten der CSU, soweit es deren Arbeit betrifft. Der CGB ist derzeit weder im Senat noch im Rundfunkrat vertreten. Dies gibt ihm nach außen hin nicht die Möglichkeit, als echte gewerkschaftliche Alternative zu wirken. Auch bei der Besetzung von Ausschüssen, die für die gewerkschaftlichen Organisationen zur Verfügung stehen, wurde der CGB vielfach nicht oder nur schlecht berücksichtigt (z. B. Landesfrauenausschuß für Berufsbildung, Jugendarbeitsschutzausschüsse). Darüber hinaus müßte man auch vor allem bei den Mandatsträgern erreichen, daß nicht nur immer von den Gewerkschaften oder vom DGB gesprochen, sondern noch differenziert wird. Man sollte von CSU-Mandatsträgern erwarten können, daß ab und zu auch vom CGB und der DAG gesprochen wird, wenn man sich zu gewerkschaftlichen Fragen äußert. Für die CGB-Mitglieder ist es wichtig, daß auch ihre Organisation nicht stets mißachtet wird und sich die Kontakte nur auf oberer Ebene abspielen. Den DGB könnte man auch dadurch unterstützen, daß man über die Partei Kontakte mit Arbeitgeberverbänden herstellt, die derzeit noch nicht bereit sind, mit den CGB-Verbänden Tarifverträge abzuschließen. So haben wir z. B. in der chemischen Industrie die paradoxe Situation, daß ein Tarifvertrag für den Angestelltenbereich abgeschlossen wurde, aber für die gewerblichen Arbeitnehmer kein Tarifabschluß mit dem CGB besteht, obwohl Betriebsgruppen bei Hohechst in Gendorf und Gersthofen vorhanden sind.

Fraktionsbildung

In vielen Gewerkschaftsdiskussionen wird immer wieder vom österreichischen Modell gesprochen, wo es nur einen Gewerkschaftsbund gibt und für die politischen Gruppierungen eigene Fraktionen vorhanden sind. Dies wird auch vielfach als Idealfall für die Bundesrepublik dargestellt. Bei genauer Betrachtung ergibt sich aber, daß auch in Österreich

die Mehrheitsverhältnisse eindeutig zu Gunsten der SPÖ geregelt sind und die christlichen Fraktionen in vielen Bereichen nur ihre Minderheitevoten abgeben können. Auch dieses Organisationsschema ist nicht für die Partei hilfreich, sondern lediglich für die Gewerkschaft selbst, die im Rahmen von gewerkschaftlichen Aufgaben, soweit sie nicht mit ideologischen Grundsätzen verbunden sind, einheitlicher auftreten kann.

Als Folge aus der aufgezeigten Situationsbeschreibung der Gewerkschaftssituation in Bayern ergibt sich, daß ein Unterwandern bzw. eine Änderung der Haltung des DGB durch aktive Mitarbeit der Unionsmitglieder sicher nicht möglich ist. Tatsache ist aber auch, daß der DGB die allein dominierende Kraft der gewerkschaftlichen Situation in Bayern darstellt. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der DGB in seiner Spitze zwar im Rahmen der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung als Einheitsgewerkschaft auftritt, die einzelnen 17 Industriegewerkschaften aber in weiten Bereichen doch eine eigenständige Politik betreiben. Dies wird insbesondere in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen deutlich. Gegenüber den Mitgliedern und Unorganisierten ist wichtig, daß der DGB, mit wenigen Ausnahmen abgesehen, der alleinige Verhandlungspartner bei Tarifverhandlungen in Bayern ist und daß die anderen Gewerkschaften nur sogenannte Anschlußverträge (oder wie es der DGB bezeichnet, Abschreibverträge) abschließen kann.

Der Begriff der Einheitsgewerkschaft wird von seiten des DGB seit längerer Zeit als Alleinvertretungsanspruch im gewerkschaftlichen bzw. im sozialpolitischen Vorfeld ausgelegt. In weiten Bereichen – hier insbesondere bei den einzelnen Industriegewerkschaften, so z. B. IG Metall und IG Chemie, ist eine deutliche Tendenz in Richtung einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft zu verzeichnen. Dies wird insbesondere deutlich, als eine große Anzahl von Mitgliedern der einzelnen Industriegewerkschaften auch der DKP angehören und über die Gewerkschaftsarbeit Betriebsratsmitglieder geworden sind. Eine genaue Anzahl läßt sich für Bayern nicht feststellen.

Konsequenzen für die CSU

Ohne eine Wertung der einzelnen Lösungsvorschläge vornehmen zu wollen, soll hier einmal versucht werden, die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die CSU in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung wich-

tig, daß nur ca. 30 Prozent der Arbeitnehmer in einer der Gewerkschaften organisiert sind. Seit Jahren stagnieren im wesentlichen die Zahlen der Gewerkschaften. Über 70 Prozent der Arbeitnehmer sind unorganisiert und waren bisher nicht bereit, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Diese Mitgliederzahlen machen auch deutlich, daß eine sogenannte Abstimmung mit den Füßen stattfindet und im Hinblick auf die Wahlerfolge der CSU in Bayern eine entsprechende Umsetzung durch eine aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften durch die Arbeitnehmer nicht stattfindet. Diese Unorganisierten sind auch nicht bereit, sich dem DGB oder der DAG anzuschließen. Daraus ergibt sich für die CSU, daß eine eindeutige Stellungnahme für eine Gewerkschaft und eine damit verbundene Aufforderung an die Unionsmitglieder bzw. Wähler, dieser Gewerkschaft beizutreten, sicherlich nicht erfolgreich sein wird. Die bisher vertretene Auffassung der CSU, daß sie sich zur pluralistischen Gewerkschaftsbewegung bekennt, hat gegenüber unseren Mitgliedern in den einzelnen Gewerkschaften eine gewisse Neutralisierung bewirkt. Die 30 Prozent Gewerkschaftsmitglieder befinden sich überwiegend in Großbetrieben, deshalb hat Bayern gegenüber Nordrhein-Westfalen eine bessere Ausgangslage.

In den sechziger Jahren wurde auch darüber diskutiert, ob nicht eine »Anti-DGB-Gewerkschaft« durch Zusammenlegung der DAG und des CGB gegründet werden könnte. Diese Diskussion ist aber zwischenzeitlich in beiden Gewerkschaften im negativen Sinne verlaufen. Der letzte Bundeskongreß der DAG hat durch einen Beschluß deutlich gemacht, daß eine Öffnung der DAG zur Aufnahme von gewerblichen Arbeitnehmern nicht hingenommen wird. Eine solche Zusammenlegung, die von der Partei sicher nicht beeinflußt werden kann, würde auch dazu führen, daß innerhalb der DAG die SPD-Mitglieder sich sicherlich abspalten würden und den einzelnen DGB-Gewerkschaften beitreten, so daß letztlich eine Stärkung des DGB stattfände und der Einheitsgewerkschaftsgedanke im Angestelltenbereich damit nicht mehr vorhanden wäre.

Überlegungen, eine völlig neue Gewerkschaft zu gründen und darauf zu warten, daß sich die CSU-Mitglieder aus den derzeit bestehenden Gewerkschaften dieser Organisation anschließen, ist sicher bestechend. Würde man diesen Überlegungen ernsthaft beipflichten wollen, so wäre hierbei sicherzustellen, daß schlagartig ein Netz von hauptamtlichen Mitarbeitern mit entsprechenden Gewerkschaftsbüros aufgebaut würde. Diese Gewerkschaftsbewegung müßte auch so attraktiv gestaltet sein, daß es innerhalb kürzester Zeit gelänge, einen großen Teil der Unorganisierten in diese Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Eine

grobe Überschlagsberechnung hat ergeben, daß hierfür ein Startkapital von ca. 100 Mio. DM notwendig wäre, um diese Aktion mindestens 5 Jahre durchzuhalten. Erst danach würde sich herausstellen, ob dieser Weg sinnvoll war. Der hauptamtliche Mitarbeiterstab müßte, um überhaupt gegenüber den DGB-Gewerkschaften wirksam auftreten zu können, in Bayern ca. 50 Mitarbeiter einschließlich der Verwaltungskräfte betragen. Dieses Mitarbeiterreservat ist unabhängig von den dafür notwendigen Geldmitteln nicht zur Verfügung. Eine weitere Unbekannte in dieser Überlegung ist, inwieweit die Arbeitgeber bereit wären, in Tarifverhandlungen mit einer solchen Gewerkschaft einzutreten. Gegenüber den Mitgliedern wäre eine eigene Gewerkschaftsbewegung nur dann glaubhaft zu vertreten, wenn es ihr gelingt, auch eigenständige tarifpolitische Zielsetzungen gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen. Es ist aber davon auszugehen, daß der DGB sofort dagegen Stellung bezieht und versuchen wird, durch »überzogene« Tarifforderungen zu einem Streik zu gelangen, um die Arbeitgeber von Tarifverhandlungen mit einer neuen Gewerkschaft abzuhalten.

Bereits jetzt sind hin und wieder Tendenzen festzustellen, daß verschiedene Arbeitgeber es gar nicht gerne sehen, daß sich Unionskollegen in der Betriebsratstätigkeit arrangieren, weil damit Unruhe in die Betriebe getragen wird, d. H., daß das vielerorts getragene Arrangement mit den DGB-Betriebsräten dadurch durchbrochen wird.

Im letzten Jahr wurde im Rahmen der Jungen Union darüber diskutiert, ob durch ein Verbändegesetz die Gewerkschaften nicht in Schranken gewiesen werden könnten. Diese Überlegungen sind sicherlich politisch weiter zu diskutieren, beinhalten aber, daß ein Verbändegesetz – ausschließlich auf die Gewerkschaften zugerichtet – sicher politisch nirgendwo durchzusetzen ist. Ein Verbändegesetz, das alle übrigen Verbände mit in eine gesetzliche Regelung zwingt, wird sicherlich von allen Interessengruppen politisch bekämpft werden und damit eine große Auseinandersetzung im politischen Bereich herbeiführen.

Es wurde bereits festgestellt, daß 70 Prozent der Arbeitnehmer unorganisiert sind. Trotzdem erhebt der DGB auch im politischen Raum den Anspruch, für alle Arbeitnehmer zu sprechen. Er ist damit zu einer »Gegenmacht« der politischen Parteien geworden. Seine politische Betätigung, die sehr oft einseitig politisch ausgerichtet ist, bewegt sich nun in einem sehr breiten Feld. Dies wurde besonders deutlich bei der Diskussion um die Ostverträge bzw. den § 218. Eine »Neutralisierung« der Gewerkschaften bzw. ein Wiedereinbinden auf ihre ursprünglichen, tarifpolitischen bzw. Rechtsschutzstätigkeit würde sich dadurch ergeben, wenn es gelingen würde, Arbeitskammern zu errichten. Dabei wären si-

cherlich große politische Vorbehalte zu überwinden. Derzeit haben sich alle Gewerkschaften bzw. Arbeitgeberverbände gegen die Errichtung von Arbeitskammern ausgesprochen. Auch innerhalb der Partei ist die Errichtung von Arbeitskammern nicht unumstritten. Es besteht auch die Gefahr, daß diese mittelfristig gesehen, wiederum ein Instrument der derzeit bestehenden Gewerkschaften werden.

Nachstehender Aufgabenkatalog soll zeigen, welche Interessen von den Arbeitskammern vertreten werden. Viele dieser Aufgaben werden derzeit von den Gewerkschaften vorgenommen:

1. Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in allen einschlägigen sozial-, wirtschafts- und berufspolitischen Fragen;

2. Beratung der Arbeitnehmer in arbeits- bzw. sozialversicherungsrechtlichen Fragen;

3. Beratung von Regierung und Behörden durch Gutachten und Berichte sowie Anhörung vor Erlaß von Gesetzen und Verordnungen, die Arbeitnehmer berühren;

4. Durchführung einer intensiven Bildungsarbeit der Arbeitnehmer (dies wird insbesondere interessant im Hinblick auf die Diskussion »Einführung eines Bildungsurlaubs«);

5. Arbeitskammern könnten staatliche Aufgaben wie z. B. Angelegenheiten des Arbeitsschutzes, Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer übertragen werden.

Durch diese Aufgabenstellung kann die Arbeitskammer in der Gesellschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, im kulturellen Bereich sowie der Erholung und Freizeit und vor allem in Fragen der Fortbildung eine umfassende Tätigkeit wahrnehmen. Diese Aufgaben werden heute größtenteils von den Gewerkschaften und insbesondere von den DGB-Gewerkschaften wahrgenommen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Eine Änderung der bestehenden Gewerkschaftsstruktur ist von außen sicherlich derzeit nicht möglich. Eine aktive Mitarbeit der Unionsmitglieder in den Gewerkschaften, insbesondere im DGB, findet nicht statt. Bei Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften von seiten der Union sollte immer gezielt auf die einzelnen verantwortlichen DGB-Gewerkschaften bzw. deren Funktionäre hingewiesen werden. Eine pauschale Kritik an den Gewerkschaften ist sicherlich nicht sinnvoll, da dadurch unsere in den Gewerkschaften tätigen Mitglieder noch mehr ins Abseits gedrängt werden. Eine politische Umkehr der Gewerkschaften und eine Hinwendung zur Unionspolitik werden sich sicherlich generell nicht durchsetzen lassen. In einzelnen Teilbereichen, so z. B. der gesetzlichen Sozialversicherung, sind deckungsgleiche politische Zielvor-

stellungen vorhanden, die aber nur in verbalen Bekundungen gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden. Kommt es letztlich zur politischen Auseinandersetzung in Parlamenten, dann stimmen auch dort die Gewerkschafter mit den entsprechenden Fraktionen ohne Rücksicht auf die Beschlüsse bzw. Vorstellungen ihrer einzelnen Gewerkschaften.

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft würde erfordern

- eine pluralistische Binnenstruktur,
- Minderheitenschutz,
- Transparenz der Entscheidungen,
- Sicherung der Partizipation der Mitglieder,
- Beschränkung auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung und
- parteipolitische Neutralität.

Diese Zielvorstellungen sind gerade bei den DGB-Gewerkschaften heute in weiten Bereichen verlassen. Dies führt sicherlich auch dazu, daß viele Unorganisierten sich nicht mehr in einer der DGB-Gewerkschaften organisieren lassen. Diese Unorganisierten sind aber auch nicht bereit, einer der übrigen Gewerkschaften wie DAG oder CGB beizutreten. Zum Teil liegt dies an der tarifpolitischen Situation und beim CGB besonders an der nicht vorhandenen bzw. nicht möglichen Öffentlichkeitsarbeit.

Kolumne des Generalsekretärs der CSU, Edmund Stoiber, in der »Welt der Arbeit« (v. 1. 2. (v. 1. 2. 1979): »Einheitsgewerkschaft« sowie Anmerkung des stellvertretenden Chefredakteurs Erwin Ortman

Einheitsparteien und Einheitsgewerkschaften sind üblicherweise in Diktaturen, vornehmlich der sozialistischen Ostblockstaaten, anzutreffen. Im Gegensatz dazu ist in unserer freiheitlichen Verfassung die Parteienvielfalt und der Gewerkschaftspluralismus fest verankert.

Unter den verschiedenen Gewerkschaften ist es den DGB-Gewerkschaften selbstverständlich völlig unbenommen, sich durch ihre Gewerkschaftssatzung gegenüber den Mitgliedern zur Überparteilichkeit und parteipolitischen Neutralität zu verpflichten und damit für Arbeitnehmer aller politischen Parteien offen zu stehen. Das Satzungsgebot

der Überparteilichkeit einer Einheitsgewerkschaft wird allerdings in folgenschwerer Weise gebrochen, wenn die DGB-Gewerkschaften bei den Bundestagswahlen 1976 in über 100 belegbaren Beispielfällen Wahlhilfe für die SPD geleistet haben.

Es kann der CSU nicht gleichgültig sein, wenn sich Gewerkschafter in ihrer Eigenschaft als DGB-Funktionäre in der Öffentlichkeit für die SPD einsetzen, SPD-Wählerinitiativen begründen, sich als Wahlkämpfer für die SPD zur Verfügung stellen, SPD-Werbematerial unter die Leute bringen, Gewerkschaftsveranstaltungen zu Wahlkampfveranstaltungen der SPD umfunktionieren, in der Gewerkschaftspresse Stimmung gegen die beiden Unionsparteien und vor allem gegen Franz Josef Strauß machen und die SPD im Wahlkampf mit Gewerkschaftsgeldern unterstützen.

Aber nicht nur bei den Bundestags-, sondern auch bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern hat der DGB erneut die SPD durch massive Wahlhilfe unterstützt. Ich kann hier auf einschlägige Erfahrungen aus meinem eigenen Wahlkreis zurückgreifen. Die Zeitschrift »Metall« hat bei einer Auflage von rund 2,5 Millionen Exemplaren rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Bayern einen jener Anti-Strauß-Artikel lanciert, um ihn als Sympathisant ausländischer Terroristen anzuschwärzen. Der DGB-Vorsitzende Vetter ist wegen seines gegen Franz Josef Strauß gerichteten Anwurfs, man müßte dem Schweinehirten von Passau seine Parolen in den geschwollenen Hals zurückstoßen, inzwischen rechtskräftig verurteilt worden.

Auch hat es nichts mehr mit Arbeitskampf zu tun, sondern mit politischer Parteinahme, wenn bei dem Streik der IG-Metall die Parole auftaucht: »Strauß, Kohl und Esser, Arbeitsplätzefresser«. Zumal Bundeskanzler Schmidt, der ja für die Richtlinien der Politik die Hauptverantwortung trägt, ebenso wie der für das Tarifgebiet zuständige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen völlig ungeschoren bleiben.

Der krönende Abschluß, die Idee der überparteilichen Einheitsgewerkschaften des DGB um die letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit zu bringen, ist die Spitzenkandidatur des DGB-Vorsitzenden Vetter, des IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild und des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer auf der SPD-Liste zur Europawahl. Nicht, daß gegen die Kandidatur für das Europaparlament selbst etwas einzuwenden wäre. Dies ist ein bürgerliches Jedermannsrecht. Ein überparteiliches DGB-Amt und ein parteipolitisches SPD-Mandat sind aber nach der Satzung des DGB mineinander unvereinbar. Das gilt selbstverständlich für alle Parteien.

Daher fordere ich die Herren Vetter, Hauenschild und Loderer in aller Form auf, es nicht auf einen Rechtsstreit über die Durchsetzbarkeit der Satzung des DGB ankommen zu lassen, sondern nach dem Antritt

des Europamandates für die SPD das Amt als Vorsitzender im DGB bzw. in den beiden Industriegewerkschaften abzugeben. Die CSU wird es nicht tatenlos hinnehmen, wenn die Bezeichnung Einheitsgewerkschaft heute tatsächlich leider nichts anders mehr zum Ausdruck bringt, als die Einheit von SPD und DGB.

Als Antwort auf die braune Diktatur entstand nach 1945 der Deutsche Gewerkschaftsbund. Wer einen solchen in Aktion und Gesinnung einheitlichen Bund heute mit den »Einheitsgewerkschaften« in sozialistischen Diktaturen in einen Topf wirft, handelt unverantwortlich. Die auf dieser Seite abgedruckte Kolumne des CSU-Generalsekretärs Stoiber enthält nicht nur diesen Tatbestand, sie ist auch in Ton, Stil und in anderen Aussagen aggressiv und unverschämt. Sie verletzt das Gastrecht, das allen Generalsekretären der großen politischen Parteien seit Jahren eingeräumt wird. Herr Stoiber übersieht zum Beispiel, daß führende CDA-Gewerkschafter ebenfalls auf den Europalisten der CDU kandidieren. Stoiber will offensichtlich weiter übersehen. Er will mit zweierlei Maß messen. Nur so ist es erklärbar, daß er die Kandidatur des Handwerker-Präsidenten Paul Schnitker auf der Europaliste der Union verschweigt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks ist als Spitzenorganisation ein dem DGB durchaus vergleichbarer Einheitsverband. Möge diese Kolumne deshalb dazu beitragen, unseren Lesern das zu verdeutlichen, seltsame Demokratieverständnis des Generalsekretärs der CSU zu verdeutlichen.

Erwin Ortman

Erklärung des DGB-Landesbezirksvorstandes Rheinland-Pfalz vom 29. Juni 1979: CSU-Anschlag auf Einheitsgewerkschaft verurteilt

Der DGB-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz betrachtet die Einheitsgewerkschaft als eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Errungenschaften in Nachkriegsdeutschland sowie als Voraussetzung und Garant wirksamer Vertretung der Arbeitnehmerinteressen.

Die Absichten der CSU, die Einheitsgewerkschaft zu zerstören, richten sich gegen ein von der christlichen Arbeitnehmerschaft mitgetragenes Organisationsprinzip, gegen die grundgesetzlich verankerte Autonomie der Gewerkschaften und gegen ein tragendes Element des sozialen und demokratischen Rechtsstaates.

Diesen Beschluß des Landesbezirksvorstandes erläuterte heute der DGB-Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach.

Der DGB-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz verurteilt die in sogenannten Strategiepapieren der CSU und in Aussagen des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber enthaltenen Angriffe gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund auf das schärfste. Äußerungen dieser Art, auch wenn sie im nachhinein als Gedankenspiele bezeichnet werden und damit ihre politische Brisanz verlieren sollen, sind nicht nur geeignet, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und seine Anhänger zu diskreditieren. Vielmehr lassen Wortlaut und Geist dieser Äußerungen darauf schließen, daß die CSU gewillt ist, den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften und Industriegewerkschaften entscheidend zu schwächen und in Richtungsgewerkschaften zu spalten.

Artikel von Karl Heinz Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, in der »Welt der Arbeit« (v. 28. 6. 1979): CSU steuert Spaltung der Gewerkschaften an

Manfred Hettlage, Mitarbeiter der CSU-Landesleitung, ließ die Katze zu früh aus dem Sack, wonach bei starken Kräften der CSU Überlegungen zur Gründung eigener Gewerkschaften geplant sind. Hettlage wurde zurückgepiffen und handelte sich prompt das Dementi des CSU-Pressesprechers ein. Dennoch, die Meldung der IG Metall trifft zu. Bereits am 17. April 1979 verschickte CSU-Generalsekretär Stoiber umfangreiches »Rohmaterial« zur Gewerkschaftsfrage an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der Jungen Union zur Vorbereitung eines Parteikongresses für 1980, auf dem die Gewerkschaftsfrage »breit disku-

tiert« werden soll. In den Rohmaterialien heißt es u...: »Vor jeder Diskussion um eine 4. Partei sollte zuerst eine Diskussion über die 2., 3. und 4. Gewerkschaft geführt werden.« In der Demokratie könne Macht nur durch Gegenmacht kontrolliert werden. Eine Pluralität mehrerer Gewerkschaften sei aber ein gesellschaftspolitisches Erfordernis. Fünf Erwägungen werden mit dieser Darlegung verknüpft, deren Ziel es ist, die Kraft des DGB und seiner Gewerkschaften zu schwächen.

1. Bildung von Arbeitnehmerkammern,
2. die Fraktionsbildung nach österreichischem Muster,
3. Unterwanderung des DGB durch den Masseneintritt konservativer nichtsozialistischer Arbeitnehmer,
4. Aufbau einer neuen Gewerkschaft,
5. Unterstützung des CGB.

Die Verfasser der Rohmaterialien kommen zu der Auffassung, daß von den fünf Alternativen die wirksamste Möglichkeit vorerst in der massiven Unterstützung des Christlichen Gewerkschafts-Bundes zu sehen sei. Die christlichen Parteien hätten die Möglichkeit in der Hand, den CGB aus der »Verwünschung des Dornröschenschlafs« zu erlösen. Die Verfasser sind überzeugt, daß zur Lösung der Gewerkschaftsfrage ein langer Atem gehöre. Hier könne nicht kurz vor den Bundestagswahlen durch hastige Einzelschritte ein nachhaltiger Erfolg erreicht werden. Wenn in der Gewerkschaftsfrage eine nachhaltige Änderung der bestehenden Verhältnisse erreicht werden soll, dann müßten über eine Zeitdauer von mindestens ein bis zwei Legislaturperioden entsprechende Initiativen ergriffen und auch durchgehalten werden.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Nach meiner Meinung bereiten bestimmte Kräfte in der CSU unter Führung des Generalsekretärs die Spaltung der deutschen Einheitsgewerkschaft vor. Stoiber will allerdings verhindern, daß die Absichten vorzeitig an die Öffentlichkeit dringen, daher sein schnelles Dementi. Ähnlich wie bei der Auseinandersetzung um die Einheit in der Union, der Schaffung der 4. Partei und des Kanzlerkandidaten möchte er Zeitpunkt und Marschrichtung selbst bestimmen. Offenbar ist die »Lösung der Gewerkschaftsfrage« nach Stoibers Muster für 1980 geplant. Denn vorher muß das Koordinatensystem der Parteien verändert werden. Das heißt, totale Kapitulation der CDU mit einem CSU-Kanzlerkandidaten oder 4. Partei mit weitgehenden Wirkungen auf alle demokratischen Parteien, danach Veränderung der Gewerkschaftsstruktur in der Bundesrepublik als zwangsläufige Folge des veränderten politischen Umfeldes.

Dabei wird wohl bewußt die Veränderung des politischen Grundmusters unseres Landes sowie die Zerstörung geltender Strukturen der gesellschaftlichen Gruppen, die dieser Republik 30 Jahre Kontinuität und Stabilität gewährleisten, in Kauf genommen. Dies kann zu einer Entwicklung führen, die zwar am Anfang bestechende neue politische Machtverhältnisse verspricht, an deren Ende aber ein politischer Scherbenhaufen sein wird. Deshalb ist es Aufgabe der organisierten Arbeitnehmerschaft, heute noch geschlossener zusammenzustehen. Gerade CSU-Mitglieder und Wähler sollten es sich nicht bieten lassen, daß Außenstehende, die alleine parteistrategische und machtpolitische Ziele verfolgen, dies alles zerschlagen.

Leitartikel von Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, in der Gewerkschaftszeitung »Metall« (14/1979 v. 18. 7. 1979): Herausforderung wird angenommen

Über alle Parteien und weltanschaulichen Differenzen hinweg haben die Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg Sie überwunden damit die gewerkschaftliche Zersplitterung und die gewerkschaftspolitische Ohnmacht der Weimarer Zeit. Diese mutige historische Entscheidung hat die Arbeiterbewegung wieder stark gemacht. Der neue Anfang hat sich bewährt. Auf die Erfolge von 30 Jahren DGB können wir in diesem Jahr mit Stolz und Zufriedenheit zurückblicken.

Diese Einheit und Stärke versucht nun die CSU in Frage zu stellen. Bedroht wird damit auch arbeitnehmerfreundliche Politik, für die es in den politischen Parteien engagierte Befürworter gibt. Bedroht wird damit die Einheit der deutschen Gewerkschaften und damit der gewerkschaftliche Einfluß auf die Reformpolitik.

Man will mit der Drohung einer bayerischen Staatsgewerkschaft unter der straffen Führung der CSU den DGB und seine Einzelgewerkschaften einschüchtern und gefügig machen. Man will den Keim von Zwietracht in unsere Reihen säen.

Wer an der Einheitsgewerkschaft rührt, verändert die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wer an der Einheitsgewerkschaft die Axt anlegt, gefährdet die politische Stabilität unseres Landes.

Das alles weiß ein politischer Profi wie Franz Josef Strauß. Dennoch sieht er zu, wie seine politische Umgebung dieses kostbare Gut gewerkschaftlicher Einheit aufs Spiel setzt.

Diese Herausforderung wird von uns angenommen. Wir fürchten sie nicht. Mit uns kann der Kanzlerkandidat der Unionsparteien nicht so umspringen wie mit seinen Parteifreunden.

Wir müssen damit rechnen, daß in den nächsten Wochen und Monaten eine antigewerkschaftliche Kampagne in Gang gesetzt wird, in der unsere Funktionäre verleumdet und unsere Erfolge in den Schmutz gezogen werden. Man wird unsere Organisation verteufeln und unsere Ziele verfälschen.

Das alles bringt uns nicht von unserem Kurs ab. Wir sind von der gemeinsamen gerechten Sache überzeugt. Wir werden mit allen Mitteln verhindern, daß durch einen politischen Erdrutsch die Arbeitnehmerinteressen verschüttet werden. Wer den Wind der Zwietracht sät, soll den Sturm unserer Solidarität ernten.

IV. Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß

Im folgenden veröffentlichen wir Stellungnahmen, die in Heft 10/1979 der Blätter für deutsche und internationale Politik erschienen sind.

Willi Bleicher*

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind gewarnt

Mit der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU treten die Fronten zur Bundestagswahl 1980 offen zutage. Strauß ist nicht irgendeiner der austauschbaren Führer der Union. Mit ihm tritt der Führer des äußersten rechten, aggressivsten Flügels dieser Partei zur Macht, und niemand kann sagen, daß Strauß seine rechtskonservativen, reaktionären Ziele je verheimlicht hätte. Seine Sonthofener Rede unterstreicht mit großer Klarheit und Rücksichtslosigkeit, gepaart mit Brutalität, seine Absichten. Bereits 1965 proklamierte er: »Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben.« Und 1974 in Sonthofen: »Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.« Der ewige Kanzlerkandidat und Fraktionsführer der CDU/CSU, Helmut Kohl, ist sang- und klanglos in der Versenkung, im zweiten Glied verschwunden und mit ihm sein und seiner Partei Favorit Albrecht, der den machtpolitischen Finessen der bayerischen Schwesterpartei bereits im Anlauf erlegen ist. Wie kommt es, daß der grobschlächtige Bayer Strauß, bisher mehr Außenseiter der Union, ein Mann, auf dessen Weste die dunklen Flecken mißliebiger Affären und Skandale nicht mehr wegzuretuschieren wa-

ren, nun als Kandidat und Retter der Union auf den Schild gehoben wurde?

Jahrzehntelang hatte dies als unmöglich gegolten, nicht nur in Nord- und Westdeutschland. Es ist auch nicht allein die Ungeduld der Union, nach elf Jahren Opposition wieder an die Regierung zu kommen, einer Partei, die vor allem unter Adenauer zwanzig Jahre an der Macht war und die Fundamente der bürgerlichen Restauration gelegt hatte, daß sie nun einen entscheidenden Schritt von ihrer bisherigen Position weg nach rechts hin vollzieht und sich in die Hand eines Strauß begibt. Die Ursache für einen solchen Sinneswandel liegt in der Veränderung der materiellen Bedingungen, die solchen politischen Änderungen den Boden bereiten. Nach marxistischer Auffassung muß nicht nur die Idee zur Wirklichkeit führen, sondern auch die Wirklichkeit zur Idee. In unserem Fall heißt das, die objektiven Verhältnisse haben sich soweit verändert, daß der Kapitalismus neue politische Lösungsmöglichkeiten ins Auge faßt. Als Ausdruck einer solchen veränderten Grundsituation der bürgerlichen Gesellschaft war die erfolgreiche Offensive des rechten Flügels der Union erst möglich, die das lange undenkbar Erscheinende hat eintreten lassen, nämlich die letztendliche Unterordnung der ganzen Union von Stoltenberg bis Blüm, von Vogel bis Weizsäcker unter die Führung von Strauß und unter die Vorherrschaft der kleineren CSU. Unter einem solchen Zwang der Verhältnisse ist selbst der liberale Flügel der CDU nur allzu schnell bereit, seine liberalen Prinzipien der »höheren Sache« des Kapitals zu opfern. Bereits 1970 erklärte die Unternehmerzeitung »Volkswirt«: »Strauß ist der Geheimtip der Industrie«, und 1971 vermerken wir bei Strauß: »Man bezeichnet uns gern als Kapitalistenknechte oder als Unternehmerpartei. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß wir aus gutem Grunde unternehmerfreundlich sind.« »Ich rede nicht von Blut, Schweiß und Tränen, aber etwas mehr Schweiß werden wir schon aufbieten müssen. Die Welt von morgen ist keine mondbeglänzte Zauberwiese, auf der Wolf und Schaf friedlich nebeneinander weiden und sich das Futter teilen.« Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind also gewarnt. Eine Regierung Strauß bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben, Verschärfung der Berufsverbotspraxis à la Bayern, die Unterdrückung sozialistischer Bestrebungen, eventuell Parteiverbote, noch stärkere Aufrüstung der Polizei und des Militärs auf Kosten aller arbeitenden Menschen.

* Ehemaliger Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Stuttgart.

Walter Fabian*

Langzeitprogramm für einen CSU-Staat

Bei den CSU-Planspielen zur Einschüchterung, Schwächung und, wenn möglich, Spaltung der DGB-Gewerkschaften handelt es sich nicht um einen kurzfristigen Wahlschlager; ja es ist sogar möglich, daß das ganze Thema aus taktischen Gründen bis zur Bundestagswahl stillschweigend wieder beiseite gelegt wird. Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß hier ein Langzeitprogramm gegen die Einheitsgewerkschaften, also gegen die wichtigste Errungenschaft der Arbeiterbewegung nach 1945, konsequent verfolgt werden soll.

In jedem Fall soll die ganze Kampagne den DGB und seine Gewerkschaften unter ständigen Druck setzen und ihn schrittweise zum Nachgeben und zu Konzessionen an die ihn bedrängende CSU veranlassen; dabei rechnen die Strauß-Strategen gewiß auch darauf, daß es dabei innerhalb des DGB zu Meinungsverschiedenheiten über die richtige »Taktik« kommen könnte. Dieses Ziel ist durchaus nicht unerreichbar; deshalb müssen die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften unermüdlich über die großen Gefahren aufgeklärt und zum entschlossenen Widerstand gegen die Strauß-Pläne, aber auch gegen jegliche Kompromißbereitschaft, gegen jegliches Zurückweichen der Gewerkschaftsführungen mobilisiert werden.

Mit dem Wahlkampf hat das CSU-Gewerkschaftsprogramm zumindest insoweit zu tun, als es die DGB-Führung erschrecken und zur totalen »Neutralität« veranlassen soll. Darum ist es der CSU-Führung wahrscheinlich ganz recht, daß ihre Pläne bekanntgeworden sind und damit psychologisch wirksam werden können. Diese psychologische Wirkung müssen wir abblocken und umkehren, indem wir klarstellen: es handelt sich, über 1980 hinaus, um ein Kernstück der CSU-Strategie zur Verwandlung der Bundesrepublik in einen CSU-Staat. Dieser Gefahr müssen wir durch unsere Aktivität begegnen!

* Ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift »Gewerkschaftliche Monatshefte«.

Christian Götz*

F. J. Strauß – Vollstrecker des »Tabu-Kataloges« der Unternehmerverbände

Mit Franz Josef Strauß wird die CDU/CSU jetzt auch ganz formell von einem Politiker angeführt, der seit drei Jahrzehnten konsequent Rechtsaußen-Positionen vertritt. Er gehört seit jeher zu den entschiedensten Gegnern jeder Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz, auch wenn er jetzt Äußerungen und Reisen macht, die das verschleiern sollen. Dafür setzt er auf die Karte der militärischen Rüstung. Gesellschaftspolitische Reformen sind ihm ein Greuel. Darüber hinaus rechnet er in aller Welt Faschisten zu seinen bevorzugten Freunden. Mit diesem politischen Weltbild steht der CSU-Vorsitzende in diametralem Gegensatz zu elementaren Arbeitnehmerinteressen und gewerkschaftlichen Grundpositionen.

Diese Diskrepanz wird noch deutlicher, wenn man sich gewerkschaftlichen Forderungen im engeren Sinne zuwendet. So lehnt Franz Josef Strauß z. B. die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer ab. Er verteidigt uneingeschränkt die bestehende skandalöse Verteilung des Produktivvermögens. Typisch für seine arbeitnehmerfeindliche Politik ist, daß nach seiner Meinung der Sozialstaat »ausgefert« ist und unbedingt zurückgeschraubt werden muß. Das ist die unverhüllte Androhung verschärfter Verteilungskämpfe, wobei es überhaupt keinen Zweifel daran geben kann, auf welcher Seite Strauß – »Der Mann des großen Geldes« – in diesen Kämpfen steht.

Strauß als Bundeskanzler würde also bedeuten: Die Unternehmer verfügen im politischen Bereich über einen – mit höchster Verantwortung und größtmöglichem Einfluß ausgestatteten – konsequenten Vollstrecker ihres »Tabu-Kataloges«.

So gesehen, stellt die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß eine prinzipielle Herausforderung an alle Kräfte dieses Landes dar, die sich dem sozialen Fortschritt verpflichtet fühlen. Daß diese Herausforderung bestanden wird, hängt nicht zuletzt von Haltung, Konsequenz und praktischem Engagement der Gewerkschaften ab.

* Leiter der Redaktion »ausblick« und der Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Leonhard Mahlein*

Strauß – Krisenbewältigung durch Rückschritt

Noch vor 10 Jahren hat man selbst im bürgerlichen Lager an eine Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß kaum glauben mögen. Strauß schien zu skandalträchtig, zu unseriös. Hat er sich etwa gewandelt?

Im Gegenteil. Aus Skandalen, aus ungehobeltem Charakter, wie Zügellosigkeit und Mangel an Selbstbeherrschung, ist ein Programm geworden. Ein Programm der Konfrontation im Inneren wie nach außen; eine Politik der unverhohlenen Reaktion, eine Strategie der Emotionalisierung. »Was wir brauchen, das ist die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild, sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art.« (Sonthofen 1974)

Wenn der Versuch der Integration, der Einbeziehung der Arbeiterbewegung in Partnerschaftsmodelle, wenn eine Politik der Mitte hinter offene Konfrontation zurücktritt, so deutet sich hier die Tendenz an, die Krise nicht mehr allein durch Stillstand bei sozialen Reformen, sondern durch Abbau sozialer Leistungen zu bewältigen. Tabu-Katalog und Aussperrungen waren die Vorboten dieser »Tendenzwende«. Selbst tarifpolitische Ziele, die streng genommen der Verteidigung des sozialen Besitzstandes dienen, wie etwa die Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Rationalisierung, werden mit Hilfe der existenzbedrohenden Aussperrung abgewürgt. Lohnformeln, nach denen noch nicht einmal ein Ausgleich aller Preissteigerungen möglich sein soll – jedenfalls soweit sie vom Ausland kommen – zielen unmittelbar auf Reallohn-Abbau. Professor Biedenkopf, seines Zeichens einer der designierten Wirtschaftsminister unter einem Bundeskanzler Strauß, verlangte kürzlich nicht nur Kürzungen im Sozialetat sowie die Einstellung der Bauförderung, sondern die Preisgabe einer beschäftigungsorientierten Wachstumspolitik. Also: von Reform- und Tarifstopp zum Angriff auf den sozialen Besitzstand!

Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Das Gerede vom Gewerkschaftsstaat wird durch aggressive Verdächtigungen wie die Legende von der kommunistischen Unterwanderung, ja, von CSU-Plänen der Gewerkschaftsspaltung abgelöst. Gewerkschaftliche Gegenwehr soll auf diese Weise von vornherein erstickt werden.

Die Verschärfung des Klassenkampfes von oben findet ihren sichtba-

ren Ausdruck in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß. Eines Politikers, dem »das Soziale . . . kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase« ist (CSU-Parteitag 1977).

Deshalb ist es auch falsch, Strauß etwa zu dämonisieren oder umgekehrt die politischen Gefahren auf die Risiken einer ungehobelten Persönlichkeit herunterzuspielen. Strauß steht vielmehr für eine politische Entwicklung, die bereits in vollem Gange ist und die viel tiefere Wurzeln hat.

Aus diesem Grunde reicht auch nicht allein der Appell, am Wahltag seine Stimme richtig abzugeben. Über die durchgängige Rechtsentwicklung wird nicht allein und nicht erst am Wahltag entschieden. Der Widerstand muß früher einsetzen, auch im vormalamentarischen Raum. Zum Beispiel in Gestalt einer entschlossenen Gegenwehr der Gewerkschaften, in einer offensiven Wiederaufnahme der Reformpolitik, in der Abwehr der Angriffe auf demokratische Freiheiten . . . Angesichts der drohenden Gefahr wäre es verhängnisvoll, darauf zu warten, daß sich die »politische Großwetterlage« von selbst wenden würde. Nein, wir müssen handeln. Und zwar jetzt.

* Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Hans Preiss*

Die »formierte« Gesellschaft marschiert

In den letzten Wochen und Monaten wurden die Angriffe der CDU auf den DGB häufig als der Versuch gewertet, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Die angebliche Verfilzung der Gewerkschaften mit der SPD wurde hochgespielt – insbesondere die SPD-Kandidatur der Kollegen Heinz O. Vetter, Eugen Loderer und Karl Hauenschild für das Europa-Parlament –, die These von der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften genüßlich breitgetreten, der Umsturz aller bürgerlichen Werte durch den »sozialistischen Kampfverband DGB« in greifbare Nähe gerückt. So ist die Frage berechtigt: Ist dieses Strauß-Theater wirklich ein ernstzunehmender Versuch, den DGB zu spalten? Wer so denkt, verkürzt die politischen Perspektiven des Franz Josef Strauß und verstellt sich den Blick für die tatsächliche Zielrichtung dieses CSU-

Vorstoßes; der im übrigen mit den kümmerlichen Versuchen des Kurt Biedenkopf in NRW zu vergleichen ist. Strauß ist, das hat er nie bestritten, ein Konservierer. Die bestehende Gesellschaftsstruktur mit ihren hierarchischen Strukturen und Privilegien ist die normative Basis seiner Weltanschauung. Seine Angriffe gelten somit nicht in erster Linie irgendwelchen Organisationen, es sei denn, ihre *politische Programmatik* hat erklärtermaßen die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel. Dort, wo in Massenorganisationen, besonders aber in der Einheitsgewerkschaft, politische Positionen durch demokratische Diskussionen und Willensbildungsprozesse überprüft werden, z. B. das DGB-Grundsatzprogramm, wird der Versuch gemacht, politisch Druck auszuüben, um den DGB auf den Kurs einer »formierten Gesellschaft«, wie sie seinerzeit von Ludwig Erhard propagiert wurde, festzulegen. Politischer Druck auf politische Positionen durch Spaltungsdrohung ist also das Ziel. Die Gemeinsamkeit der Demokraten hat hier ihre spezifische CSU-Ausprägung: Freiheit für den Unternehmer, Verzicht auf gesellschaftliche Strukturreformen, Abwehr jedweder politischen Anschauung, die diesen Vorstellungen zuwiderläuft. Das gilt für Organisationen und Personen: Organisationen links von der CDU/CSU, insbesondere die kritischen Kräfte in der SPD und den Gewerkschaften, wobei links gleichgesetzt wird mit Umsturz.

In letzter Zeit häufen sich Hinweise darauf, daß politisch profilierte Repräsentanten auch aus den Gewerkschaften politisch diffamiert werden, um sie in ihren Organisationen zu isolieren. Durch wachsende Verunsicherung soll in den Organisationen ein Klima geschaffen werden, das kritische Stimmen in die Nähe von Verfassungsfeinden rückt und eine schleichende Selbstzensur erzeugt. Nicht Spaltung ist das Ziel des Franz Josef Strauß, sondern politische Einflußnahme durch Druck. Die »formierte Gesellschaft« marschiert.

° Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall.

Helmut Schirrmacher*

Niemals eine Gefährdung der Einheitsgewerkschaft zulassen

Aus demokratischer Überzeugung arbeitet die Gewerkschaft der Polizei mit einem jeden demokratisch gewählten und demokratisch handelnden Kanzler zusammen, also auch mit einem möglichen Kanzler Strauß. Eine solche Wahl würde uns bei der Verfolgung unserer Gewerkschaftspolitik nicht aus der Bahn werfen.

Jeder Kanzler muß wissen, daß unabhängige Gewerkschaften ein unverzichtbares, in der Verfassung verankertes Instrument zur Artikulierung von Arbeitnehmerinteressen sind. Das gilt auch für den politischen Bereich.

Jeder, der in der Bundesrepublik das politische Sagen hat oder haben wird, wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir eine Gefährdung der Einheitsgewerkschaft niemals zulassen werden. Nur die Einheitsgewerkschaft gewährleistet eine vernünftige Interessenvertretung der Arbeitnehmer, also auch der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Polizeidienst.

Darüber hinaus bleibt die Gewerkschaft der Polizei bei ihrer seit 30 Jahren vertretenen Auffassung, daß bei der Bewältigung von Problemen der Inneren Sicherheit Emotionen, wie sie in der von Ihnen dokumentierten Sonthofener Rede zum Ausdruck kamen, immer noch der schlechteste Ratgeber waren.

* Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Eckart Spoo*

Antwort auf Strauß: Gewerkschaftliche Kraft entwickeln und zur Geltung bringen

Als sich Strauß einmal über junge Demonstranten empörte, sprach er von »Tieren, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist«. Das war kein verbaler Ausrutscher im dunstigen Bierkeller, sondern Strauß gab das schriftlich an den Ministerpräsidenten des Bundeslandes, wo die Demonstration stattgefunden hatte. Ich erinnere daran, weil in diesen Worten die Vorstellung vom »Untermenschen« besonders deutlich wird, die Strauß offenbar seit seiner Zeit als NS-»Offizier für wehrgeistige Führung« nicht losgeworden ist. Es ist die Ideologie, die damals stramm gedrillte Nazi-Truppen befähigte, Millionen und Abermillionen Menschen wie Tiere zu halten und wie Tiere abzuschlachten. Auch als Freund ausländischer Faschistenregime – früher in Spanien und Griechenland, heute in Chile und anderswo – bietet Strauß keine Gewähr, sich jederzeit aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen – im Gegenteil. Darum darf er nicht Kanzler werden.

Der Vorstadtmetzgerssohn, der zum Multimillionär wurde, fand die kräftigste Protektion bei Industriellen, denen einst die Rüstungs-, Kriegs- und Eroberungspolitik der Nazis reiche Beute eingetragen hat. Von ihnen und von Axel Cäsar Springer wurde er schon vor Jahren zum Kanzlerkandidaten nominiert. Was auf unsereinen abschreckend wirkt – seine aggressiven Reden, die schmierigen Affären aus seiner Amtszeit als Bundesverteidigungsminister –, kitzelt ihre alte Gier. Von ihm, den sie heute als ihresgleichen betrachten (z. B. in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus-Unternehmen, die Milliardenumsätze erreichen), versprechen sie sich eine weitere Eskalation der Rüstung, eine Aufheizung von Konflikten in anderen Weltgegenden, das Auspielen der »chinesischen Karte« gegen die Sowjetunion. Von Strauß wissen sie, daß er auch gegenüber den USA, mit denen sie in Konkurrenz um die Vormachtstellung auf vielen Märkten getreten sind, keine Hemmungen hat. Und nicht zuletzt erwarten sie von ihm Druck auf die Gewerkschaften, nicht nur weil sie aus der Arbeit der Menschen in der Bundesrepublik größere Profite herauschlagen wollen, sondern auch weil sie in den Gewerkschaften eine Kraft sehen, die ihrer Herrschaft gefährlich werden kann. Gewerkschaftliche Kraft zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, ist die beste Antwort auf die durch Strauß personifizierte Abenteuerlust der reaktionärsten Unternehmergruppen unseres Landes.

* Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier.

Franz Steinkühler*

Ein Watergate-Typ

Falls bei der kommenden Bundestagswahl die sozial-liberale Regierungskoalition abgewählt würde, ist die weitere Entwicklung nicht nur unter einer möglichen Kanzlerschaft von F. J. Strauß zu sehen. Wenn die CDU die Bundesregierung stellt, dann wird das Unternehmertum noch mehr Subventionen und Steuererleichterungen fordern und sicher auch erhalten. Das von den Gewerkschaften kritisierte unkontrollierte wirtschaftliche Wachstum wird sich weiter zuungunsten der Arbeitnehmer entwickeln, dem Staat werden notwendige Finanzmittel entzogen, die öffentlichen Aufgaben zurückgedrängt.

Dazu gibt es deutliche Signale von seiten der CDU/CSU. Dies würde negative Auswirkungen auf die Konjunktur und die Beschäftigungssituation in den achtziger Jahren haben. Wenn der Kanzler Strauß heißen wird, wird sich das alles noch potenzieren.

Eine Kanzlerschaft von Strauß wird schließlich zu einer Verschärfung des sozialen Klimas beitragen. Die gezielten Überlegungen von Biedenkopf, daß das Netz der sozialen Sicherungen in der Bundesrepublik zu dicht sei und deshalb die Maschen kräftig erweitert werden müßten, wurden von Strauß voll übernommen.

Zum Schluß eine Feststellung:

Ein Watergate-Typ wie Herr Strauß mit der sicherlich längsten Skandalgeschichte eines deutschen Politikers ist eine Zumutung für jeden, dem Moral und Glaubwürdigkeit noch keine Fremdwörter sind. Warne möchte ich allerdings davor, diesen ganzen Vorgang in die Emotionalisierung absinken zu lassen. Wer nicht nur Wahlen gewinnen will, sondern anschließend auch soziale Politik machen will, braucht nicht nur die Herzen, sondern auch die Köpfe der Bevölkerung.

* Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Stuttgart.

Verlagsanzeigen

F. J. Strauß

Manfred Bosch

Der Kandidat

Briefe über die Verteidigung unserer demokratischen Möglichkeiten

182 Seiten, DM 9,80

1980 greift mit Franz Josef Strauß ein Mann nach der Kanzlerschaft, dessen Name wie der keines anderen Politikers der Bundesrepublik mit Skandalen und Affären belastet ist und dessen Politik der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland als „Sicherheitsrisiko“ gilt. Daran ändert auch die zur Schau gestellte Zurückhaltung des Kanzlerkandidaten Strauß nichts. Das Buch stellt Person und Politik des Franz Josef Strauß in den Zusammenhang unserer Geschichte seit Existenz der Bundesrepublik, um zu zeigen, was ein Kanzler Strauß für unser Land bedeuten würde. Es liefert Argumente und will auf diese Weise mithelfen, der mit Straußens Griff nach der Kanzlerschaft in ein neues Stadium getretenen Rechtstendenz entgegenzuwirken und demokratische Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Aus dem Inhalt: Affären und Stationen auf dem Weg zur Macht. Feind-erklärung nach innen und geistiger Bürgerkrieg. Feind-erklärung nach außen und Verschärfung internationaler Spannungen. Innere Sicherheit und Energiepolitik. Strauß und der Nationalsozialismus. Strauß und die Gewerkschaften. Frauenpolitik. Medienpolitik. Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Manfred Bosch, geb. 1947. Lebt als Publizist bei München; Autor zahlreicher literarischer und zeitgeschichtlicher Arbeiten.

Pahl-Rugenstein

F. J. Strauß

Jörg Goldberg / Bernd Semmler

Der starke Mann des Kapitals

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß

Ca. 180 Seiten, DM 8,-

Er wettet gegen jede Form von Investitionslenkung und schreibt sich doch selbst entscheidende Verdienste bei der Gründung der Luftfahrtindustrie zu. Staatliche Einmischung in die Wirtschaft gilt ihm als „kalte Sozialisierung“, selbst sitzt er als „Staatsmann und Politiker“ aber in Aufsichtsräten privater Unternehmen. Er philosophiert über die „Grenzen des Sozialstaats“ und verspricht doch die Erhöhung familienpolitischer Sozialleistungen. Von den Unternehmern läßt er sich feiern als „Alpen-Churchill“, der den Arbeitern und Angestellten wieder „Schweiß und Fleiß“ verordnet, und gibt sich gleichzeitig als Interessenvertreter des „kleinen Mannes“.

Der Wirtschaftspolitiker Strauß scheint voller Widersprüche zu stecken. Doch dieser oberflächliche Eindruck täuscht. Als Wirtschaftspolitiker ist Strauß durchaus „berechenbar“. Trotz aller pragmatischen Wendungen, trotz aller sozialdemagogischen Formulierungen verfolgt er auf diesem Gebiet eine klare Linie. Als roter Faden seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen wird das Bemühen erkennbar, seine expansionistischen politischen Vorstellungen mit den jeweils konkreten ökonomischen Interessen der privaten Konzerne zu verbinden.

Pahl-Rugenstein

F. J. Strauß

Reinhard Kühnl

Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus

Ein Gutachten. Zweite Auflage

64 Seiten, DM 5,-

Das Gutachten beweist, daß über Gemeinsamkeiten in wesentlichen politischen Fragen hinaus feste organisatorische Kontakte zwischen den Kräften um Strauß und neofaschistischen Kreisen bestehen. Eindringlich warnt der Verfasser vor der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“. Kühnl warnt vor einer Neuauflage der „Harzburger Front“, die der Koalitionsregierung Hitler/Hugenberg den Weg ebnete. Wie damals wird auch heute eine Offensive der Rechten mit Unterstützung beträchtlicher Teile der Wirtschaft in allen Bereichen des politischen und geistigen Lebens in Gang gesetzt. Ihr Ziel ist es, Strauß an die Macht zu bringen. Dies kann nur verhindert werden, wenn es den demokratischen Kräften unseres Landes gelingt, sich über parteipolitische und weltanschauliche Differenzen hinweg zu einer breiten Gegenbewegung zusammenzufinden.

Pahl-Rugenstein

Bundesrepublik

Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Huffschnid u.a.

Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge

526 Seiten, DM 14,80

Die in dem Buch vereinigten Beiträge behandeln neben Themen, deren Bedeutung unbestritten ist, bewußt auch solche zentralen gesellschaftlichen Bereiche, die von der Geschichtsschreibung häufig ausgelassen werden, für eine auf Erkenntnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge gerichtete historische Analyse aber unverzichtbar sind. Sie stehen unter der Fragestellung nach den historischen und gesellschaftlichen Besonderheiten der Bundesrepublik und ihrer Entwicklung. Besonderes Augenmerk gilt neben den 50er und 60er Jahren der Entwicklung seit 1973/74 und den innen- und außenpolitischen Alternativen.

Inhalt: *R. Opitz*, Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik; *J. Huffschnid*, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik; *A. Leisewitz*, Klassen- und Sozialstruktur; *E. Reidegeld*, Staatliche Sozialpolitik; *D. Boris*, Geschichte und Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen; *G. Stuby*, Die Entwicklung der Bundesrepublik im „Ost-West“-Konflikt; *H.-J. Axt*, Bundesdeutsche Außenpolitik; *U. Albrecht*, Rüstung, Militärpolitik und Militärpotential; *U. Mayer*, Verfassungsentwicklung; *G. Judick*, Entwicklung und Funktion des Parteiensystems; *F. Deppe/H. Jung*, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse; *G. Fülberth/J. Harrer*, Geschichte der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung.

Pahl Rugenstein

Bundesrepublik

Kurt Steinhaus

Auferstehung einer Großmacht?

Zum Problem der Kontinuität des „alten“ und „neuen“ deutschen Imperialismus

180 Seiten, DM 12,80

Hat in der Bundesrepublik eine Wiedergeburt des alten deutschen Imperialismus stattgefunden? Setzt die Bundesrepublik die zweimal gescheiterte Großmachtspolitik des Deutschen Reiches fort? Diese Fragen werden immer aktueller angesichts des ökonomischen und militärischen Potentials der Bundesrepublik und ihrer Stellung in Westeuropa. Sie stehen im Mittelpunkt des Buches von Kurt Steinhaus und werden anhand eines reichhaltigen Materials untersucht. Das Buch legt die historischen Besonderheiten des deutschen Imperialismus dar und analysiert, ob diese auch die Politik der Bundesrepublik beeinflussen. Ferner befaßt sich der Autor mit der widersprüchlichen Rolle der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt. Ebenso stellt er die Position der Bundesrepublik in der westlichen Staatenwelt dar, insbesondere im Verhältnis zu England und Frankreich. Am Schluß des Buches werden die spezifischen Probleme und Aufgaben der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik aufgezeigt.

Pahl Rugenstein

Gewerkschaft

Frank Deppe / Georg Fülberth / Jürgen Harrer (Hrsg.)

Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Zweite, erweiterte Auflage
480 Seiten, DM 12,80

Ein Gesamtüberblick über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Stets ist der sozialgeschichtliche Hintergrund in die Darstellung der Organisationsgeschichte mit einbezogen. Besonderes Gewicht liegt auf Zeiträumen und Problemen, die in anderen Gesamtdarstellungen vernachlässigt oder übergangen werden:

- das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf unter jeweils konkreten Bedingungen;
- die Gewerkschaftstheorie von Marx und Engels;
- die freien Gewerkschaften im ersten Weltkrieg, in der Novemberrevolution, in der Weltwirtschaftskrise nach 1929;
- gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Faschismus;
- gewerkschaftlicher Wiederaufbau und die Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Neuordnung nach 1945;
- die DGB-Politik in den fünfziger und sechziger Jahren;
- die Gewerkschaften von der Rezession 1966/67 bis zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

Das Buch schließt ab mit einer Erläuterung der Organisation, Struktur und Tätigkeit des DGB und seiner Einzelgewerkschaften.

Pahl-Rugenstein

Sozialdemokratie

J. v. Freyberg / G. Fülberth / J. Harrer / B. Hebel-Kunze /
H.-G. Hofschien / E. Ott / G. Stuby

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975

Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth

Zweite verbesserte Auflage
457 Seiten, DM 12,80

Ein historisches Handbuch, das in erster Linie Wert auf detaillierte Faktendarbietung legt. Schwerpunkte des Buches sind:

- die Entstehung des Revisionismus;
- die Politik der SPD in der Weimarer Republik;
- Emigration und Widerstand 1933–1945;
- die SPD in den ersten Nachkriegsjahren 1945–1949;
- die Entwicklung der SPD seit bestehen der BRD.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Entwicklung, den politischen Positionen und innerparteilichen Differenzierungen der SPD in der Bundesrepublik.

Pahl-Rugenstein

Westeuropa

Autorenkollektiv

Westeuropa in der heutigen Welt

640 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 38

Westeuropa ist in den 70er Jahren zu einem bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Faktor innerhalb des kapitalistischen Weltsystems geworden. Für die 80er Jahre zeichnen sich neue Tendenzen, darunter auch zunehmend Rivalitäten in den ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Westeuropa, den USA und Japan ab. Problematischer werden auch die Beziehungen Westeuropas zu den Entwicklungsländern. Andererseits bieten sich neue Möglichkeiten der Orientierung im weltpolitischen Kräftespiel, vor allem in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern an. Daneben zeichnen sich weitreichende Veränderungen im sozialen Bereich ab, die in den 80er Jahren zu stärkeren sozialpolitischen Auseinandersetzungen führen dürften.

Aus dem Inhalt: Die ökonomischen und politischen Beziehungen Westeuropas mit den anderen Zentren und mit den Entwicklungsländern – Die Expansion im Mittelmeerraum – Der westeuropäische kollektive Neokolonialismus – Fördernde und hemmende Tendenzen im Prozeß der militärischen Entspannung in Europa – Entwicklungstendenzen und innere Widersprüche der ökonomischen Integration – Allgemeine Merkmale der Entwicklung der Sozialstruktur (Bourgeoisie, Mittelschichten und Proletariat) – Veränderung der sozialen Situation – Verschärfung des innenpolitischen Kampfes.

Pahl-Rugenstein

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die »Blätter« sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt. Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die »Blätter« zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

Die »Blätter« brachten u.a.:

- Ulrich Albrecht* · Das Militärpotential der BRD
- Gert Bastian* · Warum ich die Nachrüstung ablehne
- Willi Bleicher u.a.* · Gewerkschafter zur Kanzlerkandidatur Strauß
- Gian Mario Bravo* · Terrorismus in Italien
- Ulrich Briefs* · „Leitende Angestellte“ als autoritäres Potential
- Lottemi Doormann* · Frauenbewegung – Chancen und Probleme
- Rainer Falk* · Von Bandung nach Havanna
- Horst Holzer* · Technischer Fortschritt als politischer Rückschritt?
- Walter Jens* · Rede vor dem Berliner Parteitag der SPD
- Gerhard Kade* · Abkehr von Helsinki?
- Helmut Wolfgang Kahn* · Strauß und der Griff nach der Atommacht
- Michael T. Klare* · Restauration des US-Interventionismus
- Reinhard Kühnl* · Waren die deutschen Faschisten Sozialisten?
- Dieter S. Lutz* · Wer rüstet eigentlich nach?
- Hans Mayer* · Neokolonialistische Lösungsversuche in Rhodesien
- Memorandum '79: Alternativen der Wirtschaftspolitik
- Norman Paech* · Zur Entwicklung in Afghanistan
- Kurt Steinhaus* · BRD – Auferstehung einer Großmacht?
- Maurice Zeitlin* · Wem gehört Amerika?

Einzelheft DM 5.50. Im Abonnement DM 4.00. für Studenten.
Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3.50
Probeheft kostenlos beim Verlag:
Gottesweg 54. 5000 Köln 51. Telefon 364051

Pahl-Rugenstein

Inhalt

Detlef Hensche

Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften

Frank Deppe/Witich Roßmann

„Gewerkschaftspluralismus“ und „repressive Integration“. Die antigewerkschaftliche Strategie des F. J. Strauß und ihre aktuellen, historischen und ideologischen Hintergründe

Dokumentation

Zusammengestellt und kommentiert von Mechtild Jansen

I. Grundsätzliche Aussagen zu den Gewerkschaften

II. Die politische Zielsetzung von F. J. Strauß im Blick auf zentrale gewerkschaftliche Handlungsfelder

III. Aktuelle Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU

IV. Stellungnahmen von Gewerkschaften zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß

